



universität  
wien

# DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

**Bravo Regierung!**

Hauptpunkte der innerparteilichen Kritik in der SPÖ  
während der drei Großen Koalitionen.

Verfasser

**Jürgen-Klaus Jakeš**

angestrebter akademischer Grad

**Magister der Philosophie (Mag. phil.)**

Wien, 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 312

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Diplomstudium Geschichte

Betreuer:

Doz. Dr. Fritz Weber



**Für meinen Vater**



# Inhaltsverzeichnis

|          |                                                                                                   |           |
|----------|---------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| <b>1</b> | <b>Einleitung</b>                                                                                 | <b>3</b>  |
| <b>2</b> | <b>Historischer Kontext</b>                                                                       | <b>9</b>  |
| 2.1      | Die SPÖ als ewige „zweite Siegerin“                                                               | 9         |
| 2.2      | Sparen um jeden Preis?                                                                            | 18        |
| 2.3      | Szenen einer „Zwangsehe“                                                                          | 28        |
| <b>3</b> | <b>Analyse der Mitgliederzeitschriften der SPÖ-Unterorganisationen</b>                            | <b>36</b> |
| 3.1      | Pensionistenverband Österreichs (PVÖ)                                                             | 36        |
| 3.1.1    | „Pensionisten brauchen Taten“                                                                     | 38        |
| 3.1.2    | Die PensionistInnen erbringen Opfer                                                               | 40        |
| 3.1.3    | Ein Plus ohne Index                                                                               | 44        |
| 3.1.4    | Zusammenfassung PVÖ                                                                               | 47        |
| 3.2      | Bundesfrauenkomitee                                                                               | 48        |
| 3.2.1    | 420 Monate sind zu viel                                                                           | 51        |
| 3.2.2    | Eine Quote macht noch keine Politik                                                               | 52        |
| 3.2.3    | Zusammenfassung Bundesfrauenkomitee                                                               | 56        |
| 3.3      | Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen im Österreichischen Gewerkschaftsbund (FSG/ÖGB) | 58        |
| 3.3.1    | Großkoalitionärer Dauerstreit                                                                     | 59        |
| 3.3.2    | ArbeiterInnenpartei ohne soziale Kompetenz                                                        | 63        |
| 3.3.3    | Einseitige Kompromisse                                                                            | 66        |
| 3.3.4    | Zusammenfassung FSG/ÖGB                                                                           | 69        |
| 3.4      | Sozialistische Jugend Österreichs (SJÖ)                                                           | 71        |
| 3.4.1    | Junge an die Macht                                                                                | 73        |
| 3.4.2    | „Bravo Regierung!“                                                                                | 75        |
| 3.4.3    | Betreiben die SozialdemokratInnen ÖVP-Politik?                                                    | 78        |
| 3.4.4    | Zusammenfassung SJÖ                                                                               | 84        |
| 3.5      | Verband Sozialistischer Student_innen Österreichs (VSStÖ)                                         | 86        |
| 3.5.1    | „Ist die SPÖ noch eine Arbeiterpartei?“                                                           | 88        |
| 3.5.2    | Vergeblicher Protest                                                                              | 91        |
| 3.5.3    | Alles eine Frage der Prioritäten                                                                  | 95        |
| 3.5.4    | Zusammenfassung VSStÖ                                                                             | 98        |

|                                                                                                |            |
|------------------------------------------------------------------------------------------------|------------|
| 3.6 Bund sozialdemokratischer AkademikerInnen, Intellektueller & KünstlerInnen (BSA)           | 100        |
| 3.6.1 Praktizismus und Administritis                                                           | 102        |
| 3.6.2 Auf dem Weg zur Catch-All-Partei?                                                        | 108        |
| 3.6.3 Mangelndes Durchsetzungsvermögen                                                         | 112        |
| 3.6.4 Zusammenfassung BSA                                                                      | 115        |
| <b>4 Interpretation der Analyseergebnisse</b>                                                  | <b>120</b> |
| 4.1 Hauptkritikpunkte der SPÖ-Unterorganisationen                                              | 120        |
| 4.2 Art der innerparteilichen Kritik                                                           | 121        |
| 4.3 Vergleich der innerparteilichen Kritik                                                     | 125        |
| <b>5 Schlussbetrachtungen</b>                                                                  | <b>128</b> |
| <b>Literaturverzeichnis</b>                                                                    | <b>134</b> |
| <b>Anhang</b>                                                                                  | <b>144</b> |
| Annex I: Abstract                                                                              | 144        |
| Annex II: Lebenslauf                                                                           | 145        |
| <b>Tabellenverzeichnis</b>                                                                     |            |
| Tabelle 1: Hauptkritikpunkte der Unterorganisationen nach Koalitionsperiode                    | 121        |
| Tabelle 2: Hauptkritikpunkte der Unterorganisationen nach Koalitionsperiode und Leitkategorien | 124        |
| Tabelle 3: Hauptkritikpunkte der Unterorganisationen nach Leitkategorien                       | 125        |

# **1 Einleitung**

In ihrem Bestreben, eine Mehrheit von potentiellen WählerInnen von der Richtigkeit ihrer politischen Konzepte zu überzeugen und zu beweisen, dass sie befähigt sind das gesellschaftliche, soziale und wirtschaftliche Leben ihrer WählerInnen nicht nur zu administrieren, sondern auch verbessern zu können, müssen sich politische Parteien vielfältiger Kritik stellen. Diese Kritik kommt nicht nur von politischen MitbewerberInnen, sondern vor allem auch von den WählerInnen selbst. Diese entscheiden letztendlich anhand des Umganges der Parteien mit der Kritik und deren Problemlösungskompetenz im Bereich der aufgezeigten Missstände über ihren Zuspruch oder ihre Ablehnung zur jeweiligen politischen Gruppierung.

Eine besondere Gruppe dieser WählerInnen stellen die Mitglieder einer Partei dar. Zum einen sind sie als Teil der Parteiorganisation mögliche AdressatInnen der Kritik und zum anderen verfügen sie zumeist über mehr Wissen über die Hintergründe des politischen Handelns ihrer Partei. Darüber hinaus bietet sich durch ihre Mitgliedschaft die – immer seltener genutzte –, aber dennoch direktere Möglichkeit, den Kurs dieser Partei mitzugestalten.

Eine Vielzahl von Publikationen behandelt die unterschiedlichen Aspekte der Kritik an den Parteien, dennoch finden sich kaum Werke darunter, die zur innerparteilichen Kritik Stellung nehmen. Diese innerparteiliche Kritik soll daher Gegenstand der vorliegenden Arbeit sein, die unter die Leitfrage gestellt wurde, ob in der Zweiten Republik innerparteiliche Kritik stattfand. Ausgehend von der Annahme, dass dies der Fall war, wurde überlegt, wie diese Kritik sichtbar gemacht werden kann, auch um den möglicherweise stattgefundenen Wandel innerparteilicher Kritik feststellen zu können. Eine brauchbare Herangehensweise wurde in der Analyse der Parteimedien gesehen, in denen das Vorkommen kritischer Äußerungen gegenüber der eigenen Partei vermutet wurde. Zur Beantwortung der Frage nach dem Auftreten und dem Wandel innerparteilicher Kritik in den Parteimedien seit 1945 war es nötig, den umfangreichen Forschungsgegenstand zeitlich und inhaltlich einzuschränken. Die erste Entscheidung, die es zu treffen galt, war die Festlegung auf die Betrachtung einer einzelnen Partei.

Nach ersten Vorrecherchen wurde die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) ausgewählt, denn der Vergleich beider Großparteien bezüglich ihrer Publikationen zeigte, dass sich die föderale – unterhalb der Bundesebene nicht einheitliche – Organisationsstruktur der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) auch in den Zeitschriften ihrer Unterorganisationen – mehrheitlich als Bünde bezeichnet – widerspiegelt.<sup>1</sup> Die sechs Bünde der ÖVP verfügen zwar über eine ähnlich rege Publikationstätigkeit wie die Unterorganisationen der SPÖ, weisen aber einen wesentlich höheren Grad an Regionalisierung auf. Neben der Vielzahl an bundeslandspezifischen Ausgaben verfügen die ÖVP-Medienerzeugnisse nur selten über eine Erscheinungsdauer, die sich über mehrere Jahrzehnte erstreckt. Die wichtige Voraussetzung der Kontinuität innerhalb des Quellenkorpus war von Seiten der SPÖ-Parteipresseerzeugnisse in wesentlich höherem Maße gegeben.

Neben dieser Festlegung auf die Untersuchung der SPÖ-Schrifterzeugnisse erfolgte die zeitliche Einschränkung auf die Phasen der Großen Koalitionen von SPÖ und ÖVP. Die erste Phase der Großen Koalition startete nach dem Zweiten Weltkrieg 1945 und dauerte bis 1966. Die Neuauflage der Großen Koalition im Jahr 1986 markiert den Beginn der zweiten Großen Koalition, die bis 1999 bestehen blieb. Die letzte der drei Koalitionsphasen seit 2006 erstreckt sich bis in die Gegenwart und dauert weiter an. Diese drei Perioden wurden ausgewählt, da sich in Phasen gemeinschaftlicher Regierung innere Reibungspunkte bei den KoalitionspartnerInnen verstärkt ergeben können. Die Notwendigkeit, in Koalitionsregierungen Kompromisse zu schließen, kann dazu führen, dass es zu Abweichungen von der Parteilinie, zum Abgehen von Wahlversprechen oder auch zu unerwünschten Personalentscheidungen kommen kann. Es ist zu erwarten, dass die Kritik am Parteikurs, der vom Parteiführungsgremium den Koalitionsbedingungen angepasst wird, parteiintern stärker ausfällt, als dies in Phasen einer Alleinregierung der Fall ist.

Nach der Einschränkung auf die Phasen der Großen Koalition blieben weiterhin drei unterschiedlich lange Zeiträume für die Betrachtung bestehen. Den 21 Jahren der ersten Großen Koalition (1945-1966) stehen 13 Jahre (1986-1999) der zweiten und

---

<sup>1</sup> Die funktionale Organisationsstruktur der ÖVP stützt sich auf ihre sechs Bünde beziehungsweise Teilorganisationen (Bauernbund, Wirtschaftsbund, Arbeiter- und Angestelltenbund ÖAAB, Seniorenbund, Junge ÖVP und die ÖVP-Frauen); vgl. Müller, Wolfgang C. (1992): Die Österreichische Volkspartei. In: Dachs, Herbert (u.a.) (Hrsg.) (1992): Handbuch des politischen Systems Österreichs, Wien, S. 228-229.



lediglich knappe zwei Jahre (2006-2008) der dritten Periode gegenüber. Zur besseren Vergleichbarkeit zwischen den verschieden lange dauernden Zeiten der Zusammenarbeit wurden daher die jeweiligen Endphasen der Koalitionsregierungen herangezogen (1962-1966, 1995-1999, 2006-2008). Die zweite Legislaturperiode der dritten Großen Koalitionsphase war zum Zeitpunkt der Verfassung dieser Arbeit noch im Bestehen und fand deshalb keine Berücksichtigung. Für die Auswahl der jeweils letzten Legislaturperiode spricht auch die zu erwartende gesteigerte Intensität der innerparteilichen Kritik. Es kann angenommen werden, dass sich die am Ende einer Koalitionsphase zunehmenden innerkoalitionären Konflikte ebenfalls auf die innerparteiliche Zusammenarbeit auswirken.

Bei den zur Auswahl stehenden Parteimedien fiel die Wahl auf den Quellentyp der Mitgliederzeitschriften. Es wurde erwartet, in diesen die ausgeprägteste Form innerparteilicher Kritik vorzufinden. Die Mitgliederzeitschriften richten sich jeweils an eine spezifische Gruppierung innerhalb der Partei und befassen sich mit deren speziellen Problemlagen, daher ist in ihnen ein hohes Maß an sachbezogener Kritik zu erwarten. Anders als in den Funktionärsblättern und -zeitschriften, in denen vor allem organisatorische, politstrategische oder legistische Belange behandelt werden, bieten die Mitgliederzeitschriften breiten Raum zur innerparteilichen Diskussion, da sie sich an einen weiteren AdressatInnenkreis richten als die Funktionärsschriften. Demgegenüber versuchte sich die eigentliche Parteipresse – wie etwa die „*Arbeiterzeitung (AZ)*“, das „*Salzburger Tagblatt*“, die „*Neue Zeit (NZ)*“<sup>2</sup> oder die „*Kärntner Tageszeitung*“<sup>3</sup> – an eine größere LeserInnenschaft und dabei auch an Nichtparteimitglieder direkt zu richten. Die Parteizeitungen waren deshalb bemüht, ein positives Parteibild in der Öffentlichkeit darzustellen und daher war zu erwarten, dass innerparteiliche Kritik kaum Eingang in diesen Medientyp gefunden hat.

---

<sup>2</sup> Etliche der Parteizeitungen wurden nach 1945 gegründet beziehungsweise wieder gegründet und teilten das Schicksal des Bedeutungsverlustes mit vielen Parteizeitungen anderer Parteien. Die „*Arbeiterzeitung*“ wurde am Beginn der 1990er Jahre eingestellt. Das „*Salzburger Tagblatt*“ erschien 1991 zum letzten Mal und die „*Neue Zeit*“ konnte ihre Einstellung bis ins neue Jahrtausend (2001) hinauszögern; vgl. Reiter, Roswita (2010): Das Sterben der Parteipresse in Österreich. Mit einem Exkurs in die allgemeine Zeitungsgeschichte, Regau, S. 49 sowie 66-67.

<sup>3</sup> Von den ehemaligen Parteizeitungen wird nur mehr die „*Kärntner Tageszeitung*“ weiter publiziert (Stand November 2012). Seit Jänner 2010 befindet sich jedoch auch diese letzte Parteizeitung nicht mehr im Mehrheitseigentum der SPÖ Kärnten; vgl. Reiter, Roswita (2010): S. 74-75.

Nach der Festlegung der betrachteten Partei, der zeitlichen Eingrenzung auf die Endphasen der Großen Koalitionen und der Auswahl von Mitgliederzeitschriften als zu untersuchenden Medientyp wurden im letzten Schritt die Unterorganisationen der SPÖ nach dem Gesichtspunkt ihrer gesellschaftlichen Repräsentanz ausgewählt: Der Pensionistenverband Österreichs (PVÖ), das Bundesfrauenkomitee, die Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen im Österreichischen Gewerkschaftsbund (FSG/ÖGB), die Sozialistische Jugend Österreichs (SJÖ), der Verband Sozialistischer Student\_innen Österreichs (VSStÖ) und der Bund sozialdemokratischer AkademikerInnen, Intellektueller & KünstlerInnen (BSA). Die Auswahl dieser sechs wichtigen Unterorganisationen sollte einen guten Überblick über das breit gefächerte Meinungsspektrum der Einzelorganisation in der SPÖ vermitteln.

Nach den notwendigen Schritten zur Eingrenzung des Quellenmaterials konnte die leitende Fragestellung formuliert werden: Fand in der SPÖ innerparteiliche Kritik statt und lässt sich ein Wandel der Kritik zwischen den drei Endphasen der Großen Koalitionen feststellen? Um die Bearbeitung der Fragestellung zu erleichtern, sollte folgenden Unterfragen nachgegangen werden:

- a) Welche Hauptkritikpunkte wurden von den sechs SPÖ-Unterorganisationen in deren Mitgliederzeitschriften während der beobachteten Zeiträume geäußert?
- b) Welche Art der Kritik spiegeln die Hauptkritikpunkte der sechs SPÖ-Unterorganisationen wider?
- c) Unterscheiden sich die sechs SPÖ-Unterorganisationen in ihren Hauptkritikpunkten und/oder ihrer Art der Kritik?

Nun konnte die erste Durchsicht der ausgewählten Mitgliederzeitschriften erfolgen. Im ersten Schritt der methodischen Vorgehensweise zur Analyse des vorhandenen Textmaterials wurden die Beiträge in den Mitgliederzeitschriften hinsichtlich des Hauptkriteriums der darin enthaltenen Kritik selektiert und zusammengefasst. Dabei erfolgte gleichzeitig die Auswahl der geäußerten Kritik nach dem Gesichtspunkt ihrer politischen Relevanz. In einer ersten Vorannahme wurden dieser politischen Relevanz unterschiedliche Kriterien zugeordnet. Diese Kriterien umfassten vorerst personenbezogene Kritik an Führungspersönlichkeiten, FunktionärInnen oder einzelnen PolitikerInnen. Die koalitionsbezogene Kritik betraf sowohl beide

Großparteien im Allgemeinen als auch die Regierung im Speziellen. Bei der themenbezogenen Kritik sollte eine Zuordnung über die verschiedenen politischen Felder und die politischen Sachentscheidungen ermöglicht werden.

Im zweiten methodischen Schritt wurden die Texte hinsichtlich ihrer parteiinternen Kritik ausgewählt und nochmals zusammengefasst. Aus diesem Analyseschritt heraus ergaben sich aus den verdichteten Textbeiträgen und unter Adaption der vorangegangenen Kritikkriterien die folgenden vier Leitkategorien der Kritik für diese Arbeit:

1. Ideologiekritik
2. Kritik an der Sozialpolitik
3. Kritik an der Parteiorganisation und -struktur
4. Kritik an der Koalitionszusammenarbeit

Die personenbezogene Kritik fand zwar nachweislich statt, trat aber zu wenig häufig auf, um eine eigene Leitkategorie zu bilden. Darüber hinaus war sie zumeist eng an eine der anderen Kritik Kategorien gebunden. Bei der Betrachtung des offenen Kriteriums der themenbezogenen Kritik bildete sich die Kritik an der Sozialpolitik als thematischer Schwerpunkt der Sozialdemokratie heraus und wurde somit zur eigenen Leitkategorie. Das ebenfalls offene Kriterium der koalitionsbezogenen Kritik erfuhr eine genauere Definition und führte zur Formulierung der Leitkategorie der Kritik an der Koalitionszusammenarbeit. Diese Kategorie umfasst die Kritik am Verhalten gegenüber der ÖVP, an den Verhandlungsergebnissen in der Koalition, an den Koalitionsdifferenzen, den Führungsproblemen oder dem kompromissbedingten Abgehen von eigenen Standpunkten. Abseits der Vorannahmen entwickelten sich aufgrund ihrer durchgängigen Thematisierung seitens der Parteipresse darüber hinaus zwei weitere bedeutende Leitkategorien der innerparteilichen Kritik heraus. Der Kritik an der Ausgestaltung und Ausrichtung an den ideologischen Leitlinien der SPÖ und der Kritik an der Parteiorganisation und -struktur wurde seitens der Zeitschriften aller Unterorganisationen breiter Raum gewidmet, daher wurden diese beiden Kritikfelder in der vorliegenden Arbeit als Leitkategorien aufgenommen.

Das im vorigen Schritt entwickelte Kategoriensystem wurde nun zur kriteriengeleiteten Auswahl der Textteile aus dem vorher zusammengefassten Quellenkorpus angewandt, der anfänglich nach dem Kriterium der innerparteilichen Kritik erfasst worden war. Dieser dritte Schritt der Auswahl und Strukturierung des Quellenmaterials entlang der Leitkategorien wurde in Bezug auf die Textbeiträge der einzelnen Mitgliederzeitschriften für die jeweiligen Unterorganisationen getrennt durchgeführt. In einem vierten Schritt wurden die Beiträge nach den jeweiligen letzten Legislaturperioden der drei Phasen der Großen Koalitionen für die jeweiligen Unterorganisationen zusammengefasst. Diese systematische Analyse der Texte gibt Aufschluss über die Schwerpunktsetzung, Verteilung und Intensität der innerparteilichen Kritik, die in den Organen der einzelnen SPÖ-Unterorganisationen geäußert wurde. Die verdichteten Ergebnisse der Einzelanalysen wurden in einem letzten Schritt zusammengeführt und interpretiert.

Dieses methodische Vorgehen spiegelt sich auch im Aufbau der Arbeit wider. Vorerst erfolgt die Darstellung des historischen Kontextes (Kapitel 2) der drei Großen Koalitionen mit besonderem Augenmerk auf deren Endphasen. Dies ermöglicht jenen Rahmen abzubilden, innerhalb dessen die innerparteiliche Kritik erfolgte, die Gegenstand der Analyse der Mitgliederzeitschriften der SPÖ-Unterorganisationen (Kapitel 3) ist. Ihr ist breiter Raum gewidmet, da in ihr die vier ersten Analyseschritte sichtbar gemacht und die Kritikpunkte verdichtet werden. Die Interpretation der Analyseergebnisse (Kapitel 4) führt die gewonnenen Erkenntnisse zusammen und bindet die innerparteiliche Kritik zurück an die Leitkategorien der Kritik bevor in den Schlussbetrachtungen (Kapitel 5) Rückschlüsse angestellt werden.

## 2 Historischer Kontext

In diesem Kapitel sollen die historischen Hintergründe und Ereignisse der drei Perioden der Großen Koalition näher betrachtet werden. Ebenfalls nachvollzogen werden soll das Zustandekommen der einzelnen Regierungskoalitionen (1945-1966, 1986-1999 und 2006 bis heute). Besonderes Augenmerk wird hierbei auf die entscheidenden Endperioden der drei Koalitionsphasen (1962-1966, 1995-1999 und 2006-2008) gerichtet.

### 2.1 Die SPÖ als ewige „zweite Siegerin“

Nach dem Zweiten Weltkrieg knüpfte die SPÖ an die Tradition der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ (SDAP) aus der Zwischenkriegszeit an. Des Weiteren wurden Bezüge auf die „Revolutionären Sozialisten“ (RS) genommen, einer in der Illegalität nach 1934 entstandenen und den austromarxistischen Flügel der Partei vertretenden Gruppe. Damit konnte sich die SPÖ nach dem Zweiten Weltkrieg, anders als die Österreichische Volkspartei (ÖVP), auf eine identitätsstiftende Vergangenheit beziehen. Trotz aller Rückbezüge auf die Erste Republik war die SPÖ keine linientreue Nachfolgerin der SDAP.<sup>4</sup> Die Partei wurde am 14. April 1945 im Wiener Rathaus unter dem Namen „Sozialistische Partei Österreichs“ neu gegründet und erhielt den Namenszusatz „Sozialdemokraten und Revolutionäre Sozialisten“.<sup>5</sup> Dies geschah unter der Annahme, dass sich die beiden ab 1934 getrennten Wege der Partei wieder vereinigen würden;<sup>6</sup> der Namenszusatz wurde jedoch noch im Herbst 1945 stillschweigend gestrichen.<sup>7</sup>

Ein wichtiges kontinuierkeitsstiftendes Element für die neugegründete SPÖ war die Orientierung an der Organisationsstruktur der SDAP während der Ersten Republik.

---

<sup>4</sup> Vgl. Mommsen-Reindl, Margarete (1976): Die Österreichische Proporzdemokratie und der Fall Habsburg, Wien, S. 41.

<sup>5</sup> Vgl. Sozialdemokratische Partei Österreichs, Landesorganisation Wien (Hrsg.) (2005d): dasrotewien.at – Weblexikon der Wiener Sozialdemokratie. Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ). 1., Löwelstraße 18; online unter <<http://www.dasrotewien.at/sozialdemokratische-partei-oesterreichs-spoe.html>> (19. Juli 2012).

<sup>6</sup> Vgl. Ganglbauer, Stephan (1995): Wahl – Gewinne Profil – Verluste. Integrations- und Mobilisierungsfähigkeit der SPÖ in der 2. Republik, Wien, S. 59-60.

<sup>7</sup> Vgl. Ucakar, Karl (2006): Sozialdemokratische Partei Österreichs. In: Dachs, Herbert (u.a.) (Hrsg.) (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien, S. 324.

Auch in programmatischer Hinsicht versuchte die Partei, bewusst an frühere Ideen anzuknüpfen, daher erklärte sie das Linzer Programm von 1926 zur gültigen ideologischen Grundlage für die neu gegründete Partei.<sup>8</sup>

Der seit der Zeit der Illegalität nach 1934 schwelende Richtungsstreit zwischen den beiden Lagern führte auch in den Jahren nach 1945 zu einigen Fraktionskämpfen innerhalb der jungen Sozialdemokratie. Von den führenden Persönlichkeiten des Austromarxismus kehrten nach der Befreiung nur wenige nach Österreich zurück. Die Gruppe der Revolutionären Sozialisten verlor dadurch an politischer Tragfähigkeit. Die zurückgekehrten Revolutionären Sozialisten zeigten sich durch ihre Exilerfahrungen in den westlichen Demokratien auch eher bereit, der als „Klassengegner“ bezeichneten ÖVP und dem eigenen rechten Parteiflügel mehr Toleranz entgegen zu bringen. Diese Entwicklung erleichterte die Umorientierung der SPÖ von einer grundsätzlichen austromarxistischen Oppositionspartei zur mitregierenden Partei. Der eher rechts stehende Flügel der Partei mit Karl Renner, Adolf Schärf und Oskar Helmer an der Spitze, sollte in der Folge für den gemäßigteren Kurs der österreichischen Sozialdemokratie verantwortlich zeichnen. Dieser Richtungswechsel läutete darüber hinaus auch langsam den Wandel zur schrittweisen Entideologisierung der Partei ein.<sup>9</sup>

Nachdem die provisorische Regierung am 27. April 1945 aus Mitgliedern von ÖVP, SPÖ und Kommunistischer Partei Österreichs (KPÖ) gebildet worden war, versuchte der ihr vorstehende Karl Renner (SPÖ) der neuen Regierung so bald wie möglich durch Wahlen Legitimität zu verleihen. Bei den Wahlen zum Nationalrat am 25. November 1945 konnte die ÖVP die absolute Mehrheit erreichen. Sie erhielt 85 Mandate, die SPÖ 76 Mandate und die KPÖ 4 Mandate.<sup>10</sup> Mit dieser absoluten Mandatsmehrheit wäre der ÖVP auch die Bildung einer Alleinregierung möglich gewesen. Jedoch waren sich die konservativen PolitikerInnen darüber im Klaren, dass außenpolitische Gefahren, der allgemeine Notstand und die „historischen Gründe“ die Bildung einer breiten Koalition geboten. In der ÖVP wurde die Meinung

---

<sup>8</sup> Vgl. Fischer, Heinz (1992): Die Sozialdemokratische Partei Österreichs. In: Mantl, Wolfgang (Hrsg.) (1992): Politik in Österreich. Die Zweite Republik: Bestand und Wandel, Wien, S. 332.

<sup>9</sup> Vgl. Mommsen-Reindl, Margarete (1976): S. 42.

<sup>10</sup> Vgl. Pelinka, Peter (2000): Österreichs Kanzler. Von Leopold Figl bis Wolfgang Schüssel, Wien, S. 18-19.

vertreten, dass nur die „Mitverantwortung den radikalen Anhang der sozialistischen Gruppe mäßigen konnte“.<sup>11</sup>

Unter Leopold Figl (ÖVP) kam es zur Bildung der Konzentrationsregierung von ÖVP, SPÖ und KPÖ. Diese stellte die Zusammenarbeit aller antifaschistischen Kräfte Österreichs dar und sollte die Alliierten – besonders die Sowjets – davon überzeugen, dass das faschistische Regime überwunden wurde. Die politische Konstellation und die innen- und außenpolitische Konjunktur der Folgejahre begünstigte eine allseits akzeptierte und gewünschte Reaktivierung des Proporzsystems im Sinne der „Anteilnahme aller an der Regierung und Verwaltung an Stelle der Herrschaft des einen über den anderen.“<sup>12</sup> Die Restauration des Proporzgedankens sollte die Bildung einer tragfähigen und möglichst breiten Regierungsbasis im besetzten Österreich unterstützen.<sup>13</sup> Die Anwendung dieses Prinzips als Schlüssel zur Machtaufteilung wurde in den schriftlich verfassten Koalitionspakten als Proporzklausel zum Kernstück der Parteienübereinkommen. In diese Übereinkommen flossen die den Wahlergebnissen entsprechenden Kompetenzansprüche der jeweiligen Partei ein. Die Aufteilung der Ministerposten – damals noch Staatssekretäre genannt – mit acht ÖVP- und sechs SPÖ-Staatssekretären, wurde durch die Beistellung eines Unterstaatssekretärs – vergleichbar mit den heutigen StaatssekretärInnen – des jeweilig anderen Lagers als Kontrollorgan und zur Einflussminderung der KPÖ durchgeführt. Diese Bereichsopposition in Form der StaatssekretärInnen als Kontrollfunktion wurde neben dem Proporz zu einer Konstante der Koalitionssysteme der Folgezeit.<sup>14</sup>

Trotz guten Willens zur Zusammenarbeit waren nicht alle Fronten zwischen den ehemaligen BürgerkriegsgegnerInnen abgebaut und der aufgestaute ideologische Ballast der Ersten Republik erschwerte die politische Integration. Daher wurden die theoretisch-programmatischen Zugrundelegungen der beiden Parteien zum Abbau ideologischer Gegensätze bei beiden Lagern schrittweise adaptiert, um die eigene ParteianhängerInnenschaft auf den Koalitionskurs einzustimmen.<sup>15</sup>

---

<sup>11</sup> Mommsen-Reindl, Margarete (1976): S. 31.

<sup>12</sup> Mommsen-Reindl, Margarete (1976): S. 33.

<sup>13</sup> Vgl. Mommsen-Reindl, Margarete (1976): S. 34.

<sup>14</sup> Vgl. Mommsen-Reindl, Margarete (1976): S. 35-36.

<sup>15</sup> Vgl. Mommsen-Reindl, Margarete (1976): S. 36.

Einer der Schritte für das Funktionieren der Koalition war die Abkehr der SPÖ von ihren austromarxistischen Traditionen aus der Ersten Republik. Um der Gefahr einer möglichen Teilung Österreich entgegenzuwirken war die SPÖ gezwungen, mit der ÖVP eng zusammen zu arbeiten, um die Einheit des Landes zu wahren. Trotz absoluter Mandatsmehrheit kam die ÖVP der SPÖ in grundsätzlichen Forderungen entgegen und machte die Zweckgemeinschaft damit attraktiver. Der Wahlausgang ließ aber auch für die SPÖ die Hoffnung zu, dass man bei den nächsten Wahlen die ÖVP überholen könne; dieses neu gewonnene Selbstvertrauen begünstigte ebenfalls das Ja zur Koalition.<sup>16</sup>

Nach dem Amnestiegesetz für Minderbelastete von 1948 waren die ehemaligen NationalsozialistInnen wieder wahlberechtigt und wurden zu einer umworbenen WählerInnengruppe.<sup>17</sup> In der SPÖ wurde die Bildung einer vierten Partei begrüßt. Eine rechtskonservative Partei sollte die absolute Mehrheit der ÖVP brechen und zur Weiterführung der Großen Koalition und damit zum Machterhalt beitragen. Diese vierte Partei wurde als Verband der Unabhängigen (VdU) gegründet und trat im Herbst 1949, unter Billigung der Alliierten, als Wahlpartei der Unabhängigen (WdU) bei der Nationalratswahl an.<sup>18</sup>

Die Großparteien hatten bei den Nationalratswahlen an die WdU Mandate verloren (SPÖ -9, ÖVP -8, WdU +16), erwogen aber dennoch keine Zusammenarbeit mit dem nationalen Lager. Eine Koalition mit einer rechtskonservativen Partei hätte die Verhandlungen mit den Alliierten über die Unabhängigkeit Österreichs gefährden können. Mangels Alternativen blieb somit nur die Fortführung der Großen Koalition für beide Großparteien übrig.<sup>19</sup>

Die schlechter werdende Wirtschaftslage am Beginn der 1950er Jahre führte zu einer harten Budgetpolitik. Dies hatte starke Verstimmungen innerhalb der

---

<sup>16</sup> Vgl. Mommsen-Reindl, Margarete (1976): S. 42.

<sup>17</sup> Vgl. Manoschek, Walter / Geldmacher, Thomas (2006): Vergangenheitspolitik. In: Dachs, Herbert (u.a.) (Hrsg.) (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien, S. 579-580.

<sup>18</sup> Vgl. Rauchensteiner, Manfred (1987): Die Zwei. Die Große Koalition in Österreich 1945-1966, Wien, S. 135-141.

<sup>19</sup> Vgl. Müller, Wolfgang C. (1988): SPÖ und große Koalition. Zur innerparteilichen Begründung und Diskussion der Regierungsbeteiligung (1945-1966). In: Pelinka, Peter / Steger, Gerhard (Hrsg.) (1988): Auf dem Weg zur Staatspartei. Zu Geschichte und Politik der SPÖ seit 1945, Wien, S. 29-30.



Regierungsparteien zur Folge und bedingte Neuwahlen im Februar 1953. Das Vollbeschäftigungsprogramm gegen die steigende Arbeitslosigkeit brachte der SPÖ einen Wahlsieg. Die SozialdemokratInnen wurden jedoch trotz Stimmenmehrheit auf den zweiten Platz verwiesen. Aufgrund der Wahlarithmetik behielt die ÖVP den Mandatsvorsprung um ein Mandat. Bundeskanzler Julius Raab (ÖVP) führte die Große Koalition mit ausgeglichener Machtaufteilung weiter.<sup>20</sup>

Eine erste Konjunkturwelle von 1953 bis 1957 steigerte den Lebensstandard aller Bevölkerungsschichten und sorgte dafür, dass sich das Konkurrenzdenken der beiden Großparteien verschärfte. Jede Partei nahm für sich in Anspruch, den Aufschwung gebracht zu haben.<sup>21</sup> In dieser Phase des Aufschwungs kam die Bundesregierung auch außenpolitisch voran und konnte mit der Unterzeichnung des Staatsvertrages<sup>22</sup> die Wiederherstellung der souveränen und demokratischen Republik Österreich erfolgreich abschließen. Nach Beendigung dieser bedeutenden gemeinsamen Aufgabe wandten sich die Koalitionsparteien wieder innenpolitischen Themen zu.<sup>23</sup>

Am augenfälligsten war der rasche Abschluss der Entnazifizierung mit der Einstellung der Volksgerichtsbarkeit im Dezember 1955 und der verstärkten Wiedereingliederung der ehemaligen NationalsozialistInnen. Der fehlende außenpolitische Druck führte zum Verzicht, die Vergangenheit vollständig aufzuarbeiten. Die Koalition, die sich nach Kriegsende zusammengefunden hatte, um eine mögliche Teilung Österreichs durch inneren Zusammenhalt zu verhindern, war nach dem Staatsvertrag einer ihrer Legitimationsgrundlagen entledigt worden und musste sich den nun geänderten politischen Rahmenbedingungen stellen. Trotz oder gerade wegen der guten Konjunkturlage stellten sich Anzeichen erster

---

<sup>20</sup> Vgl. Gutkas, Karl (1985): Die Zweite Republik. Österreich 1945-1985, Wien, S. 71-73.

<sup>21</sup> Vgl. Gutkas, Karl (1985): S. 75-78.

<sup>22</sup> In Vorbereitung des Staatsvertrages unterzeichnete eine Delegation, bestehend aus Bundeskanzler Raab, Vizekanzler Schärff, Außenminister Figl und Staatssekretär Bruno Kreisky am 15. April 1955 das „Moskauer Memorandum“. Es regelte die Abwicklung der Wiederherstellung eines unabhängigen und neutralen Österreichs, den Abzug der Besatzungstruppen und weitere Rahmenbedingungen. Am 15. Mai 1955 wurde der Staatsvertrag von den fünf beteiligten Außenministern unterzeichnet. In der Folge zogen die Besatzungsmächte schrittweise ab und beschlagnahmtes Wirtschaftsgut, wie Erdölfelder, Raffinerien, die SMV (sowjetische Mineralölverwaltung, heute OMV AG), die USIA-Betriebe (ehemalige deutsche Betriebe, die in der sowjetischen Besatzungszone 1946 von der Sowjetunion beschlagnahmt wurden) oder die Donaudampfschiffahrtsgesellschaft (DDSG) wurden rückgestellt; vgl. Gutkas, Karl (1985): S. 78-81.

<sup>23</sup> Vgl. Gutkas, Karl (1985): S. 78-81.

Umverteilungsprobleme ein und belasteten die Koalitionszusammenarbeit. Im Wahlkampf 1956 profitierte die ÖVP vom Raab-Kamitz-Kurs unter Kanzler Raab und dem Finanzminister Reinhard Kamitz (ÖVP). Die der ÖVP zugeschriebene erfolgreiche Wirtschafts- und Finanzpolitik war geprägt durch konsequente Hartwährungspolitik und Steuererleichterungen vor allem für Unternehmen. Das Wahlergebnis bescherte der ÖVP wieder die Stimmenmehrheit und den Zuwachs von 8 Mandaten (82), die SPÖ stagnierte bei 74 Mandaten (+1), die KPÖ verlor ein Mandat (3) und die neu angetretene Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) erhielt 6 Mandate; sie verlor damit die 8 Mandate ihres Vorgängers VdU an die ÖVP.<sup>24</sup>

Der Proporz wurde in der weiteren Auflage der Großen Koalition fortgeschrieben und die Ressortvergabe spiegelte den Wahlerfolg der ÖVP wider, die wichtige Schlüsselministerien besetzte. Der ÖVP war es damit gelungen, der SPÖ Kompetenzen bei der verstaatlichten Industrie und dem Rundfunk abzunehmen. Die geänderten Machtverhältnisse veranlassten die SPÖ, die Weichen für eine innerkoalitionäre Oppositionspolitik zu stellen – vor allem gegen die Privatisierungsversuche der verstaatlichten Industrie.<sup>25</sup>

Nachdem Adolf Schärf 1957 zum Bundespräsidenten gewählt wurde, folgte ihm Bruno Pittermann an der Parteispitze der SPÖ nach. Der neue Bundesparteivorsitzende steuerte einen versöhnlichen Kurs gegenüber der Kirche an und führte die bis dahin offene Konkordatsfrage einer Lösung zu. Unter seiner Führung wurde 1958 auch ein neues Parteiprogramm erstellt und die Abkehr vom orthodoxen Marxismus eingeleitet.<sup>26</sup>

Im Zuge des sozialen Wandels in Österreich, gekennzeichnet durch zunehmende Überalterung, steigende Verstädterung, Änderung der Erwerbsstrukturen in Richtung Handel, Verkehr und Dienstleistungssektor, Rückgang der Selbständigenzahlen und der in der Landwirtschaft Tätigen, traten immer wieder soziale Spannungen zutage. Diese Veränderungen führten auch zu einem angespannten Koalitionsklima und ebneten den Weg zur vorgezogenen Neuwahl

---

<sup>24</sup> Vgl. Rauchensteiner, Manfred (1987): S. 290-300.

<sup>25</sup> Vgl. Gutkas, Karl (1985): S. 86 sowie Rauchensteiner, Manfred (1987): S. 306-310.

<sup>26</sup> Vgl. Neck, Rudolf (1975): Innenpolitik. In: Weinzierl, Erika / Skalnik, Kurt (Hrsg.) (1975): Das neue Österreich. Geschichte der Zweiten Republik, Graz, S. 72-73.

1959. Diese galt als Entscheidungswahl über die Koalition und deren Fortbestand. Die SPÖ (78 Mandate, +4) konnte die ÖVP (79, -3) wie schon 1953 an Stimmen überflügeln, aber diesen Erfolg aufgrund der Wahlarithmetik wieder nicht in einen Mandatsvorsprung ummünzen. Die FPÖ zeigte sich von ihrer Krise erholt und erhielt 8 Mandate (+2) und die KPÖ war, wohl auch wegen der Ereignisse in Ungarn mit dem sowjetischen Einmarsch Ende 1956, nicht mehr im Parlament vertreten.<sup>27</sup>

Die Wahlverluste der ÖVP führten zur Personaldebatte in der Partei. Alfons Gorbach löste 1960 Raab im Parteivorsitz und 1961 auch als Bundeskanzler ab. Auf Seiten der SPÖ kam es ebenfalls zu Personalrochaden; Oskar Helmer wurde von Josef Afritsch als Innenminister abgelöst und auf den verstorbenen ÖGB-Präsidenten Johann Böhm folgte Franz Olah. Während der Budgetkrise zeigte sich die Führungsschwäche von Vizekanzler Pittermann. Der einflussreiche neue Gewerkschaftsvorsitzende Olah legte anlässlich der Budgetkrise 1961 aus Protest gegen die Finanzpolitik der Koalition seine parlamentarischen Funktionen zurück und beanspruchte in der Folgezeit offen die Führungsrolle in der SPÖ.

Die anstehende Bundespräsidentenwahl 1963 machte die Vorverlegung der Nationalratswahlen auf den November 1962 notwendig. Die ÖVP wurde wieder zur stimm- und mandatsstärksten Partei (ÖVP 81, SPÖ 76, FPÖ 8). In den darauf folgenden Koalitionsverhandlungen beanspruchte die ÖVP zunächst das Justiz- und das Außenministerium und forderte einen vergrößerten koalitionsfreien Raum ein. Bei den über vier Monate dauernden Verhandlungen blieb der SPÖ jedoch das Außenministerium erhalten. Franz Olah, der gleichzeitig mit der FPÖ über eine Kleine Koalition mit ihm als Bundeskanzler verhandelte, konnte als Mitglied des Koalitionsverhandlungsteams zur Sicherung des Ministeriums für die SPÖ beitragen. Bei der SPÖ zeichnete sich ebenfalls ein Wechsel in der Regierungsmannschaft ab; Franz Olah folgte Josef Afritsch als Innenminister nach und trat seinerseits die Position als Gewerkschaftspräsident an Anton Benya ab. Dadurch beraubte sich der nach der Parteiführung strebende Olah seiner bedeutendsten Machtbasis.<sup>28</sup>

---

<sup>27</sup> Vgl. Gutkas, Karl (1985): S. 97-98.

<sup>28</sup> Vgl. Neck, Rudolf (1975): S. 74-77.

Die Koalition geriet im Jahr 1963 in eine ihrer schwersten Krisen. Otto Habsburg-Lothringen wollte nach Österreich zurückkehren und legte zur Einreisebewilligung eine Erklärung vor. Darin verzichtete er auf Herrschaftsansprüche und bekannte sich zur Staatsbürgerschaft der Republik Österreich. Die ÖVP unterstützte die Aufhebung der Landesverweisung. Es kam zum offenen Bruch in der Koalition. Gemeinsam mit der FPÖ setzte sich die SPÖ zur authentischen Auslegung des „Habsburgerparagraphen“ durch. Innenminister Franz Olah und Außenminister Bruno Kreisky erreichten, dass Otto Habsburg-Lothringen, der keinen österreichischen Reisepass besaß, kein derartiges Dokument auszustellen sei und verhinderten damit dessen Einreise.<sup>29</sup>

Seit dem Frühjahr 1963 regte sich energischer Widerstand der Reformerguppe innerhalb der ÖVP gegen den zu kompromissbereiten Kurs der Parteispitze gegenüber der SPÖ. Am Parteitag vom 19. September 1963 in Klagenfurt wurde Gorbach von Josef Klaus abgelöst. Gleichzeitig wurde nahezu die gesamte Führungsmannschaft der ÖVP ausgetauscht und das Regierungsteam umgebildet.

Während der letzten Jahre der ersten Großen Koalition waren es vor allem die Politik und innerparteiliche Diskussionen der SPÖ, die für einige Unruhe in der Koalition sorgten. Das erste Volksbegehren der Republik, das 1964 von unabhängigen Tageszeitungen initiiert wurde, forderte ein Gesetz für einen politisch unabhängigen Rundfunk in Österreich. Gemäß der gängigen Praxis wurde die Spitze des Rundfunks nach dem Proporzsystem besetzt; aus diesem Grund war es vor allem der von der SPÖ dominierte Österreichische Rundfunk (ORF), der dieses Volksbegehren bagatellisierte. Mit über 800.000 UnterstützerInnen war das Volksbegehren jedoch erfolgreich und musste im Nationalrat behandelt werden. Der zuständige Ausschuss erreichte aber bis zum Ende der Koalitionsperiode keine Lösung und so wurde das Rundfunkgesetz zu einem Thema der ÖVP im Wahlkampf 1966.<sup>30</sup>

Innerhalb der Partei hatte sich Olah in der Zwischenzeit etliche Feinde geschaffen. Als machtbewusster Politiker hatte er 1962 versucht, eine Kleine Koalition mit der FPÖ zu bilden; er unterstützte die finanziell angeschlagenen Freiheitlichen mit

---

<sup>29</sup> Vgl. Neck, Rudolf (1975): S. 78-79 sowie Gutkas, Karl (1985): S. 118-120.

<sup>30</sup> Vgl. Gutkas, Karl (1985): S. 122-123.

veruntreuten Gewerkschaftsgeldern, ähnlich wie er es schon zuvor 1959 bei der Unterstützung der Neugründung der „*Neuen Kronen Zeitung*“ praktiziert hatte. Durch Angriffe auf seine Amtsvorgänger im Innenministerium, Afritsch und Helmer, feindete sich Olah parteiintern immer mehr an und beschwor eine heftige Gegenreaktion. Gegen Olah wurde 1964 ein Parteischiedsgericht eingesetzt und sein Ausschluss aus der Regierung entschieden. In der Folge organisierten die AnhängerInnen sowie GegnerInnen Olahs zahlreiche Demonstrationen, Streiks und Sympathiekundgebungen. Am 3. November 1964 wurde vom SPÖ-Ehrengericht schlussendlich der Parteiausschluss des ehemaligen Innenministers besiegelt. Olah weigerte sich jedoch, sein Nationalratsmandat zurückzulegen und verblieb als „wilder Abgeordneter“ im Parlament. In der Folge gründete der ehemalige SPÖ-Politiker eine neue Partei und trat mit der DFP (Demokratische Fortschrittliche Partei) bei den Nationalratswahlen 1966 an.<sup>31</sup> Der Fall Olah war vor allem ein innerparteilicher Kampf zweier unterschiedlicher Ansichten über Politik und politische Führung in der SPÖ. Olahs von Populismus getragener autoritärer Führungsstil stand der traditionellen Auffassung von innerparteilicher Demokratie und Parteiorganisation einer „Klassenpartei“ mit ideologischem Leitbild entgegen.<sup>32</sup>

Der Strukturwandel der österreichischen Wirtschaft ging auch an den beiden Koalitionsparteien nicht spurlos vorbei. Anfang der 1960er Jahre verlangsamte sich der wirtschaftliche Aufschwung; besonders in der Industrieproduktion erfolgte eine deutliche Zuwachsminderung. Das Bruttoinlandsprodukt stieg nur mehr geringfügig an und die Beschäftigungszahlen stagnierten. Dies führte innerhalb der Koalition zu heftigen Diskussionen über weitere Privatisierungen der verstaatlichten Betriebe. Dennoch waren die letzten Jahre der Großen Koalition eine Zeit des sozialen Fortschritts; so wurde stufenweise die Frührente eingeführt, die Rentendynamik der Anpassung der Renten an die DienstnehmerInnenlöhne festgelegt, die Krankenversicherung der Bauern und Bäuerinnen eingerichtet und der Sozialschutz für GastarbeiterInnen erweitert.<sup>33</sup>

---

<sup>31</sup> Vgl. Rauchensteiner, Manfred (1987): S. 463-465.

<sup>32</sup> Vgl. Gehler, Michael / Sickinger, Hubert (1995): Politische Skandale in der Zweiten Republik. In: Sieder, Reinhard (u.a.) (Hrsg.) (1995): Österreich 1945-1995. Gesellschaft – Politik – Kultur, Wien, S. 677-678.

<sup>33</sup> Vgl. Gutkas, Karl (1985): S. 130-132.

Wegen der andauernden inneren und äußeren Probleme des Koalitionspartners SPÖ kam es gegen Ende 1965 zu einer neuerlichen Budgetkrise. So einigten sich die Regierungsparteien auf einen vorgezogenen Wahltermin im März 1966. Die Nationalratswahlen brachten den Wahlsieg der ÖVP, die im Vergleich zur Regierungspartnerin Einigkeit demonstrieren konnte und die vor allem von den Krisensituationen der SPÖ profitierte. Die ÖVP errang 85 Mandate (+4) und die absolute Mehrheit; die SPÖ (74) und die FPÖ (6) verloren jeweils 2 Mandate. Die DFP Olahs erreichte zwar kein Mandat, schadete der SPÖ aber erheblich; die 150.000 für sie abgegebenen Stimmen stammten größtenteils von sozialistischen ProtestwählerInnen.

Trotz der absoluten Mehrheit der ÖVP wurde versucht, eine Einigung zur Fortsetzung der Koalitionsregierung zu erzielen. Die Forderungen der Wahlsiegerin ÖVP bedeuteten gewaltige Einschnitte für die SPÖ. Die ÖVP forderte das Justizministerium und neue Staatssekretäre für das Bundeskanzleramt und das Sozialministerium. Die bisherigen SPÖ-Ministerien für Inneres und Auswärtige Angelegenheiten sollten in den Kompetenzen stark beschränkt werden. Im Gegenzug sollten die ÖVP-dominierten Ministerien für Handel, Landesverteidigung, Unterricht sowie Landwirtschaft aufgewertet werden. Vor eine derartige Entscheidung gestellt, versuchten die Verantwortlichen der SPÖ auf einem außerordentlichen Parteitag am 15. April 1966 doch noch eine Möglichkeit zu finden, die Koalition weiterzuführen und eine Abänderung der ÖVP-Forderungen zu erreichen. Auf Seiten der ÖVP war man zwar zu geringen Zugeständnissen bereit, im Kern blieben die Forderungen jedoch aufrecht. Daraufhin entschied die SPÖ-Parteivertretung am 18. April 1966 den Gang der SPÖ in die Opposition.<sup>34</sup>

## **2.2 Sparen um jeden Preis?**

Nach der Beendigung der ersten Großen Koalition 1966 konnte sich die SPÖ in der darauf folgenden Legislaturperiode als Oppositionspartei profilieren. Aus dieser Position heraus konnte sie 1970 mithilfe der Duldung durch die FPÖ eine Minderheitsregierung bilden. Dieser kurzlebigen Regierungsform folgte ab 1971 eine zwölf Jahre dauernde Alleinregierung der SPÖ. Während dieser Zeitspanne konnte

---

<sup>34</sup> Vgl. Neck, Rudolf (1975): S. 79-80 sowie Gutkas, Karl (1985): S. 138-139.

die SPÖ bis 1983 stets die absolute Mandatsmehrheit bei Nationalratswahlen für sich verbuchen.<sup>35</sup> Die anschließende Koalition mit der FPÖ war mit einer Reihe von Problemen konfrontiert.<sup>36</sup> Zur Auflösung der sogenannten Kleinen Koalition führten letztendlich aber zwei innenpolitische Ereignisse des Jahres 1986. Zum einen war es der polarisierende Wahlkampf der Bundespräsidentenwahl, in dem Bundeskanzler Fred Sinowatz offen gegen Kurt Waldheim auftrat, wegen dessen Wehrmachtsvergangenheit im nationalsozialistischen Regime. Als der ehemalige UN-Generalsekretär am 8. Juni 1986 zum neuen Bundespräsidenten gewählt wurde, trat Sinowatz tags darauf zurück und räumte das Feld für Franz Vranitzky. Der seit 1984 amtierende Finanzminister übernahm am 16. Juni 1986 das Amt des Bundeskanzlers.<sup>37</sup> Zum anderen kam es im Herbst 1986 zu einem Wechsel an der Parteispitze in der FPÖ; am Parteitag in Innsbruck vom 13. bis 14. September 1986 löste der Rechtspopulist Jörg Haider den eher liberal geltenden Norbert Steger ab. Die FPÖ signalisierte so den Kurswechsel in Richtung einer national orientierten Partei. Damit entzog Haider der Koalitionsvereinbarung von 1983 die gemeinsame politische Basis zur Zusammenarbeit<sup>38</sup> und der neue SPÖ-Bundeskanzler Vranitzky kündigte daraufhin die Koalition mit den Freiheitlichen auf.<sup>39</sup>

Die dadurch bedingten Nationalratswahlen wurden am 23. November 1986 abgehalten und brachten schwere Verluste für die regierende SPÖ.<sup>40</sup> Zum von Seiten der ÖVP erhofften Machtwechsel kam es aber nicht; ab 1986 bestanden zwar bürgerliche Mehrheiten, die rechts der Mitte angesiedelt waren, von diesen konnte jedoch die neu positionierte FPÖ mehr profitieren. Ein weiterer erheblicher Anteil der immer größer werdenden Gruppe der WechselwählerInnen wandte sich den neu

---

<sup>35</sup> Vgl. Ucakar, Karl (1992): Die Sozialdemokratische Partei Österreichs. In: Dachs, Herbert (u.a.) (Hrsg.) (1992): Handbuch des politischen Systems Österreichs, Wien, S. 213-214.

<sup>36</sup> Neben der Krise der verstaatlichten Industrie und dem wachsenden Budgetdefizit führte der 1984 begonnene Bau eines Wasserkraftwerkes in der Stopfenreuther Au bei Hainburg an der Donau zum offenen Konflikt mit den sich neu formierenden Umweltschutzgruppen. Der Noricum-Skandal, der illegale Waffengeschäfte verstaatlichter Betriebe zu Tage förderte, stellte 1985 eine weitere Belastungsprobe für die SPÖ-dominierte Regierung dar; vgl. Pelinka, Peter (1995): Das Ende der Seligkeit. Wohin steuert Österreich?, Wien, S. 43-48.

<sup>37</sup> Vgl. Dickinger, Christian (2001): Die Skandale der Republik. Haider, Proksch & Co., Wien, S. 175.

<sup>38</sup> Vgl. Bailer, Brigitte / Neugebauer, Wolfgang (1993): Die FPÖ. Vom Liberalismus zum Rechtsextremismus. In: Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.) (1992): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, Wien, S. 339-340.

<sup>39</sup> Vgl. Pelinka, Peter (1995): S. 68.

<sup>40</sup> Der Mandatsstand der SozialdemokratInnen schrumpfte von 90 auf 80 Mandate, gleichzeitig erreichte die ÖVP nur mehr 77 der zuvor gehaltenen 81 Mandate; vgl. Weissensteiner, Friedrich (2005): An den Hebeln der Macht. Die Parteiführer der Zweiten Republik, Wien, S. 122.

kandidierenden grünalternativen Bewegungen zu. Der Wahlausgang schuf neue Voraussetzungen für die österreichische Politik, da sich der Abstand der beiden Großparteien enorm verringert hatte und neben den bisherigen Parteien mit den Grünen eine vierte politische Kraft ins Parlament einzog. Dies hatte zur Folge, dass sich zukünftig absolute Mehrheiten ausschlossen und neue Koalitionsoptionen entstanden.<sup>41</sup>

Unter diesen Voraussetzungen beschlossen die beiden Großparteien eine Neuauflage der Großen Koalition. Als politische Schwerpunkte wurde die langfristige Privatisierung der Ökonomie, die Rationalisierung der Wirtschaft, die Leistungsoptimierung sozialer Bereiche sowie die Annäherung Österreichs an die Europäische Gemeinschaft gesetzt. Mit diesen Zielvorgaben traten Vranitzky und Alois Mock (ÖVP) in eine Sanierungs- und Erneuerungsgemeinschaft ein.<sup>42</sup>

Die Große Koalition nahm am 21. Jänner 1987 nach mehr als zwanzigjähriger Pause die Regierungsgeschäfte wieder in ihre Hände. Die Koalition war jedoch nicht unumstritten; von einigen Gruppierungen innerhalb der SPÖ wurde sie als Machtverlust empfunden und nur als Notlösung erachtet. In der ÖVP war man darüber enttäuscht, dass die vor der Wahl propagierte Wende nicht stattgefunden hatte und dass man nicht wie erhofft als stimmenstärkste Partei, sondern lediglich als „Juniorpartnerin“ in der Koalition fungierte.<sup>43</sup>

Die Popularitätswerte der neu aufgelegten Großen Koalition stagnierten längere Zeit, da die neue Regierung von Beginn an einen rigorosen Einsparungskurs einschlug. Dieser Schwerpunktsetzung wurde vor allem von der SPÖ-KernwählerInnengruppe der ArbeiterInnenschaft wenig Verständnis entgegengebracht. Die SPÖ versuchte, den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen Rechnung zu tragen und trachtete nach der Ausweitung weiterer WählerInnenschichten, um sich als moderne Partei der Mitte zu positionieren. Die strukturellen Probleme konnten vorerst durch

---

<sup>41</sup> Vgl. Welan, Manfred (1999): Demokratie auf Österreichisch. Oder die erstarrte Republik, Wien, S. 61-62 sowie Pelinka, Peter (1995): S. 68.

<sup>42</sup> Vgl. Gehler, Michael (2006): Die Zweite Republik – zwischen Konsens und Konflikt. Historischer Überblick (1945-2005). In: Dachs, Herbert (u.a) (Hrsg.) (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien, S. 44.

<sup>43</sup> Vgl. Österreichischer Bundespressedienst (Hrsg.) (1988): Österreichisches Jahrbuch 1987, Wien, S. 83.



die hohen Popularitätswerte Vranitzkys überlagert werden. Auf Seiten der ÖVP war Vizekanzler, Außenminister und Parteiobmann Mock nicht unumstritten. Die aufkeimende Personaldebatte wurde jedoch mangels Alternativen nur zaghaft geführt.<sup>44</sup>

Um mit dem gesellschaftlichen Wandel Österreichs Schritt halten zu können, versuchte die SPÖ unter der Führung Vranitzkys, sich zu einer Art linksliberalen Volkspartei zu entwickeln.<sup>45</sup> In ihrer Organisationsstruktur glich sie aber immer noch der geschlossenen Lagerpartei der Ersten Republik und einer klassischen Mitgliederpartei.<sup>46</sup> Gleichzeitig mit der Umbenennung von sozialistischer zu sozialdemokratischer Partei im Jahr 1991 wurde eine Kampagne zur parteiinternen Reform gestartet und ein neues Grundsatzprogramm in Auftrag gegeben, welches dann erst 1998 in Kraft trat. Die Reform sah eine stärkere Einbindung parteiunabhängiger Gruppierungen und Bürgerinitiativen sowie eine generelle Öffnung der Parteiorganisationen vor, die jedoch in der mittleren Funktionärsschicht der Partei wenig gewünscht wurde. Ein weiteres Anzeichen für strukturelle Veränderungen war die beginnende Auflösung der engen Verflechtung zwischen Österreichischem Gewerkschaftsbund (ÖGB) und SPÖ in den 1990er Jahren.<sup>47</sup>

Gegen Ende der 1980er Jahre konnte die Große Koalition auf eine gute Regierungsbilanz verweisen. Begünstigt durch das positive Wirtschaftswachstum konnte die Politik der Budgetkonsolidierung erfolgreich weitergeführt werden.

Die FPÖ unter Jörg Haider machte mit ihrer populistischen Politik verstärkt Stimmung gegen die „alten Parteien“. Zusätzlich sorgten einige Steueraffären und Skandale von SPÖ-FunktionärInnen für Imageprobleme. Der ungebrochenen Popularität von Vranitzky, der 1988 den Bundesparteivorsitz übernommen hatte, war zu verdanken, dass die SPÖ trotz interner Probleme ihren Vorsprung zur ÖVP behaupten konnte.<sup>48</sup>

---

<sup>44</sup> Vgl. Österreichischer Bundespressedienst (Hrsg.) (1988): S. 84-85.

<sup>45</sup> Vgl. Weissensteiner, Friedrich (2005): S. 121.

<sup>46</sup> Vgl. Pelinka, Peter (1995): S. 72.

<sup>47</sup> Vgl. Pelinka, Peter (1995): S. 80-83.

<sup>48</sup> Vgl. Österreichischer Bundespressedienst (Hrsg.) (1989): Österreichisches Jahrbuch 1988, Wien, S. 80-81.

Die Veränderungen in Osteuropa mit Anzeichen der Auflösung des Realsozialismus schufen neue politische Voraussetzungen für Gesamteuropa und führten auch in Österreich zur verstärkten Auseinandersetzung mit den Optionen einer europäischen Integration. Beschleunigt durch diese Entwicklung erhielt die Bundesregierung vom Nationalrat im Sommer 1989 den Auftrag, die Aufnahme in die Europäische Gemeinschaft (EG) zu beantragen.<sup>49</sup> Dieser Schritt wurde von beiden Parteien getragen, wobei die SPÖ intern mehr Überzeugungsarbeit bei ihren FunktionärInnen und WählerInnen zu leisten hatte als die ÖVP-Spitze bei ihrer traditionell proeuropäisch eingestellten Klientel.<sup>50</sup>

Die SPÖ konnte ihre Position bei den Nationalratswahlen 1990 behaupten und blieb trotz leichter Stimmenverluste vor der ÖVP. Die eigentlichen Wahlgewinnerinnen waren jedoch die beiden Oppositionsparteien, die Mandate dazu gewinnen konnten. Die SPÖ hatte sich schon vor der Wahl gegen eine mögliche Kleine Koalition mit der FPÖ unter Haider ausgesprochen und die Fortsetzung der Großen Koalition bevorzugt. Obwohl es in der ÖVP vermehrt Stimmen für eine rechnerisch mögliche Kleine Koalition gegeben hatte, setzten sich auch in ihr die BefürworterInnen für eine Weiterführung des bisherigen Kurses durch.<sup>51</sup>

Die SPÖ versuchte, ihr Image zu modernisieren; sie übernahm die Europafahne in ihr Logo und fügte dem Parteinamen wieder „demokratisch“ hinzu. Am 32. Bundesparteitag in Linz vom 14. bis 15. Juni 1991 wurde die Umbenennung der Partei in *Sozialdemokratische Partei Österreichs* beschlossen, um der Weiterentwicklung der Partei hin zu einer Volkspartei Ausdruck zu verleihen.<sup>52</sup> Der Wandel der innenpolitischen Kräfteverhältnisse mit deutlicher WählerInnenabwanderung zur FPÖ führte dazu, dass sich beide Koalitionspartnerinnen noch enger aneinander banden. Da sich die SPÖ weiterhin klar von der FPÖ unter Haider abgrenzte und die Grünen zum damaligen Zeitpunkt kaum koalitionsfähig erschienen, blieb die ÖVP die einzige Koalitionspartnerin, mit der man stabile Mehrheiten bilden konnte.

---

<sup>49</sup> Vgl. Fischer, Heinz (1996): Österreichs politisches System 1986-1996. In: Keck, Edi (u.a.) (Hrsg.) (1996): Die ersten 10 Jahre. Franz Vranitzky, Wien, S. 18-19.

<sup>50</sup> Vgl. Weissensteiner, Friedrich (2005): S. 122.

<sup>51</sup> Vgl. Österreichischer Bundespressedienst (Hrsg.) (1991): Österreichisches Jahrbuch 1990, Wien, S. 71-74.

<sup>52</sup> Vgl. Sozialdemokratische Partei Österreichs (Hrsg.) (1991): Zukunft Sozialdemokratie – Zukunft Europa. Anträge und Resolutionen. Tagesordnung und Organe. 32. Ordentlicher Bundesparteitag 1991 Linz, Wien, S. 71-72.

Beeinflusst durch die Ereignisse in Jugoslawien und der Transition der Staaten Osteuropas erhielt die Diskussion zur „Ausländerfrage“ in Österreich neuen Aufschwung.<sup>53</sup> Die Entwicklung in Ost- und Südosteuropa, die den ZuwandererInnenstrom ansteigen ließ, wurde von Haider genutzt, um verstärkt das Thema der „Ausländerfrage“ zu diskutieren. Damit schürte er ein Klima der Fremdenfeindlichkeit in Österreich.<sup>54</sup> Das von Haider initiierte Volksbegehren „Österreich zuerst“ am Anfang des Jahres 1993 erbrachte jedoch nicht den erwarteten Erfolg für die FPÖ.<sup>55</sup>

Das Jahr 1994 kann als ein Wahljahr mit weit reichenden Veränderungen für die zukünftige Entwicklung Österreichs angesehen werden. In einem Referendum über den EU-Beitritt entschied die österreichische Bevölkerung über die Zukunft des Landes, die Landtagswahlen in Kärnten, Tirol und Salzburg brachten Verschiebungen der Parteienverhältnisse und im Oktober fanden richtungsweisende Nationalratswahlen statt. Zusätzlich zu den Veränderungen, die sich aus den verschiedenen Wahlgängen ergaben, veränderte sich die innenpolitische Parteienlandschaft in Österreich. Bei den Landtagswahlen musste vor allem die SPÖ schwere Verluste im WählerInnenzuspruch hinnehmen und auch die ÖVP war vom bundesweiten Vertrauensverlust in die beiden Großparteien betroffen. Aus dieser Entwicklung konnten die beiden anderen im Parlament vertretenen Parteien Kapital schlagen. Neben diesen trat das 1993 gegründete Liberale Forum (LIF) zum ersten Mal bei einer Nationalratswahl an. Vor diesem Hintergrund dominierte die Auseinandersetzung zwischen dem populären SPÖ-Spitzenkandidaten Vranitzky und dem populistischen FPÖ-Chef Haider die polarisierte öffentliche Meinung.

Ihren größten politischen Erfolg in diesem Jahr konnten die beiden Koalitionsparteien durch das erfolgreiche EU-Referendum am 12. Juni 1994 feiern, dem 66,6% der ÖsterreicherInnen zustimmten. Die beiden Großparteien konnten

---

<sup>53</sup> Vgl. Österreichischer Bundespressedienst (Hrsg.) (1992): Österreichisches Jahrbuch 1991, Wien, S. 56-59.

<sup>54</sup> Vgl. Österreichischer Bundespressedienst (Hrsg.) (1993): Österreichisches Jahrbuch 1992, Wien, S. 69-74.

<sup>55</sup> Lediglich knapp über 7% der Stimmabgabeberechtigten hatten das Volksbegehren unterschrieben. Es kam in weiterer Folge zur Abspaltung einiger FPÖ-Abgeordneter um Heide Schmidt, die mit vier weiteren ehemaligen Freiheitlichen das Liberale Forum gründete; vgl. Österreichischer Bundespressedienst (Hrsg.) (1994): Österreichisches Jahrbuch 1993, Wien, S. 77-78.

ihren Popularitätsvorsprung aufgrund interner Streitigkeiten jedoch nicht bis zur Nationalratswahl vom 9. Oktober 1994 halten. SPÖ und ÖVP verloren zusammen mehr als zwölf Prozent der Stimmen und verfügten nicht mehr über die im Nationalrat für die Änderung von Verfassungsgesetzen notwendige Zweidrittelmehrheit.<sup>56</sup> Als maßgeblicher Grund für die Stimmenverluste kann die vorzeitige Festlegung auf die Weiterführung der Koalition während des Wahlkampfes angeführt werden.<sup>57</sup> Die SPÖ-Verluste zeigten, dass die Popularität des Parteivorsitzenden nicht mehr ausreichte, um strukturelle Probleme der Partei zu überdecken und können als erste große Niederlage in der Ära Vranitzky angesehen werden.<sup>58</sup>

Die Großparteien entschlossen sich nach kurzen Koalitionsverhandlungen, die gemeinsame Regierung fortzusetzen. Zum einen wurde der Rückschlag bei den Wahlen als besondere Verpflichtung zur Fortführung des Regierungsprogramms interpretiert und zum anderen zeigten die Oppositionsparteien kein Interesse an einer möglichen Regierungsbeteiligung als „Juniorpartnerin“. Eine der Zielsetzungen der neuen Regierung waren drastische Maßnahmen zur Konsolidierung des Bundeshaushaltes; diese wurden in ihrer Kurzfassung als „Sparpaket“ bezeichnet. Die Maßnahmen wurden im Herbst 1994 ohne Einbindung der SozialpartnerInnen ausgearbeitet. Sie wurden zwar als generell notwendig erachtet, aber vor allem von der ArbeitnehmerInnenseite, den Familienorganisationen und auch den öffentlich Bediensteten als überproportional belastend empfunden. Einzelne Punkte wurden dann mit den SozialpartnerInnen nachverhandelt und belasteten in der Folge das Verhältnis der Koalitionspartnerinnen untereinander.<sup>59</sup> Die Budgetquerelen wirkten sich auch negativ auf die Stimmung zwischen der SPÖ und den Gewerkschaften sowie den SozialpartnerInnen aus.<sup>60</sup>

---

<sup>56</sup> Vgl. Österreichischer Bundespressedienst (Hrsg.) (1995): Österreichisches Jahrbuch 1994, Wien, S. 74-77.

<sup>57</sup> Vgl. Fischer, Heinz (1996): S. 16.

<sup>58</sup> Bis zu diesem Zeitpunkt hielten sich die Stimmenverluste bei diversen Wahlgängen stets in Grenzen; vgl. Pelinka, Peter (1995): S. 89.

<sup>59</sup> Vgl. Österreichischer Bundespressedienst (Hrsg.) (1996): Österreichisches Jahrbuch 1995, Wien, S. 55-56.

<sup>60</sup> Vgl. Pelinka, Peter (1995): S. 91-92.

Bei der ÖVP kam es im Frühjahr 1995 nach der „Obmanndebatte“ zu Personalrochaden. Der bisherige Wirtschaftsminister Wolfgang Schüssel löste Erhard Busek an der Parteispitze ab. Er übernahm als neuer Vizekanzler auch den Posten des Außenministers. Parteiobmann Schüssel trat die Führung der ÖVP mit dem Vorhaben Bundeskanzler zu werden an und gab damit eine unverhohlene Kampfansage an die SPÖ ab.<sup>61</sup>

Eine Gelegenheit, die Regierung verlassen zu können, bot sich für den Vizekanzler noch im Herbst 1995. Die beiden Koalitionsparteien konnten sich nicht auf das Budget 1996 einigen, da die ÖVP die Einsparungen zur Budgetkonsolidierung nur ausgabenseitig erzielen wollte, während die SPÖ auch einnahmenseitige Maßnahmen vorsah. Schon die Vorberatungen unter Einbeziehung der SozialpartnerInnen erbrachten keine Einigung. Das in der Vergangenheit eingespielte System aus Arbeiterkammer, Bundeswirtschaftskammer, Landwirtschaftskammer und ÖGB fand diesmal zu keiner gemeinsam tragbaren Lösung. Die verhärteten Fronten zwischen den Interessenverbänden ließen keine Einigung zu und Vranitzky merkte an, dass aus den SozialpartnerInnen „Sozialgegner“<sup>62</sup> geworden wären.

Nach den gescheiterten Budgetverhandlungen wurden Neuwahlen für den 17. Dezember 1995 ausgeschrieben. Die propagierte Wende blieb jedoch aus, da es der SPÖ mit der Konzentration auf soziale Themen besser gelang, ihre WählerInnen zu aktivieren. Die ÖVP versuchte, mit dem Schlagwort des „schlanken Staates“ ihre Sanierungspläne zu propagieren. Da sie sich nicht offen gegen eine mögliche Koalition mit der rechtspopulistischen FPÖ ausgesprochen hatte, musste sie auf große Teile ihrer gemäßigten WählerInnen verzichten.<sup>63</sup> Die SPÖ ging aus der Wahl als klare Siegerin hervor und gewann sechs Mandate dazu, während die ÖVP ihren Mandatsstand behielt. Die Oppositionsparteien mussten Verluste hinnehmen. Die wieder über eine Zweidrittelmehrheit verfügenden Großparteien einigten sich auf die Fortführung der Regierungszusammenarbeit.<sup>64</sup> Bundeskanzler Vranitzky ersetzte im

---

<sup>61</sup> Vgl. Österreichischer Bundespressedienst (Hrsg.) (1996): S. 56-57.

<sup>62</sup> Vranitzky, Franz (2004): Politische Erinnerungen, Wien, S. 219.

<sup>63</sup> Vgl. Österreichischer Bundespressedienst (Hrsg.) (1996): S. 57-58 sowie Vranitzky, Franz (2004): S. 219.

<sup>64</sup> Vgl. Vranitzky, Franz (2004): S. 222 sowie Österreichischer Bundespressedienst (Hrsg.) (1996): S. 58-59.

Jänner 1996 den kritisierten SPÖ-Finanzminister Andreas Staribacher durch den bisherigen SPÖ-Verkehrsminister Viktor Klima.<sup>65</sup>

Die Koalitionsregierung führte die Budgetkonsolidierung voran und unter der Federführung von Klima und Wirtschaftsminister Johannes Ditz (ÖVP) wurden Strukturanpassungsgesetze entworfen.<sup>66</sup> Das erklärte Ziel dieses „Sparpakets“ war es, die Neuverschuldung im Sinne der Maastrichtkriterien in Grenzen zu halten. Es sah vor allem Kürzungen im Sozial- und Bildungsbereich vor und neben Steuererhöhungen wurden Einsparungsmaßnahmen bei BeamtInnen vollzogen. In der Folge kam es im Universitätsbereich zu Demonstrationen und Streiks von Studierenden, die mit Unterstützung des akademischen Mittelbaus und der ProfessorInnen ihren Unmut gegen die Sparmaßnahmen der Regierung äußerten. Weiterer Protest schlug der Regierung auch von Gewerkschaftsseite entgegen. Trotz heftiger Widerstände aus der Öffentlichkeit wurden keine Änderungen am Sparpaket vorgenommen. Die Strukturanpassungsmaßnahmen in Form des 100-Milliarden-Schilling-Sparpakets erstreckten sich auf die Budgets von 1996 und 1997.<sup>67</sup> Zu Beginn des Jahres 1997 gab Vranitzky den Regierungsvorsitz an Klima ab, der 1997 auch den SPÖ-Parteivorsitz übernahm. Die umgestaltete Regierung unter dessen Führung startete aufgrund der hohen Popularitätswerte des neuen Bundeskanzlers mit einem Vertrauensvorschuss. Trotz des Neustarts erwies sich die Regierungszusammenarbeit als schwierig, da die bestehenden Differenzen in den einzelnen politischen Problemfeldern kaum überbrückbar schienen.<sup>68</sup> Für Zündstoff zwischen den Koalitionspartnerinnen sorgte 1998 die von der ÖVP initiierte Diskussion über den möglichen NATO-Beitritt Österreichs, der für die SPÖ im Sinne der Sicherheit Österreichs keinerlei Notwendigkeit darstellte. Generell gestaltete sich die Zusammenarbeit als immer schwieriger und zeigte deutliche Abnutzungserscheinungen.<sup>69</sup>

---

<sup>65</sup> Vgl. Vranitzky, Franz (2004): S. 222.

<sup>66</sup> Vgl. Österreichischer Bundespressedienst (Hrsg.) (1997): Österreichisches Jahrbuch 1996, Wien, S. 71.

<sup>67</sup> Vgl. Weissensteiner, Friedrich (2005): S. 156-157 sowie Österreichischer Bundespressedienst (Hrsg.) (1997): S. 71.

<sup>68</sup> Vgl. Weissensteiner, Friedrich (2005): S. 157-158.

<sup>69</sup> Vgl. Österreichischer Bundespressedienst (Hrsg.) (1999): Österreichisches Jahrbuch 1998, Wien, S. 72-74.

Die Beliebtheit der Regierung war im Wahljahr 1999 auf den Tiefpunkt gesunken; trotz der guten Wirtschaftsentwicklung und dem Anstieg des Wohlstands nahm die Unterstützung für die Koalition innerhalb der österreichischen Bevölkerung stetig ab. Das Image der Koalition war eines der „alten“ Politik des Proporz, des Postenschachers und interner Streitereien. Im Zuge der Querelen warf die ÖVP der SPÖ vor, am Reformstau schuld zu sein.<sup>70</sup>

Die Nationalratswahl am 3. Oktober 1999 sorgte für das bisher schlechteste SPÖ-Wahlergebnis in der Zweiten Republik. Mit 65 (-6) Mandaten lag die SPÖ nur mehr knapp vor der ÖVP (52) und der FPÖ (52), welche die ÖVP mit einem Unterschied von 415 Stimmen auf den dritten Platz verdrängte. Schüssel machte entgegen seiner Wahlkampf-Aussage, bei einem Abrutschen auf den dritten Platz in Opposition gehen zu wollen, kein Hehl daraus, die Regierungsbeteiligung anzustreben. Aufgrund der neuartigen politischen Konstellation beauftragte Bundespräsident Thomas Klestil Klima zunächst damit, sogenannte „Sondierungsgespräche“<sup>71</sup>, zu führen. Da das LIF die 4%-Hürde zum Einzug ins Parlament nicht geschafft hatte und die Grünen trotz Zugewinnen nur 15 Mandate erhielten, verblieben dem Parteivorsitzenden der stimmstärksten Partei wenige Optionen zur Regierungsbildung. Eine „Ampelkoalition“ mit LIF und Grünen war nicht möglich und da eine Koalition mit der FPÖ bereits im Wahlkampf ausgeschlossen worden war, kam nur die ÖVP als mögliche Regierungspartnerin in Frage. Die Koalitionsverhandlungen gestalteten sich schwierig und langwierig und von Seiten der SPÖ wurden umfangreiche Zugeständnisse gemacht. Innerhalb der SPÖ regte sich deshalb der Widerstand gegen die Verhandlungsergebnisse. Die Gewerkschaften weigerten sich, den Koalitionspakt zu unterschreiben. Dennoch einigte sich der SPÖ-Vorstand mehrheitlich am 19. Jänner 2000 auf die Neuauflage der Großen Koalition.

Schüssel forderte das Finanzministerium und die Unterschrift der SPÖ-Gewerkschaften unter dem Koalitionspakt. Dies führte zum Bruch zwischen den beiden Parteien.<sup>72</sup> Bundespräsident Klestil beauftragte daraufhin Klima mit der

---

<sup>70</sup> Vgl. Böhm, Wolfgang / Lahodinsky, Otmar (2001): Der Österreichkomplex. Ein Land im Selbstzweifel, Wien, S. 109-111 sowie Österreichischer Bundespressedienst (Hrsg.) (1999): S. 73.

<sup>71</sup> Vgl. Böhm, Wolfgang / Lahodinsky, Otmar (2001): S. 111-112 sowie Österreichischer Bundespressedienst (Hrsg.) (2000): Österreichisches Jahrbuch 1999, Wien, S 85-86.

<sup>72</sup> Vgl. Böhm, Wolfgang / Lahodinsky, Otmar (2001): S. 123-126.

Bildung einer Minderheitsregierung. In der Zwischenzeit einigten sich Schüssel und Haider innerhalb weniger Tage auf eine Koalition von ÖVP und FPÖ und trotz internationaler Proteste erfolgte durch Klestil am 4. Februar 2000 die Angelobung der neuen rechtskonservativen Regierung.<sup>73</sup>

### **2.3 Szenen einer „Zwangsehe“<sup>74</sup>**

Nach den gescheiterten Koalitionsverhandlungen im Winter 1999/2000 kam es erstmalig in der Geschichte der Zweiten Republik zur Bildung einer Mitte-Rechts-Regierungskoalition von ÖVP und FPÖ.<sup>75</sup> Damit endete für die SPÖ die lange Zeitspanne der Regierungsbeteiligung seit 1970. Nach der ÖVP-Alleinregierung (1966-1970) war es erst das zweite Mal, dass die SPÖ den Gang auf die Oppositionsbank antreten musste.

Die Regierungskoalition der zwei nahezu gleich starken Parteien erhob den Anspruch „Österreich neu regieren“<sup>76</sup>. Das Arbeitsklima zwischen den beiden Parteien wurde jedoch bald getrübt, da sich ein interner Machtkampf innerhalb der FPÖ entwickelte. Die Gruppe der freiheitlichen Regierungsmitglieder um die Vizekanzlerin und neue Parteibeführerin Susanne Riess-Passer geriet bald in Konflikt mit Jörg Haider. Der vormalige Parteibeführer und Architekt dieser Koalition bemängelte den Kurs seiner Partei, der sich seiner Ansicht nach zu weit von den freiheitlichen Positionen entferne.<sup>77</sup>

Der Bruch zwischen Haider und der FPÖ-Regierungsmehrheit im Herbst 2002 führte zu Neuwahlen, in denen die ÖVP als eindeutige Wahlsiegerin erstmals seit 32 Jahren zur stimmenstärksten Partei wurde. Die bisherigen Regierungsparteien verfügten nach der Wahl weiterhin über die absolute Mandatsmehrheit und führten die Mitte-

---

<sup>73</sup> Vgl. Österreichischer Bundespressedienst (Hrsg.) (2000): S. 86.

<sup>74</sup> Kurt Richard Luther bezeichnet die Beziehung der Koalitionsparteien als eine „Forced Marriage“; vgl. Luther, Kurt Richard (2008): The Austrian Parliamentary Election: From Bipolarism to Forced Marriage. In: West European Politics, Jg. 31, Heft 5, S. 1004.

<sup>75</sup> Vgl. Hajek, Peter (2007): „Das gibt's nur einmal, das kommt nie wieder.“ In: Hofer, Thomas / Toth, Barbara (Hrsg.) (2007): Wahl 2006. Kanzler, Kampagnen, Kapriolen – Analysen zur Nationalratswahl, Wien, S. 151.

<sup>76</sup> Vgl. Österreichischer Bundespressedienst (Hrsg.) (2000): S. 89.

<sup>77</sup> Vgl. Fischer, Heinz (2003): Wendezeiten. Ein österreichischer Zwischenbefund, Wien, S. 155-158.



Rechts-Koalition weiter.<sup>78</sup> Fortgesetzte Querelen in der FPÖ führten im Frühjahr zur Abspaltung des Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) unter Jörg Haider. Bis zu den Neuwahlen im Jahr 2006 führte Kanzler Schüssel die Koalition mit der neu geschaffenen Partei fort.<sup>79</sup>

Kernpunkte des ÖVP-Wahlkampfes waren die Skandalisierung der BAWAG-Affäre<sup>80</sup> und der Verweis auf die gute Wirtschaftslage, die als Folge der ÖVP-Politik dargestellt wurde. Schüssel war zwar parteiintern unumstritten, aber seine österreichweite Popularität litt an der trotzdem als negativ wahrgenommenen persönlichen ökonomischen Situation der WählerInnen.<sup>81</sup>

Die SPÖ trat mit ihrem seit 2000 an der Parteispitze stehenden Vorsitzenden Alfred Gusenbauer an. Trotz anfänglich guter Umfragewerte fand sich die SPÖ nach der BAWAG-Affäre in der Rolle der Außenseiterin wieder.<sup>82</sup> Die schwierige Ausgangslage führte parteiintern zum Schulterschluss und motivierte die ParteigängerInnen. Im Juni setzte Gusenbauer die strikte Unvereinbarkeit zwischen Vorsitzfunktionen in einer der Gewerkschaften und einem Nationalratsmandat parteiintern durch. Trotz dieser Beschränkung des traditionellen Einflusses innerhalb der SPÖ versagte der ÖGB die notwendige Wahlkampfunterstützung nicht.<sup>83</sup> Der SPÖ-Wahlkampf stand unter sozialen Gesichtspunkten.<sup>84</sup> Mit der Befürchtung, diese Nationalratswahl nicht

---

<sup>78</sup> Vgl. Lendvai, Paul (2007): Mein Österreich. 50 Jahre hinter den Kulissen der Macht, Wien, S. 262-263 sowie Fischer, Heinz (2003): S. 198.

<sup>79</sup> Vgl. Die Presse.com (2006): FPÖ seit 2002. „Ordentlich durchgebeutelt“. 01.09.2006; online unter <[http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/88111/FPOe-seit-2002\\_Ordentlich-durchgebeutelt](http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/88111/FPOe-seit-2002_Ordentlich-durchgebeutelt)> (09. November 2012).

<sup>80</sup> Eine Prüfung der Risikogeschäfte der BAWAG durch die Finanzmarktaufsichtsbehörde im März 2006 brachte risikoreiche Karibik-Geschäfte zu Tage. Diese wurden über sogenannte Briefkastenfirmen auf steuerschonenden Karibikinseln abgewickelt und führten zu hohen Verlusten der damaligen Gewerkschaftsbank. Schlussendlich wurde die ehemalige „Arbeiterbank“ am 15. Mai 2007 an den US-Investmentfonds Cerberus verkauft; vgl. Brandstaller, Trautl (2006): Das BAWAG-ÖGB-Debakel. Hintergründe einer österreichischen Polittragödie. In: Europäische Rundschau, Jg. 34, Heft 2, S. 3-4 sowie Engel, Reinhard (2007): ÖGB – ein Jahr danach. In: Europäische Rundschau, Jg. 35, Heft 2, S. 97.

<sup>81</sup> Vgl. Hofinger, Christoph (u.a.) (2007): Alles BAWAG oder was? Kampagnen, Wählerströme und Motive bei der Nationalratswahl 2006. In: Hofer, Thomas / Toth, Barbara (Hrsg.) (2007): Wahl 2006. Kanzler, Kampagnen, Kapriolen. Analysen zur Nationalratswahl, Wien, S. 136-137.

<sup>82</sup> Vgl. Falb, Martin (2007): Afrika ist ein unfassbar wichtiges Thema! Bemerkungen zur Regierungsbildung des Jahres 2007 und wie es dazu kam. In: Khol, Andreas (u.a) (Hrsg.) (2007): Österreichisches Jahrbuch für Politik 2006, Wien, S. 64.

<sup>83</sup> Vgl. Luther, Kurt Richard (2008): S. 1006 sowie Hajek, Peter (2007): S. 153 sowie Toth, Barbara (2007): Karibik, Konsum, Kanonen. In: Hofer, Thomas / Toth, Barbara (Hrsg.) (2007): Wahl 2006. Kanzler, Kampagnen, Kapriolen – Analysen zur Nationalratswahl, Wien, S. 116.

<sup>84</sup> Vgl. Luther, Kurt Richard (2008): S. 1007.

gewinnen zu können, wurden unter anderem auch kaum einlösbare Wahlversprechen abgegeben. Die Studiengebühren sollten abgeschafft werden und die umstrittenen Eurofighter-Kampfflugzeuge sollten abbestellt werden. Daneben wurden auch massive Investitionen auf dem Bildungs- und Infrastruktursektor in Aussicht gestellt.<sup>85</sup>

Die Nationalratswahlen am 1. Oktober 2006 brachten ein überraschendes Ergebnis. Die SPÖ konnte ihre StammwählerInnen in letzter Minute mobilisieren und verhinderte damit größere Stimmenverluste.<sup>86</sup> Aufgrund der großen Verluste der ÖVP wurden die SozialdemokratInnen wieder zur stärksten Partei.<sup>87</sup>

Nach der Nationalratswahl standen sich somit zwei etwa gleich starke Großparteien (SPÖ und ÖVP) gegenüber und drei weitere Parteien (FPÖ, BZÖ und Grüne) erreichten den Einzug ins Parlament. Theoretisch ergaben sich dadurch unterschiedliche Möglichkeiten zur Bildung von Mehrheitskoalitionen. Die drei kleineren Parteien hatten jedoch schon im Wahlkampf Kooperationen mit den anderen Kleinparteien ausgeschlossen. Die ideologischen Unterschiede zwischen den beiden Rechtsparteien FPÖ und BZÖ auf der einen Seite und den linksliberal geltenden Grünen auf der anderen Seite verhinderten eine Zusammenarbeit. Aber auch die rechnerisch mögliche rechts-konservative Koalition von ÖVP, FPÖ und BZÖ scheiterte an den noch immer bestehenden Gegensätzen zwischen der FPÖ und dem BZÖ die seit der Abspaltung des BZÖ bestanden. Unter diesen Voraussetzungen erschien eine Große Koalition als die wahrscheinlichste Variante für das Zustandekommen einer neuen Regierung.<sup>88</sup>

Die Koalitionsverhandlungen gestalteten sich äußerst schwierig, da das Misstrauen bei beiden Parteien tief verwurzelt war. Zudem fanden sich in der SPÖ zahlreiche BefürworterInnen einer SPÖ-Minderheitsregierung mit einer möglichen

---

<sup>85</sup> Vgl. Thurnher, Armin (2006): Medien, Politik, Wahl. Gedanken zur österreichischen Misere anhand der Nationalratswahlen 2006. In: Europäische Rundschau, Jg. 34, Heft 4, S. 21 sowie Müller, Wolfgang C. (2008): The suprising election in Austria, October 2006. In: Electoral Studies, Jg. 27, Heft 1, S. 176 sowie Brandstaller, Trautl (2006): S. 7.

<sup>86</sup> Vgl. Hajek, Peter (2007): S. 157 sowie Thurnher, Armin (2006): S. 22.

<sup>87</sup> Vgl. Brandstaller, Trautl (2006): S. 7.

<sup>88</sup> Vgl. Linhart, Eric / Shikano, Susumu (2007): Die große Koalition in Österreich: Schwierigkeiten bei der Bildung, Stabilität und Alternativenlosigkeit. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 36, Heft 2, S. 185-186 sowie Luther, Kurt Richard (2008): S. 1011.

Unterstützung durch die anderen kleinen Oppositionsparteien.<sup>89</sup> Nach insgesamt 102 Verhandlungstagen wurde die dritte Auflage der Großen Koalition am 11. Jänner 2007 angelobt und von Protestkundgebungen linker Jugendgruppen und enttäuschter StudentInnen begleitet. Da Gusenbauer weder die Abbestellung der Eurofighter noch die Abschaffung der Studiengebühren erreichte, machten die Jugendlichen und andere Parteigruppierungen ihrem Ärger über die nicht eingelösten Wahlversprechen Luft.<sup>90</sup>

Gusenbauer wurde vorgeworfen, zentrale Positionen der SPÖ-Politik zugunsten der eigenen Kanzlerschaft aufzugeben zu haben. Neben der protestierenden Parteijugend formierte sich der Widerstand auch auf der – in der Zwischenzeit geschlossenen – Internetplattform „Wir sind SPÖ“ und zwei StudentInnenführerinnen setzten durch ihren demonstrativen Parteiaustritt ein deutliches Zeichen des Unmuts am Kurs der eigenen Partei.<sup>91</sup> Seitens der ÖVP war man mit dem Ausgang der Regierungsverhandlungen zufrieden, da die Rücknahme nahezu aller politischen Maßnahmen aus der Zeit der konservativen Koalition verhindern werden konnte. Trotz verlorener Wahl konnte sich die ÖVP mit der Besetzung wichtiger Schlüsselministerien insgeheim als Wahlsiegerin fühlen; neben der Besetzung des politisch einflussreichen Finanzministeriums wurde das Innenministerium und das Außenministerium für die eigene Partei gesichert.<sup>92</sup> Gusenbauer versuchte, das Verhandlungsergebnis gegenüber den eigenen FunktionärInnen zu rechtfertigen, da diese ihm die Zurücknahme zentraler Forderungen als „Umfaller“ angekreidet hatten. Der Neuaufbau der Großen Koalition wurde wenig Vertrauen entgegengebracht und sie glich in ihrem Zustandekommen einer „Zwangsehe“, die sich weder auf gemeinsames strategisches Vorgehen noch Übereinstimmung in politischen Grundfragen gründete, sondern ihre Existenz der Alternativenlosigkeit aufgrund fehlender anderer Koalitionsvarianten schuldete.<sup>93</sup>

---

<sup>89</sup> Vgl. Sperl, Gernfried (2006): Machtwechsel. Der Sieg der SPÖ und die Mühen seiner Umsetzung in die Wirklichkeit. In: Europäische Rundschau, Jg. 34, Heft 4, S. 18.

<sup>90</sup> Vgl. Linhart, Eric / Shikano, Susumu (2007): S. 185 sowie Falb, Martin (2007): S. 104.

<sup>91</sup> Vgl. Olt, Reinhard (2007): Glanzloser Auftakt zur Wiederkehr. Ein Vergleich großer Koalitionen in Österreich und in Deutschland. In: Europäische Rundschau, Jg. 35, Heft 1, S. 17-18 sowie Brandstaller, Trautl (2007): S. 7-8.

<sup>92</sup> Vgl. Falb, Martin (2007): S. 104-105 sowie Brandstaller, Trautl (2006): S. 8.

<sup>93</sup> Vgl. Luther, Kurt Richard (2008): S. 1012.

Die Regierungsbilanz des ersten halben Jahres der dritten Großen Koalition fiel aufgrund der gegenseitigen Blockade recht dürftig aus. Obwohl beide Parteien gemeinsam über eine für die Verfassungsgesetzgebung notwendige Zweidrittelmehrheit verfügten, wurden nur wenige Reformen in Angriff genommen. So einigten sich SPÖ und ÖVP lediglich auf eine Wahlrechtsreform. Das Wahlalter für das aktive Wahlrecht wurde von 18 auf 16 Jahre gesenkt und die Legislaturperiode auf fünf statt bisher vier Jahre verlängert. Trotz etlicher anstehender Problemfelder konnten sich die beiden Koalitionspartnerinnen auf kein gemeinsames wirklich schlüssiges Programm einigen. Die notwendige Staats- beziehungsweise Verwaltungsreform blieb ebenso unbehandelt wie die Sanierung des Gesundheitssektors, die Verbesserung des Bildungssystems oder die Sicherung des Pensionssystems.<sup>94</sup>

Gegen Ende 2007 sorgte der Pflegestreit für Verstimmung zwischen den Koalitionspartnerinnen. Die ÖVP zog ihre anfängliche Zustimmung zum Auslaufen der Amnestieregelung für das Beschäftigen von illegalen PflegerInnen zurück und suchte sich so in einer sozialdemokratischen Kernkompetenz, dem Sozialbereich, zu profilieren. Unerwartete Schützenhilfe für ihr Vorgehen erhielt die ÖVP durch den Vorsitzenden des SPÖ-Pensionistenverbandes Karl Blecha. Dieser griff in seiner Funktion als einer der beiden Präsidenten des überparteilichen Bundesseniorenrates offen den aus der eigenen Partei stammenden Sozialminister Erwin Buchinger dafür an, keine Lösung des Problems für die Zeit nach dem Auslaufen der Amnestie präsentieren zu können.<sup>95</sup>

Der Bundeskanzler kam parteiintern auch weiterhin nicht aus der Kritik; neben dem zu harten Kurs gegenüber dem ÖGB wurde ihm die zu nachsichtige Haltung gegenüber Heinz-Christian Straches „Jugendsünden“<sup>96</sup> vorgeworfen.

---

<sup>94</sup> Vgl. Pöttler, Stefan (2008): Die unmögliche Koalition. In: Hofer, Thomas / Toth, Barbara (Hrsg.) (2008): Wahl 2008. Strategien. Sieger. Sensationen, Wien, S. 151-152 sowie Pelinka, Anton (2008): Zur Krise der SPÖ. In: Europäische Rundschau, Jg. 36, Heft 3, S. 39.

<sup>95</sup> Vgl. Becker, Heinz (2008): Der Pflegeskandal. In: Khol, Andreas (u.a.) (Hrsg.) (2008): Österreichisches Jahrbuch für Politik 2007, Wien, S. 369.

<sup>96</sup> Straches Beteiligung an mutmaßlichen Wehrsportübungen relativierte Gusenbauer als „entschuldbare Jugendsünden“. Daraufhin reagierten etliche ParteigenossInnen, unter ihnen Altbundeskanzler Vranitzky und der ehemalige Innenminister Caspar Einem mit heftiger Kritik am Bundesparteiboss; vgl. Brandstaller, Trautl (2008): Der Ungeliebte. In: Europäische Rundschau, Jg. 36, Heft 2, S. 105.

Auch bei der Neuregelung der Erbschafts- und Schenkungssteuer konnte sich Gusenbauer nicht durchsetzen. Die ÖVP ließ die vom Verfassungsgerichtshof gewährte Reparaturfrist ungenützt verstreichen und betrieb damit die von ihr gewünschte ersatzlose Streichung dieser Steuer. Der damit verbundene Ausfall von Steuereinnahmen fiel relativ gering aus, dennoch werteten SPÖ-interne KritikerInnen das Vorgehen ihres Parteichefs, der die Verzögerungstaktik der ÖVP zuließ, als falsches Signal an die StammwählerInnenschaft.<sup>97</sup>

Anfang Juni 2008 entbrannte die Obmanndebatte vollends. Viele SPÖ-FunktionärInnen machten ihren Parteichef als den Hauptschuldigen an der Misere der Partei aus.<sup>98</sup> Die offen zu Tage tretenden Konfliktlinien quer durch alle SPÖ-Organisationen zeichneten in der Öffentlichkeit das Bild einer zerstrittenen Partei. Der Bundeskanzler kam seiner endgültigen Demontage jedoch zuvor und erklärte am 16. Juni den Rückzug von der Parteispitze zu Gunsten von Infrastrukturminister Werner Faymann. Gleichzeitig verblieb er in der Position des Bundeskanzlers.<sup>99</sup>

Der designierte Parteichef Faymann und Nachbundeskanzler Gusenbauer versuchten Ende Juni 2008, mit einem gemeinsamen EU-kritischen Brief im auflagenstarken Boulevardblatt „*Neue Kronen Zeitung*“ bei verloren gegangenen WählerInnenschichten zu punkten und vollzogen in der Europapolitik einen Schwenk von der bisherigen Parteilinie. Die Parteigremien wurden von diesem Schritt zwar überrascht, vollzogen diesen Kurswechsel aber ebenso mit wie die FunktionärInnen auf den verschiedensten Ebenen.<sup>100</sup>

Der SPÖ-Schwenk in der Europapolitik und der Rückzieher Gusenbauers bei der Pensionsautomatik Anfang Juni veranlassten Vizekanzler Wilhelm Molterer (ÖVP)

---

<sup>97</sup> Vgl. Pöttler, Stefan (2008): S. 154.

<sup>98</sup> Vgl. Hofer, Thomas (2008): Die Kampagnen machten den Unterschied. In: Hofer, Thomas / Toth, Barbara (Hrsg.) (2008): Wahl 2008. Strategien. Sieger. Sensationen, Wien, S. 11.

<sup>99</sup> Vgl. Riedl, Joachim (2008): Insignien ohne Macht. Alfred Gusenbauer bleibt Bundeskanzler. Er hat aber nicht mehr viel zu sagen. In: Die Zeit, Nr. 26, 19.06.2008; online unter <<http://www.zeit.de/2008/26/Entscheidungstag>> (03. August 2012) sowie DiePresse.com (2008): Faymann wird geschäftsführender SPÖ-Parteichef. 16.06.2008; online unter <<http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/391225>> (09. November 2012).

<sup>100</sup> Vgl. Müller, Wolfgang C. (2009): The snap election in Austria, September 2008. In: Electoral Studies, Jg. 28, Heft 3, S. 514 sowie Ulram, Peter A. (2009): Ein verspielter Sieg und eine siegreiche Zeitungspartei – zur Analyse der Nationalratswahl 2008. In: Khol, Andreas (u.a.) (Hrsg.) (2009): Österreichisches Jahrbuch für Politik 2008, Wien, S. 11-12 sowie Hofer, Thomas (2008): S. 12.

am 7. Juli dazu, bei einer Pressekonferenz die Zusammenarbeit in der Koalition aufzukündigen und damit den Weg für Neuwahlen freizumachen. Mit den Worten „Es reicht!“<sup>101</sup> trat Molterer die Flucht nach vorne an.<sup>102</sup>

Die SPÖ entging einer quälenden Personaldebatte relativ rasch, indem Gusenbauer selbst Faymann zum Kanzlerkandidaten vorschlug und sich danach aus der politischen Öffentlichkeit zurückzog.<sup>103</sup> Die SPÖ versuchte angesichts der drohenden Niederlage vor allem ihre Stammklientel zu mobilisieren. Faymann präsentierte ein Programm gegen die Teuerungswelle und sicherte der SPÖ damit die Themenführerschaft im Wahlkampf.<sup>104</sup> Um alle Kräfte zu aktivieren, holte Faymann auch die Gewerkschaften zurück ins Boot und hob das von seinem Vorgänger verhängte Kandidaturverbot für GewerkschaftsfunktionärInnen auf.<sup>105</sup>

Bei der Nationalratswahl am 28. September 2008 konnte die ÖVP ihren komfortablen Vorsprung, den sie zum Zeitpunkt der Aufkündigung der Koalition hielt, nicht verteidigen und erreichte ihr schlechtestes Ergebnis seit 1945. Die SPÖ konnte sich wider Erwarten als stärkste Partei behaupten, obwohl auch sie sich mit dem absolut schlechtesten Ergebnis ihrer Geschichte in der Zweiten Republik auseinanderzusetzen hatte.<sup>106</sup> Die Gewinne der beiden Rechtsparteien FPÖ und BZÖ gingen vor allem zu Lasten der beiden zu Mittelparteien geschrumpften Großparteien.<sup>107</sup>

Schon vor der Wahl hatte die SPÖ einer möglichen Koalition mit den Rechtsparteien die Absage erteilt und die theoretische Möglichkeit einer ÖVP-Koalition mit beiden Rechtsparteien gemeinsam scheiterte an den scheinbar unüberwindlichen

---

<sup>101</sup> Doning, Nikola / Pichl, Elmar (2008): ÖVP: Von „Es reicht!“ bis „Faynachtstmann“. In: Hofer, Thomas / Toth, Barbara (Hrsg.) (2008): Wahl 2008. Strategien. Sieger. Sensationen, Wien, S. 46.

<sup>102</sup> Vgl. Hofer, Thomas / Toth, Barbara (2008): Die Chronologie des Nationalratswahlkampfes 2008. In: Hofer, Thomas / Toth, Barbara (Hrsg.) (2008): Wahl 2008. Strategien. Sieger. Sensationen, Wien, S. 176 sowie Filzmaier, Peter (2009): Ein Regierungsdesaster: Analyse der Nationalratswahl 2008. In: Khol, Andreas (u.a.) (Hrsg.) (2009): Österreichisches Jahrbuch für Politik 2008, Wien, S. 25.

<sup>103</sup> Vgl. Bures, Doris (2008): „Die neue Wahl“ – Ein SPÖ Wahlkampf aus dem Stand. In: Hofer, Thomas / Toth, Barbara (Hrsg.) (2008): Wahl 2008. Strategien. Sieger. Sensationen, Wien, S. 34-35.

<sup>104</sup> Vgl. Bures, Doris (2008): S. 39-40 sowie Hofer, Thomas (2008): S. 20.

<sup>105</sup> Vgl. Hofer, Thomas (2008): S. 27 sowie Donig, Nikola / Pichl, Elmar (2008): S. 51.

<sup>106</sup> Vgl. Müller, Wolfgang C. (2009): S. 516.

<sup>107</sup> Vgl. Müller, Wolfgang C. (2009): S. 516.

Gegensätzen zwischen BZÖ und FPÖ. Somit bildete die gerade eben gescheiterte Koalition die einzige Regierungsalternative. SPÖ und ÖVP einigten sich rasch auf eine neue – nun nicht mehr so große – Große Koalition und der Koalitionspakt brachte kaum wesentliche Veränderungen gegenüber jenem von 2006.<sup>108</sup>

Die neue Große Koalition verlor bei der Wahl ihre Zweidrittelmehrheit im Parlament und aus der ehemals wirklich Großen Koalition wurde eine Regierungskoalition zweier Mittelparteien, die sich vor dem Hintergrund der drohenden Wirtschaftskrise zu behaupten hat und nur mit guter Arbeit das wiedererstarke Dritte Lager daran hindern kann, weiteren Zulauf von ProtestwählerInnen zu erhalten.<sup>109</sup>

In der Vergangenheit hielten Große Koalitionen immer am längsten, wenn sie sich einer besonderen Herausforderung zu stellen hatten. War es nun 1955 das gemeinsame Ringen um das Zustandekommen des Staatsvertrages oder 1995 das Heranführen Österreichs an die Europäische Union, so wird die neue Regierung daran gemessen werden, wie sie es versteht, mit der Weltwirtschaftskrise und ihren Auswirkungen auf Österreich umzugehen.

---

<sup>108</sup> Vgl. Völker, Michael (2009): Regieren auf Pump. In: Khol, Andreas (u.a.) (Hrsg.) (2009): Österreichisches Jahrbuch für Politik 2008, Wien, S. 392.

<sup>109</sup> Vgl. Müller, Wolfgang C. (2009): S. 517 sowie Falb, Martin (2009): S. 152.

### **3 Analyse der Mitgliederzeitschriften der SPÖ-Unterorganisationen**

Nach der historischen Erörterung soll in diesem Kapitel die innerparteiliche Kritik beleuchtet werden, die sich im Rahmen der im vorigen Kapitel beschriebenen Ereignisse bewegt. Dazu wird die Kritik aufgezeigt, die in den Mitgliederzeitschriften ausgewählter SPÖ-Unterorganisationen geäußert wurde.

Am Beginn der Unterkapitel erfolgt eine kurze Vorstellung der jeweiligen Unterorganisation und der untersuchten Druckerzeugnisse. An dieser Stelle sei auch darauf hingewiesen, dass der Quellenkorpus trotz aller Sorgfalt bei der Recherche unvollständig bleiben musste, da die Verfügbarkeit der einzelnen Mitgliederzeitschriften in den unterschiedlichen Bibliotheken nicht durchgängig gegeben war. Dennoch belegt die Vielzahl der vorgefundenen Literatur die Repräsentativität für diese Arbeit. Des Weiteren müssen die unterschiedlichen Erscheinungszyklen der einzelnen Zeitschriften, die von wöchentlicher bis zu vierteljährlicher Auflage variierten, berücksichtigt werden. Diese Fakten sind bei der Betrachtung der Zählung der Nennungen der Hauptkritikpunkte zu berücksichtigen und lassen nur Rückschlüsse auf die Gewichtung der Kritik für die jeweilige Unterorganisation innerhalb einer einzelnen Periode zu.

#### **3.1 Pensionistenverband Österreichs (PVÖ)**

Der Pensionistenverband Österreichs wurde am 17. September 1949 in Wien-Ottakring als „Verband der Arbeiter-, Unfall-, Landarbeiterrentner und Gemeindebefürsorgten Österreichs“ mit dem Ziel gegründet, für die Verbesserung der Lebenssituation der RentnerInnen zu kämpfen. „*Der Arbeiterrentner*“ war mit vier Seiten Umfang in Form eines Mitteilungsblattes die erste Verbandszeitschrift. 1957 erfolgte die Umbenennung des Verbandes in „Verband der österreichischen Rentner und Pensionisten“.<sup>110</sup> Am ordentlichen Verbandstag 1962 wurde Franz Vlasak zum neuen Obmann des mittlerweile 145.000 Mitglieder umfassenden

---

<sup>110</sup> Vgl. Pensionistenverband Österreichs (Hrsg.) (2009): 1949-2009 – 60 Jahre Pensionistenverband Österreichs. Die Geschichte des PVÖ, zusammengestellt von Verbandssekretär Andreas Wohlmuth, Wien, S. 13-15.



Verbandes gewählt.<sup>111</sup> Die Umbenennung in die heute gültige Bezeichnung „Pensionistenverband Österreichs“, kurz PVÖ, erfolgte am Verbandstag im Februar 1975.<sup>112</sup> Während der Amtszeit von Rudolf Pöder von 1991 bis 1999 konnte der Verband auf eine Mitgliederzahl von 320.000 SeniorInnen verweisen.<sup>113</sup> Unter seinem bis heute amtierenden Nachfolger Karl Blecha erfolgte ein weiterer Modernisierungsschub für die Verbandstätigkeit und im Sinne des Serviceausbaus wurde 1999 ein eigener Internetauftritt gestartet.<sup>114</sup> Mittlerweile betreut der PVÖ über 390.000 PensionistInnen in den 110 Bezirksorganisationen und über 1.700 Ortsgruppen des Verbandes.<sup>115</sup>

Die ab Frühjahr 1959 erscheinende Zeitschrift „*Rentner und Pensionist*“ löste ihre Vorgängerzeitschrift „*Der Arbeiterrentner*“ als Zentralorgan des „Verbandes der österreichischen Rentner und Pensionisten“ ab. Im betrachteten Zeitraum von 1962 bis 1966 wuchs der Umfang von anfänglich acht Seiten pro Ausgabe auf 22 Seiten an. Die serviceorientierte und ab 1962 monatlich erscheinende Zeitschrift widmete sich zumeist den sozialen und rechtlichen Anliegen ihrer LeserInnenschaft. Politische Themen, wie etwa Fragen zur ideologischen Positionierung oder der Programmatik, wurden kaum behandelt. Bezugnahmen auf tagespolitische Ereignisse fanden ebenso selten statt. Neben dem Politikteil wurden gesetzliche Bestimmungen und Verordnungen veröffentlicht und Funktionärsbelange in der Rubrik „Unsere schöne Bewegung“ mitgeteilt. Unter „Organisation“ wurde von Veranstaltungen, Ehrungen und Todesanzeigen berichtet. Im allgemeinen Teil wurden die PensionistInnen über juristische Themen („Hier spricht der Jurist“) und gesundheitliche Belange („Hier spricht der Volksarzt“) informiert. Mit der Umfangerweiterung ging eine Themenverbreiterung einher. Diese umfasste eine LeserInnenbriefseite („Die Diskussion“), Bastel- und Haushaltstipps sowie eine „Seite für die Frau“ am Blattende.

---

<sup>111</sup> Vgl. Pensionistenverband Österreichs (Hrsg.) (2009): S. 19.

<sup>112</sup> Vgl. Pensionistenverband Österreichs (Hrsg.) (2009): S. 28.

<sup>113</sup> Vgl. Pensionistenverband Österreichs (Hrsg.) (2009): S. 40.

<sup>114</sup> Vgl. Pensionistenverband Österreichs (Hrsg.) (2009): S. 43.

<sup>115</sup> Vgl. Pensionistenverband Österreichs (2010): Der Pensionistenverband in Zahlen; online unter <[http://www.pvoe.at/mediaarchiv//shared/Zahlen\\_Daten\\_Fakten/PVOE\\_in\\_Zahlen\\_2010.pdf](http://www.pvoe.at/mediaarchiv//shared/Zahlen_Daten_Fakten/PVOE_in_Zahlen_2010.pdf)> (20. Juni 2012).

Nachfolger der bis Ende 1991 erscheinenden Zeitschrift wurde das Magazin „*Unsere Generation*“, um der Modernisierung des Verbandes auch in seinem medialen Auftritt zu entsprechen. Das Verbandsorgan wurde von Grund auf erneuert und erschien mit der ersten Ausgabe 1992 als Farbmagazin. Gleichzeitig verschob sich die Blattlinie in Richtung Mitgliederzeitschrift.<sup>116</sup> Zum fünfzigjährigen Bestehen des Verbandes wurde das Magazin 1999 nochmals adaptiert und erfuhr eine Umfangerweiterung auf mindestens 50 Seiten pro Ausgabe. Neben den sozialpolitischen Informationen, Interviews und Porträts wurden auch Freizeit- und Reisetipps sowie Gesundheitsberatung angeboten. Zusätzlich wurde die mit 1976 eingeführte Regionalberichterstattung durch mehrseitige Bundesländermutationen weitergeführt. Diese enthielten Informationen aus den PVÖ-Ortsgruppen und Bezirksorganisationen.<sup>117</sup> Wie auch im „*Rentner und Pensionist*“ wurden kaum programmatische oder ideologische Fragen erörtert. Zu innenpolitischen Themen ließen sich ebenfalls nur wenige Beiträge ausmachen. Laut eigenen Angaben ist die Verbandszeitschrift mit mittlerweile einer halben Million LeserInnen eines der größten SeniorInnenmagazine Europas.<sup>118</sup>

### **3.1.1 „Pensionisten brauchen Taten“<sup>119</sup>**

Eines der beherrschenden Themen für die Vertretung der PensionistInnen in der Endperiode der ersten Großen Koalition war das Bestreben, die sogenannte Pensionsautomatik durchzusetzen.<sup>120</sup> Zu Beginn der Diskussion um diese Verbesserung für die PensionistInnen wurde in der Zeitschrift vor allem die politische Gegnerin angegriffen. Die ÖVP wurde für ihre Blockadepolitik kritisiert und der Einsatz der sozialistischen PolitikerInnen für das Anliegen der PensionistInnen gelobt. So wurde vor allem Sozialminister Anton Proksch (SPÖ) als

---

<sup>116</sup> Vgl. Pensionistenverband Österreichs (Hrsg.) (2009): S. 40.

<sup>117</sup> Vgl. Pensionistenverband Österreichs (Hrsg.) (2009): S. 31.

<sup>118</sup> Vgl. Pensionistenverband Österreichs (Hrsg.) (2009): S. 31.

<sup>119</sup> Rentner und Pensionist (Nr. 11, 1963): S. 2.

<sup>120</sup> Dies sollte über den Weg der vorherigen Etablierung einer Pensionsdynamik erfolgen. Bisher waren stets Verhandlungen zwischen SozialvertreterInnen und Finanzgremien nötig, um die jeweiligen Pensionserhöhungen zu erreichen. Die Pensionsdynamik sollte es der Sozialministerin oder dem Sozialminister ermöglichen, ohne den langwierigen Verhandlungsweg einschlagen zu müssen, Aufbesserungen einfacher per Verordnungen zu verwirklichen. In späterer Folge sollte dann die Pensionsautomatik die automatische Anpassung an das Wirtschaftswachstum bringen und den PensionistInnen die Teilhabe am gesteigerten Wohlstand sichern.

„unser Freund“<sup>121</sup> bezeichnet und im Artikel *Sozialminister Proksch steht zu uns*<sup>122</sup> festgehalten, dass dieser stets die Forderungen des PensionistInnenverbandes unterstützte. Nach der Neuauflage der Regierungskoalition unter Bundeskanzler Alfons Gorbach (ÖVP) im Frühjahr 1963 und der Nichteinführung der Pensionsautomatik mehrten sich die kritischen Stimmen auf Seiten des Verbandes. Der Ungeduld der PensionistInnen wurde in der Zeitschrift eine Plattform gegeben. Im Februar 1963 wurde ein offener Brief an die Bundesregierung veröffentlicht. Namentlich wurden Bundeskanzler Alfons Gorbach und Vizekanzler Bruno Pittermann (SPÖ) angesprochen und aufgefordert, die Pensionsautomatik einzuführen. Neben der bekannten Kritik an der Koalitionspartnerin wird der eigenen Partei unterschwellig vorgeworfen, sich nicht gegen die ÖVP durchsetzen zu können. Mit dem Abdruck des Briefes auf der Titelseite unter der Überschrift *Wir ergreifen die Initiative*<sup>123</sup> wurde versucht, Druck auf die zuständigen Stellen auszuüben. Im Verlauf des Jahres wurden noch weitere Artikel zum Thema verfasst. In *Es muss bald was geschehen – Die Pensionisten wollen nicht mehr länger warten*<sup>124</sup> wurden öffentliche Aktionen angekündigt und mit dem Beitrag *Pensionisten brauchen Taten*<sup>125</sup> wurde Pittermann wiederholt aufgefordert, tätig zu werden. Nach dem Wechsel an der Parteispitze der ÖVP und der damit erfolgten Änderung der Bundesregierung im Frühjahr 1964 wurde die Aufnahme von Verhandlungen für eine Pensionsdynamik in die neue Regierungserklärung aufgenommen. Diese gingen in der Folgezeit jedoch nur schleppend voran, was bei den VertreterInnen der PensionistInnen immer wieder für Unmut sorgte. Befürchtungen über schlecht verlaufende Verhandlungen wurden geäußert und es wurde festgehalten: „Ein Kompromiß kann natürlich nicht bedeuten, daß die berechtigten Wünsche der alten Generation allzu sehr verwässert werden.“<sup>126</sup> Am Bundesparteitag im Juni 1965 dankte Verbandsobmann Vlasak der Parteispitze für die Verwirklichung der Pensionsdynamik, die am 1. Jänner 1966 in Kraft treten sollte.<sup>127</sup>

---

<sup>121</sup> Rentner und Pensionist (Nr. 4, 1962): S. 4.

<sup>122</sup> Rentner und Pensionist (Nr. 6, 1963): S. 2.

<sup>123</sup> Rentner und Pensionist (Nr. 2, 1963): S. 1.

<sup>124</sup> Rentner und Pensionist (Nr. 9, 1963): S. 1.

<sup>125</sup> Rentner und Pensionist (Nr. 11, 1963): S. 2.

<sup>126</sup> Rentner und Pensionist (Nr. 7/8, 1964): S. 1.

<sup>127</sup> Vgl. Rentner und Pensionist (Nr. 7/8, 1965): S. 1.

Vlasak forderte in seiner Rede darüber hinaus, dass der parteiinterne Kontakt der einzelnen Ebenen intensiviert werden müsse. Dies solle auf dem Weg der wechselseitigen Delegation von FunktionärInnen von den untersten zu den obersten Ebenen und umgekehrt erfolgen. Vlasak machte ebenfalls darauf aufmerksam, dass die PensionistInnen keine entsprechende Vertretung und damit keine Mitsprache in den entscheidungstragenden Gremien und Körperschaften in Österreich hätten. Deshalb forderte er die Zusammenarbeit aller Unterorganisationen der Partei auch hinsichtlich der geistigen, seelischen und gesellschaftlichen Betreuung der PensionistInnen.<sup>128</sup>

Nach der Wahlniederlage der SPÖ im März 1966 übten die PensionistInnen erstmals deutliche Kritik. Im Kommentar zum schlechten Wahlergebnis wird betont, dass die SPÖ-PensionistInnen mehr als ihre Pflicht getan hätten; die ältere Generation sah in den Jüngeren die Hauptverantwortlichen:

Wäre überall in der Arbeiterbewegung, vor allem auch in den Betrieben, so intensiv und gut für den sozialistischen Standpunkt geworben worden, dann hätten wir uns die Enttäuschung des 6. März ersparen können.<sup>129</sup>

An der Initiative und der Aktivität unserer Funktionäre könnten sich – das sagen wir mit der gebotenen Offenheit – die viel jüngeren Mitarbeiter anderer Organisationen, die der SPÖ nahe stehen, ein gutes Beispiel nehmen, ja, an gar nicht wenigen Orten die Mitarbeiter von SPÖ-Organisationen selbst. Der Idealismus und die Opferbereitschaft der Alten waren wieder einmal beispielhaft.<sup>130</sup>

### **3.1.2 Die PensionistInnen erbringen Opfer**

Noch ohne Wissen, dass die Regierung im Herbst 1995 an den Budgetverhandlungen für das kommende Jahr scheitern würde und einer daraus resultierenden Neuwahl im Dezember, kündigte Verbandspräsident Pöder einen „heißen Herbst“<sup>131</sup> an. Pöder erwartete aufgrund der frostigen Stimmung in der Regierungskoalition und den unerfreulichen Kompromissen im Zuge der Erstellung des Sparpakets 1994 schwierige Budgetverhandlungen hinsichtlich der Pensionshöhe. Dabei kritisierte er beide Koalitionspartnerinnen gleichermaßen. Die von der Regierung kolportierten Einschränkungen auf der Ausgabenseite trafen besonders die PensionistInnen stark.

---

<sup>128</sup> Vgl. Rentner und Pensionist (Nr. 7/8, 1965): S. 1.

<sup>129</sup> Rentner und Pensionist (Nr. 4, 1966): S. 5.

<sup>130</sup> Rentner und Pensionist (Nr. 4, 1966): S. 5.

<sup>131</sup> Unsere Generation (Nr. 9, 1995): S. 3.

Trotz prinzipiellem Verständnis für Sparmaßnahmen sollten diese aber sozial ausgewogener sein und die Belastungen nicht hauptsächlich ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen treffen.<sup>132</sup> Um die Budgetkonsolidierung weiter voran zu bringen, weitete die Bundesregierung ihre Sparmaßnahmen aus und führte für 1997 eine Nullrunde bei den ASVG-Pensionserhöhungen durch. Lediglich AusgleichszulagenbezieherInnen erhielten eine bescheidene Einmalzahlung. Diese gestrichene Pensionserhöhung wurde vom Verband als massiver Kaufkraftverlust angeprangert.<sup>133</sup> Franz Nekula kritisierte als Vorsitzender des Wiener Verbandes ebenfalls die ausgelassene Pensionsanpassung 1997. Er forderte von der Führungsspitze der eigenen Partei, namentlich Bundeskanzler Viktor Klima, Sozialministerin Lore Hostasch und Finanzminister Rudolf Edlinger, mit einer erhöhten Pensionsanpassung 1998 die Teuerungsrate auszugleichen.<sup>134</sup> Pöder übte ebenfalls Kritik an der gesamten Bundesregierung, der er vorwarf im Sinne weiterer Sparmaßnahmen die Anpassung 1998 zu gering ausfallen zu lassen. Deshalb forderte der Verband eine über die Inflationsrate deutlich hinausgehende Erhöhung der Pensionen zur moderaten Steigerung der Kaufkraft.<sup>135</sup> Weiteres Missfallen lösten die nur unklaren Zusagen der verantwortlichen SPÖ-PolitikerInnen Klima, Hostasch und Edlinger zu den Pensionserhöhungen aus:

Völlig offen ist nun aber das Problem der Anpassung der Pensionen für das Jahr 1998. Zwar steht im Mittelpunkt die Aussage des Bundeskanzlers, daß die Pensionen 1998 moderat erhöht werden, aber das ist auch schon alles, was an Positivem gesagt wurde. Abgesehen davon, daß eine moderate Erhöhung kein objektiver Mengenbegriff ist und daher eher zur Besorgnis Anlaß gibt, daß moderat mit mager zu interpretieren ist, sind auch Aussagen von Regierungsmitgliedern nicht gerade beruhigend.<sup>136</sup>

Mit dem von der Regierung erstellten Angebot sollte die Opferbereitschaft der PensionistInnen nicht überspannt werden, hieß es in der scharfen Reaktion auf die Ignorierung der PensionistInnenwünsche.<sup>137</sup> Mit dem Hinweis, dass PensionistInnen durch die vorangegangenen ausgefallenen beziehungsweise zu geringen Pensionserhöhungen ihr Opfer für die Konsolidierung des Staatshaushaltes erbracht hätten, forderte der Verband diesmal für 1999 eine deutliche Pensionserhöhung.<sup>138</sup>

---

<sup>132</sup> Vgl. Unsere Generation (Nr. 9, 1995): S. 3.

<sup>133</sup> Vgl. Unsere Generation (Nr. 4, 1996): S. 3 sowie Unsere Generation (Nr. 9, 1996): S. 5.

<sup>134</sup> Vgl. Unsere Generation (Nr. 3, 1997): Wienbeilage.

<sup>135</sup> Vgl. Unsere Generation (Nr. 4, 1997): S. 5 sowie Unsere Generation (Nr. 6, 1997): S. 3.

<sup>136</sup> Unsere Generation (Nr. 7/8, 1997): S. 3.

<sup>137</sup> Vgl. Unsere Generation (Nr. 11, 1997): S. 3.

<sup>138</sup> Vgl. Unsere Generation (Nr. 4, 1998): S. 3.

Diesem Wunsch wurde jedoch wiederum nicht entsprochen und die Pensionen nur knapp über die Inflationsrate hinaus erhöht. Des Weiteren erhielten die AusgleichszulagenbezieherInnen, wie auch in den Jahren zuvor, nur eine bescheidene Einmalzahlung.<sup>139</sup> Die SeniorenvertreterInnen des Bundesseniorenbeirates<sup>140</sup> bezeichneten das Ergebnis als „gerade noch vertretbar“.<sup>141</sup> Das Mehraufkommen an Sozialversicherungsbeiträgen sollte eine Verbesserung der Anpassung durchaus rechtfertigen, hieß es dazu von Verbandsseite.<sup>142</sup>

Neben dem beständigen Kampf des Verbandes um ausreichende Pensionsanpassungen befasste sich die Kritik mit der ungleichen Belastung für die verschiedenen Bevölkerungsgruppen. ÖGB-Präsident Fritz Verzetnitsch warnte die Bundesregierung vor einer Budgetsanierung zu Lasten der sozial Schwächeren.<sup>143</sup> Das von der Bundesregierung oft beschworene Schlagwort der sozialen Ausgewogenheit wurde von Pöder stark angezweifelt. Die höheren Krankenversicherungsbeiträge, die neu eingeführte Krankenscheingebühr und die Rezeptgebührenerhöhung trafen besonders die PensionistInnen hart. Ein weiteres Mal mussten die PensionistInnen und ArbeitnehmerInnen zur Stabilisierung des Staatshaushaltes beitragen, da sich die SPÖ nicht gegen die ÖVP und die Unternehmensseite durchsetzen konnte.<sup>144</sup> Im Jänner 1997 hielt Pöder in seinem Editorial „Zur Sache“ fest, dass sich das mangelnde Durchsetzungsvermögen der SPÖ gegenüber der Koalitionspartnerin schlecht auf das Öffentlichkeitsbild ausgewirkt hätte und einer der Gründe für das letztjährige schlechte Abschneiden bei der Wahl in Wien und der EU-Wahl gewesen sei.<sup>145</sup> Die Bundesregierung wurde erneut daran erinnert, dass die Sparmaßnahmen besonders von den PensionistInnen große Opfer abverlangen und dass die rund zwei Millionen PensionistInnen eine große politische und wirtschaftliche Kraft in

---

<sup>139</sup> Vgl. Unsere Generation (Nr. 12, 1998): S. 4.

<sup>140</sup> Der Bundesseniorenbeirat wurde am 11. Juni 1976 als Österreichischer Seniorenrat gegründet. Die Ausweitung zur heutigen Form erfolgte durch die Umgründung zum Bundesseniorenbeirat am 3. Oktober 1997. Er setzt sich aus den VertreterInnen der Seniorenverbände der jeweiligen politischen Parteien zusammen. Bis zur rechtlichen Anerkennung im Jahr 2000 hatte der Beirat kein Mitspracherecht bei den entscheidenden Gremien. Mit der Anerkennung erhielt der Beirat de facto den Status des fünften Sozialpartners; vgl. Österreichischer Seniorenrat (2012): Geschichtlicher Rückblick; online unter <<http://www.seniorenrat.at/organisation/geschichte>> (18. Juni 2012).

<sup>141</sup> Unsere Generation (Nr. 1, 1999): S. 11.

<sup>142</sup> Vgl. Unsere Generation (Nr. 12, 1998): S. 4.

<sup>143</sup> Vgl. Unsere Generation (Nr. 2, 1996): S. 5-6.

<sup>144</sup> Vgl. Unsere Generation (Nr. 9, 1996): S. 5 sowie Unsere Generation (Nr. 12, 1996): Sonderbeilage.

<sup>145</sup> Vgl. Unsere Generation (Nr. 1, 1997): S. 3.

Österreich darstellen.<sup>146</sup> Pöder konstatierte: „Das Jahr 1997 hat der älteren Generation Opfer und Belastungen abverlangt wie nur in wenigen Jahren zuvor.“<sup>147</sup> Auch bei der mit 1997 beginnenden Diskussion um eine Pensionsreform stellte der Verband der eigenen Partei kein gutes Zeugnis aus. Zurückgewiesen wurde die Argumentation von Regierungschef Klima und maßgeblichen Regierungsmitgliedern, Pensionen seien aufgrund der Bevölkerungsüberalterung bald unfinanzierbar. Dies würde wichtige Wirtschaftsfaktoren, wie Arbeitsmarktentwicklung, Vollbeschäftigung oder Wertschöpfung, unberücksichtigt lassen und PensionistInnen sowie ArbeitnehmerInnen verunsichern. Mit den diskutierten Modellen, wie beispielsweise dem Dreisäulensystem, wurde das klassische Umlageverfahren in Frage gestellt. Dies ließ Befürchtungen aufkommen, dass ähnlich wie bei den sozialen Einschnitten der Sparpakete zuvor PensionistInnen und ArbeitnehmerInnen die Leidtragenden zukünftiger Belastungen wären.<sup>148</sup>

Im Zuge der fortgesetzten Diskussionen um Pensionserhöhungen wurde von Verbandsseite mehrfach die Forderung nach einem gesetzlich verankerten Mitspracherecht für den Seniorenbeirat geäußert. Dieses sollte bei Pensionsversicherungsanstalten und Krankenkassen die Gelegenheit schaffen, Zugang zur Mitgestaltung der für die PensionistInnen relevanten Belange zu erhalten. Der Verband forderte ein Umdenken bei den Grundsätzen der SeniorInnenpolitik, zumal bei der Diskussion um die Pensionsreform und den Berechnungen dazu der Seniorenbeirat nicht hinzugezogen wurde.<sup>149</sup> Den Unmut über die unsachlich empfundene Gesprächsführung diesbezüglich fasste Pöder mit „[w]ir lassen uns nicht länger mit undifferenzierten Aussagen papierln“<sup>150</sup> zusammen. Er kritisierte, dass PensionistInnen noch immer kein echtes Mitspracherecht hätten. So blieb die Forderung nach einem Bundesseniorenengesetz weiterhin aufrecht und die Bundesregierung wurde aufgefordert, für die Verankerung der Mitwirkungsrechte Sorge zu tragen, um die SeniorInnenarbeit zukünftig zu fördern und auch finanziell abzusichern.<sup>151</sup>

---

<sup>146</sup> Vgl. Unsere Generation (Nr. 4, 1997): S. 5.

<sup>147</sup> Unsere Generation (Nr. 1, 1998): S. 3.

<sup>148</sup> Vgl. Unsere Generation (Nr. 7/8, 1997): S. 3 sowie Unsere Generation (Nr. 12, 1997): S. 3 sowie Unsere Generation (Nr. 1, 1998): S. 3.

<sup>149</sup> Vgl. Unsere Generation (Nr. 4, 1997): S. 5 sowie Unsere Generation (Nr. 7/8, 1997): S. 3.

<sup>150</sup> Unsere Generation (Nr. 7/8, 1997): S. 3.

<sup>151</sup> Vgl. Unsere Generation (Nr. 1, 1998): S. 3.

### 3.1.3 Ein Plus ohne Index

Die als Wiederauflage der Großen Koalition gebildete neue Bundesregierung startete im Jänner 2007 mit dem wohl geringsten Vertrauensvorschuss aller Regierungen seit 1945. Die Kritik aus den eigenen Reihen setzte bereits vor der Unterzeichnung des Regierungsabkommens ein. Es stellte sich während der verschleppten Regierungsbildungsverhandlungen rasch heraus, dass weder die vollmundigen Wahlversprechen Alfred Gusenbauers (SPÖ) einlösbar waren noch eine Zurücknahme der Pensionskürzungsreformen von 2003 unter Wolfgang Schüssel (ÖVP) erfolgen würde.<sup>152</sup>

Es wurde zwar auf eine Verbesserung der Situation für die PensionistInnen gehofft aber gleichzeitig betont, die neue Regierung genauso kritisch zu beobachten wie die vorherige Regierung. Mit der Überschrift *Jetzt kann es nur mehr besser werden – Bleiben auch gegenüber der neuer Regierung starke Vertreter*<sup>153</sup> im Editorial der Februarausgabe gab der seit 1999 amtierende Präsident Blecha die Linie des Verbandes für die kommende Legislaturperiode vor. Die neue Regierung wurde von Anfang an nicht positiv bewertet und nur als eine Art Kompromissregierung angesehen.<sup>154</sup> Nach den von der Vorgängerregierung knapp bemessenen Pensionsanpassungen erinnerte die Vertretung der PensionistInnen die Regierungsparteien an ihr Versprechen, die Erhöhungen zukünftig am Preisindex für PensionistInnenhaushalte auszurichten: „Den Parteien sei in Erinnerung gerufen: Die Anpassung der Pensionen in Höhe des Pensionisten-Preisindex wurde vor der letzten Wahl versprochen! Und die nächsten Wahlen kommen bestimmt.“<sup>155</sup> Damit sollten die durchschnittlich höheren Lebenserhaltungskosten für ältere Menschen besser berücksichtigt werden. Mit den Worten „wir Pensionisten waren enttäuscht vom Start dieser Regierung“<sup>156</sup> fasste Blecha die Kritik an der Abkehr von diesem Versprechen zusammen. Die Pensionsanpassung wurde in Folge zwar von +1,6% auf +1,9% angehoben, führte aber trotzdem nicht zum Verstummen der Kritik an der gesamten Regierung. Vor dem Hintergrund stetig steigender Steuereinnahmen fiel es den VertreterInnen der PensionistInnen schwer zu akzeptieren, dass eine Aufbesserung der finanziellen Situation der PensionistInnen nicht möglich sei. Den

---

<sup>152</sup> Vgl. Unsere Generation (Winter 2006/2007): S. 3.

<sup>153</sup> Unsere Generation (Nr. 2, 2007): S. 3.

<sup>154</sup> Vgl. Unsere Generation (Nr. 2, 2007): S. 8-10.

<sup>155</sup> Unsere Generation (Nr. 9, 2007): S. 3.

<sup>156</sup> Unsere Generation (Nr. 4, 2007): S. 3.



maßgeblichen Mitgliedern beider Regierungsparteien wurde diesbezüglich mangelnder politischer Wille vorgeworfen.<sup>157</sup> Nach neuerlicher Inflationssteigerung wurde die Forderung des Verbandes nach Berücksichtigung des PensionistInnen-Preisindex im Sommer 2007 wiederholt erhoben. Gleichzeitig wurde zur Milderung der gestiegenen Gesundheitskosten verlangt, die Mehrwertsteuer auf Medikamente zu halbieren.<sup>158</sup> Im Herbst 2007 kam es zum Schulterschluss aller PensionistInnenverbände. Der Bundessenorenbeirat startet eine vom PVÖ initiierte Unterschriftenaktion, um die Berücksichtigung des Preisindex für PensionistInnenhaushalte für die Berechnung der Pensionsanpassungen zu etablieren. Trotz erfolgreicher Aktion wurde diesem Wunsch von der Bundesregierung nicht entsprochen. Dennoch zeigte der Verband Genugtuung über die erstmals seit 2000 wieder erfolgte höhere Pensionsanpassung, die über die bloße Abgeltung der Inflation hinausging.<sup>159</sup> Im Beitrag *Pensionen: Dichtung & Wahrheit* vom Februar 2008 wird die Pensionserhöhung zwar positiv erwähnt aber gleichzeitig kritisiert, dass die mittleren Pensionen aufgrund der höheren Besteuerung kaum profitierten.<sup>160</sup>

Wie auch beim Thema der nicht ausreichenden Pensionserhöhungen wurde bei einem weiteren Anliegen der PensionistInnen die Bundesregierung als Ganzes in die Pflicht genommen. Der Verband sah sich zwar bei der Diskussion um die Pflegeproblematik anfänglich gut von Sozialminister Erwin Buchinger vertreten, kritisierte aber neben der uneinheitlichen Politik der ÖVP in dieser Sache auch das mangelnde Durchsetzungsvermögen ihres eigenen Vorsitzenden Gusenbauer und später auch den Sozialminister direkt. Die Pflegeneustrukturierung erfolgte für den Verband zu langsam und Gusenbauer wurde dafür kritisiert, dass er trotz auslaufender Amnestieregelung für illegale PflegerInnen keine Konzepte zur Neuregelung der Pflegeproblematik erbrachte. Die Amnestieregelung sollte mit Juni 2007 enden, lief aber durch den Widerruf der ÖVP-Zustimmung erst mit Ende Juni 2008 aus. Die nach dem Ende der Illegalität verpflichtende Versicherung und damit Verteuerung der Pflege warf erneut die ungelöste Finanzierungsfrage auf. Weitere

---

<sup>157</sup> Vgl. Unsere Generation (Nr. 6, 2007): S. 3 sowie Unsere Generation (Nr. 9, 2007): S. 3

<sup>158</sup> Vgl. Unsere Generation (Sommer 2007): S. 3.

<sup>159</sup> Vgl. Unsere Generation (Nr. 10, 2007): S. 3 sowie Unsere Generation (Winter 2007/2008): S. 8-10.

<sup>160</sup> Vgl. Unsere Generation (Nr. 2, 2008): S. 3 und S. 6-7.

damit verknüpfte Probleme, wie etwa die Einstufung des Pflegebedarfs, die fehlenden Regelungen für die Qualifikation der PflegerInnen oder das seit 1993 nicht mehr erhöhte Pflegegeld, wurden vom Verband thematisiert und deren Nichtbehandlung durch die Regierung kritisiert. Das Pflegegeld sollte dabei zumindest an die Inflation angepasst werden und Erhöhungen auch bei den unteren Pflegestufen durchgeführt werden.<sup>161</sup>

Obwohl der Bundessenorenbeirat bereits am 1. April 2000 als Dachverband der SeniorInnenorganisationen zur gesetzlichen Vertretung der Interessen der österreichischen SeniorInnen berufen wurde und damit gewissermaßen den Status eines fünften Sozialpartners erhielt, fand die faktische Anerkennung noch nicht zur Gänze statt.<sup>162</sup> Der Verband kritisierte wiederholt, dass die SeniorInnen noch immer kein umfassendes Mitspracherecht an den sie betreffenden Entscheidungen hätten. So wurde Gusenbauer vorgeworfen, bei den Regierungsverhandlungen die Mitglieder des Bundessenorenbeirats nicht beigezogen zu haben.<sup>163</sup> Auch bei der Erstellung eines leistbaren und umfassenden Pflegemodells forderte man die Einbindung in Entscheidungsprozesse<sup>164</sup> sowie die Mitsprache mittels Verhandlungsmandat gegenüber der Bundesregierung bei der Etablierung des Preisindex für PensionistInnenhaushalte.<sup>165</sup> Das ohnehin kaum ausgeschöpfte Mitspracherecht sah der PVÖ durch die von der ÖVP geforderte Pensionsautomatik gefährdet. Diese sollte, anders als die in den 1960er Jahren geforderte Pensionsautomatik, nicht zu dynamischen Pensionserhöhungen führen, sondern automatische Pensionskürzungen und Pensionsaltererhöhungen bedeuten. Eine Einführung einer solchen „Verschlechterungs-Automatik“<sup>166</sup> hätte die Ausschließung des Bundessenorenbeirats von der Mitsprache bei der Pensionsgestaltung zur Folge gehabt.<sup>167</sup>

---

<sup>161</sup> Vgl. Unsere Generation (Nr. 5, 2007): S. 3 sowie Unsere Generation (Nr. 6, 2007): S. 3 und S. 6-7 sowie Unsere Generation (Sommer 2007): S. 3.

<sup>162</sup> Vgl. Österreichischer Seniorenrat (2012): Geschichtlicher Rückblick; online unter <<http://www.seniorenrat.at/organisation/geschichte>> (18. Juni 2012).

<sup>163</sup> Vgl. Unsere Generation (Nr. 2, 2007): S. 8-10.

<sup>164</sup> Vgl. Unsere Generation (Nr. 3, 2007): S. 3.

<sup>165</sup> Vgl. Unsere Generation (Sommer 2007): S. 8-9.

<sup>166</sup> Unsere Generation (Sommer 2008): S. 3.

<sup>167</sup> Vgl. Unsere Generation (Nr. 4, 2008): S. 3.

### **3.1.4 Zusammenfassung PVÖ**

Der PVÖ kritisierte in der Endperiode der ersten Großen Koalition (1962-1966) die mangelnde Unterstützung für die Interessen der PensionistInnen durch die unterschiedlichen Parteigremien und Unterorganisationen und deren fehlendes Engagement bei der Auseinandersetzung mit der politischen Gegnerin. Vor allem das schwache Durchsetzungsvermögen der eigenen Parteispitze gegenüber der Koalitionspartnerin in Sachen Pensionsdynamik wurde thematisiert. Generell fiel die Kritik an der eigenen Partei jedoch sehr zurückhaltend aus. Der PVÖ betonte auch immer wieder, dass der Fortschritt dabei von Seiten der konservativen Koalitionspartnerin behindert wurde. Bei den sonstigen innenpolitischen Themen folgte der Verband stets der Parteilinie.

In der letzten Legislaturperiode der zweiten Großen Koalition (1995-1999) zählte die schwierige wirtschaftliche Situation der PensionistInnen zu den zentralen Anliegen des PVÖ. Die Sparpakete belasteten besonders die sozial Schwächeren und PensionistInnen. Die propagierte soziale Ausgewogenheit wurde von Seiten der PensionistInnen nicht als solche empfunden. Auch wenn von Verbandsseite ein gewisses Verständnis für die behaupteten wirtschaftlichen Sachzwänge vorhanden war, warf man der eigenen Führungsriege vor, sich nicht richtig gegen die ÖVP durchgesetzt zu haben. Bundeskanzler Klima, Sozialministerin Hostasch und Finanzminister Edlinger wurden dafür kritisiert, bei den Budgetverhandlungen keine beziehungsweise nur geringe Erhöhungen der Pensionen ausverhandelt zu haben. Dies verstärkte das Selbstbild der PensionistInnen, die größte Last an der Budgetkonsolidierung gemeinsam mit den ArbeitnehmerInnen tragen zu müssen. Neben den sozialen und finanziellen Einschnitten durch Gebührenerhöhungen und ausbleibender Pensionserhöhungen kritisierte der Verband den Kaufkraftverlust der älteren Generation. Der Wunsch des PVÖ nach mehr Mitsprache wurde mehrfach bekräftigt. Um die Position der PensionistInnen zu stärken, wurde die Bundesregierung von den PensionistInnenverbänden parteienübergreifend aufgefordert, die Gründung eines Seniorenbeirates zur rechtlichen Vertretung ihrer Anliegen zu unterstützen. Die Kritik des PVÖ richtete sich in den einzelnen Sachpunkten neben der zu erwartenden Kritik an der Koalitionspartnerin doch recht deutlich und zielgerichtet gegen die eigene Partei und deren SpitzenpolitikerInnen, auch wenn zeitweilig Verständnis für einzelne Maßnahmen gezeigt wurde.

Anders als bei den vorherigen Großen Koalitionen wurde im betrachteten Zeitraum der Ära Gusenbauer (2006-2008) der Kompromissregierung keine Schonfrist zuteil. Die Koalitionsregierung konnte in der kurzen Zeit ihres Bestehens kaum politische Impulse setzen und die Parteien lähmten sich in ihrer Arbeit gegenseitig. Die Ergebnisse der Pensionsanpassungsverhandlungen wurden vom PVÖ wiederkehrend kritisiert. Der Regierung mangle es an politischem Willen, bei ausreichendem finanziellem Spielraum höhere Pensionsanpassungen durchzuführen. Bundeskanzler Gusenbauer wurde im speziellen vorgeworfen, sich nicht besser gegen die Blockadepolitik der Koalitionspartnerin durchsetzen zu können. In der Frage der missglückten Regelung der Pflegeproblematik wurden die Regierungspartnerinnen wegen der Verschleppung der notwendigen Neuregelung gerügt. Auch das noch immer nicht durchgesetzte Mitspracherecht der SeniorInnen wurde eingefordert. Die Kritik des PVÖ erstreckte sich auf die als Einheit gesehene gesamte Bundesregierung. Der Koalitionspartnerin ÖVP wurde Blockadepolitik und den Regierungsmitgliedern der eigenen Partei fehlende politische Gestaltungsimpulse vorgeworfen.

### **3.2 Bundesfrauenkomitee**

Das heutige Bundesfrauenkomitee wurde nach dem Zweiten Weltkrieg am 5. September 1945 als Frauenzentalkomitee wieder gegründet. Es trat damit unter der gleichen Namensgebung die Nachfolge des Komitees aus der Ersten Republik an.<sup>168</sup> Von Beginn an mussten die Frauen um die innere und äußere Repräsentation kämpfen und die Frage nach der Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit der Frauenorganisation stand im Brennpunkt innerparteilicher Diskussionen. Die Hauptanliegen der frauenspezifischen Interessenvertretung waren vor allem zwei wesentliche Punkte, die über Jahrzehnte hinweg Gültigkeit hatten und haben. Zum einen das Ermöglichen des beruflichen Aufstiegs für Frauen und damit eng verknüpft die Gleichstellung in Partei und Familie, zum anderen die dringend anstehende Reformierung des Abtreibungsparagraphen.<sup>169</sup> Rosa Jochmann war neben ihrer

---

<sup>168</sup> Vgl. Sozialdemokratische Partei Österreichs, Bundesorganisation (Hrsg.) (o.J.): [rotbewegt.at. Geschichte der SPÖ Frauen](http://www.rotbewegt.at/#/epoche/einst-jetzt/artikel/geschichte-der-spo-frauen); online unter < <http://www.rotbewegt.at/#/epoche/einst-jetzt/artikel/geschichte-der-spo-frauen> > (08. Juli 2012).

<sup>169</sup> Vgl. Weinzierl, Regine (1992): Frauen in der Zweiten Republik 1945-1966. In: Maderthaner, Wolfgang (Hrsg.) (1992): Auf dem Weg zur Macht. Integration in den Staat, Sozialpartnerschaft und Regierungspartei, Wien, S. 128-129.

Tätigkeit beim Bund der FreiheitskämpferInnen von 1959 bis 1967 Vorsitzende der SPÖ-Frauenorganisation.<sup>170</sup>

Die erste Ausgabe der Zeitschrift „*Die Frau*“ erschien im November 1945 und knüpfte an die Tradition der Zeitschriften „*Die Frau*“ (1924-1934) und „*Die Unzufriedene*“ (1923-1934) an. Bis Mitte der 1950er Jahre trug die Zeitschrift den Zusatztitel „*Die Unzufriedene*“ und stellte so den Bezug zu ihren beiden Vorgängerinnen aus der Zwischenkriegszeit her. Im betrachteten Zeitraum von 1962 bis 1966 erschien die Zeitschrift wöchentlich und hatte einen Umfang von 36 Seiten pro Ausgabe. Mit einer bis in die Mitte der 1960er Jahre kontinuierlich gestiegenen Auflagenhöhe von bis zu 200.000 Exemplaren galt die Zeitschrift als eines der erfolgreicheren Parteimedien.<sup>171</sup> Anders als in ihren wesentlich politischeren Vorgängerinnenzeitschriften wurden nach 1945 kaum politische Themen angesprochen. Der politische Teil erstreckte sich zumeist nur auf eine halbe bis höchstens zwei Seiten und befasste sich wechselweise mit innen- und außenpolitischen Themen. Neben Porträts bekannter Persönlichkeiten wurden Haushaltstipps zum Wohnen, Handarbeiten, Kochen und zur Kindererziehung publiziert. Im Unterhaltungsteil wurden Bücher vorgestellt, Rätsel abgedruckt und Veranstaltungstipps gegeben. Darüber hinaus erschienen wöchentlich zwei Fortsetzungsromane. LeserInnenbriefe, Gesundheitstipps und ein Esperantokurs rundeten den Magazincharakter ab.

Die Zeitschrift konnte sich aufgrund mangelnder Investitionen zur Modernisierung gegenüber den neuen drucktechnisch aufwändiger gestalteten Frauenmagazinen in den 1970er Jahren immer schwerer behaupten und verlor zunehmend an Bedeutung. Mit der Umbenennung in „*Neue Frau*“ wurde im März 1984 ein Neustart versucht. Das neue Konzept als Frauenmagazin und der Vierfarb-Offsetdruck sollte das weitere Sinken der Auflagenzahl stoppen. Die mangelnde Wirtschaftlichkeit erzwang jedoch den Verkauf 1986 an den parteieigenen Vorwärts-Verlag und die spätere Einstellung der Zeitschrift. Am 28. April 1987 erschien die letzte Ausgabe der Zeitschrift.<sup>172</sup>

---

<sup>170</sup> Vgl. Renner Institut (o.J.): Frauen in der Sozialdemokratie; online unter <[http://www.renner-institut.at/frauenmachengeschichte/sd\\_frgesch/sd\\_frgesch.htm](http://www.renner-institut.at/frauenmachengeschichte/sd_frgesch/sd_frgesch.htm)> (08. Juli 2012).

<sup>171</sup> Vgl. Die Frau (o.J.): Die Zeitschrift „Die Frau“ 1945 – 1987. Geschichte; online unter <[http://www.die-frau.info/diefrau\\_geschichte](http://www.die-frau.info/diefrau_geschichte)> (08. Juli 2012).

<sup>172</sup> Vgl. Die Frau (o.J.): Die Zeitschrift „Die Frau“ 1945 – 1987. Geschichte; online unter <[http://www.die-frau.info/diefrau\\_geschichte](http://www.die-frau.info/diefrau_geschichte)> (08. Juli 2012).

Nach der Einstellung des Magazins „*Neue Frau*“ verblieb die monatlich erscheinende Zeitschrift „*Frau & Politik*“ das einzige bundesweit erscheinende Informationsblatt des Bundesfrauenkomitees. Die Druckschrift richtete sich in erster Linie an die Funktionärinnen der Partei und trat 1976 die Nachfolge der Zeitschrift „*Die Funktionärin*“ an. Während sich „*Die Frau*“ an SPÖ-Mitglieder und Nichtmitglieder wandte, erreichte „*Frau & Politik*“ mit der Konzeption eines Funktionärinneninformationsblattes eine kleinere LeserInnenschaft. Im Gegensatz zum magazinartigen Charakter von „*Die Frau*“ war das Blatt politischer angelegt und bot auch ausreichend Spielraum für Diskussion. Aufgrund der geringeren Auflage als Funktionärinnenzeitung wurde auf teure Drucktechniken verzichtet und das Blatt erschien durchgängig bis zu seiner Umbenennung 1998 im Schwarzweißdruck. Mit der zweiten Ausgabe 1998 im März wurde die Zeitung in „*fe.mail*“ umbenannt und erhielt ein neues Layout und Vierfarbdruck. Die Redaktion wollte mit der Umgestaltung an die Tradition der früheren Frauenzeitschriften anknüpfen. Auch in der Blattlinie ergab sich ein Wandel zurück zum serviceorientierten Informationsblatt mit allgemeiner rechtlicher Information mit Interviews sowie Berichten zur Gleichstellungsproblematik, Kultur und internationalen Politik. Im Gegensatz zur Vorgängerinnenzeitschrift wurde auf politische Themen wieder weniger Bezug genommen. Das Erscheinen der Zeitschrift wurde nach nur wenigen Ausgaben beinahe gleichzeitig mit dem Beginn der FPÖ-ÖVP-Regierungskoalition eingestellt. Die letzte Ausgabe der zweimonatlich veröffentlichten Zeitschrift erschien im November 1999.

Seither fand sich noch keine Nachfolgezeitschrift und das Bundesfrauenkomitee muss seit der konservativen Wende auf ein entsprechendes publizistisches Sprachrohr verzichten. Auch seit dem neuerlichen innenpolitischen Machtwechsel zurück zur Großen Koalition ab 2006/2007 scheint es keine Initiativen für eine neue Zeitschrift zu geben, die sich hauptsächlich den Interessen der Frauenpolitik widmet. Da im Zeitraum der ersten Funktionsperiode der dritten Großen Koalition kein adäquates Medium erschien, bleibt die Analyse der Publikation des Bundesfrauenkomitees auf die ersten zwei Koalitionsphasen beschränkt.

### 3.2.1 420 Monate sind zu viel

Die Senkung der erforderlichen Beitragsmonate für das Erreichen der vorzeitigen Alterspension auf 420 Monate wurde zum beherrschenden Thema in der Zeitschrift. Während die Frauenorganisation die Senkung generell begrüßt hatte, übten die Frauenvertreterinnen jedoch auch Kritik an dieser von beiden Regierungsparteien gemeinsam ausgearbeiteten Regelung. Der Vorwurf lautete, dass die Erbringung der notwendigen Monate zur Vollendung der 35 Jahre Beitragszeit kaum bewerkstelligt werden konnte und den Frauen daher die Frühpension verwehrt bliebe.<sup>173</sup> Im Beitrag *Den Schwachen helfen* wird die Debatte bezüglich der Novelle des ASVG nochmals aufgenommen und neben der Forderung nach einer Pensionsautomatik ein weiteres Mal kritisiert, dass die Frauen die erforderlichen 420 Beitragsmonate kaum erreichen könnten, da für die Zeit vor 1939 nur sieben Beitragsmonate für die zwölf Jahresmonate angerechnet wurden.<sup>174</sup> Am Ende des gleichen Jahres wurde das Thema Frühpensionen nochmals aufgegriffen und die Schlechterstellung der Arbeiterinnen kritisiert. Gleichzeitig wurde eine Milderung der Anspruchsvoraussetzungen eingefordert.<sup>175</sup>

Gemeinsam mit der Diskussion um die Beitragsmonate für die Frühpension wurde auch das Thema der Pensionsautomatik aufgegriffen. Das Bundesfrauenkomitee kritisierte ähnlich wie der PVÖ, dass die Automatik noch nicht eingeführt worden war.<sup>176</sup> Auch am Beginn des drauffolgenden Jahres übten die Bundesfrauen Pensionskritik in ähnlicher Weise wie der PVÖ. Die Pensionserhöhung war für 1965 zu gering ausgefallen und wurde durch Steuererhöhungen und die Anhebung der Krankenversicherungsbeiträge nahezu zunichte gemacht.<sup>177</sup>

Die Rubrik „Die ‚glücklichen‘ Jahre“ bot eine Diskussionsplattform für Jugendliche, in der sie ihre Meinung zu selbstgewählten Themen darlegen konnten. So beklagte sich ein Student darüber, dass es zu wenig innerparteiliche Demokratie geben und zu

---

<sup>173</sup> Vgl. Die Frau (Nr. 47, 1963): S. 4.

<sup>174</sup> Vgl. Die Frau (Nr. 1, 1964): S. 5-6 sowie Stenographisches Protokoll über die 40. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. X. Gesetzgebungsperiode, Donnerstag, 12. Dezember 1963, S. 2209; online unter <[http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/X/NRSITZ/NRSITZ\\_00040/imfname\\_154245.pdf](http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/X/NRSITZ/NRSITZ_00040/imfname_154245.pdf)> (08. Juli 2012).

<sup>175</sup> Vgl. Die Frau (Nr. 45, 1964): S. 6.

<sup>176</sup> Vgl. Die Frau (Nr. 1, 1964): S. 5-6.

<sup>177</sup> Vgl. Die Frau (Nr. 5, 1965): S. 3.

wenig Diskussion stattfinden würde. Er befand, die SPÖ würde nur mehr verwaltet werden und dass es auch kaum noch politische Bildung geben würde. „Politik ist das Reservat der Parteispitze, in das sich niemand einmischen darf, es sei denn er wurde dazu aufgefordert“<sup>178</sup>, lautete sein Befund über die Möglichkeiten zur innerparteilichen Mitarbeit. Der Beitrag wurde in späteren Ausgaben noch weiter diskutiert und zumeist wurde die Kritik relativiert. Indirekt gab ein weiterer Student seinem Kollegen Recht, nahm aber die einzelnen Mitglieder ebenfalls in die Pflicht. Die innerparteiliche Demokratie solle auch von ihnen eingefordert und ausgeübt werden. Den Mangel an politischer Diskussion führte er auf die fehlende Bereitschaft der Mitglieder zurück, zu Versammlungen zu gehen und am sonstigen Parteileben teilnehmen zu wollen.<sup>179</sup>

### **3.2.2 Eine Quote macht noch keine Politik**

Nach der für die SPÖ so positiv verlaufenen Nationalratswahl im Dezember 1995 mahnten die Frauenvertreterinnen nachdrücklich ein, bei der Vergabe der Regierungsposten mehr Frauen zum Zug kommen zu lassen, da das Wahlergebnis zu einem Gutteil den weiblichen Wählerinnen zu verdanken war: „In der Zwischenzeit gab es wahrscheinlich jede Menge externe und interne Ranglereien um Plätze, Sitze und Funktionen. Bleibt nur zu hoffen, daß die Herren nicht vergessen haben, wem sie das gute Wahlergebnis verdanken!“<sup>180</sup> Um die Gleichstellungspolitik weiter voranzubringen, erstellte die SPÖ-Bundesfrauenvorsitzende Helga Konrad einen Forderungskatalog zu den Grundlinien sozialdemokratischer Frauenpolitik. Die frauenfeindlichen Strukturen in der eigenen Partei seien abzuschaffen und frauenwirksame Parteistrukturen zu stärken. Darüber hinaus forderte sie gelebte Geschlechterdemokratie und auch die internationale Vernetzung der Frauen. Konrad kritisierte, dass die Ungleichstellung von Männern und Frauen durch die Ungleichstellung von Genossen und Genossinnen in der eigenen Partei weiter fortgesetzt werde. Sie warf den Genossen vor, in Worten zwar für die Gleichheit zu sein, diesen Worten aber keine Taten folgen zu lassen. Die Sozialdemokraten seien

---

<sup>178</sup> Die Frau (Nr. 6, 1965): S. 12.

<sup>179</sup> Vgl. Die Frau (Nr. 10, 1965): S. 14.

<sup>180</sup> Frau und Politik (Nr. 1, 1996): S. 3.



von dem entschiedenen Engagement weit entfernt und dies sei eine Gefahr für die Sozialdemokratie:<sup>181</sup>

Derzeit konstatiere ich bei den meisten Genossen bestenfalls verbale Aufgeschlossenheit bei gleich bleibender Verhaltensstarre. Sie reden und tun nichts, den Slogans auf den Wahlplakaten folgen keine Taten, keine frauenpolitisch wertvollen jedenfalls.<sup>182</sup>

Ich sage das nicht gerne, aber das Erlebnis der Wirklichkeit, das Erlebnis sozialdemokratischer Parteirealität zeigt, daß wir Frauen von den Genossen nicht wirklich, nicht wirksam, unterstützt werden.<sup>183</sup>

Im Herbst 1996 stellten sich die SPÖ-Frauen die Frage, warum die EU-Wahl so deutlich verloren wurde. In der Analyse wurde unter anderem die schlechte Frauenpolitik der SPÖ dafür verantwortlich gemacht. Die Vorrechte der Männer sollten hinterfragt werden und den Frauen sollte mehr Freiraum gegeben werden. In einem Interview forderte Konrad dazu auf, die Frauenpolitik zu forcieren und diese nicht als Minderheitenpolitik zu betrachten. Sie kritisierte die Aussagen einiger Genossen, die Frauenförderungsmaßnahmen öffentlich als unwichtig bezeichnet hatten.<sup>184</sup> Bundesfrauensekretärin Andrea Kuntzl machte auch die Praxis der SPÖ – Frauen nicht in politisch wichtige Positionen gelangen zu lassen – mitverantwortlich für das schlechte EU-Wahlergebnis. Dieses Versäumnis kostete aufgrund mangelnder Identifikationsmöglichkeiten gerade bei den Wählerinnen etliche Stimmen. Kuntzl verwehrte sich auch dagegen, dass Frauenpolitik als Nischenthema betrieben werde und forderte wirkliche Gleichstellung.<sup>185</sup> Die SPÖ hatte sich im Jahr 1993 selbst zum Ziel gesetzt, ihre parteiintern angestrebte Frauenquote bis zum Jahr 2003 von 25 auf 40 Prozent zu steigern. Dies erschien aber kaum verwirklichtbar, da abgesehen von den – lediglich vor den Wahlen abgegebenen – Bekenntnissen zur stärkeren Präsenz von Frauen keine echten Maßnahmen zur Erhöhung der Frauenquote gesetzt wurden. Deswegen wurde von den Frauenorganisationen gezielter Lobbyismus gefordert, um die Bevorzugung der Frauen durchzusetzen.<sup>186</sup> Frauenministerin Barbara Prammer kam in ihrer Analyse zur schlecht verlaufenen Nationalratswahl 1999 zum gleichen Ergebnis und macht das Fehlen einer konsequenten Frauenpolitik

---

<sup>181</sup> Vgl. Frau und Politik (Nr. 7/8, 1996): S. 6-7.

<sup>182</sup> Frau und Politik (Nr. 7/8, 1996): S. 6.

<sup>183</sup> Frau und Politik (Nr. 7/8, 1996): S. 6.

<sup>184</sup> Frau und Politik (Nr. 11, 1996): S. 5.

<sup>185</sup> Vgl. Frau und Politik (Nr. 12, 1996): S. 6-7.

<sup>186</sup> Vgl. Frau und Politik (Nr. 7/8, 1997): S. 3.

für eine weitere Wahlniederlage der SPÖ mitverantwortlich. Die SPÖ sei zwar bei den Wählerinnen noch immer die stimmenstärkste Partei gewesen, habe aber Defizite bei der Motivierung jüngerer WählerInnen. Prammer forderte von der Partei eine innere Auseinandersetzung mit frauenpolitischen Themen. Prammer betonte die Wichtigkeit der Eigenständigkeit von Frauen; diese könne nur über eine eigenständige Alterssicherung und Berufstätigkeit gewährleistet werden. Deshalb forderte sie eine offensive Arbeitsmarktpolitik zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie.<sup>187</sup>

Anlässlich der Regierungsbildungsverhandlungen erging von Seiten der Frauenvertreterinnen eine Warnung an die eigene Partei, ihren politischen Kurs besser einzuhalten. Die SPÖ sollte in den Verhandlungen nicht den Wünschen der ÖVP nachgeben und konsequenter auf die 1993 beschlossene langfristige Anpassung der Pensionen bestehen.<sup>188</sup> Nach der verlorenen EU-Wahl im Herbst 1996 wurde die eigene Partei aufgefordert, neben einer offensiven Wertediskussion wieder eine echte eigenständige sozialdemokratische Beschäftigungspolitik – mit dem Mensch im Mittelpunkt – zu machen.<sup>189</sup> Die damalige Frauenministerin Helga Konrad erinnerte die Partei daran, dass Sozialpolitik heiße, soziale Rechte zu schaffen und nicht Almosen zu verteilen.<sup>190</sup> Im Beitrag zur Wahlnachlese *Was wird die SPÖ jetzt tun?* warnte Konrad die SPÖ davor, eine Bastion zu sein, die nur erworbene Rechte verteidigt und bezeichnete eine SPÖ als Verwalterin von Pfründen für die WählerInnen als unattraktiv. Die Partei dürfe sich nicht auf den Lorbeeren ausruhen und müsse angesichts der steigenden Anzahl von WechselwählerInnen danach trachten, bei jedem Wahlgang WählerInnen zu gewinnen.<sup>191</sup> Die SPÖ dürfe sich auch nicht davor scheuen, Konflikte mit der Koalitionspartnerin auszutragen. Konrad plädierte deshalb für „Stärke und Selbstbewußtsein, aber auch für die Bereitschaft zur Selbstkritik und beharrliche Diskussion“.<sup>192</sup> Bundesfrauensekretärin Andrea Kuntzl kam in ihrer Wahlnachlese zu einem ähnlichen Befund und kritisierte das bewahrende und verteidigende Image der SPÖ. Die Partei hätte den immer flexibler

---

<sup>187</sup> Vgl. fe.mail (Nr. 6, 1999): S. 9.

<sup>188</sup> Vgl. Frau und Politik (Nr. 1, 1996): S. 3.

<sup>189</sup> Vgl. Frau und Politik (Nr. 11, 1996): S. 3.

<sup>190</sup> Vgl. Frau und Politik (Nr. 11, 1996): S. 4-5.

<sup>191</sup> Vgl. Frau und Politik (Nr. 11, 1996): S. 4-5.

<sup>192</sup> Frau und Politik (Nr. 11, 1996): S. 5.

werdenden WählerInnenschichten immer weniger anzubieten und kein Lebensgefühl von Modernität und Erneuerung vermitteln können. Die SPÖ solle mehr ihren zentralen Wert der sozialen Gerechtigkeit zeigen. Sie böte als kaum offene Partei wenige Möglichkeiten zur – auch nur temporären oder partikulären – Mitarbeit. Daher solle sie ihre Strukturen, vor allem auch generationenspezifisch, erneuern.<sup>193</sup> In ihrem Interview nach der Nationalratswahl im Oktober 1999 fordert Barbara Prammer (Frauenministerin seit 1997) eine stärkere programmatische Auseinandersetzung in der SPÖ ein. Vor allem bei den jüngeren WählerInnen ließe die SPÖ wenig Partizipation zu und wirke mit ihrer Politik altmodisch für Außenstehende. Prammer plädierte für einen Strukturwandel, der ermöglichen würde, „Politik nicht nur zu konsumieren, sondern im weitesten Sinne auch zu machen.“<sup>194</sup>

In ihrer Bewertung zu den Regierungsverhandlungen Anfang 1996 stellte die Redakteurin Brigitte Limbeck der eigenen Partei ein schlechtes Zeugnis aus. Sie forderte, dass die Sparmaßnahmen verantwortungsvoll gesetzt werden sollten und dass der Staatshaushalt nicht auf Kosten der Schwachen saniert werden dürfe. „Und letzten Endes muß Budgetpolitik der Gesellschaft dienen. Das sei so manchem Verhandler ins Stammbuch geschrieben!“<sup>195</sup>, lautete die Botschaft in Richtung des Verhandlungsteams. Im Beitrag *Politische Grundsätze* wurde ein Forderungskatalog zu den Koalitionsverhandlungen vorgestellt. Frauenpolitische Errungenschaften sollten keinem unsinnigen Sparkurs zum Opfer fallen und statt in frauenpolitischen Bereichen zu sparen, sollten Steuerschlupflöcher geschlossen werden. Neben der Beibehaltung der Individualbesteuerung sollte es ein klares Nein zur Familienbesteuerung geben. Das Pflegegeld sollte reformiert und die Kinderbetreuung ausgebaut werden.<sup>196</sup> In einem Bericht zum Treffen anlässlich des internationalen Frauentages kamen Frauenvertreterinnen aus den Bundesländern zu Wort. Ihre Kritik bezog sich vor allem auf die Verschlechterungen durch die geplanten Sparmaßnahmen der Koalition. Durch diese Maßnahmen sollte es zu Einschränkungen bei der Geburtenbeihilfe kommen, die Neuregelung sah vor, dass es diese nur mehr auf Antrag und bei geringem Familieneinkommen geben sollte. Die

---

<sup>193</sup> Vgl. Frau und Politik (Nr. 12, 1996): S. 6-7.

<sup>194</sup> fe.mail (Nr. 6, 1999): S. 9.

<sup>195</sup> Frau und Politik (Nr. 2, 1996) : S. 3.

<sup>196</sup> Vgl. Frau und Politik (Nr. 2, 1996): S. 6-8.

Aufteilung des zweijährigen Karenzurlaubes mit 18 Monaten für die Frau und sechs Monaten für den Mann wurde kritisiert. Frauen seien dadurch gezwungen, früher als bisher auf die selten erfolgreiche Jobsuche zu gehen und Männer würden die Karenzierung nur selten nutzen. Dadurch würde sich der Staat zwar Karenzgeld sparen, sich aber keine Verbesserung der Betreuungsquote ergeben. Außerdem würde den alleinerziehenden Müttern die Inanspruchnahme der vollen zwei Jahre Karenzzeit verwehrt werden. Die Erhöhung des Durchrechnungszeitraumes für die Arbeitslosenversicherung von sechs auf 12 Monate und die Senkung der Anspruchszeiten von 28 auf 26 Monate würden Frauen besonders hart treffen, da ihr Einkommensverlauf generell unregelmäßiger sei. Auch die geplante Erhöhung der nötigen Beitragszeiten für die vorzeitige Alterspension und die Streichung der Ersatzzeiten für höhere Schulen oder ein Hochschulstudium wurden von Frauenseite kritisiert. Konrad forderte außerdem anlässlich des Treffens die stärkere Anrechnung der Kindererziehungszeiten.<sup>197</sup> Trotz aller Genugtuung über die erreichten finanziellen Zusagen für den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen, wurde die Koalition für die Erstellung des neuerlichen Sparpakets kritisiert. In der Nachlese zu den Koalitionsbildungsverhandlungen wurde nochmals festgehalten, dass die Maßnahmen zur Neuregelung der Karenzzeit, zur vorzeitigen Alterspension und zu den Kürzungen der Geburtenbeihilfe vor allem Frauen stark belasten.<sup>198</sup>

### **3.2.3 Zusammenfassung Bundesfrauenkomitee**

In der ersten Periode der Großen Koalition fand die Kritik großteils in Bezug auf das Thema Pensionen statt. Dabei wurde der eigenen Partei vorgeworfen, gemeinsam mit der Koalitionspartnerin eine Regelung entworfen zu haben, die es für erwerbstätige Frauen nahezu unmöglich machte, die vorzeitige Alterspension zu erreichen. Die 420 erforderlichen Beitragsmonate waren von den Frauen generell schwer zu erbringen, da ihre Berufskarrieren traditionell mehr Diskontinuitäten als die der Männer aufwiesen. Auch bei den zu gering ausgefallenen Pensionserhöhungen 1965 wurde die gesamte Bundesregierung kritisiert, aber – ähnlich wie beim PVÖ – dabei vor allem der ÖVP die mangelnde budgetäre Bereitschaft zur Finanzierung vorgeworfen. Bei den sonstigen innenpolitischen Themen trug die Frauenorganisation zumeist die

---

<sup>197</sup> Vgl. Frau und Politik (Nr. 2, 1996): S. 6-11.

<sup>198</sup> Vgl. Frau und Politik (Nr. 4, 1996): S. 6-8.

Politik der SPÖ mit. Gegen Ende der Legislaturperiode machte sich, wie in anderen Teilen der Partei auch, eine gewisse Koalitions müdigkeit breit, die sich vor allem durch die sinkende Bereitschaft der Mitglieder ausdrückte, parteiinterne Demokratie auszuüben beziehungsweise zu fordern oder an der Parteiarbeit teilzunehmen.

Das, vor allem durch die hohe Anzahl der Wählerinnen erreichte gute Wahlergebnis bei der Nationalratswahl 1995 hatte keine Rückwirkung auf die Zusammensetzung der neuen Koalition. Das Bundesfrauenkomitee kritisierte diese fortgesetzte Unterrepräsentation der Frauen in den höheren und höchsten Gremien. Zur Bekämpfung der Ungleichstellung wurden die Männer in der Partei in die Pflicht genommen, da es diese in der Vergangenheit an tatkräftiger Unterstützung zumeist mangeln ließen. Die Frauenvertreterinnen sahen sich während dieser Koalitionsphase mehrfach gezwungen, die Kritik an der inkonsequenten Frauenpolitik der SPÖ zu wiederholen, da eine Erhöhung der Teilnahme der Frauen trotz Selbstverpflichtung zur Hebung der Frauenquote nicht in Sicht schien. Angesichts der geplanten Sparmaßnahmen, die beide Parteien in den Regierungsverhandlungen zu Beginn der letzten Legislaturperiode der zweiten Großen Koalition ausgehandelt hatten, verschärfte sich die innerparteiliche Kritik. Zum einen wurde die eigene Partei aufgefordert, sich nicht dem Diktat der ÖVP unterzuordnen und den eigenen politischen Kurs besser einzuhalten, zum anderen erkannte man die Gefahr, die von den veralteten Parteistrukturen ausging. Der Regierung wurde vorgeworfen, mit den Sparmaßnahmen den Staatshaushalt auf Kosten der sozial Schwachen sanieren zu wollen. Die Frauen warnten überdies davor, frauenpolitische Errungenschaften einem unsinnigen Sparkurs zum Opfer fallen zu lassen. Nach den verlorenen Wahlen im Herbst 1996 und im Herbst 1999 wurde die Partei wiederholt aufgefordert, ihrem sozialen Auftrag gerecht zu werden und Menschen wieder in den Mittelpunkt einer sozialen Beschäftigungspolitik zu stellen. Die Bundesfrauen forderten eine soziale Politik und nicht die Verteilung von Almosen. Besonders kritisiert wurden die in der Partei festgestellten Beharrungsstrukturen, die dem Parteimage schaden und die mangelnde Attraktivität für die jüngeren WählerInnen begründen würden. Die SPÖ wurde von außen als wenig moderne Partei mit veralteten Strukturen wahrgenommen, die den neuen flexibleren WechselwählerInnen kaum Angebote zur Partizipation anbieten konnte.

### **3.3 Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen im Österreichischen Gewerkschaftsbund (FSG/ÖGB)**

Die Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen im Österreichischen Gewerkschaftsbund, in der Folge kurz als FSG bezeichnet, wahrt die Interessen der Sozialdemokratischen Partei Österreichs im Österreichischen Gewerkschaftsbund. Die FSG vertritt die Anliegen der unselbständig Beschäftigten und der diesen nahe stehenden Gruppen, insbesondere Menschen in Ausbildung, Arbeitslose und PensionistInnen.<sup>199</sup> Der Gewerkschaftsbund wurde am 15. April 1945 in Abkehr zu den parteilichen Richtungsgewerkschaften der Ersten Republik als einheitliche und überparteiliche Organisation zur Vertretung der ArbeitnehmerInneninteressen gegründet. Relativ bald stellte es sich jedoch heraus, dass dennoch Bedarf nach einer parteilichen Vertretung der ArbeitnehmerInnen existierte. Daher entschlossen sich die Mitglieder der Sozialistischen Partei im Gewerkschaftsbund im Jahr 1947, zukünftig als geschlossene Gruppe aufzutreten und gründeten die Sozialistische Fraktion. In den folgenden Jahren erfolgte der Ausbau zur stärksten Fraktion innerhalb des Gewerkschaftsbundes. Im April 1949 erschien die erste Ausgabe der Zeitschrift „Welt der Arbeit“, die als „sozialistische Betriebszeitung“ positioniert wurde.<sup>200</sup> Das monatlich erscheinende Blatt hatte einen Umfang von 24 Seiten und bot neben gewerkschaftlicher Information auch aktuelle innen- und außenpolitische Berichterstattung. Daneben wurden LeserInnenbriefe und Berichte aus der Arbeitswelt veröffentlicht. Im Unterhaltungsteil rundeten Fortsetzungsromane, Rätsel, wissenschaftliche Berichte, Witze und eine Frauenseite das Leseangebot ab.

Im zweiten betrachteten Zeitraum von 1995 bis 1999 erfolgte keine Änderung des Umfanges der weiterhin monatlich erscheinenden Gewerkschaftszeitung. Auch an der generellen Blattlinie änderte sich nur wenig. Neben aktuellen gewerkschaftlichen Beiträgen und dazugehöriger politischer Informationen wurde der Serviceteil

---

<sup>199</sup> Vgl. Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (2009): Statuten der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen im ÖGB; online unter <[http://www.fsg.at/servlet/BlobServer?blobcol=urldokument&blobheadername1=content-type&blobheadername2=content-disposition&blobheadervalue1=application%2Fpdf&blobheadervalue2=inline%3B+filename%3D%22Statuten\\_der\\_FSG\\_im\\_%25D6GB.pdf%22&blobkey=id&root=Y02&blobnocache=false&blobtable=Dokument&blobwhere=1246616839886](http://www.fsg.at/servlet/BlobServer?blobcol=urldokument&blobheadername1=content-type&blobheadername2=content-disposition&blobheadervalue1=application%2Fpdf&blobheadervalue2=inline%3B+filename%3D%22Statuten_der_FSG_im_%25D6GB.pdf%22&blobkey=id&root=Y02&blobnocache=false&blobtable=Dokument&blobwhere=1246616839886)> (15. Juli 2012).

<sup>200</sup> Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (o.J.): Geschichte der FSG. Die Gründung der FSG; online unter <[http://www.fsg.at/servlet/ContentServer?pagename=Y02/Page/Index&n=Y02\\_1.9](http://www.fsg.at/servlet/ContentServer?pagename=Y02/Page/Index&n=Y02_1.9)> (16. Juli 2012).

ausgeweitet. Dieser bot rechtliche Beratung, eine Seite für KonsumentInnen, Gesundheitstipps und Lebensberatung. Der Unterhaltungsteil mit Satire, Sport- und Kulturberichten, Freizeittipps und Rätseln wurde beibehalten. Durch die Verbreiterung des Serviceangebotes kam es jedoch zu einer Kürzung in der politischen Berichterstattung.

Im Jänner 2002 wurde der Name der Zeitschrift in „FSG-direkt“ geändert. Der Zusatztitel „*Topinfos für engagierte GewerkschafterInnen*“ gibt bereits Aufschluss über die neue Blattlinie. Auf reduziertem Seitenumfang von sechzehn Seiten pro Ausgabe werden hauptsächlich gewerkschaftliche Sachthemen behandelt. Im Editorial kommt der Bundesvorsitzende – während der Ära Gusenbauer war dies Wilhelm Haberzettl – selbst zu Wort und nimmt zu aktuellen Themen Stellung. Die innenpolitische Berichterstattung nimmt einen breiten Raum ein und wird ergänzt durch Kommentare über die Auswirkungen der verschiedenen Regierungsentscheidungen für die ArbeitnehmerInnen. Neben Interviews von leitenden GewerkschaftsfunktionärInnen oder PolitikerInnen kommen regelmäßig GewerkschaftsmitarbeiterInnen in Gastkommentaren zu Wort. In der Rubrik „Aktuelle Sozialpolitik“ werden sozialpolitische Maßnahmen und Regelungen zusammengefasst beziehungsweise kritisch beleuchtet. Des Weiteren bietet die Rubrik eine Plattform, um Forderungen der FSG darzulegen. Im verkürzten Serviceteil werden Arbeitsrechtsfragen beantwortet und näher erklärt. Die Verdichtung des Inhalts auf gewerkschaftliche Belange und die Umfangreduzierung hatten zur Folge, dass der Unterhaltungsteil – der in der Vorgängerinnenzeitschrift noch fixer Bestandteil war – ersatzlos gestrichen wurde.

### **3.3.1 Großkoalitionärer Dauerstreit**

Anlässlich einer Klubklausur der SPÖ in Wels im Herbst 1963 wurde die Zukunft der Koalition diskutiert. Unter den TagungsteilnehmerInnen herrschte Einigkeit, dass die Koalition nicht unter allen Umständen aufrechterhalten werden müsse. Es wurde diskutiert, inwieweit das Verhalten der ÖVP noch tragbar sei. Dabei wurde festgehalten, dass die Zusammenarbeit zwar sehr schlecht verlaufe, aber gerade noch gut genug, um keinen Bruch der Koalition herbeizuführen. Aufgrund der damaligen politischen Anknüpfungspunkte zur FPÖ, mit der beispielsweise Konsens in der

Habsburgerfrage bestand, befürworteten einige FunktionärInnen aber auch eine Zusammenarbeit mit den Freiheitlichen. Dieser Idee einer Annäherung an das nationale Lager erteilte Rosa Jochmann als damalige zweite Parteivorsitzende jedoch eine deutliche Absage. Die Klausur schloss ergebnislos, ohne eine Einigung auf den zukünftigen Kurs der SPÖ in der Koalitionsfrage zu bringen.<sup>201</sup> Im Beitrag *Politik – Band des Vertrauens*<sup>202</sup> sprach der leitende Redakteur Sepp Wille die große Unzufriedenheit mit der Koalition an. Innerhalb der Gewerkschaften ging man von einem baldigen Ende einer nicht überzeugenden Koalition aus: „Das miserable Funktionieren der großen Koalition ist offensichtlich. Die Arbeitsproduktivität fiel in einem derartigen Maße, daß sich die ganze politische Maschinerie selbst in Frage zu stellen begann.“<sup>203</sup> Vor allem bei den offenen Fragen zur verstaatlichten Industrie, zur Wohnbau-, Renten- und Wahlreform sowie zur konfusen Integrationspolitik, der verpatzten Rundfunkreform und dem Streit in der Habsburgerfrage stellte er der Koalition kein gutes Arbeitszeugnis aus. Beide Parteien konnten sich auf keine gemeinsame Politik einigen und das politische Tagesgeschäft war geprägt von beiderseitigem Taktieren und Polemisieren gegen die jeweilige Regierungspartnerin. Wille warnte davor, die angespannte Situation in der Koalition zu bagatellisieren.<sup>204</sup> Nach dem erfolgreichen Rundfunkvolksbegehren, das sich vor allem gegen den Einfluss der Regierungsparteien und ihr Proporzsystem beim Österreichischen Rundfunk richtete, wurde versucht, die Bedeutung des Ergebnisses herunterzuspielen. Innerhalb der SPÖ wurde der großkoalitionäre Dauerstreit hauptsächlich für den Ausgang des Volksbegehrens verantwortlich gemacht.<sup>205</sup> Bei den Arbeiterkammerwahlen 1964 erlitt die FSG deutliche Verluste, die man auf die angespannte Lage in der Koalition zurückführte. Der andauernde Streit, die Olah-Affäre und die umstrittene Habsburgerfrage schaden vor allem den SozialistInnen: „Mehr als eine halbe Million Arbeiter und Angestellte haben es vorgezogen, den Parteien die kalte Schulter zu zeigen. Verbittert über politische Geschehnisse, desinteressiert an nervenzermürenden Auseinandersetzungen, hatten sie auf eine Willenskundgebung verzichtet.“<sup>206</sup> Im Ringen darum, die Schwierigkeiten in der

---

<sup>201</sup> Vgl. Welt der Arbeit (Nr. 11, 1963): S. 8.

<sup>202</sup> Welt der Arbeit (Nr. 9, 1964): S. 3.

<sup>203</sup> Welt der Arbeit (Nr. 9, 1964): S. 3.

<sup>204</sup> Vgl. Welt der Arbeit (Nr. 9, 1964): S. 3.

<sup>205</sup> Vgl. Welt der Arbeit (Nr. 11, 1964): S. 10.

<sup>206</sup> Welt der Arbeit (Nr. 11, 1964): S. 11.



Koalition zu überwinden und um aus den nächsten Wahlen als stärkste Partei hervorzugehen, ging man in der SPÖ im Jahr 1965 daran, ein neues Programm zu erstellen. Das *Programm für Österreich* sollte einen positiven Akzent in die vielfach kritisierten unfruchtbaren innenpolitischen Auseinandersetzungen der letzten beiden Jahre bringen. Gleichzeitig wurde der Programmentwurf aber auch als zu wenig weit reichend kritisiert.<sup>207</sup> Der ÖGB-Funktionär Winfried Bruckner schlug im Oktober 1965 vor, die von mehreren Seiten unter Beschuss geratene Große Koalition kritisch zu hinterfragen. „Zu lange schon hatten unzufriedene Wähler das Gefühl gehabt, wie immer sie ihr Kreuz auf den Stimmzettel placierten, stets stimmten sie für den gleichen politischen Eintopf“<sup>208</sup>, lautete demnach auch sein wenig schmeichelhafter Befund. In seiner Zusammenfassung der Fehler der beiden Regierungsparteien kritisierte er das Proporzsystem, die wenig durchdachten Beschlüsse, die in zu raschen Kompromissen mündeten und die mangelnde geistige Auseinandersetzung mit politischen Themen.<sup>209</sup>

Nach Ansicht unterschiedlicher GewerkschafterInnen war die unklare Programmatik und Positionierung der SPÖ eines der Hauptprobleme der Partei zu Beginn der 1960er Jahre. So wurde beispielsweise die Wahlniederlage im Herbst 1962 auf den unklaren Wahlkampf zurückgeführt. Die Zusammenarbeit der einzelnen Parteigruppierungen wurde als schlecht befunden und die Wahlkampforderungen vermochten es kaum, den WählerInnen die Zielsetzungen der SPÖ zu vermitteln.<sup>210</sup> Redakteur Günther Nenning forderte in seiner Wahlnachlese ein sozialdemokratisches Reformprogramm mit dem Ziel der maximalen Demokratie. Er warf der SPÖ allgemeine Konzeptlosigkeit vor und sah die guten Ansätze vom Programm von 1959 verflüchtigt. Auch bei der Wahlwerbung hätte die SPÖ mit der Konzentration auf die eigenen FunktionärInnen und politischen Randschichten die falschen Zielgruppen beworben.<sup>211</sup> Aber nicht nur im Anschluss an die verlorene Wahl wurde die Positionierung der SPÖ kritisiert; Sepp Wille empfahl der Partei, nicht nur eine Politik des eigenen Standpunktes zu betreiben, sondern sich auch darauf zu konzentrieren, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Sicherheit des

---

<sup>207</sup> Vgl. Welt der Arbeit (Nr. 9, 1965): S. 8-9.

<sup>208</sup> Vgl. Welt der Arbeit (Nr. 10, 1965): S. 7.

<sup>209</sup> Vgl. Welt der Arbeit (Nr. 10, 1965): S. 7.

<sup>210</sup> Vgl. Welt der Arbeit (Nr. 12, 1962): S. 3.

<sup>211</sup> Vgl. Welt der Arbeit (Nr. 1, 1963): S. 16-17.

Volkes zu sichern.<sup>212</sup> Als die ÖVP 1966 die absolute Mehrheit errang, saß der Schock in der SPÖ über den Verlust der Regierungsbeteiligung tief. Auch von Seiten des Gewerkschaftsblattes wurde nach den Ursachen gesucht. So gehen auch LeserInnenbriefe auf die missglückte Wahlkampagne ein. Es wurde kritisiert, dass die Anzahl der unterschiedlichen Wahlbroschüren zu hoch gewesen war und dass eine einzelne aussagekräftige gereicht hätte. Eine Leserin stellte sich die Frage „Ist die SPÖ genügend modern“<sup>213</sup> und kritisierte, dass die SPÖ es nicht geschafft hätte, junge Frauen als Wählerinnen anzusprechen und im Wahlkampf mit Parolen aus der Vergangenheit geworben hatte.<sup>214</sup> Die Gastkommentatoren Heinz Fischer und Karl Blecha kamen in ihrer Wahlbetrachtung zur Ansicht, dass dem Olah-Massenblatt „*Neuen Kronen Zeitung*“ kein entscheidender propagandistischer Gehalt über den Parteiapparat mit seinen veralteten Organisationsmethoden entgegenstünde. Damit konnten die jungen WählerInnen kaum motiviert werden.<sup>215</sup> Gewerkschaftssekretär Erich Hofstetter betrieb in seinem Beitrag ebenfalls Ursachenforschung und neben der Unterschätzung Franz Olahs hielt er fest, dass es der SPÖ an Klarheit und Zielstrebigkeit fehle. Neben der Forderung nach der Beschäftigung mit Fragen der Organisation und der stärkeren Einbindung der LandesvertreterInnen sah er vor allem in der Präsentation der Ziele der Partei Schwächen. Diese sollten besser verpackt und vermarktet werden.<sup>216</sup>

Nach den langen Jahren der Koalitionszusammenarbeit und den vergeblichen Versuchen die ÖVP zu überholen war bei den Mitgliedern der Partei eine gewisse Ungeduld festzustellen. In einem Leserbrief wurde kritisiert, dass die SPÖ bei der Nationalratswahl 1962 keine brennenden Probleme aufgegriffen und einen zu koalitionsfreundlichen Wahlkampf geführt hätte.<sup>217</sup> Günther Nenning stellte fest, dass die SPÖ keinen Führungsanspruch erhoben hätte und eher die Fortführung der Großen Koalition anstrebte:

---

<sup>212</sup> Vgl. Welt der Arbeit (Nr. 9, 1964): S. 3.

<sup>213</sup> Welt der Arbeit (Nr. 4, 1966): S. 2.

<sup>214</sup> Vgl. Welt der Arbeit (Nr. 4, 1996): S. 2.

<sup>215</sup> Vgl. Welt der Arbeit (Nr. 4, 1966): S. 4-5.

<sup>216</sup> Vgl. Welt der Arbeit (Nr. 4, 1966): S. 3.

<sup>217</sup> Vgl. Welt der Arbeit (Nr. 1, 1963): S. 2.

Die Zusammenarbeit zwischen den beiden großen Parteien ist notwendig und nützlich. Das ist eines. Etwas ganz anderes ist es, auf würdelose Weise, heulend und zähneklappernd um „Zusammenarbeit“ zu flennen. Dies legt den (vermutlich unbegründeten) Verdacht nahe, daß es den solcherart Flennenden um die Futterkrippe geht. Auf die Dauer läßt sich nicht damit Politik machen, daß man die Leute anjammert, die eigene Partei nur so stark zu machen – ja nicht stärker, schon gar nicht am stärksten –, daß die andern, die solcherart von vornherein als die stärksten anerkannt werden, mit uns zusammenarbeiten müssen. Dies legt den (vermutlich berechtigten) Verdacht nahe, daß manche unserer Funktionäre die Mehrheit gar nicht wollen, weil sie nichts damit anzufangen wüßten.<sup>218</sup>

### **3.3.2 ArbeiterInnenpartei ohne soziale Kompetenz**

Die im Parteienabkommen zur Koalitionsbildung ausverhandelten Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung wurden von Seiten der FSG zwar akzeptiert aber auch kritisiert. Der Regierung wurde vorgeworfen, dass sie die ArbeitnehmerInneninteressen kaum gewahrt hätte. Dem immer wieder geforderten Ausbau der Beschäftigung am Wirtschaftsstandort Österreich kämen die Sparmaßnahmen nicht entgegen. Darüber hinaus wurde die Koalition aufgefordert, die Unternehmen stärker in die Pflicht zu nehmen, damit die Sozialpolitik – ohne ein weiteres Sparpaket erstellen zu müssen – weiter vorangetrieben werden könne.<sup>219</sup> Nach dem Verlust der absoluten Mandatsmehrheit bei der Wiener Landtagswahl und der gleichzeitig schlecht verlaufenen EU-Wahl im Herbst 1996 wurde der SPÖ vorgeworfen, sich nicht gegen die ÖVP durchsetzen zu können und auch keine echte Gegenstrategie gegen die FPÖ gefunden zu haben. Der Vorsitzende der SPÖ Tirol Herbert Prock konstatierte, dass die SPÖ ihre Glaubwürdigkeit bei den „kleinen Leuten“ verloren habe und forderte dazu auf, eine klare ArbeitnehmerInnenpolitik zu betreiben.<sup>220</sup> In seiner launigen Kolumne machte Winfried Bruckner, Chefredakteur beim ÖGB-Mitgliedermagazin „Solidarität“, einen weiteren Grund aus, warum die SPÖ immer mehr Stimmen an die Freiheitlichen verlor. Die FPÖ hätte sich seit Jahren als Partei des „kleinen Mannes“ und „ehrlichen Arbeiters“ profiliert, der von der Großen Koalition mittels Sparpaketen „ausgesackelt“<sup>221</sup> wurde. Bruckner warf der SPÖ vor, sich nicht mehr dazu zu bekennen, eine ArbeiterInnenpartei zu sein. Er kritisierte das beinahe schamhafte Verstecken des Wortes „Arbeiter“ und führte einige Beispiele an. Aus dem „Arbeiter“ in ARBÖ (Auto-, Motor- und Radfahrerbund

---

<sup>218</sup> Welt der Arbeit (Nr. 1, 1963): S. 16.

<sup>219</sup> Vgl. Welt der Arbeit (Nr. 4, 1996): S. 3.

<sup>220</sup> Vgl. Welt der Arbeit (Nr. 11, 1996): S. 3.

<sup>221</sup> Welt der Arbeit (Nr. 12, 1996): S. 7.

Österreichs) wurde „Auto“, aus der „*Arbeiterzeitung*“ wurde die Verkürzung „AZ“, der Arbeitsplatz wurde zu Posten oder Stelle und die Arbeit selbst wurde zur Beschäftigung. Gerade diese Wortänderungen sorgten aber laut Bruckner dafür, dass sich die ArbeiterInnen immer mehr diskriminiert fühlten.<sup>222</sup> ÖGB-Präsident Fritz Verzetnitsch nahm in einem Interview zum Vorwurf der mangelnden sozialen Kompetenz der SPÖ Stellung. Obwohl seit Beginn der 1990er Jahre über hundert Sozialgesetze erlassen worden seien, kommunizierte die SPÖ ihre Arbeit innerhalb der Großen Koalition schlecht und ihre Arbeit hinterließ wenig Widerhall in der breiten Öffentlichkeit.<sup>223</sup> Anlässlich der Diskussion um ein neues Parteiprogramm bezogen etliche Mitglieder zum Entwurf Stellung. Die ÖGB-Frauenvorsitzende Irmgard Schmidleithner meinte, dass das Programm zu wenig Profil hätte und dass zu wenig Fokus auf die ArbeitnehmerInnen gelegt werde. Der ÖGB-PensionistInnenvertreter Josef Schmölz stellte ebenfalls fest, dass der Mensch nicht mehr im Mittelpunkt stehe und kritisierte das Vorgehen der Partei in den letzten Jahren: „Die Handlungen und das Verhalten von SPÖ-Politikern ist in den letzten Jahren für die Menschen immer unverständlicher geworden.“<sup>224</sup> Er führte weiter aus:

Ich bin von der Qualität der Regierungsmannschaft der SPÖ überzeugt. Aber Faktum ist: In der Partei fehlt die menschliche Wärme – das kann ich nicht nur aus eigenem Erleben, sondern vor allem aus den Diskussionen mit Hunderten von Parteimitgliedern feststellen. Aber vor allem steht in diesem Programmentwurf der Mensch nicht im Mittelpunkt.<sup>225</sup>

Der FSG-Jugendvorsitzende Willi Mernyi kam ebenfalls zum Schluss, dass die Menschen nicht mehr Zentralpunkt der SPÖ-Politik wären und kritisierte darüber hinaus ein fehlendes Jugendkapitel im Programmentwurf.<sup>226</sup> Nach der verlorenen Wahl im Herbst 1999 versuchte Bruno Aigner, der Pressesprecher des damaligen ersten Nationalratspräsidenten Heinz Fischer, eine Analyse des Ergebnisses. Er kritisierte, dass die SPÖ in den letzten Jahren an Substanz verloren hätte und das Angestammte, das Soziale vernachlässige. Die SPÖ hätte ihre soziale Kompetenz eingebüßt und sei neoliberalen Tendenzen gegenüber anfällig.<sup>227</sup>

---

<sup>222</sup> Vgl. Welt der Arbeit (Nr. 12, 1996): S. 7.

<sup>223</sup> Vgl. Welt der Arbeit (Nr. 1, 1997): S. 6-7.

<sup>224</sup> Welt der Arbeit (Nr. 7/8, 1998): S. 5.

<sup>225</sup> Welt der Arbeit (Nr. 7/8, 1998): S. 5.

<sup>226</sup> Vgl. Welt der Arbeit (Nr. 7/8, 1998): S. 6.

<sup>227</sup> Vgl. Welt der Arbeit (Nr. 11, 1999): S. 3.

Zur Programmdiskussion merkte Schmölz des Weiteren an, dass er diese als müßig erachtete, da sich die SPÖ vor anderen Herausforderungen befände. Die Partei könne der Jugend weder Zuversicht noch Hoffnung vermitteln und auch der älteren Bevölkerung wenig Sicherheit vermitteln. Darüber hinaus äußert er seinen Unmut darüber, dass keine PensionistInnenvertreterInnen bei der Programmausarbeitung hinzugezogen worden seien.<sup>228</sup> Die Frage der Programmatik griff Bruno Aigner in seinem Gastkommentar *SPÖ-Programm in Rosarot*<sup>229</sup> ebenfalls auf. Er sah geringfügige Verbesserungen zum Erstentwurf und befand die neue Ausarbeitung nunmehr eckiger, kantiger und grundsatzorientierter. Er betonte die Notwendigkeit zur Repolitisierung der SPÖ unter dem Leitmotiv „Der Mensch kommt vor dem Markt“<sup>230</sup>; außerdem befand Aigner, dass der Kurs der SPÖ zu zentralistisch bestimmt wurde:

Das neue Programm ist ein programmatischer Kitt für eine SPÖ, die in den letzten Jahren immer mehr vom Pragmatismus und Opportunismus geprägt war. Das Beispiel Parteiprogramm zeigt auch, daß es sich auszahlt, sich einzumischen, und daß sich die Seelenlage der Partei deutlich von der Seelenlage der Löwelstraße unterschieden hat.<sup>231</sup>

Aigner sah nach der verlorenen Wahl 1999 eine gelähmte SPÖ-Führung, für die die Wahlniederlage keinen heilsamen Schock darstellte und hielt fest, dass der Kurs der Partei einer Drängerei zur Mitte entsprochen hatte und dass diese zu Beliebigkeit und purem Pragmatismus geführt hätte.<sup>232</sup>

In einem Interview erklärte ÖGB-Frauenvorsitzende Irmgard Schmidleithner, dass die „Schmerzgrenze der Frauen erreicht“<sup>233</sup> sei. Die geplanten Gesetzesänderungen zur Budgetkonsolidierung bedeuteten eine massive Verschlechterung für die Frauen. Der Wegfall der Zuverdienstmöglichkeit zum Karenzgeld bedeutete nicht nur eine finanzielle Einbuße, sondern erschwerte auch die Rückkehr in den Job. Die bisher erlaubte Tätigkeit sollte beim bisherigen Dienstgeber ausgeübt werden und so den Wiedereinstieg erleichtern. Als weitere zu kritisierende Konsolidierungsmaßnahme bezeichnete Schmidleithner die Verkürzung des Karenzzeitraumes um sechs

---

<sup>228</sup> Vgl. Welt der Arbeit (Nr. 7/8, 1998): S. 5.

<sup>229</sup> Welt der Arbeit (Nr. 11, 1998): S. 3.

<sup>230</sup> Welt der Arbeit (Nr. 11, 1998): S. 3.

<sup>231</sup> Welt der Arbeit (Nr. 11, 1998): S. 3.

<sup>232</sup> Vgl. Welt der Arbeit (Nr. 11, 1998): S. 3.

<sup>233</sup> Welt der Arbeit (Nr. 4, 1996): S. 4.

Monate.<sup>234</sup> Wiens Bürgermeister Michael Häupl zeigte sich im Vorfeld der Wahlen im Herbst 1996 skeptisch bezüglich der Budgetkonsolidierungsmaßnahmen und befürchtete, dass diese vor allem der SPÖ etliche Stimmen kosten würden. Auch die Maßnahmen zur Sicherstellung der Finanzierung der Krankenkassen würden bei der Bevölkerung Unmut erzeugen. Häupl warnte davor, dass die EU-Wahl zu einer Denkmahlwahl gegen die Bundesregierung werden könne.<sup>235</sup> Da sich die Befürchtungen zu den beiden Herbstwahlen schlussendlich bestätigt hatten, wurde Kritik an der Leistungsfähigkeit der Regierung laut. Das nachwirkende Sparpaket und die Krankenkassenreform wurden als belastende Elemente für die SPÖ bezeichnet; beide hätten die ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen einseitig belastet und deren Unterstützung bei den Wahlen negativ beeinflusst.<sup>236</sup>

### **3.3.3 Einseitige Kompromisse**

Der neuen Regierungskoalition zwischen SPÖ und ÖVP wurde gleich von Beginn an wenig Vertrauen entgegengebracht. So kritisierte FSG-Sprecher Walter Kratzer im Editorial der Zeitschrift die lange Dauer der Regierungsverhandlungen und merkte an, dass „[d]as Positivste an dem Regierungsbündnis zwischen SPÖ und ÖVP ist, dass es überhaupt zustande gekommen ist.“<sup>237</sup> FSG-Vorsitzender Wilhelm Haberbetzl verwies weiter auf die Kernforderung der FSG nach gebührenfreiem Zugang zum Studium. Des Weiteren kritisierte er das Veto der Regierung gegen ein Vorziehen der Steuerreform von 2010 auf einen früheren Zeitpunkt.<sup>238</sup> Das Verbleiben der Zuständigkeit für den Bereich Arbeit im Wirtschaftsministerium wurde vom FSG ebenfalls beanstandet, da die Sozialdemokratie diesen Bereich als traditionell im Sozialministerium angesiedelt erachtet. Zum Thema Studiengebühren forderte die Gewerkschaftsjugend ein weiteres Nachverhandeln innerhalb der Koalition.<sup>239</sup>

Auch nach Arbeitsbeginn der Großen Koalition verstummte die Kritik kaum. Nach den – als dürftig wahrgenommenen – Verhandlungsergebnissen mit der ÖVP kündigten die GewerkschafterInnen an, ein kritisches Auge auf die weitere

---

<sup>234</sup> Vgl. Welt der Arbeit (Nr. 4, 1996): S. 4.

<sup>235</sup> Vgl. Welt der Arbeit (Nr. 10, 1996): S. 13.

<sup>236</sup> Vgl. Welt der Arbeit (Nr. 11, 1996): S. 3.

<sup>237</sup> FSG-direkt (Nr. 1, 2007): S. 2.

<sup>238</sup> Vgl. FSG-direkt (Nr. 1, 2007): S. 2 und S. 8-9.

<sup>239</sup> Vgl. FSG-direkt (Nr. 1, 2007): S. 3, S. 5 und S. 8-9.

Regierungsarbeit der SPÖ zu richten.<sup>240</sup> Die FSG verlieh auch ihrer Enttäuschung Ausdruck, dass nach dem großen Einsatz im erfolgreichen Wahlkampf recht wenig an sozialdemokratischen Positionen im Regierungsübereinkommen verblieben war: „Wir alle – die gesamte FSG – haben im Wahlkampf unser Bestes gegeben und haben trotz des Konfliktes mit der SPÖ im Sommer viel zum guten Wahlergebnis beigetragen. Und oberflächlich gesehen hat sich das alles nicht ausgezahlt, weil jetzt nur die ÖVP den Ton angibt.“<sup>241</sup> FSG-Bundessekretärin Roswitha Bachner zeigte in ihrem Beitrag zwar Verständnis für notwendige Kompromisse in einer Koalition, kritisierte aber gleichzeitig, dass die ÖVP all ihre Themen unverändert durchbringen konnte: „Die hundertprozentige Umsetzung der ÖVP Forderungen gehen als Kompromisse allerdings schwer durch. Und man muss sie auch nicht so verkaufen, als wären sie im SPÖ Programm gestanden.“<sup>242</sup> Wilhelm Haberzettl konnte den Regierungskompromissen ebenfalls wenig abgewinnen und kritisierte, dass der Faktor Arbeit weiter stark belastet wurde. Weitere Kritikpunkte waren, dass die Erbschafts- und Schenkungssteuer aufgrund der mangelnden Gesprächsbereitschaft seitens der ÖVP gekippt wurde und dass das Doppelbudget für 2007/2008 trotz unabsehbarer Wirtschaftslage für 2008 voreilig erstellt wurde.<sup>243</sup> Trotz aller Genugtuung über die Verbesserung des Verhältnisses zwischen FSG und SPÖ musste der Vorsitzende der Chemiegewerkschaft Rudolf Baldinger die Regierungsarbeit kritisieren. Besonders die Aufteilung der Schlüsselressorts hätte er sich anders erwartet und er forderte die Rückführung des Bereichs Arbeit weg vom Wirtschaftsressort in das Sozialministerium.<sup>244</sup>

Die Kritik an der Vergabe der Schlüsselressorts zugunsten der ÖVP wurde während der gesamten Amtsperiode der Regierung Gusenbauer von verschiedensten FunktionärInnen wiederholt thematisiert. Nachdem die SPÖ im September 2008 als Wahlsiegerin hervorgegangen war, erinnerte Wilhelm Haberzettl den designierten Bundeskanzler Werner Faymann daran, die Regierungsbildungsverhandlungen diesmal nicht so nachgiebig wie dessen Vorgänger zu führen und forderte diesbezüglich eine klare Linie von seiner Partei.<sup>245</sup>

---

<sup>240</sup> Vgl. FSG-direkt (Nr. 2-3, 2007): S. 2.

<sup>241</sup> FSG-direkt (Nr. 2-3, 2007): S. 3.

<sup>242</sup> FSG-direkt (Nr. 2-3, 2007): S. 5.

<sup>243</sup> Vgl. FSG-direkt (Nr. 4-5, 2007): S. 3.

<sup>244</sup> Vgl. FSG-direkt (Nr. 6, 2007): S. 7-8.

<sup>245</sup> Vgl. FSG-direkt (Nr. 10, 2008): S. 3.

Am Ende des ersten Jahres der Regierungstätigkeit der Koalition waren die Fronten zwischen SPÖ und ÖVP einigermaßen festgefahren und auch innerhalb der Sozialdemokratischen Partei regte sich Kritik am mangelnden Durchsetzungsvermögen gegenüber der Blockadepolitik der konservativen Partnerin. Haberzettl versuchte deshalb, seine Fraktion auf die Auseinandersetzung mit der ÖVP und deren Antagonismus einzuschwören und die internen Querelen ruhen zu lassen: „Ob die ÖVP das auf Dauer durchhalten kann, wird auch daran liegen, ob wir unseren Ärger gegen die eigene Partei, oder doch lieber gegen den politischen ‚Gegner‘ richten.“<sup>246</sup> Zu Jahresbeginn 2008 ließ die Zeitschrift BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen zu Wort kommen und befragte sie nach deren Resümee zum ersten Jahr der Regierung Gusenbauer. Neben dem Lob für die politische Tätigkeit wurde auch deutlich Kritik am Verhalten gegenüber der Koalitionspartnerin geübt. Das dauernde Entgegenkommen gegenüber der ÖVP wurde schlecht bewertet. Der öffentliche Dauerstreit innerhalb der Koalition fand ebenfalls wenig Zustimmung und das – in der Bevölkerung schlecht ankommende – Bild einer zerstrittenen Koalition, die dadurch zu wenig arbeitet, wurde negativ aufgefasst.<sup>247</sup> Irmgard Schmidleithner kam zum gleichen Schluss und warf der SPÖ vor, sich in ihren Vorhaben zu oft von der ÖVP bremsen zu lassen.<sup>248</sup> Nach dem Bruch der Koalition im Sommer 2008 bestätigte Haberzettl zwar den von der ÖVP verursachten Stillstand, betonte aber auch die Leistungen der Koalition. Dennoch räumte er ein, dass die SPÖ das Außenbild einer streitenden Regierung mitverschuldet hätte.<sup>249</sup>

Mit der kritischen Frage „wann denn endlich ‚unsere Themen‘ drankommen“<sup>250</sup> äußerten die GewerkschafterInnen ihren Unmut über das Fehlen einer sozialen Handschrift in der Regierungserklärung und Haberzettl vermisste die „klaren, roten Signale“<sup>251</sup> in der öffentlich wahrnehmbaren Regierungsarbeit. Die Arbeitsübereinkunft der Koalitionsparteien wurde vor allem in Hinblick auf die sozialen Belange kritisiert: „Das Regierungsprogramm wurde von der FSG ohne besondere Begeisterung zur Kenntnis genommen. Zu hoch waren die Erwartungen,

---

<sup>246</sup> FSG-direkt (Nr. 12, 2007): S. 5.

<sup>247</sup> Vgl. FSG-direkt (Nr. 1, 2008): S. 10-11.

<sup>248</sup> Vgl. FSG-direkt (Nr. 3, 2008): S. 8.

<sup>249</sup> Vgl. FSG-direkt (Nr. 7-8, 2008): S. 3.

<sup>250</sup> FSG-direkt (Nr. 2-3, 2007): S. 2.

<sup>251</sup> FSG-direkt (Nr. 2-3, 2007): S. 3.



im Verhältnis dazu schwach die sozialdemokratische Handschrift – vor allem in der Sozialpolitik.“<sup>252</sup> Neben der Feststellung, dass die SPÖ ihre Politik nicht gut genug verkaufe, obwohl einige wenige soziale Verbesserungen erzielt worden seien, wurde die Partei aufgefordert, eine Politik für die Bevölkerung zu machen, die von den WählerInnen auch spürbar sei.<sup>253</sup>

### **3.3.4 Zusammenfassung FSG/ÖGB**

Am Ende der ersten Großen Koalition war das Verhältnis zwischen den beiden Regierungspartnern äußerst angespannt und von Seiten der FSG wurde ein mögliches Zerschlagen der Koalition erwartet. Die Koalition war durch das dauernde Polemisieren gegenüber der Koalitionspartnerin und dem Taktieren, um die eigene Position zu stärken, gelähmt und konnte in wichtigen Fragen kaum Einigkeit herstellen. Teile der GewerkschafterInnen konnten sich auch eine engere Kooperation mit der FPÖ vorstellen, da es einige wenige Anknüpfungspunkte gab. Obwohl Einigkeit darüber herrschte, die Koalition mit der ÖVP nicht unter allen Umständen zu erhalten, wurde das Zustandekommen einer kleinen Koalition mit der FPÖ nicht forciert. Um bei den nächsten Wahlen besser abzuschneiden und dem Dauerstreit in der Koalition entgegenzuwirken, versuchte die SPÖ mit der Ausarbeitung eines neuen Parteiprogramms positive Akzente zu setzen. Das *Programm für Österreich* sollte es der SPÖ ermöglichen, sich neu zu positionieren. Die als unmodern empfundene Partei wollte den WählerInnen damit vor allem klarere Zielsetzungen vermitteln. Neben den unklaren Zielsetzungen wurde kritisiert, dass die SPÖ scheinbar mit der Rolle der Juniorpartnerin in der Großen Koalition abgefunden hätte. Nach den vergeblichen Versuchen, die ÖVP bei Wahlen zu überholen, vermissten die Mitglieder das Erheben des Führungsanspruches und warfen der SPÖ einen zu koalitionsfreundlichen Kurs vor.

Die Budgetkonsolidierungsmaßnahmen in der letzten Legislaturperiode der zweiten Großen Koalition wurden von der FSG zwar akzeptiert, aber gleichzeitig auch kritisiert. Die einseitige Belastung durch die Sparmaßnahmen wurde beanstandet und der SPÖ wurde vorgeworfen, die Vertretung der Anliegen der

---

<sup>252</sup> FSG-direkt (Nr. 2-3, 2007): S. 15.

<sup>253</sup> Vgl. FSG-direkt (Nr. 1, 2008): S. 10-11.

ArbeitnehmerInnen zu vernachlässigen. Es wurde festgestellt, dass die SPÖ Gefahr laufe, ihren Rang als ArbeiterInnenpartei an die FPÖ zu verlieren. Auch bei der Diskussion um die Ausarbeitung des neuen Parteiprogramms floss die Kritik an der verlorenen sozialen Kompetenz der Partei ein. Das Programm selbst wurde mehrfach dafür kritisiert, dass es Menschen nicht wieder in den Mittelpunkt der Politik stellte und dass es weder der Jugend Hoffnung geben noch der älteren Generation Sicherheit vermitteln könne. Wie schon von Seiten des PVÖ selbst kam von den ÖGB-PensionistInnenvertreterInnen die Kritik an der Nichteinbeziehung in den Prozess der Programmentwicklung. Die Sparmaßnahmen und die Krankenkassenreform belasteten vor allem ArbeitnehmerInnen, PensionistInnen und Frauen überdurchschnittlich. Für ihr Mitwirken am Zustandekommen dieser Budgetkonsolidierungsmaßnahmen wurde die SPÖ schlussendlich von den WählerInnen bei den Herbstwahlen 1996 abgemahnt.

Auch wenn die Genugtuung in der SPÖ über den politischen Wechsel im Jahr 2007 groß war, sah sich die Regierung Gusenbauer von Beginn an heftiger Kritik ausgesetzt. Die Nichtaufhebung der Studiengebühren, die nicht vorgezogene Steuerreform und die nicht erfolgende Rückeingliederung der Arbeitsbelange in das Sozialministerium wurden von FSG-Seite kritisiert. Die Gewerkschaftsfraktion war nach ihrem Einsatz im Wahlkampf enttäuscht, dass so wenige sozialdemokratische Positionen durchgesetzt wurden. Die Notwendigkeit von Kompromissen wurde zwar eingesehen, aber gleichzeitig wurde kritisiert, dass die ÖVP im Gegenzug alle ihre Kernpunkte durchgebracht hatte. Die FSG konnte auch der Besetzung bei den Ministerressorts wenig Positives abgewinnen. Im Verlauf des ersten Jahres der Großen Koalition verstärkte sich die gegenseitige Blockadepolitik der beiden Parteien und die FSG kritisierte das mangelnde Durchsetzungsvermögen der SPÖ gegenüber der ÖVP. Das permanente Entgegenkommen der SPÖ und der öffentliche Dauerstreit mit der konservativen Regierungspartnerin schürten den innerparteilichen Unmut und das von der SPÖ mitgeprägte Außenbild einer streitenden Koalition wurde ebenfalls kritisiert. In der kurzen Ära Gusenbauer wurde das Fehlen einer klaren sozialdemokratischen Handschrift in der Politik beklagt und die GewerkschafterInnen sahen ihre Anliegen in dieser Regierung kaum vertreten.

### 3.4 Sozialistische Jugend Österreichs (SJÖ)

Die Vorläuferinnenorganisation der Sozialistischen Jugend Österreichs wurde am 4. November 1894 als „Verein Jugendlicher Arbeiter“ mit dem Ziel gegründet, die Ausbeutung der Lehrlinge zu bekämpfen. Die erste Verbandszeitschrift „*Der Jugendliche Arbeiter*“ erschien ab 1902 und richtete sich damit an die im Titel der Zeitschrift genannte Klientel. Mit der Aufnahme in das Parteistatut im Jahr 1907 erhielt der Verein den Status der offiziellen Jugendbewegung der Partei.<sup>254</sup> Bald nach dem Zweiten Weltkrieg wurde er als Sozialistische Jugend Österreichs am 28. April 1945 wieder gegründet. Das Ziel der SJÖ blieb unverändert der Kampf für die Überwindung des Kapitalismus in Richtung einer klassenlosen, gerechten Gesellschaft. Auch der Vertretungsanspruch als Organisation für alle arbeitenden und studierenden Jugendlichen, die sich zu den Grundsätzen des Sozialismus bekennen, blieb aufrecht. In ihrer Selbstdefinition sieht sich die SJÖ als Jugendbewegung, die ihre Mitglieder zum Sozialismus ausbilden und formen will und nicht als Standes-, Berufs- oder SchülerInnenvertretung.<sup>255</sup> Gleichzeitig mit dem Wiederbeginn der SJÖ wurde die publizistische Tätigkeit auch wieder aufgenommen und die Zeitschrift „*Stimme der Jugend*“ herausgegeben. Da sich die Zeitschrift immer wieder kritisch gegenüber den Besatzungsmächten äußerte, wurde sie – nach etlichen Konflikten ihrer RedakteurInnen mit diesen Behörden – auf Betreiben der sowjetischen Besatzungsbehörde verboten. Unmittelbar daraufhin wurde 1948 die Zeitschrift „*Trotzdem*“ gegründet. Diese stellt auch heute noch das offizielle Sprachrohr der SJÖ dar.<sup>256</sup> Ab der Mitte der 1950er Jahre sah sich die SJÖ, wie auch ihre Mutterpartei SPÖ, mit dem Phänomen der Entpolitisierung konfrontiert. Diese Krise drückte sich bei der Jugendorganisation durch sinkende Mitgliederzahlen und den Rückgang der politischen Arbeit aus. Erst unter Peter Schieder, der Heinz Nittel (1954-1964) als Vorsitzenden der SJÖ ablöste, gelang es, die rückläufigen Mitgliederzahlen zu stoppen.<sup>257</sup> Die Entpolitisierung wirkte sich ebenfalls negativ auf die Blattlinie aus.

---

<sup>254</sup> Vgl. Sozialistische Jugend Österreichs (Hrsg.) (2009): 115 Jahre Sozialistische Jugend, Wien: S. 3-6.

<sup>255</sup> Vgl. Sozialistische Jugend Österreichs (Hrsg.) (2009): S. 21 und S. 3.

<sup>256</sup> Vgl. Sozialistische Jugend Österreichs (Hrsg.) (2009): S. 23.

<sup>257</sup> Vgl. Sozialistische Jugend Österreichs (Hrsg.) (2009): S. 28.

Im betrachteten Zeitraum der ersten Großen Koalition fand in der Verbandszeitschrift wenig politische Diskussion statt. Die monatlich erscheinende Zeitschrift berichtete über Organisatorisches und brachte politische Kurznachrichten aus dem In- und Ausland sowie Artikel über Aktivitäten der International Union of Socialist Youth (IUSY). Den magazinartigen, eher unpolitischen Charakter rundeten Sport- und Kulturberichte sowie Büchertipps und eine „Mädchenseite“ ab.

Während der zweiten Großen Koalition geriet die SJÖ in eine weitere Krise. Ab 1990 versuchte der damalige Vorsitzende Martin Winkler eine Gesamtreform des Verbandes mit verstärkter Projektorientierung. Diese Modernisierung in eine pragmatischere sozialdemokratische Richtung brachte nur kurzfristige Erfolge und führte zum Konflikt mit den TraditionalistInnen im Verband. Diese sahen dadurch eine der Hauptaufgaben der SJÖ – die programmatische und ideologische Auseinandersetzung mit der Mutterpartei – gefährdet. Trotz Anpassung an die Parteilinie folgte die SJÖ 1991 nicht den üblichen Namensänderungen der SPÖ und vieler ihrer Unterorganisationen. Eine große Mehrheit der Mitglieder lehnt bis heute die Umbenennung von sozialistisch in sozialdemokratisch ab. Auch unter den Vorsitzenden Karl Delfs (1992-1996) und Robert Pichler (1996-2000) konnte die SJÖ ihre Krise nicht überwinden und der Vorwurf, der Verband sei nur mehr ein Verein für Jugendmarketing<sup>258</sup> wurde geäußert. Während dieser Krise kam auch die publizistische Tätigkeit des Verbandes nahezu zum Erliegen und die Zeitschrift erschien nur mehr sporadisch. Aus diesen Gründen kann sich die Analyse der Zeitschrift für den Zeitraum der Endphase der zweiten Großen Koalition nur auf einige wenige Ausgaben stützen.

Mit dem Ausscheiden der SPÖ aus der Regierung und dem rechtskonservativen Kurswechsel in der österreichischen Politik kam es zu einer Repolitisierung in den Reihen der SJÖ und zur Rückwandlung in eine auf dem Marxismus basierende Organisation.<sup>259</sup> Im Jahr 2001 erfolgte der Neustart der Zeitschrift und sie erschien ab diesem Zeitpunkt wieder regelmäßig im vierteljährlichen Intervall. Die Blattlinie wurde nun wieder deutlich politischer. Neben Artikeln zu aktuellen politischen Themen und Berichten aus der Innenpolitik werden regelmäßig Interviews mit

---

<sup>258</sup> Sozialistische Jugend Österreichs (Hrsg.) (2009): S. 41.

<sup>259</sup> Vgl. Sozialistische Jugend Österreichs (Hrsg.) (2009): S. 40-44.

führenden SPÖ-FunktionärInnen und PolitikerInnen publiziert. Daneben bilden Beiträge aus den Bereichen Frauenpolitik, Internationales und Kultur sowie die Rubrik „Theorie und Geschichte“ ein breites Informationsspektrum ab. In der Beilage „Supplement“ wird darüber hinaus regelmäßig über ein ausgewähltes politisches Thema eingehend diskutiert.

### **3.4.1 Junge an die Macht**

Nach der wenig erfolgreichen Wahl im Herbst 1962 analysierten auch die JugendvertreterInnen den Wahlausgang und machten die mangelhafte Einbindung der Jugendlichen in die Partei mitverantwortlich für das schlechte Ergebnis: „Die Jungen werden nicht durch eine Wahlpropaganda gewonnen oder verloren, sondern durch die allgemeine Bereitschaft, den Jungen eine Aufgabe zu geben oder nicht.“<sup>260</sup> In einer Resolution zum Verbandstag Ende 1962 wurde zudem festgestellt, dass die Überalterung der SPÖ für die stagnierende Tatkraft verantwortlich sei und diesem Stillstand mit dem Mut zu personeller Umbesetzung begegnet werden sollte. Generell forderte die SJÖ eine verstärkte Einbindung der Jugend<sup>261</sup> und anlässlich des Bundesparteitages 1963, dass die Partei wieder verstärkt um neue Mitglieder werben und dabei ihre Anstrengungen vor allem auf das ständige Werben um Jugendliche konzentrieren solle. Dies sollte unter anderem mit der Fortführung des Bundesjugendplanes erfolgen; dieser sah österreichweit eine allgemeine Förderung von Jugendorganisationen vor.<sup>262</sup> Auf der Verbandskonferenz 1965 kritisierte die SJÖ den Entwurf des *Programms für Österreich*, da dieses die wesentlichen Fragen der arbeitenden Jugend komplett ausklammere. Es wurde kritisiert, dass darin zwar der Bau von StudentInnenheimen diskutiert wurde, aber nicht der von Lehrlingsheimen. Der langjährigen Forderung nach einem modernen Berufsausbildungsgesetz wurde anlässlich der Kritik zum Programmentwurf ebenfalls wiederholt Nachdruck verliehen.<sup>263</sup> Die Überalterung der SPÖ wurde von der SJÖ immer wieder kritisiert; zu wenige Jugendliche würden auf vordere wählbare Plätze in den KandidatInnenlisten gereiht und hätten so keine Chance, politisch erfolgreiche Arbeit zu leisten. Als einziges positives Beispiel wurde Hannes Androsch erwähnt, der mit

---

<sup>260</sup> Trotzdem (Nr. 12, 1962): S. 3.

<sup>261</sup> Vgl. Trotzdem (Nr. 1, 1963): S. 5.

<sup>262</sup> Vgl. Trotzdem (Nr. 6, 1963): S. 6-7.

<sup>263</sup> Vgl. Trotzdem (Nr. 12, 1965): S. 14.

29 Jahren im Wahlkreis 4 auf Platz 10 der betreffenden Liste ausgewiesen wurde. „Sucht man nach jungen Kandidaten, so findet man welche – wenn auch kaum auf wählbaren Plätzen“<sup>264</sup>, lautete daher die Feststellung in der Zeitschrift. Das negative Nationalratswahlergebnis vom März 1966 führte die SJÖ auf das Auftreten und die Politik der SPÖ zurück. Diese vermochte es im Wahlkampf nicht, die jungen WählerInnen anzusprechen und der Jugendverband wünschte sich deshalb zukünftig ein mutigeres, angriffslustigeres Auftreten der Partei. Der Mangel an Jugendthemen und die schlechte Unterstützung für die Arbeit der Sozialistischen Jugend seitens der Mutterpartei wurden als weitere Gründe für die Wahlniederlage genannt. Deshalb wurde ein verstärktes Mitspracherecht für SJÖ-FunktionärInnen eingefordert.<sup>265</sup>

Im Beitrag *Es ist Später als man denkt*<sup>266</sup> versuchte die SJÖ, die ideologischen Hintergründe für das schlechte Abschneiden der Partei bei den Wahlen 1962 zu erforschen und kam zum Schluss, dass es die Partei verabsäumt hätte, WählerInnen mittels langfristiger Erziehung zum Sozialismus an sich zu binden. Weitere Kritik richtete sich gegen die ideologisch kaum ausgeprägte Kampagnenführung, deren Schnellpropaganda die WählerInnen nicht richtig erreicht hatte.<sup>267</sup> Der als Parteiideologe anerkannte Karl Czernetz<sup>268</sup> warnte vor der Gefahr, die eine Entideologisierung der Partei mit sich brächte. Für ihn öffnete sich die SPÖ zu sehr dem Konservatismus und einem falschen Mittelstandsbewusstsein. Des Weiteren kritisierte er die Konzentration auf das politische Tagesgeschäft und forderte daher die Intensivierung der sozialistischen Bildungs- und Erziehungsarbeit.<sup>269</sup> Mit seiner Einschätzung traf er genau den Nerv der FunktionärInnen der Sozialistischen Jugend, die ihre Forderung nach der Verstärkung der sozialistischen Erziehung und dem Ruf nach mehr Ideologie bekräftigt sahen.<sup>270</sup> Wie schon nach den wenig erfolgreichen Wahlen im Herbst 1962 erfolgte auch nach der Wahlniederlage 1966

---

<sup>264</sup> Trotzdem (Nr. 2, 1966): S. 29.

<sup>265</sup> Vgl. Trotzdem (Nr. 4, 1966): S. 5-7.

<sup>266</sup> Vgl. Trotzdem (Nr. 12, 1962): S. 3.

<sup>267</sup> Vgl. Trotzdem (Nr. 12, 1962): S. 3.

<sup>268</sup> Vgl. Sozialdemokratische Partei Österreichs, Landesorganisation Wien (Hrsg.) (2005a): dasrotewien.at – Weblexikon der Wiener Sozialdemokratie. Czernetz, Karl; online unter <<http://www.dasrotewien.at/czernetz-karl.html>> (20. August 2012).

<sup>269</sup> Vgl. Trotzdem (Nr. 1, 1963): S. 5.

<sup>270</sup> Vgl. Trotzdem (Nr. 6, 1963): S. 6-7.

die Analyse der Hintergründe und auch vier Jahre später konnte die SJÖ nicht umhin, die fehlgeleitete Erziehungsarbeit der SPÖ mitverantwortlich zu machen.<sup>271</sup>

In einer Erörterung der Herausforderungen der SPÖ auf dem SJÖ-Verbandstag 1962 hielten die JugendfunktionärInnen fest, dass es die SPÖ in den letzten Jahren verabsäumt hätte, in die politische Diskussion einzutreten, um damit ihr Profil zu schärfen.<sup>272</sup> Die SJÖ kämpfte in der Folge wiederholt um die Verbesserung der Diskussionskultur und erhob diese Forderung regelmäßig auf ihren Verbandstagen.<sup>273</sup> SJÖ-Verbandsobmann Peter Schieder beklagte das Erlöschen der Programmdiskussion nach dem Inkrafttreten des neuen Parteiprogramms und forderte die jungen FunktionärInnen auf, diese wieder zu entfachen. Für ihn war eine wirkungsvolle Mitarbeit der Jugend nur erfolgreich, wenn sie für die eigene Partei unbequem war.<sup>274</sup> Die Diskussionsmüdigkeit der Partei wurde am Ende der Legislaturperiode nochmals thematisiert und es wurde festgestellt, die Partei vernachlässige damit auch den Kontakt zur Basis: „Im Gedränge der Tagesprobleme entsteht die Gefahr, daß die entscheidenden Fragen nur ‚oben‘ entschieden und nicht in allen Teilen der Bewegung ausdiskutiert werden.“<sup>275</sup>

### 3.4.2 „Bravo Regierung!“<sup>276</sup>

*Bravo Regierung!*<sup>277</sup> hieß es sarkastisch auf der Titelseite der Ausgabe zum Sparpaket. „Das Sparpaket ist geschnürt. Nicht zuletzt auf Kosten sozial Schwächerer“<sup>278</sup>, lautete der dazugehörige Untertitel. Die RedakteurInnen von „*Trotzdem*“ stellten sich die Frage, wie sozial die SPÖ überhaupt noch wäre, nachdem die Große Koalition das Sparpaket geschnürt hatte. Die SJÖ vermisste die sozialen Grundpositionen und kritisierte, dass die Wahlversprechen nicht eingehalten wurden. Anstatt Sozialstandards zu sichern und eine offensive Sozialpolitik zu betreiben, lege die Große Koalition nur Wert auf Budgetkonsolidierung und

---

<sup>271</sup> Vgl. *Trotzdem* (Nr. 4, 1966): S. 5-7.

<sup>272</sup> Vgl. *Trotzdem* (Nr. 12, 1962): S. 9.

<sup>273</sup> Vgl. *Trotzdem* (Nr. 1, 1963): S. 5.

<sup>274</sup> Vgl. *Trotzdem* (Nr. 1, 1965): S. 10-11.

<sup>275</sup> *Trotzdem* (Nr. 4, 1966): S. 6.

<sup>276</sup> *Trotzdem* (Nr. 3, 1996): S. 1.

<sup>277</sup> *Trotzdem* (Nr. 3, 1996): S. 1.

<sup>278</sup> *Trotzdem* (Nr. 3, 1996): S. 1.

geldregulierende Politik, lautete der Befund der Sozialistischen Jugend. Durch die Schaffung einer „arbeitslosen Reservearmee“<sup>279</sup> wurde der Druck auf den Arbeitsmarkt und Bildungsbereich verstärkt. Die Kritik der SJÖ richtete sich gegen die politisch Handelnden, die diese Entwicklung bewusst in Kauf nahmen und sogar noch weitere Schritte verlangten. Dies wurde mit dem gerade noch ausreichenden Sparpaket, das trotzdem als nicht zu weit gehend betrachtet wurde, argumentiert. Die SJÖ forderte einen sparkritischen Kurs und Gegenstrategien gegen die „Sozialkürzer“.<sup>280</sup> Aus der Sicht der Sozialistischen Jugend wird die eigene Partei als Hauptverantwortliche für das Sparpaket angesehen und den relativierenden Aussagen widersprochen, dass die SPÖ sich über den Tisch ziehen habe lasse:

Vieles von dem, was nun auf dem Tisch liegt, ist gewollt und somit SPÖ-„Verhandlungserfolg“. Wir jedoch wagen zu behaupten in der Partei, daß die Mehrheiten in der Partei bei genauer Sichtung des Paketes anderswo liegen. Die Mehrheit in der Sozialdemokratie, die Mehrheit der Aktiven auf allen Ebenen misst sehr wohl sozialdemokratische Positionen. Diese zu entwickeln, sollten wir uns gemeinsam zur Aufgabe stellen.<sup>281</sup>

Neben der inhaltlichen Kritik am Sparpaket wurde auch der Zeitpunkt der Veröffentlichung kritisiert. Die Bekanntgabe in den Semesterferien wurde anscheinend so gewählt, um eine Mobilisierung der betroffenen StudentInnen zu verhindern. Kernpunkt der Kritik war, dass die Große Koalition mit ihrer von Maastrichtkriterien motivierten Sparpaketspolitik eine konsequente Umverteilungspolitik von Arm zu Reich vorantrieb.<sup>282</sup> In seinem Antrittsinterview in der Zeitschrift kritisierte Robert Pichler, der neue Vorsitzende der SJÖ, das Sparpaket der Regierung scharf, das mit seiner einseitigen Belastung die sozial Schwachen und Jungen besonders traf.<sup>283</sup> Die im Zeichen von Sparpaket und Budgetkonsolidierungsmaßnahmen stehende neu eingeführte Krankenscheingebühr wurde ebenfalls kritisiert. Pichler lehnte diese weitere Sozialabbaumaßnahme ab und warf der eigenen Partei vor, bei den Beratungen zur Gebühreneinführung diesen Vorschlag der ÖVP widerspruchslos übernommen zu haben.<sup>284</sup>

---

<sup>279</sup> Trotzdem (Nr. 3, 1996): S. 1.

<sup>280</sup> Trotzdem (Nr. 3, 1996): S. 1.

<sup>281</sup> Trotzdem (Nr. 3, 1996): S. 2.

<sup>282</sup> Vgl. Trotzdem (Nr. 3, 1996): S. 3.

<sup>283</sup> Vgl. Trotzdem (Nr. 4, 1996): S. 2-3.

<sup>284</sup> Vgl. Trotzdem (Nr. 4, 1996): S. 3.



Pichler kritisierte auch den SPÖ-Abgeordneten Josef Cap und den damaligen Nationalratspräsident Heinz Fischer scharf für ihre Haltung zu einem möglichen NATO- beziehungsweise WEU-Beitritt<sup>285</sup>. Beide Politiker konnten sich vorstellen, dass Österreich sich um eine Mitgliedschaft bei diesen Militärbündnissen bewirbt. Pichler hielt fest, dass diese Meinungen nicht mehrheitsfähig waren. Er warf Cap vor, dass sich dessen Aussagen kaum mehr von denen der konservativen Außenpolitik unterscheiden würden und daher abzulehnen seien. Cap wurde unterstellt, Sachzwänge zu konstruieren und der SJÖ-Vorsitzende forderte Bundeskanzler Franz Vranitzky auf, dagegen Stellung zu nehmen.<sup>286</sup> Pichler bekräftigte das klare Nein der SJÖ in Bezug auf einen Beitritt zu einem dieser Militärbündnisse.<sup>287</sup> Die SJÖ kritisierte die Ratifizierung des NATO-Truppenstatuts durch das Parlament im Jahr 1998. Die Große Koalition hatte dieses im Rahmen der „Partnerschaft für den Frieden“<sup>288</sup> unterzeichnet. Die SJÖ sah darin eine Gefährdung der Neutralität Österreichs und lehnte die Unterzeichnung ab.<sup>289</sup> Als weiteren Kritikpunkt in der NATO-Beitrittsdebatte hielt Pichler die NATO-Bombardierung des Kosovo im Frühjahr 1999 fest. Damit sollte sich nach Ansicht der SJÖ eine Beitrittsdebatte von selbst erledigt haben, da es keine Alternative zur Neutralität Österreichs gebe. Pichler fordert die österreichische Bundesregierung auf, gegen die Aggression der NATO Stellung zu beziehen und für eine friedliche und politische Lösung des Konfliktes einzutreten.<sup>290</sup>

---

<sup>285</sup> WEU war die Bezeichnung für die 1954 gegründete Westeuropäische Union. Sie stellte ein Verteidigungsbündnis westeuropäischer Länder dar. Die WEU stand von Beginn an im Schatten der NATO. In den Jahren der Krise in den ehemaligen jugoslawischen Staaten erlebte die WEU einen Bedeutungsgewinn angesichts der drohenden Krisensituation auf dem Balkan. Während dieser Zeit wurden auch in Österreich ernsthafte Überlegungen bezüglich eines Beitritts angestellt; vgl. Western European Union (o.J.): History of WEU; online unter <<http://www.weu.int/History.htm#1>> (14. August 2012).

<sup>286</sup> Vgl. Trotzdem (Nr. 4, 1996): S. 1.

<sup>287</sup> Vgl. Trotzdem (Nr. 4, 1996): S. 2-3.

<sup>288</sup> Die „Partnerschaft für den Frieden“ ist ein Bündnis zur militärischen Zusammenarbeit zwischen der NATO und europäischen sowie asiatischen Staaten, die keine NATO-Mitglieder sind. Es regelt die Anwesenheit von NATO-Truppen auf fremdem Staatsgebiet. Das Abkommen wurde 1995 mit einem Rahmendokument durch den österreichischen Außenminister in die Wege geleitet und schließlich 1998 ratifiziert; vgl. Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport (o.J.): Österreichs Bundesheer. Partnerschaft für den Frieden; online unter <<http://www.bmlv.gv.at/cms/artikel.php?ID=1600>> (14. August 2012) sowie Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (o.J.): Österreichs Teilnahme an der NATO-Partnerschaft für den Frieden (PfP) und im Euroatlantischen Partnerschaftsrat (EAPC); online unter <<http://www.bmeia.gv.at/aussenministerium/aussenpolitik/europa/nato-partnerschaft-fuer-den-frieden.html>> (14. August 2012).

<sup>289</sup> Vgl. Trotzdem (Nr. 3, 1999): S. 2.

<sup>290</sup> Vgl. Trotzdem (Nr. 3, 1999): S. 2.

Der Regierung wurde vorgeworfen, ebenso wie andere neoliberale EU-Regierungen zu handeln. Mit EU-Beitritt und Bekenntnis zu den Maastrichtkriterien wurde die Große Koalition dafür kritisiert, einen neoliberalen Kurs eingeschlagen zu haben. Die Folgen der Doktrin von der „Abwehr des Staatsbankrotts“<sup>291</sup> seien soziale Ausgrenzung, ein entkoppelter Arbeitsmarkt und die Beschneidung sozialpolitischer Bereiche, lautete der Vorwurf der SJÖ.<sup>292</sup> Pichler wollte die SPÖ nach langer Zeit wieder ideologisch vor sich hertreiben und nicht nur innerhalb kleiner politischer Kader politisieren. Am Beispiel der erfolgreichen Wahl von 1995 stellte Pichler fest, dass die WählerInnen sozialistische Politik wünschten und auch wählten. Er sah den Kurs der Partei, Regierungspolitik nur zu moderieren, als falsch an. Er forderte die SPÖ auf, wieder klare Sozialpolitik zu machen, da die politische Richtung der Partei für Jugendliche unattraktiv wäre.<sup>293</sup> Auch bei der Bildungspolitik sah die SJÖ die an den Tag gelegte Politik der SPÖ der großkoalitionären Rason untergeordnet. Sie warf der Partei vor, eher den Kurs der ÖVP mit zu tragen, als eigenständige Politik zu betreiben. Nach der Wahl im Herbst 1999 glaubte Sigi Öllinger, Vorsitzender der Aktion kritischer Schülerinnen und Schüler (AKS), an eine Fortsetzung der Großen Koalition und damit an eine Festschreibung der Stagnation auf dem Bildungssektor. Eine Reform des in konservativer Hand befindlichen Bildungssektors war für ihn damit in weite Ferne gerückt.<sup>294</sup>

### **3.4.3 Betreiben die SozialdemokratInnen ÖVP-Politik?**

Die anfängliche Euphorie über den überraschenden Wahlsieg der SPÖ bei den Nationalratswahlen im Oktober 2006 war rasch verflogen, als sich die Regierungsverhandlungen in die Länge zogen und sich abzeichnete, dass die SPÖ zahlreiche Positionen aus dem Wahlkampf zugunsten einer Koalition mit der ÖVP aufgeben würde. Die SJÖ warnte die SPÖ davor, kolportierte weitere Sozialabbaumaßnahmen der ÖVP zu unterstützen. Damit würde die Partei den gleichen Stillstand wie zum Ende der zweiten Großen Koalition mitverantworten und dies würde nur wieder der FPÖ in die Hände spielen.<sup>295</sup>

---

<sup>291</sup> Trotzdem (Nr. 3, 1996): S. 1.

<sup>292</sup> Vgl. Trotzdem (Nr. 3, 1996): S. 1-2.

<sup>293</sup> Vgl. Trotzdem (Nr. 4, 1996): S. 2-3.

<sup>294</sup> Vgl. Trotzdem (Nr. 3, 1999): S. 4-5.

<sup>295</sup> Vgl. Trotzdem (Dezember 2006): S. 4-5 und S. 8.

Torsten Engelage, Vorsitzender der SJÖ von 2006 bis 2007, kritisierte, dass die von der SPÖ zugelassene Abschaffung der Erbschaftssteuer eine weitere Verschlechterung der Verteilungsgerechtigkeit bedeute. Während die Verbrauchssteuern immer höher wurden, sanken die Vermögenssteuern kontinuierlich. Er warf der SPÖ vor, die Klientelpolitik der ÖVP mitzutragen. Die SJÖ kritisierte die leichtfertige Aufgabe der Erbschaftssteuer, durch die jährlich etwa 140 Millionen Euro entfielen. Der Verzicht auf diese Steuereinnahmen wog für die SJÖ besonders schwer, da in der Gegenrechnung die Einnahmen aus den beibehaltenen Studiengebühren lediglich 114 Millionen Euro pro Jahr ausmachten.<sup>296</sup> Das Zustandekommen der Regierungserklärung erzeugte eine innenpolitische Pattstellung. Für die SJÖ bedeutete diese Verhandlungsniederlage die Einzementierung des von der SPÖ oftmalig kritisierten „Schüssel-Kurses“, der in den vorangegangenen sieben Jahren vor allem tiefe soziale Einschnitte zur Folge gehabt hatte.<sup>297</sup> Auch Wilhelm Habertzettl bezog in einem Interview zum Thema Erbschaftsteuerabschaffung Stellung. Er kritisierte die SPÖ dafür, dass sie ihr Anliegen zur Reformierung der Steuer gegenüber der ÖVP nicht durchsetzen konnte und auch die Verschleppungstaktik der ÖVP diesbezüglich nicht ausreichend kommuniziere.<sup>298</sup> Der oftmalig geäußerte Vorwurf an die SPÖ, sie betreibe scheinbar konservative Politik beziehungsweise passe sich zu sehr an die Forderungen der ÖVP an, erhielt in der Diskussion um die flächendeckende Neue Mittelschule neue Nahrung. Der SPÖ-Bildungsministerin wurde vorgeworfen, sich bei der Durchsetzung der gemeinsamen Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen von der konservativen Regierungspartnerin weiter ausbremsen zu lassen.<sup>299</sup>

Wolfgang Moitzi, der ab 2007 die Geschicke der Sozialistischen Jugend lenkte, übte anlässlich der Debatte um die Reparatur des Asyl- und Fremdenrechts Kritik an der SPÖ. Das Gesetz wurde 2005 von der konservativen Regierungskoalition mit Zustimmung der SozialdemokratInnen beschlossen. Die ÖVP wollte auch später nichts an dem harten Gesetz ändern, sondern lediglich die Abschiebung humaner gestalten. Obwohl innerparteilicher Konsens darüber bestand, das Gesetz zu ändern, musste sich die SPÖ den Vorwurf gefallen lassen, „wie man unmenschliche Gesetze mit Menschlichkeit verbindet, diese Frage bleibt von der Sozialdemokratie

---

<sup>296</sup> Vgl. Trotzdem (April 2007): S. 3.

<sup>297</sup> Vgl. Trotzdem (April 2007): S. 4-5.

<sup>298</sup> Vgl. Trotzdem (April 2007): S. 7.

<sup>299</sup> Vgl. Trotzdem (April 2007): S. 8.

unbeantwortet.“<sup>300</sup> Auch der Redakteur Wolfdietrich Hansen kommt in seinem Beitrag zum gleichen Schluss; neben ÖVP-Innenminister Günther Platter kritisierte er auch Bundeskanzler Alfred Gusenbauer. Dieser nannte die Abschiebungspraxis zwar „grauslich“, konnte sich aber aus Angst, WählerInnenstimmen zu verlieren, auch nicht dazu durchringen, Änderungen am Fremdenrechtspaket zu initiieren.<sup>301</sup> Die von der SPÖ praktizierte Duldung beziehungsweise das Mittragen der ÖVP-Politik kritisierte auch Christian Schörkhuber, ein Mitarbeiter der Volkshilfe Oberösterreich. Er warf Gusenbauer und dem SPÖ-Bundesgeschäftsführer Josef Kalina vor, bei den Regierungsverhandlungen das Innenministerium strategisch der ÖVP überlassen zu haben. Damit überließ man der Koalitionspartnerin die restriktive Durchführung des Fremdenrechtspaketes, um selbst nicht bei den WählerInnen anzuecken.<sup>302</sup>

Gegen Jahresende 2007 peitschte die Bundesregierung einige Gesetze rasch durch; besondere Kritik übte Moitzi an der Novelle zum Sicherheitspolizeigesetz<sup>303</sup>. Neben der generellen Kritik an der Novelle wurde Justizministerin Maria Berger (SPÖ) scharf angegriffen. Sie hatte erst nach der Beschlussfassung Bedenken angemeldet. Sie begründete dies damit, dass sie aus Zeitmangel die Gesetzesvorlage nicht rechtzeitig lesen konnte. Das Gesetz, das ohne Möglichkeit zur Begutachtung beschlossen wurde, kam daher für die SJÖ durch den Einsatz von undemokratischen Methoden zustande und bedeutete die Gefährdung der Freiheitsrechte der einzelnen BürgerInnen. Moitzi zog Parallelen zur Praxis unter ÖVP-Kanzler Wolfgang Schüssel, der diese Methode „Speed kills“ nannte.<sup>304</sup>

Nach dem Bruch der Koalition im Sommer 2008 hielt die SPÖ trotzdem noch eine – von vielen kaum verstandene – Koalitionstreue aufrecht. Die Parteispitze wurde dafür kritisiert, dass sie die Studiengebühren vorerst beibehielt, obwohl die Oppositionsparteien FPÖ und Grüne ein Mitstimmen – bei einem entsprechenden Antrag zur Abschaffung der Gebühren seitens der SPÖ – signalisiert hatten.<sup>305</sup> Im Ausblick und der gleichzeitigen Nachlese zum Ende und zur Fortsetzung der dritten

---

<sup>300</sup> Trotzdem (April 2007): S. 3.

<sup>301</sup> Vgl. Trotzdem (November 2007): S. 4-5.

<sup>302</sup> Vgl. Trotzdem (November 2007): S. 5.

<sup>303</sup> Die Novelle des Sicherheitspolizeigesetzes beinhaltete unter anderem Regelungen zur Handyortung. Die Telekommunikationsbetreiber mussten nunmehr erweiterte Datenauskunft zu ihren KundInnen geben, auch ohne richterlichen Beschluss oder inhaltliche Begründung; vgl. Trotzdem (Dezember 2007): S. 3.

<sup>304</sup> Vgl. Trotzdem (Dezember 2007): S. 3.

<sup>305</sup> Vgl. Trotzdem (Juli 2008): S. 6 und S. 23.

Großen Koalition unter dem Titel *Große Koalition „neu“ – Und täglich grüßt das Murmeltier...*<sup>306</sup> fasste Moitzi den Hauptkritikpunkt der SJÖ an der Ära Gusenbauer zusammen. Das schwächste Wahlergebnis der SPÖ seit 1945 führte er darauf zurück, dass der großkoalitionäre Stillstand und das ständige Nachgeben gegenüber der ÖVP die Glaubwürdigkeit der SPÖ erschütterte. WählerInnen, Parteimitglieder und FunktionärInnen waren frustriert und ihr Vertrauen war geschwunden.<sup>307</sup>

Trotz aller Freude über den Regierungswechsel vertraute die SJÖ nicht darauf, dass sich der neoliberale Kurs der Wirtschaftspolitik unter einem Bundeskanzler Gusenbauer ändern würde.<sup>308</sup> Unter dem Eindruck der sich in die Länge ziehenden Regierungsverhandlungen schwand bei der Sozialistischen Jugend das Vertrauen darauf, dass die SPÖ es schaffen würde, die Belastungen aus der ÖVP-FPÖ-BZÖ-Regierungszeit wieder rückgängig zu machen. Deswegen wurde auf dem Verbandstag die Forderung nach der Bildung einer Minderheitsregierung beschlossen. Da die SJÖ befürchtete, dass die SPÖ bei den Verhandlungen klein begeben und dabei auch wesentliche Punkte ihres Programms aufgeben würde, wurde die Minderheitsregierung als einzige Alternative zu notwendigen aber unwahrscheinlichen Neuwahlen angesehen.<sup>309</sup> Der beschworene sozialdemokratische Kurswechsel war ausgeblieben und der SPÖ wurde vorgeworfen, bestenfalls soziale Härten abzufedern. Der beschlossene Regierungskurs ließ keine bahnbrechenden Veränderungen erwarten. Die Einkommensschwachen hätten weiterhin ein Großteil der Steuerlast zu tragen, während Wohlhabende von den Erhöhungen der Krankenversicherungsbeiträge oder der Anhebung der Mineralölsteuer kaum betroffen wären. Der Faktor Arbeit wurde weiterhin stark besteuert und die geplante Steuerreform ließ nur die oberen Einkommenschichten profitieren.<sup>310</sup> Daher fiel der Befund der SJÖ über das Regierungsprogramm auch wenig schmeichelhaft aus:

Es scheint so, als wäre in den Regierungsverhandlungen der Schlüssel-Kurs die Verhandlungsbasis gewesen. Insofern handelt es sich um eine schaumgebremste Fortführung des schwarz-blau-orangen Regierungskurses. Das Programm ist mehr ein Verwaltungs- als ein sozialdemokratisch inspiriertes Gestaltungsprogramm.<sup>311</sup>

---

<sup>306</sup> Vgl. Trotzdem (Dezember 2008): S. 4-5.

<sup>307</sup> Vgl. Trotzdem (Dezember 2008): S. 4-5.

<sup>308</sup> Vgl. Trotzdem (Dezember 2006): S. 3.

<sup>309</sup> Vgl. Trotzdem (Dezember 2006): S. 4-5.

<sup>310</sup> Vgl. Trotzdem (April 2007): S. 4-5.

<sup>311</sup> Trotzdem (April 2007): S. 5.

Die geplante Steuerreform wurde kritisch bewertet, da die von der SPÖ geforderte Entlastung des Faktors Arbeit in vielen Fällen lediglich die Senkung der Lohnnebenkosten beinhalte. Dies nützte aber wiederum nur der Unternehmensseite. Der SPÖ wurde vorgeworfen, dass auch das sozialdemokratische Gedankengut in der Zwischenzeit von neoliberalen Ideologien durchdrungen sei. Die SJÖ forderte daher einen Richtungswechsel und Änderungen im Steuerwesen. Unter anderem wurden die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Senkung der Lohnsteuer und der Massensteuern sowie die Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer gefordert. Generell sollte der Eingangssteuersatz gesenkt und der Spitzensteuersatz erhöht werden.<sup>312</sup> Der SPÖ wurde vorgeworfen, im großkoalitionären Verhalten verhaftet und blauäugig gewesen zu sein, was die Rückkehr der ÖVP zum sozialpartnerschaftlichen Konsens in einer Großen Koalition anbelangt hätte. „Die oft zitierte soziale Handschrift der SPÖ kam so während der kurzen Regierungsperiode nicht zum Vorschein“<sup>313</sup>, lautete der negative Befund von Moitzi nach dem Koalitionsbruch im Juli 2008. In der Reflektion der kurzen Zeit der Großen Koalition wurde der inhaltliche Verschleiß der Partei konstatiert und das Bild einer SPÖ skizziert, „die es schwer haben wird, sich nach der eineinhalbjährigen großkoalitionären Abnutzung wieder ein markantes Profil zu geben.“<sup>314</sup> Zur bevorstehenden Wahl im September 2008 erschien im Supplement der Zeitschrift der Beitrag *Der lange Atem des GroKo-Deals – Zur Geschichte der Großen Koalition in Österreich seit 1945*<sup>315</sup>. Für die SJÖ war erwiesen, dass der Keim des Scheiterns der dritten Auflage der Großen Koalition schon bei der Angelobung im Jänner 2007 gelegt worden war. Das Scheitern wurde dabei aber weniger der blockierenden Partnerin ÖVP angelastet. Vielmehr wurde das Vernachlässigen der Kernkompetenzen durch die SPÖ angekreidet und kritisiert, dass die Sozialdemokratische Partei im Bemühen um Konsens mit der ÖVP immer mehr ihre eigenen fortschrittlichen Ziele aufgeben hätte. Die beschworene soziale Handschrift der Regierung trat nie zu Tage und erging sich lediglich in Halblösungen.<sup>316</sup>

---

<sup>312</sup> Vgl. Trotzdem (Februar 2008): S. 8.

<sup>313</sup> Trotzdem (Juli 2008): S. 3.

<sup>314</sup> Trotzdem (Juli 2008): S. 6.

<sup>315</sup> Trotzdem (September 2008): S. 18.

<sup>316</sup> Vgl. Trotzdem (September 2008): S. 18 und S. 19.

Schon während der Verhandlungen zur Regierungsbildung wurde die SPÖ für das Abgehen von ihren Wahlversprechen kritisiert. So wurde der damalige SPÖ-Wissenschaftssprecher Josef Broukal für seine Aussage kritisiert, er könne sich die Beibehaltung der Studiengebühren vorstellen.<sup>317</sup> Zum Thema Studiengebühren erfolgte von Seiten der SJÖ ebenfalls heftiger Protest in Richtung Bundeskanzler Gusenbauer. Seine Aussagen zur faktischen Abschaffung der Studiengebühren<sup>318</sup> und dass er kein Verständnis für „BummelstudentInnen“ habe wurden von den VertreterInnen der Österreichischen HochschülerInnenschaft, der Aktion kritischer Schülerinnen und Schüler und dem Verband Sozialistischer Student\_innen Österreichs aufs Schärfste kritisiert.<sup>319</sup> Neben der Protestplattform „Minderheitsregierung jetzt“ übte auch die Plattform „Wir sind SPÖ“ wiederholte Kritik an der Nichtabschaffung der Studiengebühren.<sup>320</sup>

Die im Regierungsabkommen ausgehandelte Ressortaufteilung brachte nicht den erhofften Ämtergewinn und wurde von vielen Parteimitgliedern und FunktionärInnen kritisiert. Wilhelm Haberzettl sprach sogar von einem massiven Glaubwürdigkeitsverlust für seine Partei.<sup>321</sup> Wolfgang Moitzi thematisierte neben der ungleichen Ressortaufteilung und der schlecht verhandelten Pensionsreform ein weiteres gebrochenes Wahlversprechen: Bundeskanzler Gusenbauer wurde vorgeworfen, den Ausstieg aus dem Eurofighter-Kampfflugzeug-Kaufvertrag zugunsten des Zustandekommens der Koalition geopfert zu haben.<sup>322</sup>

Im Resümee zur Kanzlerschaft Gusenbauers hält Wolfgang Moitzi fest, dass sich die ÖVP mit der Ressortaufteilung ein taktisches Übergewicht verschaffen konnte. Sie erhielt die Kontrolle über die Schlüsselministerien Wirtschaft, Finanz, Inneres, Äußeres und Bildung und nützte diese aus, um den Kurs der konservativen Vorgängerregierung fortzusetzen.<sup>323</sup> Der Vorsitzende der SJÖ analysierte in seinem Rückblick auf die zu Ende gegangene Regierung die Fehler der SPÖ und macht diese mitverantwortlich für das Scheitern der Großen Koalition.

---

<sup>317</sup> Vgl. Trotzdem (Dezember 2006): S. 5.

<sup>318</sup> Der Vorschlag des Bundeskanzlers zu den Studiengebühren war, dass Studierende diese mit 60 Stunden Sozialdienst im Semester abgleichen könnten. Nähere Details zur Ausgestaltung dieses Sozialdienstes blieb der Bundeskanzler aber schuldig; vgl. Trotzdem (April 2007): S. 4.

<sup>319</sup> Vgl. Trotzdem (April 2007): S. 4.

<sup>320</sup> Vgl. Trotzdem (April 2007): S. 4-5.

<sup>321</sup> Vgl. Trotzdem (April 2007): S. 7.

<sup>322</sup> Vgl. Trotzdem (Juli 2007): S. 7.

<sup>323</sup> Vgl. Trotzdem (Juli 2008): S. 3 sowie Trotzdem (September 2008): S. 19.

Trotz des knappen Wahlsieges stand die SPÖ einer rechten parlamentarischen Mehrheit gegenüber; diesen Vorteil nutzte die ÖVP bei den Verhandlungen aus. Mit dem frühen Fallenlassen der Alternative der Bildung einer Minderheitsregierung eröffnete die SPÖ jedoch weiteren Verhandlungsspielraum für die ÖVP. Die Politik der Regierung trug damit in der Folge die ÖVP-Handschrift und die SPÖ musste etliche Positionen aus dem Wahlkampf aufgeben. Dies beschädigte nachhaltig die Glaubwürdigkeit der SPÖ bei jüngeren WählerInnen.<sup>324</sup>

#### **3.4.4 Zusammenfassung SJÖ**

Eines der zentralen Problemfelder, das von der SJÖ während der Endphase der ersten Großen Koalition thematisiert wurde, war die mangelnde Einbindung der Jugendlichen in die Parteigremien. Jugendliche waren kaum auf den vorderen und damit wählbaren Plätzen der KandidatInnenlisten zu finden. Die daraus folgernde Überalterung der Parteistrukturen schlug sich in der programmatischen Schwerpunktsetzung nieder und führte zur Unterrepräsentation von Jugendthemen. Die SJÖ forderte daher ein verstärktes Mitspracherecht für JugendfunktionärInnen und verlangte eine bessere Unterstützung der SJÖ-Arbeit seitens der SPÖ. Neben der fehlenden Einbindung der Jugendlichen in den Parteibetrieb kritisierte die SJÖ auch die sich abzeichnende Entideologisierung und forderte die Rückkehr zur langfristigen Erziehung zum Sozialismus, um WählerInnen wieder an die Partei zu binden. Die SPÖ beschäftigte sich in dieser Zeit fast ausschließlich mit dem politischen Tagesgeschäft und vernachlässigte die ideologische Fundierung ihrer Politik. Die SJÖ forderte daher die Intensivierung der sozialistischen Bildungs- und Erziehungsarbeit. Zur Lösung des Problems der drohenden Entideologisierung forderten die JugendvertreterInnen die Schärfung des Profils der Partei. Dies sollte mit der Verbesserung der Diskussionskultur erreicht werden. Die SJÖ forderte die Jugendlichen auf, wieder verstärkt in den Diskussionsprozess einzutreten und wenn nötig damit auch unbequem für die eigene Partei zu sein. Nur so wäre eine erfolgreiche Mitarbeit der Jugend gewährleistet und sichergestellt, dass die Partei den Kontakt zur Basis nicht verliert.

---

<sup>324</sup> Vgl. Trotzdem (September 2008): S. 21.



Die Hauptkritik der SJÖ während des betrachteten Zeitraumes der zweiten Großen Koalition richtete sich gegen die Budgetkonsolidierungsmaßnahmen der Bundesregierung. Das sogenannte Sparpaket bedeutete Kürzungen im Sozialbereich und traf sozial Schwache und Jugendliche besonders stark und erzeugte erhöhten Druck auf den Arbeitsmarkt und den Bildungsbereich. Der SPÖ wurde vorgeworfen, dieses Sparpaket selbst aktiv mitgestaltet zu haben anstatt eine offensive Sozialpolitik zu betreiben. Die SJÖ warf der eigenen Partei vor, mit den Kürzungsmaßnahmen eine Umverteilung von Arm zu Reich voranzutreiben. In der Debatte um einen möglichen NATO- beziehungsweise WEU-Beitritt Österreichs verwies die SJÖ auf die strikt einzuhaltende Neutralität und lehnte den Beitritt zu einem dieser Militärbündnisse ab. Beitrittsbefürworter Josef Cap wurde dafür kritisiert, dass er mit seinen Aussagen die konservative Außenpolitik unterstützte und mit angenommenen Sachzwängen argumentierte. Des Weiteren kritisierte die SJÖ die Ratifizierung des NATO-Truppenstatuts durch das Parlament 1998 und pochte wiederholt darauf, dass die SPÖ sich besser für friedliche Konfliktlösungen einsetzen sollte. Wirtschaftspolitisch wurde der SPÖ vorgeworfen, dass sie sich mit dem Bekenntnis zu den Maastrichtkriterien einem neoliberalen Kurs verschrieben hätte und zur Abwehr eines vagen Staatsbankrotts soziale Ausgrenzung, einen entkoppelten Arbeitsmarkt und die Beschneidung der Sozialpolitik in Kauf nehme. Ebenso kritisiert wurde von der SJÖ die politische Praxis der SPÖ, die Regierungspolitik nur zu moderieren, anstatt aktive Sozialpolitik zu betreiben. Auch in der Bildungspolitik vermochte es die SPÖ nicht, eine eigenständige Politik zu praktizieren. Die Sozialistische Jugend warf daher der SPÖ vor, lediglich den Kurs der ÖVP zu tragen und sich der großkoalitionären Rason zu unterwerfen.

Während der langen Verhandlungen zur Regierungsbildung warnte die SJÖ davor, dass die SPÖ ihre Wahlkampfpositionen einer Koalition mit der ÖVP zuliebe aufgeben würde. Die SPÖ ließ zu, dass die Erbschaftssteuer abgeschafft und damit die Verteilungsgerechtigkeit weiter verschlechtert wurde. Allgemein wurde festgestellt, dass die Verbrauchssteuern weiter stiegen während die Vermögenssteuern sanken. Diese Klientelpolitik der ÖVP wurde von der SPÖ mitgetragen und von Seiten der SJÖ kritisiert. Das Koalitionsabkommen bedeutete für die SJÖ die Einzementierung des konservativen „Schüssel-Kurses“. Auch auf dem Bildungssektor konnte sich die SPÖ bei der gemeinsamen Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen nicht durchsetzen.

Ein weiterer Kritikpunkt war, dass die SPÖ auch keine Schritte unternahm, das von der ÖVP 2005 erlassene restriktive Asyl- und Fremdenrecht zu reformieren. Selbst nach dem Bruch der Koalition 2008 hielt die SPÖ die Koalitionstreue zur ÖVP weiter aufrecht und erntete dafür von der SJÖ Kritik. Der viel beschworene soziale Kurswechsel fand in der dritten Großen Koalition nicht statt; die SPÖ beschränkte sich bestenfalls darauf, Härtefälle abzufedern. Die Einkommensschwachen trugen weiterhin einen Großteil der Steuerlast. Der Faktor Arbeit wurde weiter zu hoch besteuert und die geplante Steuerreform ließ nur die oberen Einkommenschichten profitieren. Die SJÖ forderte daher die Erhöhung der vermögensbezogenen Steuern. Statt der sozialen Handschrift der Regierungspolitik durch die SPÖ war die Ära Gusenbauer eher durch das Vernachlässigen der eigenen Kernkompetenzen geprägt. Einen massiven Kritikpunkt der SJÖ stellten die gebrochenen Wahlversprechen dar. Weder bei der Abschaffung der Studiengebühren noch bei der Abbestellung der Eurofighter gelang es der SPÖ, sich gegen die ÖVP durchzusetzen. Diese „Umfaller“ der SPÖ und die Ressortaufteilung im Regierungsabkommen stießen bei der SJÖ auf wenig Verständnis. Die ÖVP konnte die Schlüsselministerien für Wirtschaft, Finanzen, Innen- und Außenpolitik sowie das Bildungsministerium besetzen und sie benützte diesen taktischen Vorteil, um den politischen Kurs der konservativen Vorgängerregierung größtenteils fortzusetzen. Auch die von der SJÖ geforderte Variante einer Minderheitsregierung wurde vom designierten Bundeskanzler Gusenbauer schon in einem frühen Stadium der Koalitionsverhandlungen fallengelassen. Dies bedeutete einen weiteren taktischen Vorteil für die ÖVP, die damit der neuen Großen Koalition ihren Stempel aufdrücken konnte.

### **3.5 Verband Sozialistischer Student\_innen Österreichs (VSStÖ)**

Bereits ab 1889 existierten in Wien die ersten studentischen Debattierklubs; zur Ausbildung einer eigenen sozialistischen Studentenorganisation dauerte es jedoch bis 1893. Die Vorläuferinnenorganisation des heutigen StudentInnenverbandes konstituierte sich als „Freie Vereinigung Sozialistischer Studenten“. Die Gruppierung forderte schon damals den offenen Bildungszugang und eine demokratische Universität. Außerdem lehnte sie die kapitalistische Prägung des Ausbildungssystems ab. Nach dem Ersten Weltkrieg kam es auch in den Universitätsstädten Graz und

Innsbruck zur Gründung von sozialistischen Studentenorganisationen. Diese wurden 1924/25 unter dem bundesweiten „Verband Sozialistischer Studenten“ (VSStÖ) vereinigt. Bald nach der Konstituierung der „Sozialistischen Partei Österreichs“ nach der Befreiung durch die Alliierten nahm auch der VSStÖ wieder seine Tätigkeit auf. Nach 1947 setzte sich der VSStÖ für einen antikapitalistischen Kurs in Richtung eines demokratischen Sozialismus ein. Kernanliegen des VSStÖ waren von Beginn an die Verbesserung des Studienbetriebs, eine soziale Studienförderung, bessere Lehre und mehr Mitbestimmungsrechte für Studierende.<sup>325</sup>

Die erste Publikation nach der Wiedergründung des Verbandes war die Zeitschrift „*strom*“, die von 1945 bis 1949 herausgegeben wurde. Entgegen der austromarxistisch orientierten Blattlinie von „*strom*“ war die Ausrichtung der nachfolgenden Zeitschrift „*neue generation*“ um einiges deutlicher nach rechts gerückt und spiegelte den allgemeinen politischen Kurs des VSStÖ aus der damaligen Zeit wieder. Die Erscheinungshäufigkeit ging schrittweise von anfänglich monatlicher Auflage bis zu schlussendlich quartalsmäßigem Erscheinen während der letzten fünf Jahre ihres Bestehens zurück. Inhaltliche Schwerpunkte der Zeitschrift waren universitäre Belange, Innen- sowie Außenpolitik und Geschichte sowie verschiedenste Beiträge zu Literatur, Theater, Film und den bildenden Künsten. 1965 wurde die Zeitschrift eingestellt und ihre Nachfolge wurde von der „*alternative*“ (1966-1968) angetreten. Die neue Zeitschrift sollte die Informationslücke schließen, die ihre Vorgängerin hinterlassen hatte. Beim Neustart der Publikation wurde letzterer vorgeworfen, lediglich verbandsoffizielle Stellungnahmen zu publizieren, aber keine Plattform für kritische politische Diskussion zu sein. Die ambitioniert gestartete Zeitschrift konnte aber letztendlich auch keine entscheidenden Impulse bei der Repolitisierung des Verbandes geben.<sup>326</sup> Der VSStÖ vollzog den Kurswechsel erst in den 1970er Jahren und nahm nun wieder stärker auf den Austromarxismus Bezug. Damit bezogen die sozialistischen StudentInnen wieder stärker Stellung gegen die SPÖ, was zu ständigen internen Fraktionskämpfen innerhalb des Verbandes führte. Diese Auseinandersetzungen waren auch hauptverantwortlich dafür, dass der VSStÖ bis Mitte der 1990er Jahre kontinuierlich an Einfluss verlor.

---

<sup>325</sup> Vgl. Verband Sozialistischer Student\_innen Österreichs (2012a): Geschichte des VSStÖ. Die Anfänge der Sozialistischen Student\_innenbewegung; online unter <<http://home.vsstoe.at/ueber-uns/geschichte-des-vsstoe>> (06. August 2012).

<sup>326</sup> Vgl. *alternative* (Nr. 1, 1966): S. 2.

Der VSStÖ erlebte ab 1995 einen Aufschwung, als es erstmals gelang, die konservative Mehrheit in der Österreichischen HochschülerInnenschaft (ÖH) zu brechen. Mit der VSStÖ-Kandidatin Agnes Berlakovich stand auch erstmals eine Frau an der Spitze der politischen Vertretung der österreichischen StudentInnen.<sup>327</sup> Ab 1994 erschien „sign“ als neue Verbandszeitschrift und spiegelte die verstärkte politische Orientierung und die kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Partei wider. Thematisch wurde hauptsächlich über die Situation an den Universitäten berichtet. Neben innenpolitischen Themen und Interviews mit zumeist SPÖ-PolitikerInnen erfolgten serviceorientierte Informationen und Verbandsnachrichten. Beiträge zur Jugendkultur und Musik sowie Buchtipps rundeten das Informationsangebot ab.

Die Zeitschrift erschien ab 2000 immer sporadischer und wurde im Jahr 2007 eingestellt. Gegen Ende ihres Erscheinens wandelte sich „sign“ zu einer serviceorientierten Publikation und wurde als Informationsbroschüre konzipiert. In ihr wurden studienrelevante Themen wie zum Beispiel Anleitungen zur Beantragung von Studienförderung und Informationen zu Heimplatzangelegenheiten oder anderen sozialen Themen behandelt. Politisch wurden feministische, antifaschistische oder hochschulpolitische Folder aufgelegt.

### **3.5.1 „Ist die SPÖ noch eine Arbeiterpartei?“<sup>328</sup>**

Der Artikel *Ist die SPÖ noch eine Arbeiterpartei?*<sup>329</sup> stellte die kritische Frage: „Ist die Sozialistische Partei noch eine auf die Umgestaltung der Gesellschaft gerichtete Arbeiterbewegung?“<sup>330</sup> Laut dem Parteiprogramm war diese Frage zu bejahen, in der Praxis musste sie jedoch mit einem Nein beantwortet werden. Der SPÖ wurde vorgeworfen, dass sie ihr eigentliches Ziel, die klassenlose Gesellschaft, aus den Augen verloren hatte und eher die Manipulation des Kapitalismus für die Ziele des Sozialismus betreiben würde. Die SPÖ wurde aufgefordert, wieder eine dynamische

---

<sup>327</sup> Vgl. Verband Sozialistischer Student\_innen Österreichs (2012b): Geschichte des VSStÖ. VSStÖ bis heute; online unter <<http://home.vsstoe.at/ueber-uns/geschichte-des-vsstoe/3>> (06. August 2012).

<sup>328</sup> neue generation (Nr. 1/2, 1965): S. 6.

<sup>329</sup> neue generation (Nr. 1/2, 1965): S. 6.

<sup>330</sup> neue generation (Nr. 1/2, 1965): S. 6.

ArbeiterInnenbewegung im umfassenden Sinn des Begriffes zu werden.<sup>331</sup> Nach der verlorenen Wahl im März 1966 untersuchte der Publizist und ehemalige SPÖ-Bildungssekretär Josef Hindels die Hintergründe für die Niederlage und befürchtet für den Fall der Fortsetzung der Großen Koalition eine „teuflische Arbeitsteilung“<sup>332</sup>, in der die ÖVP den Kurs bestimmen würde und die SPÖ diesen mitzutragen hätte. Damit wäre die SPÖ mitschuldig an einer arbeiterInnenfeindlichen Regierungspolitik und würde bei den nächsten Wahlen noch mehr an WählerInnenzuspruch einbüßen. Da nicht mehr sicherzustellen sei, dass die SPÖ noch das Bestmögliche für die ArbeiterInnen erreichen und weiter zu ihren Grundsätzen stehen könne, solle die SPÖ den Weg in die Opposition beschreiten.<sup>333</sup> Nach dem feststehenden Ausscheiden aus der Regierungsverantwortung wurde die SPÖ aufgefordert, neue Konzepte zu erstellen und der Kurs der Vergangenheit kritisiert. Die SPÖ habe ihre wahre Aufgabe in der Großen Koalition nicht mehr wahrgenommen:

Jetzt geht es in erster Linie um jene Aufgabe, die eigentlich auch für die sozialistische Regierungspartei bestanden hätte, damals aber vernachlässigt wurde: es geht darum klare Alternativen zur Politik der Konservativen herauszuarbeiten und sie nicht nur in kleinen Dosen in den parlamentarischen Beratungen in Regierungsvorlagen hineinzuschmuggeln, sondern sie auch vor der Öffentlichkeit zu vertreten.<sup>334</sup>

Die Partei müsse die Masse der arbeitenden Bevölkerung wieder von der Richtigkeit sozialistischer Politik überzeugen und nicht die ÖVP davon überzeugen, dass die Große Koalition die bessere Regierungsform sei.<sup>335</sup>

Nach der verlorenen Wahl 1966 wurde der Gang in die Opposition von vielen ParteifunktionärInnen nicht negativ bewertet. Er wurde generell als Chance gesehen, nach dem Rückschlag der Wahlniederlage und des Stillstandes der letzten Jahre wieder zur geistigen Reifung innerhalb der Partei und zur Reform des Bewusstseins im Sinne sozialistischer Erkenntnisse zu verhelfen. Dies sollte einen Wiederaufstieg der SPÖ einleiten.<sup>336</sup> Hindels warf der eigenen WählerInnenschaft vor, die Wahl 1966 nicht ernst genug genommen zu haben, da diese angenommen hätten, es würde sich in Österreich nichts am bisher praktizierten Regierungssystem ändern. Er

---

<sup>331</sup> Vgl. neue generation (Nr. 1/2, 1965): S. 6.

<sup>332</sup> alternative (Nr. 2, 1966): S. 17.

<sup>333</sup> Vgl. alternative (Nr. 2, 1966): S. 16-17.

<sup>334</sup> alternative (Nr. 2, 1966): S. 2.

<sup>335</sup> Vgl. alternative (Nr. 2, 1966): S. 1-2.

<sup>336</sup> Vgl. alternative (Nr. 1, 1966): S. 1.

bezeichnete diejenigen zwar als „unpolitische, verspielte Spießbürger“<sup>337</sup>, führt ihr Verhalten aber auf Versäumnisse der SPÖ-Politik zurück. Einer der Hauptgründe für die Entideologisierung war seiner Meinung nach das „Schlafmittel Sozialpartnerschaft“<sup>338</sup>, das sich bei den eigenen FunktionärInnen epidemischer Ausbreitung erfreue. Mit dem Bekenntnis zur Sozialpartnerschaft hätten die FunktionärInnen den Klassenkampf für überholt erklärt und sich ihrer ideologischen Wurzeln entledigt.<sup>339</sup> In der Rolle der Opposition könne die SPÖ nun versuchen, ihre Entideologisierung zu überwinden und „der Partei wieder jenes sozialistische Gesicht geben, das in letzter Zeit von einer Maske bedeckt war.“<sup>340</sup> Trotz allem wurde beim Gang in die Opposition davor gewarnt, dass die SPÖ nicht den gleichen Fehler wie die bundesdeutschen SozialdemokratInnen begehen dürfe. Die Sozialistische Partei Deutschlands (SPD) driftete nach rechts ab und gab sich der Entideologisierung preis. Es wurde die Wiederaufrichtung der SPÖ zu einer kämpferischen sozialistischen Partei gefordert, die sich wieder ein klares – auf gesellschaftliche Strukturänderung ausgerichtetes – Programm aneignen solle.<sup>341</sup>

In seiner Wahlanalyse vom Herbst 1962 stellte der Journalist Günther Nenning fest, dass die SPÖ zum ersten Mal seit dreizehn Jahren keine Zuwächse verzeichnen konnte. Für ihn war die bisherige Kurve des Anstiegs durch kluges Taktieren zustande gekommen. Für einen Wahlerfolg seien diesmal aber größere Anstrengungen notwendig gewesen. Er kritisierte die Methode des „Weiterwurstelns“ von Wahlkampf zu Wahlkampf. Der SPÖ fehle ein Programm, das sorgfältig ausgearbeitet, konkret und zukunftsweisend ist. Für ihn war das Programm von 1959 zu wenig und er forderte eigenständige Propaganda und nicht Werbepsychologie und Plakatkunst. Außerdem wandte er sich gegen Pragmatismus in der SPÖ<sup>342</sup> und stellte fest: „Es geht nicht um das erfolgreiche Weiterleben an der politischen Futterkrippe, sondern um die Bewegung zu einem großen Ziel. Setzen wir uns in Bewegung!“<sup>343</sup> In seiner Analyse zur Wahl 1966 erörterte Hindels die zukünftigen Möglichkeiten der SPÖ. Während die letztendlich gescheiterten Koalitionsverhandlungen noch im

---

<sup>337</sup> alternative (Nr. 2, 1966): S. 16.

<sup>338</sup> alternative (Nr. 2, 1966): S. 16.

<sup>339</sup> Vgl. alternative (Nr. 2, 1966): S. 16-17.

<sup>340</sup> alternative (Nr. 2, 1966): S. 17.

<sup>341</sup> Vgl. alternative (Nr. 3, 1966): S. 2.

<sup>342</sup> Vgl. neue generation (Nr. 4, 1962): S. 8-9.

<sup>343</sup> neue generation (Nr. 4, 1962): S. 9.

Gänge waren, sprach sich Hindels für den Gang in die Opposition aus. In der Opposition hätte die SPÖ die Gelegenheit, den Opportunismus der letzten Jahre in den eigenen Reihen besser bekämpfen zu können.<sup>344</sup> In einer weiteren Wahlanalyse kurz nach Beginn der Oppositionsphase der SPÖ wurde betont, dass die bisherige fehlerhafte Politik des Primats taktischer Fragen zum schlechten Wahlergebnis geführt hätte und es wurde eine reformierte Grundsatzpolitik gefordert, die auch zu zeitgemäßen organisatorischen Formen findet.<sup>345</sup>

### **3.5.2 Vergeblicher Protest**

Schon vor der überraschend angesetzten Wahl im Dezember 1995 gab es in der Großen Koalition Bestrebungen, die Kosten für die Sozialausgaben bei StudentInnen zu kürzen. Eine Studie der SozialpartnerInnen forderte beispielsweise die Streichung der Familienbeihilfe für Studierende. Der VSSStÖ lehnte diese Forderung ab und relativierte den kolportierten Effekt für das Budget. Statt drei Milliarden Schilling würden nur knapp 1,6 Milliarden Mehreinnahmen zu Buche stehen; dies würde aber eine Kürzung der Sozialleistungen für die StudentInnen von -30% bedeuten. Die Streichung der Kinderbeihilfe wurde zwar nicht verwirklicht, die sonstigen Kürzungen und die Anspruchsdauerverkürzung blieben jedoch aufrecht. Die allgemein vorherrschende Spardiskussion hinterließ Befürchtungen, dass auch bei Studienbeihilfen zukünftig gespart werden würde. „Gelingt es uns in diesem Jahr nicht, damit endgültig Schluß zu machen, werden wir wohl solange beliebte Sparopfer bleiben, bis nichts mehr übrig bleibt“<sup>346</sup>, lauteten demnach auch die pessimistischen Erwartungen an die studentische Zukunft.<sup>347</sup>

Nach der Angelobung der neuen Bundesregierung und der Bekanntgabe des zukünftigen Budgetkonsolidierungsprogramms erfolgten österreichweite Proteste der Studierenden, denen sich im Verlauf auch der universitäre Mittelbau und die HochschullehrerInnengewerkschaft angeschlossen hatten. Die Gespräche mit der Regierung blieben ergebnislos, da Studierende keinen Status als SozialpartnerInnen haben und deshalb kein Verhandlungsmandat besitzen. Schlussendlich blieb das

---

<sup>344</sup> Vgl. alternative (Nr. 1, 1966): S. 17.

<sup>345</sup> Vgl. alternative (Nr. 3, 1966): S. 2.

<sup>346</sup> sign (Nr. 4, 1995): S. 5.

<sup>347</sup> Vgl. sign (Nr. 4, 1995): S. 5.

Sparpaket bestehen und es wurden nur wenige Detailkorrekturen vorgenommen.<sup>348</sup> Im Aufruf zum „Widerstand gegen eine bildungsfeindliche, einfallslose und destruktive Politik“<sup>349</sup> wurde der Regierung vorgeworfen, im Rahmen des Sparpakets rund ein Viertel der Mittel zur sozialen Sicherung bei Studierenden einzusparen, bei den SpitzenverdienerInnen hingegen nur wenige Prozent.<sup>350</sup> VSStÖ-Vorsitzender Julian Jäger kritisierte, dass das Sparpaket ab Oktober 1996 voll zu greifen beginnen würde und dass die Proteste daher fortgesetzt werden sollten. Andernfalls würde das Kalkül der Regierung aufgehen; allen voran wurden exemplarisch als SPÖ-Vertreter Finanzminister Viktor Klima und Unterrichtsminister Rudolf Scholten genannt. Ihnen wurde vorgeworfen, vorerst hart zu bleiben, dann zu warten, bis die Proteste verebben und danach darauf zu hoffen, dass bis zu den nächsten Wahlen alles vergessen werde.<sup>351</sup>

In einem Interview mit Hannes Swoboda, dem SPÖ-Spitzenkandidaten zur EU-Wahl im Oktober 1996, wurde seitens des VSStÖ kritisch nachgefragt, ob das Sparpaket nicht doch kontraproduktiv wäre. Als eines der Wahlziele der SPÖ für diese Wahl wurde die Vollbeschäftigung durch Bildung ausgegeben; die Kürzungen auf dem Bildungssektor wurden aber als Zeichen in die entgegengesetzte Richtung angesehen.<sup>352</sup> Von den Budgetkonsolidierungsmaßnahmen waren die BezieherInnen von Studienbeihilfen besonders hart betroffen, da es seit 1994 keine Anpassung der Stipendien an den Index mehr gegeben hatte. Der VSStÖ verlangte deshalb eine Novelle zum Studienförderungsgesetz, die eine Inflationsanpassung beinhalten sollte.<sup>353</sup> Im Jahr 1998 wurde ein Entwurf zur Neuregelung der Studienbeihilfe vorgelegt. Die Reform sah eine Ausweitung des BezieherInnenkreises und eine Erhöhung der Beihilfen vor. Die strengen Regelungen der Verdienstfreigrenzen sollten jedoch beibehalten werden. Trotz geplanter Erhöhung der Beihilfen wurde der Kernforderung der StudentInnen nach integrierter Indexanpassung im Entwurf nicht entsprochen. Die strengen Zuverdienstgrenzen wurden vom VSStÖ besonders kritisiert, da sie viele Studierende in die Schwarzarbeit drängten.<sup>354</sup>

---

<sup>348</sup> Vgl. sign (Nr. 1, 1996): S. 4.

<sup>349</sup> sign (Nr. 1, 1996): S. 5.

<sup>350</sup> Vgl. sign (Nr. 1, 1996): S. 5.

<sup>351</sup> Vgl. sign (Nr. 3, 1996): S. 4.

<sup>352</sup> Vgl. sign (Nr. 3, 1996): S. 9.

<sup>353</sup> Vgl. sign (Nr. 4, 1997): S. 7.

<sup>354</sup> Vgl. sign (Nr. 4, 1998): S. 6.



Neben den finanziellen Problemen der StudentInnen widmete sich der VSStÖ auch der Sorge um den Kurs der eigenen Partei. Nach dem Wechsel an der Spitze der SPÖ von Franz Vranitzky zu Viktor Klima wurden die offenen Herausforderungen für die Zeit bis zur Nationalratswahl im Herbst 1999 skizziert. Dazu gehörten der Umgang mit Jörg Haider und seinem Populismus, die Euro-Einführung und auch der noch nicht gefundene Platz Österreichs in der Europäischen Union. Der VSStÖ sah keine echte Erneuerung innerhalb der SPÖ, da letztendlich nur ein Austausch von ein paar Köpfen an der Spitze erfolgt sei. Deswegen erging an Klima auch die kritische Frage:

Wenn er diese [Amtszeit] 1999 nicht mit dem historisch fragwürdigen Verdienst beenden will, der letzte sozialdemokratische Kanzler dieses Jahrhunderts gewesen zu sein, so muß er auf Erneuerung setzen, denn weder die SPÖ noch die Regierungskoalition vermitteln den Eindruck eines Aufbruchs ins kommende Jahrtausend.<sup>355</sup>

Für die StudierendenvertreterInnen waren zur Erneuerung vor allem zwei Dinge notwendig. Zum einen eine Zielvorstellung, eine gesellschaftliche Vision, eine Idee einer offenen, demokratischen, sozialen und toleranten Gesellschaft. Zum anderen ein konkretes Konzept und realistisches Programm, um gangbare Wege aufzuzeigen.<sup>356</sup>

Ausgelöst durch die Debatte zur Nichtnominierung eines eigenen SPÖ-Kandidaten zur Bundespräsidentenwahl 1998 befasste sich Alfred J. Noll, ein Wiener Rechtsanwalt, mit der Positionierung der SPÖ. Auch wenn er die Funktion eines Bundespräsidenten als überholt erachtete, lautete seine kritische Frage, auf welchen Gebieten die SPÖ überhaupt noch in der Lage wäre, ihre eigenen Standpunkte einzunehmen und durch glaubhafte Personen auch darzustellen. Womöglich gab die SPÖ mit der Akzeptanz der Kandidatur des konservativen Kandidaten Thomas Klestil aber doch ein Eingeständnis ihrer diesbezüglichen Schwierigkeiten ab.<sup>357</sup>

In der Analyse zur schlecht verlaufenen Wahl 1999 stellten die StudierendenvertreterInnen fest, dass bereits vier von zehn Jugendlichen die FPÖ gewählt hätten. Der SPÖ wurde vorgeworfen, diesem jahrelangen Trend der abhanden kommenden JungwählerInnen tatenlos zuzusehen zu haben. In ihrem Grundsatzprogramm hält die SPÖ zwar fest, Jugendliche in den demokratischen Prozess einbinden und sie politisch beteiligen zu wollen, aber die Realität stellte sich

---

<sup>355</sup> sign (Nr. 2, 1997): S. 3.

<sup>356</sup> Vgl. sign (Nr. 2, 1997): S. 3.

<sup>357</sup> Vgl. sign (Ausgabe 11, 1997): S. 15.

anders dar. Die Entscheidung, die Partei zu wählen, war in den letzten zwanzig Jahren nicht von politischer Überzeugung geprägt gewesen, sondern nur von der Frage nach dem eigenen Vorteil. Früher hätte die SPÖ bei den WählerInnen noch punkten können, indem sie Arbeitsstellen, Wohnungen und Altersheimplätze anbieten konnte. Doch die SPÖ hätte ihre Fähigkeit als „Versorgungsinstitution“ verloren. Die kritische Frage lautete deshalb, was die SPÖ darüber hinaus noch anbieten könne. Sie hätte zu wenig fortschrittliche Köpfe, die sozialistische Politik auch glaubhaft vertreten könnten. Es bestand ein ernsthaftes Problem einer verwaschenen und profillosen Sozialdemokratie. Die jugendlichen WählerInnen seien politisch eher ungeformt. Man könne sie auch nicht – wie es sich die ParteifunktionärInnen vereinfacht vorstellten – „wieder mobilisieren“<sup>358</sup>; die Partei müsse die Jugendlichen erst einmal für sich gewinnen, fassten die Autorinnen des Beitrags die Problematik zusammen. Die Jugendlichen würden mit den Errungenschaften von gestern nichts mehr anfangen können und wollten mit einer Versorgungspartei nichts mehr zu tun haben. Dadurch wurde auch kein Anknüpfungspunkt mehr zwischen den Jungen und der Partei gefunden. Diesen könne die SPÖ nur dadurch wieder herstellen, indem sie sich inhaltlich wieder besser positionieren würde,<sup>359</sup>

[d]enn die derzeitige SPÖ ist auch für viele linksgerichtete Jugendliche unwählbar. Schwammige Aussagen, das Handeln von Minister Schlögl und die volle Konzentration Viktor Klimas auf seine Staatsmännlichkeit lassen die politischen Grundsätze der SPÖ verkommen und immer mehr in die ideologische Mittelmäßigkeit abdriften. Dass sich junge SozialistInnen dort nicht mehr zu Hause fühlen, entweder zum Protestwählerturn überlaufen oder die SPÖ nur noch deshalb wählen, weil sie das geringste Übel ist, kann kein Zeichen einer Partei sein, die den richtigen Weg in die Zukunft gefunden hat.<sup>360</sup>

Gleichzeitig mit der beginnenden Diskussion über Sparmaßnahmen wurde innerhalb der Großen Koalition auch über Studiengebühren diskutiert. Während die ÖVP vehement dafür eintrat, lehnte die SPÖ diese strikt ab.<sup>361</sup> Nachdem das Sparpaket 1996 unabwendbare Wirklichkeit geworden war und die Studierendenproteste keine Änderung der getroffenen Maßnahmen erzielen konnten, musste sich die Vertretung der StudentInnen mit einer weiteren zu befürchtenden Verschlechterung auseinandersetzen. Trotz der rigiden Sparmaßnahmen erachteten Teile der Großen Koalition

---

<sup>358</sup> sign (Nr. 5, 1999): S. 9.

<sup>359</sup> Vgl. sign (Nr. 5, 1999): S. 7-9.

<sup>360</sup> sign (Nr. 5, 1999): S. 9.

<sup>361</sup> Vgl. sign (Nr. 4, 1995): S. 4.

diese als unzureichend und forderten wiederholt die Einführung von Studiengebühren. Diese lehnte der VSStÖ aber entschieden ab: „In Kombination mit den bisherigen Schnitten im Sozialbereich würden Studiengebühren aber zu einer bildungspolitischen Katastrophe bisher ungeahnten Ausmaßes führen. Diese Tatsache muß den verantwortlichen Politikern endlich zu Bewußtsein gebracht werden.“<sup>362</sup> Julian Jäger kritisierte als Vorsitzender des VSStÖ die nicht enden wollende Diskussion in der Großen Koalition über mögliche Studiengebühren und stellte fest, dass auch maßgebliche FunktionärInnen innerhalb der SPÖ dafür eintraten. Die Diskussion würde aber geführt werden, ohne konkrete Umsetzungspläne zu entwickeln. Zusätzliche Stipendienerrhöhungen sollten zwar für gerechtere Verteilungswirkung sorgen, ihre Gestaltung wurde aber kaum klar ausformuliert. Die Kritik richtete sich auch dagegen, dass weder Regelungen für die Verwendung der Beiträge diskutiert wurden noch dass es Konzepte gab, wer diese Beiträge zu zahlen hätte. Der VSStÖ kritisierte die Studiengebühren daher als reine Geldbeschaffungsidee. Außerdem hielt Jäger fest, dass das Problem der Universitäten primär eines der Lehre sei und dass die Umverteilung lediglich durch ein gerechteres Steuersystem erfolgen könne und nicht durch Studiengebühren.<sup>363</sup>

### **3.5.3 Alles eine Frage der Prioritäten**

Der VSStÖ kritisierte, dass die neue Bundesregierung unter Alfred Gusenbauer an den Studiengebühren festhielt und die SPÖ damit den Bruch eines ihrer zentralen Wahlversprechen beging. Dem Argument der Regierung, dass die Verbesserung der Universitätsfinanzierung ohne Studiengebühren nicht möglich sei, hielt der Verband entgegen, dass durch die Streichung der Erbschafts- und Schenkungssteuer dem Budget weit mehr Einnahmen entgehen würden, als eine Abschaffung der Studiengebühren und Anhebung des Universitätsbudgets kostete. Der SPÖ wurde mit ihrem halbherzigen Beharren auf die Erbschaftssteuer die Setzung falscher Prioritäten vorgeworfen.<sup>364</sup> Im Beitrag *Ohne Worte* kritisierten die StudentInnenvertreterinnen Sylvia Kuba und Barbara Blaha die politischen Leistungen der neuen Großen Koalition unter Bundeskanzler Gusenbauer:

---

<sup>362</sup> sign (Nr. 3, 1996): S. 4.

<sup>363</sup> Vgl. sign (Nr. 5, 1996): S. 3.

<sup>364</sup> Vgl. sign (Nr. 1, 2007): S. 4.

Wer das politische Geschehen der letzten Monate verfolgt steht vor einem Problem: Angesichts der Performance der Regierung fehlen mittlerweile die Worte um es zu kommentieren. [...] Sachlich betrachtet kommen aber auch wir nicht umhin festzuhalten, dass wir an der politischen Vernunft der Regierung zweifeln.<sup>365</sup>

Das Studiengebührenmodell wurde kritisiert und der Regierung vorgeworfen, dass bei der Argumentation der finanziellen Notwendigkeit nur ein Sachzwang konstruiert werde. Bei gleichzeitiger Abschaffung der Erbschaftssteuer sei das Festhalten an den Studiengebühren nur ein Akt politischen Willens und nicht einer der Notwendigkeit.<sup>366</sup> Die SPÖ wurde dafür kritisiert, dass sie ein weiteres Mal nicht in der Lage gewesen sei, die Anliegen ihrer Klientel zu vertreten. Bei der Aufhebung der Erbschaftssteuer durch den Verfassungsgerichtshof hätte die SPÖ vielmehr die Interessen der bürgerlichen Koalitionspartnerin unterstützt. Durch die verfassungsgerichtliche Auffassung, dass die Erbschaftssteuer dem Gleichheitsgrundsatz widerspreche, hätte es an der SPÖ gelegen, rechtzeitig vor Auslaufen der Reparaturfrist ein Konzept für die Novellierung der Steuer zu erstellen, um die reformierte Steuer wieder einführen zu können. Die ÖVP hatte jedoch kein Interesse an einer Reparatur und ließ durch ihre Verhandlungsunwilligkeit die Frist ungenutzt verstreichen. Ausgehend von der in etwa gleichen Höhe befindlichen Einnahmen durch Erbschaftssteuer und Studiengebühren ließ sich eine eindeutige Verschiebung der politischen Prioritäten ausmachen. Mit der so festgestellten Umverteilung der Steuerlast zugunsten der Vermögenden sah der Verband dies als eindeutiges Anzeichen, dass sich die SPÖ-Regierungsmannschaft von ihren WählerInnen endgültig losgesagt hatte.<sup>367</sup>

In der Diskussion um die Nichtabschaffung der Studiengebühren wurde Bundeskanzler Gusenbauer für seinen Vorschlag für ein Sozialdienstmodell von Studierendenseite besonders kritisiert. Der SPÖ-Vorsitzende schlug ein Modell zum Erlass der Studiengebühren unter bestimmten Voraussetzungen vor. Studierende sollten einen Sozialdienst ableisten, um sich die Zahlung der Studiengebühren zu ersparen. Der Sozialdienst wurde jedoch nicht genau ausdefiniert. Studierende sollten entweder Nachhilfe geben, Bildungsberatung erteilen oder andere soziale Arbeit leisten. Bei einem vorgeschlagenen, fiktiven Stundensatz von 6,06 Euro pro

---

<sup>365</sup> sign (Nr. 1, 2007): S. 3.

<sup>366</sup> Vgl. sign (Nr. 1, 2007): S. 3.

<sup>367</sup> Vgl. sign (Nr. 1, 2007): S. 9.

Stunde sah das Modell 60 Stunden dieser gemeinnützigen Tätigkeit pro Semester vor. Der zeitliche Mehraufwand, so die Kritik von VSStÖ-Seite, sei nur schwer zu erbringen. Die große Anzahl von StudentInnen, die zur Finanzierung ihres Studiums ohnehin berufstätig seien, könnte diese Zeit kaum aufbringen.<sup>368</sup> In der Sonderausgabe der Verbandszeitschrift zur ÖH-Wahl 2007 bezeichnete der VSStÖ das Sozialdienstmodell Gusenbauers als absurd und warf der Regierung vor, die Anliegen der StudentInnen zu verhöhnen.<sup>369</sup> Die Spitzenkandidatin Lisa Schindler sprach aus diesem Grund auch von ernsthaften Differenzen zwischen der SPÖ und dem VSStÖ. Zu ihrem Verhältnis zur Partei hielt Schindler fest, dass sie am Tag der Angelobung der neuen Regierung aus der Partei ausgetreten war:

Dass der VSStÖ mit einer solchen SPÖ nicht kann, haben wir laut und deutlich klar gemacht; keine andere Studierendenorganisation hat in dieser Offenheit die Fehler einer ihr nahe stehenden Partei kritisiert. Alle waren und sind bitter enttäuscht und absolut sauer – für mich gilt ähnliches. Ich habe die Konsequenzen gezogen, habe mich an den VSStÖ und ÖH Protesten von Beginn an beteiligt und bin anschließend am 12. Jänner mit der Angelobung dieser Regierung aus der SPÖ ausgetreten.<sup>370</sup>

Der Regierung wurde vorgeworfen, zwar immer die Wichtigkeit des Wissenschaftsstandortes Österreich zu betonen, aber keine entsprechenden Fördermaßnahmen für Studierende oder die Universitäten zu setzen.<sup>371</sup> Die Pläne der Regierung zur Schaffung einer Eliteuniversität wurden kritisiert und im Gegenzug gerechtere Universitäten gefordert. Die allgemeine schlechte Finanzierungssituation der Universitäten wurde kritisiert und die Regierung aufgefordert, entsprechende Maßnahmen zur besseren Finanzierung zu ergreifen.<sup>372</sup> Der VSStÖ warf der Regierung Gusenbauer vor, ihre bildungspolitischen Grundsätze über Bord geworfen zu haben und forderte Verbesserungen ein. Mit Nachdruck unterstrich der Verband die Forderungen nach dem freien und offenen Hochschulzugang, nach der Abschaffung der Studiengebühren, nach dem Abbau der sozialen Selektion und nach der Verhinderung von Zugangsbeschränkungen.<sup>373</sup>

---

<sup>368</sup> Vgl. sign (Nr. 1, 2007): S. 3.

<sup>369</sup> Vgl. sign (Nr. 5, 2007): S. 3.

<sup>370</sup> sign (Nr. 5, 2007): S. 6.

<sup>371</sup> Vgl. sign (Nr. 1, 2007): S. 3.

<sup>372</sup> Vgl. sign (Nr. 5, 2007): S. 3.

<sup>373</sup> Vgl. sign (Nr. 5, 2007): S. 6.

### **3.5.4 Zusammenfassung VSStÖ**

Während der Endperiode der ersten Großen Koalition setzte sich der VSStÖ vordergründig damit auseinander, inwieweit die SPÖ noch eine ArbeiterInnenpartei sei. Die StudentInnen warfen daneben auch die Frage auf, ob die Sozialistische Partei noch eine auf Umgestaltung der Gesellschaft ausgerichtete ArbeiterInnenbewegung wäre. Die SPÖ wurde nur mehr als verwaltende Partei angesehen, die ihr Ziel von der klassenlosen Gesellschaft aus den Augen verloren hatte. Der Gang in die Opposition wurde von vielen ParteifunktionärInnen und Mitgliedern als Chance gewertet, sich des koalitionär bedingten Stillstands der letzten Jahre zu entledigen. Der SPÖ wurde die Entideologisierung vorgeworfen und sie wurde aufgefordert, sich wieder ein klares, auf gesellschaftlichen Strukturwandel ausgerichtetes Programm zu geben. Das Bekenntnis zur Sozialpartnerschaft wurde ebenfalls nicht positiv bewertet. Es hätte die FunktionärInnen dazu verleitet, den Klassenkampf für nicht mehr notwendig zu erachten und hätte dadurch zur Entfernung von den ideologischen Wurzeln geführt. In der letzten Legislaturperiode der ersten Großen Koalition setzte sich eine durchwegs pragmatische Herangehensweise in der Politik der Partei durch. Die Parteiarbeit war geprägt durch das Taktieren, den Opportunismus und das „Weiterwursteln“ von Wahl zu Wahl. Daher erging auch der eindringliche Appell an die SPÖ, mit einem fundierten Programm für eine fundierte Grundsatzzpolitik zu sorgen.

Das Sparpaket aus dem Jahr 1996 mit den Einsparungen der Sozialausgaben traf vor allem die StudentInnen. Die österreichweiten studentischen Proteste, die auch von der HochschullehrerInnengewerkschaft und vom universitären Mittelbau unterstützt wurden, fanden zwar großen medialen Widerhall, blieben letztendlich aber erfolglos. Ohne den Status von SozialpartnerInnen zu besitzen, konnten die Studierenden gegenüber der hart gebliebenen Regierung lediglich kleinste Korrekturen am nicht wieder aufgeschnürten Sparpaket erreichen. Der Vorwurf des VSStÖ und anderer studentischer Organisationen lautete, dass es zu erheblichen Kürzungen der Sozialleistungen um bis zu -25% gekommen war, aber SpitzenverdienerInnen im Gegenzug dazu kaum einen Beitrag zur Budgetkonsolidierung leisten mussten. Kritik wurde vom VSStÖ auch an der Taktik der verantwortlichen SPÖ-Minister Klima (Finanzen) und Scholten (Unterricht) geübt, da die Regierung dieses Thema offensichtlich aussitzen wollte. BezieherInnen von Studienbeihilfen waren von

diesem Sparpaket doppelt betroffen, da es neben den Kürzungen auch zu keinen Anpassungen bei den Stipendien kam. Überdies wurde auch die oftmals geforderte Indexanpassung für die Studienbeihilfen nicht verwirklicht. Abseits der Kritik über die sich immer weiter verschärfende finanzielle Lage der StudentInnen setzte sich der VSStÖ auch mit dem Kurs der eigenen Partei auseinander. Der SPÖ wurde vorgeworfen, nicht mehr in der Lage zu sein, die Vision einer demokratischen, toleranten und sozialen Gesellschaft entwickeln zu können. Aber auch bei der Konkretisierung ihrer Politik ließe die Partei kein realistisches Programm zur Durchführung erkennen. Besonders bei den JungwählerInnen sah die SPÖ jahrelang tatenlos zu, wie diese zur FPÖ abwanderten. Obwohl die SPÖ im Grundsatzprogramm die Einbindung der Jugend festgehalten hatte, gab sie den Jugendlichen kaum Gelegenheit, sich politisch zu beteiligen. Die fehlenden Anknüpfungspunkte für die jungen WählerInnen wären nur mit einer besseren inhaltlichen Positionierung der damals profillosen SPÖ wieder herstellbar. Die sich immer mehr verstärkende Diskussion um die Einführung von Studiengebühren wurde von Seiten des VSStÖ kritisch mitverfolgt. Anfänglich lehnten die Verantwortlichen in der SPÖ diese vehement ab, aber im Zuge der Budgetkonsolidierungsmaßnahmen befürworteten auch sozialdemokratische PolitikerInnen nach und nach die Einführung von Studiengebühren. Die Kritik der StudentInnen richtete sich dabei vor allem gegen die unkonkreten Umsetzungspläne und brandmarkte diese Gebühren als reine Geldbeschaffungsidee.

Die in der zweiten Großen Koalition angedachten Studiengebühren waren in der Zwischenzeit Realität geworden und wurden nach dem Ende der konservativen Regierungskoalition auch unter Bundeskanzler Gusenbauer nicht wieder aufgehoben. Dies kritisierte der VSStÖ, zumal es sich bei der Aufhebung um ein Wahlversprechen der SPÖ gehandelt hatte, das nunmehr gebrochen wurde. Während die Studiengebühren bestehen blieben, wurden Erbschafts- und Schenkungssteuer ersatzlos gestrichen. Diese Durchsetzung konservativer Klientelpolitik unter aktiver Mithilfe der SPÖ wurde vom Verband kritisiert. Mit dem Hinweis, dass zur Argumentation der Studiengebühren Sachzwänge konstruiert wurden, warfen die StudentInnen der Regierung vor, eindeutige Prioritäten zugunsten der Wohlhabenden zu setzen. Da die Studiengebühren und die Erbschaftssteuer in etwa die gleichen Einnahmen für das Budget bedeuteten, wurde die Vorgehensweise der

Regierung als deutliches Symbol der Umverteilung von Arm zu Reich gebrandmarkt. Im Zuge der Diskussion um die Nichtabschaffung der Studiengebühren wurde Bundeskanzler Gusenbauer auch für sein Alternativmodell zur Abgeltung der Studiengebühren für StudentInnen kritisiert. Sein Sozialdienstmodell sah vor, dass die Studierenden die Studiengebühren mit gemeinnütziger Tätigkeit im Ausmaß von sechzig Stunden pro Semester ableisten könnten. Die Kritik des VSStÖ richtete sich gegen die nicht vorhandene Definition der sozialen Tätigkeiten und dass diese einen kaum leistbaren zeitlichen Mehraufwand für die meist ohnehin berufstätigen Studierenden bedeuten würden. In der Bildungspolitik warf der Verband der SPÖ vor, dass sie zwar immer die Wichtigkeit des Wissenschaftsstandortes Österreich betonen würde, aber keine entsprechenden Fördermaßnahmen für Studierende oder die Universitäten setzen würde. Die Pläne der Regierung für die Errichtung einer Eliteuniversität wurden kritisiert, da die bestehenden Universitäten mit ihren schlechten Finanzierungssituationen viel mehr der Unterstützung durch Politik bedurften. Der VSStÖ warf der SPÖ vor, ihre bildungspolitischen Grundsätze über Bord geworfen zu haben und forderte mit Nachdruck den freien und offenen Hochschulzugang, die Abschaffung der Studiengebühren, den Abbau der sozialen Selektion sowie die Aufhebung von Zugangsbeschränkungen.

### **3.6 Bund sozialdemokratischer AkademikerInnen, Intellektueller & KünstlerInnen (BSA)**

Bald nach der Gründung der österreichischen Sozialdemokratie bildeten sich Organisationen als landesweite Vertretung für Studenten und Akademiker aus. Die in der Monarchie gegründeten Vereinigungen wurden auch in der Ersten Republik fortgesetzt.<sup>374</sup> Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde am 9. Mai 1946 der „Bund sozialistischer Akademiker“ gegründet mit der Zielsetzung „[d]ie Intellektuellen und Akademiker für die Ziele der sozialistischen Bewegung und damit für die SPÖ zu gewinnen.“<sup>375</sup> Der BSA wurde als Vorfeldorganisation gegründet, wodurch es auch

---

<sup>374</sup> Vgl. Bund sozialdemokratischer AkademikerInnen, Intellektueller & KünstlerInnen (o.J.a): Geschichte; online unter <<http://www.bsa.at/ueber-den-bsa/geschichte>> (13. August 2012).

<sup>375</sup> Neugebauer, Wolfgang / Schwarz, Peter (2005): Der Wille zum aufrechten Gang. Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Integration ehemaliger Nationalsozialisten, Wien, S. 29.



Nichtparteimitgliedern ermöglicht wurde, der Vereinigung beizutreten.<sup>376</sup> Im April 1947 wurde die Umbenennung in den „Bund sozialistischer Akademiker, Intellektueller und Künstler“ beschlossen. Dies erfolgte, um den BSA als erweiterte Vertretung für StudentInnen, MaturantInnen, MittelschulingenieurInnen und KünstlerInnen besser zu positionieren.<sup>377</sup> Als erstes theoretisches Organ der SozialdemokratInnen wurde 1907 von Karl Renner, Otto Bauer und Adolf Braun die Monatsschrift „*Der Kampf*“ herausgegeben, die bis zum Februar 1934 erschien.<sup>378</sup>

Bereits kurz nach Kriegsende wurde auch die Zeitschrift „*Zukunft*“ gegründet. Sie wurde als theoretisches Organ der Sozialistischen Partei konzipiert. Die bis Ende 1962 monatlich erscheinende Zeitschrift erhielt unter Chefredakteur Karl Czernetz Anfang 1963 eine Umgestaltung und erschien danach zwei Mal im Monat. Zusätzlich zum allgemeinen Informationsteil der „*Zukunft*“ mit Berichten der allgemeinen politischen Rundschau, zu internationaler Politik oder Kultur wurde 1963 ein eigener Diskussionsteil beigefügt. In der Beilage „*Tribüne der Zukunft*“ wurde über innenpolitische, ideologische und organisatorische Belange eingehend diskutiert.

Der BSA übernahm die am Parteitag 1991 beschlossene Umbenennung des Namensteiles sozialistisch auf sozialdemokratisch ebenso wie die meisten Vorfeldorganisationen und Referate der SPÖ. Der Bund leistet bis heute seine theoretisch-ideologische Arbeit für ein „soziales und demokratisches Zusammenleben im Sinne von Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität“<sup>379</sup> unter der neuen Bezeichnung „Bund sozialdemokratischer AkademikerInnen, Intellektueller & KünstlerInnen“. Spätestens mit der Rückkehr zur monatlichen Erscheinungsweise und nach dem Aufgehen der „*Tribüne der Zukunft*“ in der „*Zukunft*“ setzte ein langfristiger Wandel der Zeitschrift ein. Im zweiten betrachteten Zeitraum von 1995 bis 1999 war vom hoch gesteckten Ziel für die „*Zukunft*“ als Diskussionsplattform, welches vormals mit dem Blattteil „*Tribüne der Zukunft*“ verwirklicht werden konnte, wenig übrig geblieben. Die RedakteurInnen der Zeitschrift beschränkten sich darauf,

---

<sup>376</sup> Vgl. Bund sozialdemokratischer AkademikerInnen, Intellektueller & KünstlerInnen (o.J.a): Geschichte; online unter <<http://www.bsa.at/ueber-den-bsa/geschichte/>> (13. August 2012).

<sup>377</sup> Vgl. Neugebauer, Wolfgang / Schwarz, Peter (2005): S. 29.

<sup>378</sup> Vgl. Sozialdemokratische Partei Österreichs, Landesorganisation Wien (Hrsg.) (2005b): dasrotewien.at – Weblexikon der Wiener Sozialdemokratie. Der Kampf; online unter <<http://www.dasrotewien.at/der-kampf.html>> (13. August 2012).

<sup>379</sup> Bund sozialdemokratischer AkademikerInnen, Intellektueller & KünstlerInnen (o.J.b): Grundsätze; online unter <<http://www.bsa.at/ueber-den-bsa/grundsätze/>> (13. August 2012).

Beiträge zu den unterschiedlichen innen- wie außenpolitischen Ereignissen zu publizieren. Daneben erfuhren Themen aus den Bereichen Bildung, EU-Integration, Frauenpolitik, Wirtschaft und Soziales eine theoretische Betrachtung. Diese sollten als Anregungen für jene Diskussionen dienen, die von Mitgliedern und Nichtmitgliedern in einer breiteren Öffentlichkeit wunschgemäß zu diskutieren waren. Historische Berichte, Kulturbeiträge und Situationsaufnahmen ausländischer sozialdemokratischer Politik rundeten das Informationsangebot ab.

Der Ende der 1990er Jahre erfolgte Wandel der „*Zukunft*“ in ein wenig politisches zeitgeistiges Mitgliedermagazin wurde während der Phase der Repolitisierung der SPÖ in den Oppositionsjahren wieder rückgängig gemacht und die Zeitschrift positionierte sich wieder als zumindest Debatten anregendes Medium. Laut Eigendefinition sollten die politischen Diskussionen daneben auch vorangetrieben und verbreitert werden. Linke Ideen sollten gestärkt werden und die „*Zukunft*“ sollte als Diskussionszeitschrift für Politik, Gesellschaft und Kultur im Umfeld der österreichischen Sozialdemokratie zu einer lebendigen Diskussionskultur beitragen.<sup>380</sup> Während der Phase der dritten Großen Koalition blieb das monatliche Erscheinen der Zeitschrift aufrecht und ab 2004 wurde die Mitgliederzeitschrift „*Akzente*“ integriert. „*Akzente*“ informiert über das Vereinsleben des BSA und erscheint vierteljährlich. Die Zeitschrift positioniert sich seit damals wieder deutlich politischer als in der vorangegangenen Periode. Neben allgemeiner politischer Berichterstattung wird den theoretischen Überlegungen zur Sozial-, Bildungs-, Gleichberechtigungs-, Wirtschafts- und Integrationspolitik wesentlich breiterer Raum als bisher zugewiesen.

### **3.6.1 Praktizismus und Administrativismus**

Die Mandatsverluste bei der Nationalratswahl 1962 führten innerhalb des BSA zur Forschung nach den Ursachen. Für Oskar Pollak, den ehemaligen Chefredakteur der „*Arbeiterzeitung*“ und Mitbegründer der „*Zukunft*“<sup>381</sup>, war vor allem der ideenlose

---

<sup>380</sup> Vgl. Gesellschaft zur Herausgabe der sozialdemokratischen Zeitschrift „*Zukunft*“ (o.J.): Über uns; online unter <[http://diezukunft.at/?page\\_id=3](http://diezukunft.at/?page_id=3)> (14. August 2012).

<sup>381</sup> Vgl. Sozialdemokratische Partei Österreichs, Landesorganisation Wien (Hrsg.) (2005c): *dasrotewien.at* – Weblexikon der Wiener Sozialdemokratie. Pollak, Oskar; online unter <<http://www.dasrotewien.at/pollak-oscar.html>> (19. August 2012).

Wahlkampf der SPÖ dafür verantwortlich. Die SPÖ setzte kaum programmatische Akzente und warnte lediglich vor einer ÖVP-Alleinregierung.<sup>382</sup> Während Pollak in seiner Kritik noch gemäßigt blieb, beurteilte Günther Nenning, Journalist und seit 1960 Vorsitzender der JournalistInnensektion in der Gewerkschaft<sup>383</sup>, das Verhalten der SPÖ mit drastischeren Worten. Er warf dem Führungsgremium vor, beim Versuch an der Futterkrippe verbleiben zu können, einen konzeptlosen Tagespraktizismus betrieben zu haben. Die Partei führe einen defensiven Wahlkampf, um die Kräfteverhältnisse zwischen den Parteien möglichst wenig zu verändern. Nenning kam ebenfalls zum Schluss, dass es der SPÖ an Ideen und Zielen mangle; er kritisierte die Praktik des „Weiterwurstelns“ von Wahl zu Wahl<sup>384</sup> und mahnte:

Die sozialistische Bewegung ist nicht groß geworden, indem sie sich Ziele gab, die schon um die nächste Ecke herum zu verwirklichen waren. Sie ist nicht durch erfolgreiches Fortwursteln groß geworden, sondern durch große Ziele. Ohne große Ziele müsste sie trotz erfolgreichen Fortwurstelns zugrunde gehen.<sup>385</sup>

Für den Zentralsekretär der Gewerkschaft der Privatangestellten und ehemaligen Bildungsobmann der SJÖ Josef Hindels war es vor allem der Hang zum prinzipienlosen Opportunismus, der die Wahlniederlage besiegelte.<sup>386</sup> Hermann Mörth, Redakteur beim *„Linzer Tagblatt“*, zeichnete in seiner Wahlbetrachtung das Bild einer ideologisch verbrauchten Partei nach, die in der Überbewertung des politischen Taktierens die geistig-theoretische Schulung und die politische Bewusstseinsbildung vernachlässigt hatte<sup>387</sup>: „Als geistig-politische Kraft stagnieren wir schon seit Jahren. Der Rückschlag vom 18. November war nur das Symptom einer schleichenden ideologischen Mangelkrankheit.“<sup>388</sup>

Der Chefredakteur der *„Zukunft“* Karl Czernetz kritisierte den Praktizismus in der SPÖ, da dieser zu einer voranschreitenden Entideologisierung führe.<sup>389</sup> Für Josef Hindels war der Praktizismus, den er als tägliche Parteiarbeit ohne ideologische

---

<sup>382</sup> Vgl. *Zukunft* (Nr. 12, 1962): S. 321.

<sup>383</sup> Vgl. Stackl, Erhard (2006): Günther Nenning an den Folgen eines Sturzes gestorben – Ein Nachruf. In: *Der Standard*. 17.05.2006; online unter <[http://derstandard.at/2448651?sap=2&\\_seite=3](http://derstandard.at/2448651?sap=2&_seite=3)> (19. August 2012).

<sup>384</sup> Vgl. *Zukunft* (Nr. 1, 1963): S. 22-23.

<sup>385</sup> *Zukunft* (Nr. 1, 1963): S. 26.

<sup>386</sup> Vgl. *Zukunft* (Nr. 1, 1963): S. 27.

<sup>387</sup> Vgl. *Zukunft* (Nr. 4, 1963): S. 20-21.

<sup>388</sup> *Zukunft* (Nr. 4, 1963): S. 20.

<sup>389</sup> Vgl. *Zukunft* (Nr. 5, 1964): S. 3.

Grundlage oder sozialistische Zielsetzung definierte, in der SPÖ weit verbreitet. Dagegen bildeten nur wenige grundsatztreue FunktionärInnen und BildungsreferentInnen eine Opposition aus.<sup>390</sup> Hermann Mörth kritisierte die Parteileitung für ihre Konzeptarmut in der Parteipolitik und warf ihr vor, nur mehr opportunistischen Tagespraktizismus zu betreiben und sich auf kurzfristiges Taktieren zu verlegen.<sup>391</sup> Jaques Hannak, Redakteur bei der „*Arbeiterzeitung*“, sah ebenfalls, dass der Praktizismus die Gefahr der Entideologisierung zur Folge hätte und das Emporkommen von „selbsternannten Führern“<sup>392</sup> begünstigte. Diese würden den vom politischen Alltag gelangweilten Mitgliedern mit inhaltslosem Radikalismus das Bild des neuen starken Mannes vorgaukeln.<sup>393</sup> Das Problem des Praktizismus entwickelte sich für Czernetz schon während der arbeitsreichen Aufbauphase nach 1945. Die FunktionärInnen und Mitglieder widmeten sich hauptsächlich der Organisation und der praktischen Arbeit des politischen Alltags. Dies führte in der Zeit der Dauerkonjunktur zur Ausbildung einer konservativen Mentalität und zur mangelnden Beschäftigung mit Theorie und Ideologie.<sup>394</sup> Justizminister Christian Broda kritisierte, dass es gerade in den letzten Jahren in der koalitionären Tagespolitik ein Übermaß an Praktizismus und einen Rückgang der Ideologie gegeben hatte. Dies hätte sich auf die Zusammenarbeit in der Koalition negativ ausgewirkt. Die Koalitionspolitik erfordere laufend Kompromisse. Bei mangelnder ideologischer Definition der Grundsätze für das Zustandekommen dieser Übereinkünfte würden die AnhängerInnen eher desorientiert und die Koalitionspartnerin im Unklaren bleiben. Bei mangelnder Kennzeichnung der Kompromisse könnten diese mit der eigenen Politik verwechselt werden und die Partei liefe Gefahr, damit nachhaltig unglaubwürdig zu wirken.<sup>395</sup>

Bereits kurz nach der Wahl 1962 wurde über allfällige Führungsprobleme der SPÖ diskutiert. Günther Nenning kritisierte, dass die Führungspersönlichkeiten ohne echten Machtanspruch im Wahlkampf aufgetreten seien<sup>396</sup> und Hermann Mörth stellte eine Persönlichkeitenabnutzung der sich zwischen Regierungsarbeit und

---

<sup>390</sup> Vgl. Zukunft (Nr. 8, 1964): S. 22-23.

<sup>391</sup> Vgl. Zukunft (Nr. 23, 1964): S. 7.

<sup>392</sup> Zukunft (Nr. 7, 1964): S. 23.

<sup>393</sup> Vgl. Zukunft (Nr. 7, 1964): S. 23.

<sup>394</sup> Vgl. Zukunft (Nr. 1, 1965): S. 2.

<sup>395</sup> Vgl. Zukunft (Nr. 1, 1965): S. 5.

<sup>396</sup> Vgl. Zukunft (Nr. 1, 1963): S. 23.

Leerlauf des Parteiapparates aufreibenden Parteispitze fest.<sup>397</sup> Die gegen Ende 1963 offen zu Tage getretene sogenannte Olah-Krise um den machtbewussten Innenminister verschärfte die Führungsproblematik in der SPÖ weiter und als Reaktion darauf entwickelte sich auch im BSA eine rege Diskussion darüber. Karl Czernetz betonte wiederholt, dass die SPÖ keine „Führerpartei“<sup>398</sup> sei, da an der Spitze keine Einzelperson stand, sondern ein Mitglied des Parteivorstandes, das durch die Parteivertretung gewählt wurde.<sup>399</sup> Auch nach Ansicht Christian Brodas bedurfte die Partei keines „Führers“<sup>400</sup>, da ein solcher nur auf sich bedacht sei und ohne ideologische Diskussion Entscheidungen im Alleingang treffen würde. Die SPÖ müsse aber alle Parteibelange unter den Vertrauensleuten sachlich, offen und in aller Freiheit diskutieren, um auch im Inneren den demokratischen Ansprüchen gerecht zu werden. Broda wandte sich gegen die starken Männer und warf Olah plebiszitäre Demagogie vor.<sup>401</sup> Auch Jaques Hannak sprach sich gegen einen starken Mann aus und kritisierte die SPÖ-Spitze dafür, dass sie den von ihm so bezeichneten „Reformern“ – die er im Sinne von PutschistInnen verstanden wissen wollte – zu viel Spielraum gegeben und diese dadurch beim Emporkommen unterstützt hätte.<sup>402</sup> Der damalige Generaldirektor der BAWAG (Bank für Arbeit und Wirtschaft) Fritz Klenner widersprach Czernetz und warf ihm vor, dass er sich in seiner Kritik zu sehr auf eine einzelne Person konzentriere. Klenner hielt fest, dass es in der SPÖ immer wieder Führungspersönlichkeiten mit starker Außenwirkung gegeben hatte, die aber trotz allem keine „Führer“<sup>403</sup> gewesen wären. Klenner sah ein generelles Führungsproblem in der SPÖ. Er kritisierte die alleinige Zuspitzung auf den Fall Olah, da die Probleme für ihn tiefer lagen.<sup>404</sup> Auch für Nenning ging die Betrachtung von Czernetz zu wenig weit und er warf ihm vor, von einem idealistischen Parteibild auszugehen. Czernetz wurde vorgehalten davon auszugehen, dass Olah sich als nicht benötigter Reformers der Partei deklarierte, der aber letztlich nur an seinem eigenen Vorankommen interessiert war und deswegen keine ernsthafte Gefahr für das Gefüge der Partei darstellte. Für Nenning war der Fall Olah aber keine Randerscheinung und

---

<sup>397</sup> Vgl. Zukunft (Nr. 4, 1963): S. 23.

<sup>398</sup> Zukunft (Nr. 5, 1964): S. 2.

<sup>399</sup> Vgl. Zukunft (Nr. 5, 1964): S. 2.

<sup>400</sup> Zukunft (Nr. 7, 1964): S. 21.

<sup>401</sup> Vgl. Zukunft (Nr. 7, 1964): S. 21-22.

<sup>402</sup> Vgl. Zukunft (Nr. 7, 1964): S. 22-23.

<sup>403</sup> Zukunft (Nr. 8, 1964): S. 17.

<sup>404</sup> Vgl. Zukunft (Nr. 8, 1964): S. 17.

er ortete tiefer liegende Probleme bis in die untersten Parteiebenen. Hier sah er Herausforderungen im parteiinternen Wahlmodus, bei der Auswahl der KandidatInnen und auch in der Ämterkumulierung.<sup>405</sup> In *Der starke Mann – Ein Zeichen unserer Schwäche* stellte der Publizist und Parteifunktionär Walter Hacker fest, dass ein starker Mann in der Demokratie immer ein Zeichen für Schwäche sei. Für ihn war der Fall Olah ein Zeichen für die mangelnde Initiative Berufener, welche Alleingänge machtbewusster FunktionärInnen erst ermöglichten.<sup>406</sup> Auch Hindels wandte sich gegen den autoritären Führungsstil eines starken Mannes, da der Sozialismus mehr Demokratie und mehr Mitbestimmung bedeute.<sup>407</sup> In der Aufarbeitung des Falles Olah gestand Czernetz im Herbst 1964 dann doch noch eine schwere Führungskrise in der SPÖ ein, erachtete den Fall mit dem Parteiausschluss von Olah aber als abgeschlossen.<sup>408</sup> Zum vorläufigen Abschluss der Affäre meldete sich auch Parteivorsitzender Bruno Pittermann zu Wort und fasste den Fall zusammen. Er betonte, dass die SPÖ an der Führung durch eine Persönlichkeit – die aus dem Gremium des Parteivorstandes ausgewählt wird – festgehalten hätte. Diese Praxis würde weiter der alleinigen Führung eines Einzelnen – einem sogenannten reinen „Führerprinzip“ – vorgezogen. Er räumte ein, dass Olah die Stimmung der schwankenden FunktionärInnen geschickt für seine Ziele ausgenutzt hätte. Zum Vorwurf den Disziplinlosigkeiten gegenüber zu lange Nachsicht geübt zu haben, entgegnete Pittermann, dass es in demokratischen Führungsgremien länger dauere, bis ein Beschluss gefasst werde.<sup>409</sup> Fritz Klenner stellte in der Olah-Krise abschließend die Frage, welche Voraussetzungen in der SPÖ gegeben waren, die einen ehrgeizigen Politiker so weit kommen ließen. Für ihn waren das vor allem die Probleme der SPÖ, sich in der gesellschaftlichen und politischen Taktik anpassen zu können.<sup>410</sup> Hermann Mörth kritisierte die SPÖ-Führungsgremien auch dafür, dass man Olah nicht schon 1961 für seinen Alleingang und die Mandatsniederlegung zur Rechenschaft gezogen und den populistischen Politiker 1963 auch noch zum Innenminister gemacht hatte, der dann seine Amtsvorgänger Josef Afritsch und

---

<sup>405</sup> Vgl. Zukunft (Nr. 8, 1964): S. 18-20.

<sup>406</sup> Vgl. Zukunft (Nr. 8, 1964): S. 21.

<sup>407</sup> Vgl. Zukunft (Nr. 8, 1964): S. 24.

<sup>408</sup> Vgl. Zukunft (Nr. 19, 1964): S. 10.

<sup>409</sup> Vgl. Zukunft (Nr. 21/22, 1964): S. 13-14.

<sup>410</sup> Vgl. Zukunft (Nr. 23, 1964): S. 4-5.

Oskar Helmer bloßstellte.<sup>411</sup> Gegen Ende der Koalitionsperiode wurde der Fall Olah nochmals zu einem Punkt der Kritik. Karl Czernetz warf der SPÖ vor, Olah und die von ihm gegründete Demokratisch fortschrittliche Partei (DFP) im Wahlkampf 1966 unterschätzt zu haben. Die SPÖ hätte den Fall Olah zu schnell zu den Akten gelegt und das Protestpotential seiner WählerInnen unterschätzt.<sup>412</sup>

Hermann Mörth erkannte nach der Wahl 1962 strukturelle Probleme und stellte fest, dass die SPÖ an „Administritis“<sup>413</sup> leide, also an einem Hang zu immer mehr Verwaltung. Diese wirke sich auf verschiedensten Ebenen aus und führe zur Schwerfälligkeit des Parteiapparates.<sup>414</sup> Walter Franek, ein Parteifunktionär und Stadtrat in St. Pölten, stellte fest, dass auf Parteiveranstaltungen nur mehr Organisatorisches besprochen wurde und dadurch die Diskussionskultur gelitten hätte.<sup>415</sup> Auch der Psychologe Hans Werbik sah im aufgeblähten Verwaltungsapparat ein strukturelles Problem der SPÖ und forderte daher, dass die politische Willensbildung wieder an die unteren Parteiebenen zu delegieren sei. Andernfalls würde die Parteitätigkeit dieser Bereiche zur reinen Administration verkommen. Die Verlagerung der politischen Willensbildung hätte die Struktur des Vertrauenspersonenapparates verändert und das sinkende politische, ideologische Interesse gefördert. Übrig geblieben seien schließlich nur ParteimitarbeiterInnen, die sich durch ihre Mitarbeit verschiedenste Vergünstigungen erhofften.<sup>416</sup>

Zu den weiteren strukturellen Problemen hielt Mörth fest, dass eine kleine Anzahl idealistischer Vertrauensleute die Hauptlast der unteren Organisationsarbeit tragen müssten und die MinisterInnen sich in den kleinen Sektionsabenden aufgerieben hätten, während die breite Masse passiv bliebe.<sup>417</sup> In der Kritik der strukturellen Probleme wurde auch die mangelnde Information für Vertrauensleute thematisiert. Dies hätte dazu geführt, dass diese die Meinungsbildung bei den WählerInnen nicht mehr ausreichend vornehmen konnten, wodurch sich die Kluft zwischen WählerInnen und der Partei vergrößert hätte.<sup>418</sup> Der fehlende Kontakt

---

<sup>411</sup> Vgl. Zukunft (Nr. 23, 1964): S. 6.

<sup>412</sup> Vgl. Zukunft (Nr. 6, 1966): S. 4.

<sup>413</sup> Zukunft (Nr. 4, 1963): S. 20.

<sup>414</sup> Vgl. Zukunft (Nr. 4, 1963): S. 21.

<sup>415</sup> Vgl. Zukunft (Nr. 10, 1964): S. 24.

<sup>416</sup> Vgl. Zukunft (Nr. 23, 1964): S. 8-10.

<sup>417</sup> Vgl. Zukunft (Nr. 4, 1963): S. 23.

<sup>418</sup> Vgl. Zukunft (Nr. 10, 1963): S. 19.

zwischen den überlasteten FunktionärInnen und den Mitgliedern wurde mehrfach kritisiert<sup>419</sup> und der Partei wurde vorgeworfen, in der Vergangenheit eigenmächtig ohne wirklichen Kontakt zu den WählerInnen agiert zu haben.<sup>420</sup>

Der SJÖ-Vorsitzende Heinz Nittel kritisierte, dass die mangelnde Einbindung der Jugendlichen in die Parteigremien ein Generationsproblem heraufbeschworen hätte und forderte daher mehr Mitsprache. Er hielt fest, dass die Jugendlichen die veralteten Strukturen als antiquiert empfinden würden und kritisierte, dass die Sektionszusammenkünfte zur „Vereinsmeierei“ verkommen seien.<sup>421</sup> Dieser Vorwurf wurde auch von Redakteur Viktor Pospischil bekräftigt.<sup>422</sup>

Auch bei der gängigen Praxis der Bestellung von FunktionärInnen kritisierten Pospischil und weitere SPÖ-FunktionärInnen, dass die KandidatInnen meist schon zuvor festgesetzt worden waren und in der Ämterkumulierung sowie der Entschädigungspostenvergabe wurde ein Strukturproblem erkannt.<sup>423</sup> Nenning bezeichnete neben der Ämterkumulierung die Machtkonzentration in den oberen Ebenen als weiteres Strukturproblem und forderte eine „Entfettungskur“ für die SPÖ-Führungsgremien.<sup>424</sup>

### **3.6.2 Auf dem Weg zur Catch-All-Partei?**

In seinem Beitrag *Die Sozialdemokratie ist keine Allerweltpartei* sprach der scheidende SPÖ-Bundesgeschäftsführer Josef Cap notwendige Reformen in der SPÖ an. Er forderte von der SPÖ, dass sie sich wieder für Haltungen und Wertungen entscheiden müsse und verlangte mehr Chancen auf Mitentscheidung in der Partei, um neue Mitglieder gewinnen zu können.<sup>425</sup> Angesichts der sinkenden Mitgliederzahlen versuchte die SPÖ in den 1990er Jahren abseits der Kernschichten neue WählerInnen zu finden. Dazu lud die SPÖ Nichtmitglieder mit Themeninitiativen und Projektgruppenarbeiten zur Mitarbeit ein. Die Kritik an dieser versuchten Öffnung richtete sich nicht gegen das Vorhaben selbst, sondern bezog sich

---

<sup>419</sup> Vgl. Zukunft (Nr. 1, 1965): S. 17.

<sup>420</sup> Vgl. Zukunft (Nr. 13/14, 1965): S. 49.

<sup>421</sup> Vgl. Zukunft (Nr. 11/12, 1963): S. 26.

<sup>422</sup> Vgl. Zukunft (Nr. 21/22, 1964): S. 53.

<sup>423</sup> Vgl. Zukunft (Nr. 5, 1964): S. 26-27 sowie Zukunft (Nr. 23, 1964): S. 18 sowie Zukunft (Nr. 19, 1965): S. 27.

<sup>424</sup> Vgl. Zukunft (Nr. 8, 1964): S. 19.

<sup>425</sup> Vgl. Zukunft (Nr. 12, 1995): S. 38.



zumeist auf die praktische Durchführung dieser Strategie. Es wurde kritisiert, dass die Themeninitiativen zu unspezifisch konzipiert waren. Durch die Vorlage unkonkreter Themen fanden sich auch nur äußerst unspezifische Gruppen zusammen. Da die eigentlichen Organisationsstrukturen jedoch erhalten blieben, lagen die Entscheidungen für Initiativen weiterhin bei den bisherigen Parteigremien. Dies führte nahezu zwangsläufig zu Enttäuschungen bei den TeilnehmerInnen. Die Initiativen hatten auch für die SPÖ nur geringen Nachhall und erbrachten kaum Zulauf neuer Mitglieder.<sup>426</sup>

Zum Wechsel an der Spitze der SPÖ im Jänner 1997 lässt der SPÖ-Bundesrat Albrecht K. Konecny die Ära Vranitzky Revue passieren. Er bezeichnete diese als keine der Vollendung zustrebende oder als eine Zeit der großen neuen Zukunftsentwürfe. Er hielt fest, dass Vranitzky wenig visionär, aber diese Phase des Umbruchs auch keine Zeit großer Visionen gewesen sei. Konecny kritisiert die SPÖ dafür, dass es ihr nicht gelungen wäre, die städtischen Mittelschichten dauerhaft an sich zu binden. Er bezeichnete den Wechsel zu Viktor Klima zwar als Anzeichen für die Änderung des politischen Stils, er stellte sich aber gleichzeitig die Frage, ob der Führungswechsel alleine schon neue Zukunftsperspektiven brächte.<sup>427</sup>

In der Diskussion um das neue Grundsatzprogramm der SPÖ während des Jahres 1998 wurde ein genereller Mangel festgestellt, der die SPÖ ins Fahrwasser der Beliebigkeit abdriften ließe. So wurde der SPÖ vorgeworfen, im Entwurf die Begriffe Kapitalismus und Sozialismus nur schwammig zu umschreiben beziehungsweise fast peinlich zu vermeiden.<sup>428</sup> Die Anzahl der in den Entwurf eingeflossenen Punkte erweckte den Eindruck, dass möglichst viele Gruppen angesprochen werden sollten und als versuche die Partei einen „gesellschaftspolitischen Spagat“.<sup>429</sup> Die allgemeinen Formulierungen und „No na’-Aussagen“<sup>430</sup> wurden kritisiert, da sie praktisch für alle Gruppierungen Gültigkeit hätten und der Entwurf eher den Eindruck einer Alibiaktion erwecke.<sup>431</sup> Hannes Swoboda, seit 1996 Europaparlamentarier für die SPÖ, ging nach der Wahlniederlage im Oktober 1999 auf mögliche Ursachen ein. Für ihn zeigte die SPÖ zu wenig Profil und versuche, eine

---

<sup>426</sup> Vgl. Zukunft (Nr. 7, 1996): S. 8-11.

<sup>427</sup> Vgl. Zukunft (Nr. 3, 1997): S. 6.

<sup>428</sup> Vgl. Zukunft (Nr. 7/8, 1998): S. 26.

<sup>429</sup> Zukunft (Nr. 9, 1998): S. 12.

<sup>430</sup> Zukunft (Nr. 9, 1998): S. 12.

<sup>431</sup> Vgl. Zukunft (Nr. 9, 1998): S. 12.

„Catch-All-Partei“<sup>432</sup> zu sein. Dabei würden aber immer mehr heikle Themen zu Tabuthemen erklärt und ausgeklammert. Die SPÖ sei zu beliebig gewesen und hätte keine klaren Aussagen und Ziele formulieren können.<sup>433</sup>

In der Analyse zur Nationalratswahl von 1995 und der EU-Wahl von 1996 wurde die SPÖ dafür kritisiert, ihre Kompetenz auf dem Beschäftigungssektor eingebüßt zu haben. Der FPÖ sei es dadurch vor allem bei den FacharbeiterInnen gelungen, ihr Stimmenpotential auszubauen. Der SPÖ wurde vorgeworfen, ihre stetig schrumpfende KernwählerInnenschicht bei der ArbeiterInnenschaft zu vernachlässigen<sup>434</sup>:

Unzweifelhaft haben sie sich von der Sozialdemokratie vernachlässigt gefühlt, und es war ja evident, daß manche Spitzenfunktionäre der SPÖ mehr Interesse am Kampf gegen Aluminiumdosen und Plastikflaschen hatten als an der Aufrechterhaltung der Beschäftigung.<sup>435</sup>

Die Sparpakete der vorangegangenen Jahre belasteten die KleinverdienerInnen übermäßig und verhalfen der FPÖ zu weiterem Zulauf. Die Freiheitlichen nutzten die Stimmung der enttäuschten WählerInnen aus und positionierten sich erfolgreich als Partei des sogenannten „kleinen Mannes“. Besonders das Versprechen die Arbeitsplätze zu sichern, das in den vorherigen SPÖ-Wahlkampagnen gegeben, aber nicht eingehalten wurde, verärgerte die WählerInnen.<sup>436</sup> Es wurde kritisiert, dass die SPÖ ihre soziale Kompetenz verloren hätte und dass sich große Gruppen von ModernisierungsverliererInnen und sozial Schwächeren nicht mehr von der Sozialdemokratie vertreten fühlten. Dies verstärkte den Trend zur Abwanderung dieser Gruppen ins freiheitliche Lager noch weiter.<sup>437</sup> Der aus diesem Grund erfolgte Wechsel der weniger qualifizierten ArbeiterInnenschaft zur FPÖ sei nicht aus kurzfristigem Protest entstanden und stelle die SPÖ vor ein dauerhaftes Legitimationsproblem.<sup>438</sup>

Der Strukturwandel der politischen und wirtschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten weg von der Politik hin zu Machtgruppen außerhalb des

---

<sup>432</sup> Zukunft (Nr. 10, 1999): S. 22.

<sup>433</sup> Vgl. Zukunft (Nr. 10, 1999): S. 22-23.

<sup>434</sup> Vgl. Zukunft (Nr. 3, 1996): S. 18 sowie Zukunft (Nr. 11, 1996): S. 4.

<sup>435</sup> Zukunft (Nr. 3, 1996): S. 18.

<sup>436</sup> Vgl. Zukunft (Nr. 11, 1996): S. 40-41.

<sup>437</sup> Vgl. Zukunft (Nr. 12, 1996): S. 4.

<sup>438</sup> Vgl. Zukunft (Nr. 3, 1997): S. 7.

demokratischen Einflusses wurde festgestellt und der Sozialdemokratie vorgeworfen, diese Entwicklung verschlafen zu haben. Geäußert wurde auch die allgemeine Kritik an der Entwicklung, dass die Politik nur mehr günstige Rahmenbedingungen für den Markt schaffen dürfe und selbst kaum mehr lenkend eingreifen solle. Gleichzeitig wurde daran gezweifelt, dass die SPÖ die Entwicklung in Richtung der Massenarbeitslosigkeit und zur steigenden Zahl der „arbeitenden Armen“ aufhalten könne. Das Betreiben einer Politik, die nur die schlimmsten Auswirkungen des Neoliberalismus zu lindern versucht, wurde in diesem Kontext ebenfalls mehrfach kritisiert<sup>439</sup>:

Sie wollen doch nicht, solange man Ihnen noch die Macht dazu läßt, nur mehr die Demolierung des Wohlfahrtsstaates so ‚sozialschonend‘ als möglich administrieren? Wann werdet Ihr endlich den Leuten die Wahrheit darüber sagen, was auf sie zukommt – oder wollt Ihr warten, bis sie aus Verzweiflung an der Zukunft in Massen irgendeinem Schicki-Micki-Faschisten nachlaufen [...]?<sup>440</sup>

Nach der erfolgreichen Wahl im Dezember 1995 erging eine Mahnung an die SPÖ, sich nicht auf Erreichtem auszuruhen. Die Große Koalition wurde dafür kritisiert, dass sie mit ihrer Klientelpolitik einen „Immobilismus“<sup>441</sup> praktiziert hätte. So wurden die Ministerien nach der schlecht verlaufenen Wahl 1994 von beiden Parteien nicht umbesetzt. In diesem Zusammenhang wurde speziell der SPÖ vorgeworfen, sich in den letzten Jahren nur mehr auf die Verteidigung ihrer sozialpolitischen Errungenschaften früherer Jahrzehnte zu konzentrieren.<sup>442</sup> Albrecht K. Konecny forderte nach den beiden schlecht ausgefallenen Wahlen im Herbst 1996 von der SPÖ, wieder linke Politik zu machen. Die Partei solle nicht nur Bestehendes zu bewahren suchen, sondern Mut in der politischen Gestaltung zeigen.<sup>443</sup> Vielfach wurde kritisiert, dass die SPÖ nur mehr als Bewahrerin von Althergebrachtem angesehen werde und kaum noch politische Visionen entwickeln könne.<sup>444</sup> Gerade von den Intellektuellen, den städtisch Bessersituierten, der Mittelschicht und generell den Jugendlichen wurde die SPÖ als müde, statisch und als Verkörperung des Bestehenden angesehen.<sup>445</sup>

---

<sup>439</sup> Vgl. Zukunft (Nr. 10, 1997): S. 8-10.

<sup>440</sup> Zukunft (Nr. 10, 1997): S. 9.

<sup>441</sup> Zukunft (Nr. 1, 1996): S. 14.

<sup>442</sup> Vgl. Zukunft (Nr. 1, 1996): S. 14-15.

<sup>443</sup> Vgl. Zukunft (Nr. 11, 1996): S. 4-8.

<sup>444</sup> Vgl. Zukunft (Nr. 11, 1996): S. 28.

<sup>445</sup> Vgl. Zukunft (Nr. 12, 1996): S. 4.

Auch die langen Jahre der Regierungsbeteiligung gingen nicht spurlos an der SPÖ vorüber und sie wurde dafür kritisiert, dass die Organisation verkümmert und der Schwung verloren gegangen sei. Vielen FunktionärInnen fehle es an Engagement und auch an Kompetenz, politische Anliegen zeitgemäß zu vermitteln.

Das immer noch vorkommende Eintreten mancher GenossInnen für die klassenlose Gesellschaft wurde ebenfalls kritisiert.<sup>446</sup> Im Wahlkampf zur Wahl 1999 warnte Konecny die SPÖ davor, sich auf den Lorbeeren der Vergangenheit auszuruhen und dass nachfolgende Generationen nur begrenzte Geduld mit der SPÖ an den Tag legen würden, da die Partei beinahe nach einer ewig Regierenden aussehe.<sup>447</sup> Nach der verlorenen Wahl 1999 lautete daher einer der Vorwürfe, dass sich die SPÖ in den dreißig Jahren in der Regierung zu einer Partei des Establishments gewandelt hätte<sup>448</sup> und nunmehr erst in die Rolle einer Oppositionspartei wachsen müsse.<sup>449</sup>

### **3.6.3 Mangelndes Durchsetzungsvermögen**

Auch einige Monate nach dem Zustandekommen der neuen Regierungskoalition verstummten die kritischen Stimmen zum schlechten Verhandlungsergebnis für die SPÖ nicht. So sprach der damalige BSA-Präsident Caspar Einem noch im März 2007 von einem Sturm der Enttäuschung und Entrüstung über das Koalitionsabkommen und die Regierungsbildung, der erst allmählich abflaue.<sup>450</sup> Redakteur und vormaliger SJÖ-Vorsitzender Ludwig Dvorak kritisierte, dass bei den Regierungsverhandlungen mit der ÖVP mehr herauszuholen gewesen wäre. Der anfängliche Einsatz transparenter Verhandlungen und die öffentliche Meinung, in der die ÖVP als schlechte Verliererin wahrgenommen wurde, verschafften der SPÖ einen gewissen strategischen Vorteil. Diesen hätte die SPÖ aber durch den Eintritt in Geheimverhandlungen mit der ÖVP jedoch bald wieder eingebüßt. In den Verhandlungen sei die SPÖ schlussendlich von der besser vorbereiteten und koordinierten ÖVP an die Wand gespielt worden. Die Anliegen der SPÖ hätten nur als unverbindliche Eventualitäten Eingang in das Regierungsprogramm gefunden,

---

<sup>446</sup> Vgl. Zukunft (Nr. 9, 1998): S. 13-14.

<sup>447</sup> Vgl. Zukunft (Nr. 9, 1999): S. 22.

<sup>448</sup> Vgl. Zukunft (Nr. 10, 1999): S. 22.

<sup>449</sup> Vgl. Zukunft (Nr. 2, 2000): S. 8.

<sup>450</sup> Vgl. Zukunft (Nr. 3, 2007): S. 8.

während die Anliegen der ÖVP als unabdingbar dargestellt worden wären. Das Regierungsabkommen hätte in der Folge viele SPÖ-WählerInnen demoralisiert und zur Resignation der FunktionärInnen geführt. Auch das frühe Abrücken von der Option einer Minderheitsregierung hielt Dvorak für falsch. Er vermutete, dass die ÖVP alles daran setzen werde, jedem substanziellen Projekt der SPÖ erbitterten Widerstand entgegenzubringen und er warnte die SPÖ vor dem Trugschluss, eine faire Partnerschaft mit der ÖVP entwickeln zu können. Als Beispiel dafür erwähnte er das Kippen der Erbschaftssteuer durch die ÖVP. Er riet der SPÖ zu mehr Durchhaltevermögen und riet der SPÖ davon ab, vor der ÖVP zu kapitulieren, um Konflikte zu lösen: „Die SPÖ muss ihren eigenen Standpunkt klarmachen – nicht um ihn dann auf dem schnellstmöglichen Weg zu begraben, sondern um ihn offensiv durchzufechten.“<sup>451</sup>

Abschließend hielt Dvorak den enormen Glaubwürdigkeitsverlust der SPÖ fest und forderte die SPÖ auf, weniger Koalitionstreue an den Tag zu legen.<sup>452</sup> Auch beim Thema Steuerreform hätte es die SPÖ nicht vermocht, ihre Positionen zur Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen durchzusetzen. Der Ökonom Peter Rosner kritisierte, dass die ÖVP es erreicht hatte, auch bei den höheren Einkommen die Steuern zu senken. Die sich daraus ergebende Defizitvergrößerung musste wiederum durch Ausgabensenkungen ausgeglichen werden, da eine vorübergehende Erhöhung des Budgetdefizits keine Lösung darstellen konnte. Die zusätzlichen Forderungen der SPÖ aus dem Wahlkampf zur Sozialleistungserhöhung bei Gesundheit, Pflege, Bildung, Forschung sowie zur Armutsbekämpfung sah er in der Koalition nicht uneingeschränkt verwirklicht. Selbst bei einer absoluten Mehrheit hätte sich die SPÖ nach dem wirtschaftlich Machbaren zu richten gehabt.<sup>453</sup>

Im Wahlkampf 2008 kritisierte Caspar Einem die fehlenden inhaltlichen Festlegungen in der Kampagnengestaltung. Er führt diese Strategie darauf zurück, dass die SPÖ nach den richtigen – aber auch uneinlösbaren Wahlversprechen – von 2006 im laufenden Wahlkampf auf ähnliche Versprechen verzichten musste, da die ÖVP die vollmundigen Versprechen von 2006 schon allein des politischen Kalküls wegen zu verhindern wusste.<sup>454</sup>

---

<sup>451</sup> Zukunft (Nr. 5, 2007): S. 29.

<sup>452</sup> Vgl. Zukunft (Nr. 5, 2007): S. 28-29.

<sup>453</sup> Vgl. Zukunft (Nr. 6, 2008): S. 50.

<sup>454</sup> Vgl. Zukunft (Nr. 10, 2008): S. 6-7

Der politische Kampagnenmanager Stefan Bachleitner erinnerte an die Reformpläne am Beginn der 1990er Jahre, mit denen die SPÖ ihre Strukturen offener gestalten wollte. KandidatInnen für öffentliche Mandate sollten durch eine demokratische Vorwahl gefunden werden, in wichtigen politischen Fragen sollten Mitgliederbefragungen durchgeführt werden und mittels Themeninitiativen sollten Nichtparteimitglieder zur Mitarbeit angeregt werden. Bachleitner sah keines dieser Vorhaben verwirklicht. Er stellte die kritische Frage nach dem innerparteilichen Demokratieverständnis.

Eine weitere Kernfrage für Bachleitner stellte sich zur Rolle der Parteibasis im Organisationsverständnis der SPÖ. Besonders der Zusammenbruch des Realsozialismus und die zunehmende Individualisierung ließen die althergebrachten Parteistrukturen obsolet erscheinen. Mit dem Motto „Mehr an Partizipation“ sollten auch die strukturkonservativen lokalen und regionalen FunktionärInneneliten zurückgedrängt werden. Mehr als ein Jahrzehnt später lautete der kritische Befund Bachleitners, dass von der damaligen Hoffnung auf Veränderung nichts mehr zu bemerken sei. Mitverantwortlich dafür machte er auch den Wandel in den Kommunikationsstrukturen. WählerInnen, Mitglieder und auch FunktionärInnen bezogen ihre Informationen nun hauptsächlich aus den Medien und nicht länger von den Parteivertrauensleuten selbst. Dies hemme aber vor allem den wichtigen Informationsfluss von außen zu den Parteiführungsgremien. Die daraus folgende mangelnde Information über die politische Interessenlage der WählerInnen erschwere die Kampagnenausrichtung vor allem bei der hart umkämpften Gruppe der WechselwählerInnen. Die traditionellen Parteistrukturen verlören darüber hinaus immer mehr an Bedeutung und dienten nur mehr als Rekrutierungspools für MandatarInnen. Die moderne Mediengesellschaft erfordere die mediengerechte Inszenierung der Parteitage und anderer Parteiveranstaltungen und diese böten daher kaum noch Platz zur kritischen Diskussion. Auch die Jugendorganisationen sind für Bachleitner nur mehr Pools für die Zusammenstellung flexibler Kampagnenteams. Aus dieser Entwicklung folgte er die Entfremdung der immer weniger in die Parteistrukturen eingebundenen Parteimitglieder, denn es gebe „[k]aum ein einfaches Parteimitglied, das sich der Illusion hingibt, Einfluss auf die politischen Entscheidungen oder das Auftreten der SPÖ ausüben zu können.“<sup>455</sup>

---

<sup>455</sup> Zukunft (Nr. 5, 2007): S. 23.

Bachleitner erkannte einen langsamen Wandel von einer Mitgliederpartei zu einer Fraktionspartei, bei der die Parteibasis nicht mehr aus einfachen Mitgliedern sondern einer Schicht von FunktionärInnen gebildet wurde.<sup>456</sup> Der Vorsitzende der SJÖ, Wolfgang Moitzi, kritisierte die strukturelle Schwäche bei der Einbindung politisch interessierter Jugendlicher in die politischen Entscheidungsprozesse. Er forderte auch die verstärkte Einbindung der Parteibasis, da ohne sie der Kontakt zu den Menschen vor Ort verloren gegangen war.<sup>457</sup>

Anlässlich der Nachsicht, mit der Bundeskanzler Gusenbauer die Wehrsportfotos von Heinz-Christian Strache kommentierte, stellte der ehemalige sozialdemokratische Innenminister Caspar Einem die Frage, ob sich der Parteichef die Koalitionsoption mit der FPÖ offen halten wolle. Einem zeigte angesichts der von Beginn an bestehenden Koalitionsschwierigkeiten mit der ÖVP ein gewisses Verständnis dafür, nach Alternativen zu suchen. Er stellte aber fest, dass die FPÖ als populistische Partei, die bestimmte Personengruppen als Feindbilder zur Emotionalisierung missbraucht, keine echte Alternative darstelle. Für Einem käme eine derartige Kooperation nur in Frage, wenn sich die FPÖ von rechten Burschenschaften distanzieren und eine eindeutige Position zu den Verbrechen des Nationalsozialismus einnehmen würde. Des Weiteren forderte er, dass die FPÖ alle Gruppen unabhängig von ihrer Herkunft, sexuellen oder religiösen Orientierung oder ihres Berufsstandes zu respektieren hätte. Gerade in diesen Bereichen sah Einem aber klare Grenzen in der Annäherung zur FPÖ. Schlussendlich kritisierte Einem die allzu offensichtlichen Strategiespiele und die plumpe Annäherung an die FPÖ und warnt die SPÖ davor, dass die WählerInnen dies erkennen und abmahnen würden.<sup>458</sup>

### **3.6.4 Zusammenfassung BSA**

Das theoretische Organ und die Diskussionsplattform der SPÖ befasste sich in der Endphase der ersten Großen Koalition mit der Problematik der voranschreitenden Entideologisierung. Diese machte sich besonders in den ideenlosen Wahlkämpfen, in denen kaum programmatische Akzente gesetzt wurden, bemerkbar. Der ideologisch

---

<sup>456</sup> Vgl. Zukunft (Nr. 5, 2007): S. 23-25.

<sup>457</sup> Vgl. Zukunft (Nr. 12, 2008): S. 45-46.

<sup>458</sup> Vgl. Zukunft (Nr. 3, 2007): S. 8-11.

verbrauchten Partei wurde prinzipienloser Opportunismus vorgeworfen. In der Phase der Dauerkonjunktur seit Kriegsende hätten sich die Mitglieder vor allem der praktischen Organisation des politischen Alltags gewidmet und dabei die Diskussion von Theorie und Ideologie vernachlässigt. Wiederholt wurde der Praktizismus, der als tägliche Parteiarbeit ohne ideologische Grundlage und sozialistische Zielsetzung definiert wurde, für die Entideologisierung hauptverantwortlich gemacht. Der Fall Olah zeigte 1963/64 die schwelende Führungskrise der SPÖ auf. Schon zuvor wurde der Parteiführung vorgeworfen, ohne echten Machtanspruch aufzutreten und Abnützungerscheinungen zu zeigen. Die Vorgänge um den machtbewussten Innenminister Olah führten zur Diskussion, ob die SPÖ noch eine Partei sei, die von Führungspersönlichkeiten geleitet würde oder ob sie sich in eine „Führerpartei“ entwickle. Die Führungskrise wurde nicht ausschließlich als das Emporkommen eines einzelnen ehrgeizigen Politikers gesehen; es wurde vielmehr die Frage gestellt, welche Voraussetzungen in der SPÖ gegeben waren, die Olah so weit kommen ließen. Der Vorwurf an die Parteiführung lautete, den Disziplinlosigkeiten Olahs gegenüber zu lange Nachsicht geübt zu haben und damit erst die Krise heraufbeschworen zu haben. Generell wurde festgestellt, dass die Führungskrise tiefer liegende Ursachen hatte und sich auch auf die untersten Parteiebenen erstreckte. Am Ende der Legislaturperiode wirkte die überstanden geglaubte Olah-Krise nochmals nach, als die von Olah gegründete Demokratische Fortschrittliche Partei (DFP) Stimmen von der SPÖ abzog. Diese Verluste verhalfen der ÖVP schlussendlich zur absoluten Mehrheit und zur Auflösung der Großen Koalition, die seit dem Zweiten Weltkrieg Bestand gehabt hatte. Die SPÖ hatte in der Endphase der ersten Großen Koalition mit strukturellen Problemen zu kämpfen. Vor allem der aufgeblähte Verwaltungsapparat führte zur Schwerfälligkeit auf allen organisatorischen Ebenen. Diese sogenannte Administritis führte dazu, dass die Diskussionskultur auf Parteiveranstaltungen zum Erliegen kam und nur mehr organisatorische Belange behandelt wurden. In den unteren Parteiebenen wurde die Parteiarbeit zur rein administrativen Tätigkeit; dies führte zur Auslagerung der politischen Willensbildung auf die oberen Ebenen. Diese Verlagerung veränderte auch die Struktur des Vertrauensleuteapparates und förderte das sinkende politische und ideologische Interesse. Die verbliebenen idealistischen Vertrauensleute hatten die Hauptlast der Organisationsarbeit zu leisten, während ein Großteil der Parteimitglieder passiv blieb. Daneben führte mangelnde Information für die Vertrauensleute auch zum Verkümmern des politischen Austausches und der



Meinungsbildung zwischen Vertrauensleuten und WählerInnen. Auch der fehlende Kontakt zwischen den überlasteten FunktionärInnen sowie Mitgliedern und die allgemeine Kluft zwischen der Partei und den WählerInnen war diesen Strukturproblemen geschuldet.

In den 1990er Jahren sah sich die SPÖ sinkenden Mitgliederzahlen gegenüber und versuchte deshalb, über Themeninitiativen und Projektgruppen neue WählerInnen abseits der Kernschichten zu gewinnen. Diese waren meist nicht konkret formuliert und sprachen bei der praktischen Durchführung auch nur unspezifische Gruppen an. Gleichzeitig blieben die bei den Ergebnissen und der Verwertung der Initiativen entscheidenden Organisationsstrukturen unverändert. Dies führte zwangsläufig zur Enttäuschung der TeilnehmerInnen, hatte für die SPÖ kaum Nachhall und erbrachte keinen Zulauf neuer Mitglieder. Beim Wechsel der Parteispitze wurde dem scheidenden Parteivorsitzenden Vranitzky nachgesagt, wenig visionär gewesen zu sein, aber gleichzeitig bezweifelt, ob der Wechsel zu Klima neue Zukunftsperspektiven eröffnen würde. Auch bei der Diskussion um das neue Parteiprogramm wurde der SPÖ vorgeworfen, ins Fahrwasser der Beliebigkeit abzudriften. Mit dem neuen Programm wollte die SPÖ möglichst viele Gruppen ansprechen, aber die allgemein gehaltenen Formulierungen erzeugten das Bild einer Partei, die einen gesellschaftspolitischen Spagat vollführen wollte. Der SPÖ wurde durch die Ausklammerung heikler Themen mangelndes Profil vorgeworfen. Beim Versuch eine „Catch-All-Partei“ zu sein, war die SPÖ zu beliebig; sie formulierte weder klare Aussagen noch Ziele. In den 1990er Jahren erreichte die FPÖ verstärkt die KernwählerInnenschicht der SPÖ. Den Freiheitlichen gelang die Positionierung als Partei des „kleinen Mannes“ vor allem auch deshalb, weil die SPÖ ihre Kompetenz auf dem Beschäftigungssektor eingebüßt hatte und die Sparpakete der Regierung gerade die KleinverdienerInnen übermäßig belasteten. Die KernwählerInnenschicht wandte sich enttäuscht von der SPÖ ab, da diese ihr Wahlversprechen der Arbeitsplatzsicherung kaum einhalten konnte. Die Abwanderung entsprang keinem kurzfristigen Protest frustrierter WählerInnen und bedeutete ein langfristiges Legitimationsproblem für die Partei. Der SPÖ wurde vorgeworfen, keine Konzepte gegen die drohende Massenarbeitslosigkeit entwickeln zu können. Des Weiteren wurde kritisiert, dass die SPÖ nur versuchte, die schlimmsten Auswirkungen des Neoliberalismus zu lindern und die Demontage des Wohlfahrtsstaates so

sozialschonend wie möglich zu administrieren. Der SPÖ wurde während der Legislaturperiode mehrfach vorgeworfen, nur die sozialpolitischen Errungenschaften voriger Jahrzehnte zu verteidigen und keine innovative linke Politik mehr zu betreiben. Die SPÖ wurde als Bewahrerin von Althergebrachtem angesehen und wirkte gerade bei Intellektuellen, städtisch Bessersituierten, der Mittelschicht und den Jugendlichen als müde und statisch. Gleichzeitig verkümmerte auch die Organisation der Sozialdemokratie und vielen FunktionärInnen fehlte es an Engagement. Nach dreißig Jahren Regierungsbeteiligung erschien die SPÖ kaum mehr visionär und wurde als Partei des Establishments angesehen.

Der SPÖ wurde bei der Neuaufgabe der Großen Koalition ab 2007 vorgeworfen, sich von Anfang an nicht gegenüber der ÖVP durchsetzen zu können. Beginnend mit den schlecht verlaufenen Regierungsbildungsverhandlungen, bei denen laut Ansicht vieler Parteimitglieder mehr herauszuholen gewesen wäre, richtete sich die Kritik an das Führungsgremium um Kanzler Gusenbauer. Der SPÖ wurde vorgeworfen, ihre eigenen Anliegen nicht energisch genug verteidigt zu haben und der ÖVP zu großen Spielraum für die Durchsetzung der konservativen Anliegen geboten zu haben. Die von der ÖVP forcierte Abschaffung der Erbschaftssteuer wurde ebenso kritisiert wie die Steuerreform, bei der die ÖVP die ursprünglich nicht vorgesehene Entlastung der höheren Einkommen in das Reformpaket hineinreklamiert hatte. Generell wurde missbilligt, aus falsch verstandener Koalitionstreue den Konflikten mit der ÖVP aus dem Weg gegangen zu sein und der ÖVP-Blockade bei der Durchsetzung der Wahlversprechen wenig entgegengesetzt zu haben. Bei der Analyse der Strukturprobleme der SPÖ wurde an das Vorhaben der Partei aus den 1990er Jahren erinnert. Damals war versucht worden, dem WählerInnenschwund durch eine Öffnung der SPÖ zu begegnen. Ein Jahrzehnt später waren jedoch weder Mitgliederbefragungen, Themeninitiativen noch die demokratische Vorwahl der MandatarInnen verwirklicht. Die Parteistrukturen wurden teilweise durch die veränderten Kommunikationsstrukturen obsolet, da WählerInnen, Mitglieder und auch FunktionärInnen ihre politischen und parteispezifischen Informationen nicht länger von den Vertrauensleuten sondern über Medien bezogen. Dies wirkte sich auch auf den Informationsfluss in die entgegengesetzte Richtung aus. Die führenden Parteigremien erhielten immer weniger Information über die politischen Anliegen ihrer WählerInnen. Den traditionellen Parteistrukturen wurde zugeschrieben, nur

mehr ein Rekrutierungspool für MandatarInnen zu sein. Die der modernen Mediengesellschaft geschuldete Inszenierung von Parteiveranstaltungen ließ auch kaum Platz für die kritische Auseinandersetzung mit der SPÖ-Politik und beschleunigte die Entfremdung der immer weniger in die Parteistrukturen eingebundenen einfachen Parteimitglieder von der Parteiführung. Aus der Mitgliederpartei entwickelte sich eine Fraktionspartei, bei der die Parteibasis von ParteifunktionärInnen statt Mitgliedern gebildet wurde. Der Parteivorsitzende Gusenbauer wurde am Beginn seiner Kanzlerschaft dafür kritisiert, eine Annäherung an die FPÖ signalisiert zu haben. Er kommentierte die Wehrsportfotoaffäre des freiheitlichen Parteivorsitzenden Heinz-Christian Strache mit äußerster Nachsicht, wofür er parteiintern kritisiert wurde. Da die Regierungsbildungsverhandlungen mit der ÖVP negativ verlaufen waren und sich die Zusammenarbeit mit der konservativen Koalitionspartnerin schwierig gestaltete, wurde gewisses Verständnis für das Offenhalten der Option einer kleinen Koalition gezeigt. Trotzdem war eine Kooperation nur unter der Voraussetzung vorstellbar, dass sich die populistische FPÖ von den rechten Burschenschaften distanzieren und eine eindeutige Position zu den Verbrechen des Nationalsozialismus einnehmen würde. Gleichzeitig erging auch die Warnung vor allzu offensichtlichen Strategiespielen und der Hinweis darauf, dass die WählerInnen eine plumpe Annäherung an die FPÖ bei den nächsten Wahlen abmahnen würden.

## **4 Interpretation der Analyseergebnisse**

Nach der Darstellung der in den Mitgliederzeitschriften der einzelnen SPÖ-Unterorganisationen geäußerten Kritik und deren Zusammenfassung nach den jeweiligen letzten Legislaturperioden der drei beobachteten Phasen der Großen Koalition, soll nun die innerparteiliche Kritik zusammengeführt und interpretiert werden.

Hierzu werden vorerst die Hauptkritikpunkte der einzelnen SPÖ-Unterorganisationen für den jeweiligen Zeitraum dargestellt. Danach werden sie den Leitkategorien zugeordnet, um die Frage nach der Art der Kritik beantworten zu können. In einem letzten Schritt werden die Hauptkritikpunkte zwischen den Unterorganisation verglichen, um feststellen zu können, ob sich Gemeinsamkeiten beziehungsweise Unterschiede aufzeigen lassen.

### **4.1 Hauptkritikpunkte der SPÖ-Unterorganisationen**

Die Analyse der Mitgliederzeitschriften, die im vorangegangenen Kapitel durchgeführt wurde, legte die Hauptkritikpunkte der jeweiligen Unterorganisation während der drei Koalitionsphasen offen.

Tabelle 1 verdeutlicht die Schwerpunktsetzung, Verteilung und Intensität<sup>459</sup> der innerparteilichen Kritik, die in den Organen der einzelnen SPÖ-Unterorganisationen im jeweiligen Beobachtungszeitraum geäußert wurde:

---

<sup>459</sup> Zur Problematik des direkten Vergleichs der Intensität siehe die Einleitung von Kapitel 3.

| Unterorganisation          | Koalitionsperiode                                                            |                                                                                |                                                                                            |
|----------------------------|------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------|
|                            | 1962-1966                                                                    | 1995-1999                                                                      | 2006-2008                                                                                  |
| <b>PVÖ</b>                 | Pensionserhöhungen (8)<br>Mitsprache (2)<br>Junge wenig engagiert (1)        | Pensionserhöhungen (13)<br>Sparmaßnahmen (12)<br>Mitsprache (5)                | Pensionserhöhungen (18)<br>Pflegeproblematik (6)<br>Mitsprache (4)                         |
| <b>Bundesfrauenkomitee</b> | Frühpension (3)<br>Pensionserhöhungen (2)<br>Innerparteiliche Demokratie (2) | Frauenquote (11)<br>Image unmodern (5)<br>Sparmaßnahmen (4)                    | -<br>-<br>-                                                                                |
| <b>FSG/ÖGB</b>             | Koalitionsstreit (9)<br>Programmatik (6)<br>Führungsanspruch (4)             | Soziale Kompetenz (10)<br>Programmatik (6)<br>Sparmaßnahmen (4)                | Koalitionsverhandlungen (13)<br>Koalitionsstreit (5)<br>Soziale Handschrift (4)            |
| <b>SJÖ</b>                 | Mitsprache (6)<br>Schulung und Ideologie (5)<br>Diskussionsmüdigkeit (5)     | Sparmaßnahmen (4)<br>Militärbündnisse (4)<br>Keine ArbeiterInnenpartei (3)     | Keine ArbeiterInnenpartei (14)<br>Soziale Handschrift (12)<br>Koalitionsverhandlungen (10) |
| <b>VSSÖ</b>                | Keine ArbeiterInnenpartei (4)<br>Entideologisierung (4)<br>Pragmatismus (3)  | Sparmaßnahmen (8)<br>Image unmodern (3)<br>Studiengebühren (3)                 | Studiengebühren (3)<br>Sozialdienstmodell (3)<br>Bildungspolitik (3)                       |
| <b>BSA</b>                 | Entideologisierung (33)<br>Führungsprobleme (21)<br>Strukturprobleme (18)    | Catch-All Partei (15)<br>Keine ArbeiterInnenpartei (10)<br>Image unmodern (10) | Durchsetzungsvermögen (4)<br>Strukturprobleme (2)<br>FPÖ-Option (1)                        |

Tabelle 1: Hauptkritikpunkte der Unterorganisationen nach Koalitionsperiode; eigene Erstellung (die Zahl in Klammern repräsentiert die Häufigkeit der Nennung in Beiträgen).

## 4.2 Art der innerparteilichen Kritik

Die im vorigen Abschnitt zusammengefasste Kritik der einzelnen Unterorganisationen nach Koalitionsperioden gibt einen Überblick über die hauptsächlichen Kritikpunkte, die von den jeweiligen Interessenvertretungen und Gruppierungen in den Mitgliederzeitungen geäußert wurden. Diese Hauptkritikpunkte können entsprechend der für diese Arbeit definierten Leitkategorien nach den Schwerpunkten der ideologischen, der sozialpolitischen, der parteiorganisatorisch sowie -strukturellen Kritik und der Kritik am Vorgehen der SPÖ in der Koalitionszusammenarbeit zugeordnet werden (siehe Tabelle 2). Die Verteilung dieser Schwerpunkte gibt Aufschluss darüber, welche Arten der Kritik zu den vorrangigen Themenkreisen innerhalb einer Unterorganisation in der jeweiligen Periode der Großen Koalition avancierten. Gleichzeitig lässt die Betrachtung entlang des Zeitablaufes der drei Großen Koalitionen Rückschlüsse auf den Wandel der Hauptkategorien der Kritik innerhalb der einzelnen Unterorganisationen zu.

Der PVÖ legte das Hauptaugenmerk seiner Kritik auf Themen, die das Leben der PensionistInnen direkt beeinflussten. Der Sorge um die soziale Absicherung der älteren Generation wurde durch alle drei Koalitionsphasen hindurch stets breiter

Raum gewidmet. Das wiederholte Einfordern der Mitsprache zeigt ebenfalls, dass der PVÖ deutlich das Ziel verfolgte, die Verteilung am gemeinsamen Wohlstand mitgestalten zu wollen und die Entscheidung über die Teilhabe nicht den Führungsgremien alleine zu überlassen.

Aufgrund der eingestellten Publikationstätigkeit für Mitgliederzeitschriften seitens des Bundesfrauenkomitees erfasst die Betrachtung nur die beiden ersten Koalitionsperioden. In diesen standen für die SPÖ-Frauen ebenfalls soziale und organisatorische Kritischwerpunkte im Vordergrund. Ähnlich wie bei den PensionistInnen wurde der Koalitionszusammenarbeit zwischen SPÖ und ÖVP in den betrachteten Perioden wenig Beachtung geschenkt, da das Bundesfrauenkomitee die parteiinterne Geschlechterdemokratie nicht verwirklicht sah und die Lösung dieser Frage als vordringlich erachtete.

Die GewerkschafterInnen der FSG/ÖGB lassen ein deutliches Interesse an der programmatischen Auseinandersetzung der Partei erkennen und auch ihre Kritik an der fehlenden sozialen Handschrift ist als Kritik ideologischer Art zu interpretieren. Wie nahezu alle Unterorganisationen kritisierte auch die FSG/ÖGB die zweite Große Koalition für die von ihr geschnürten Sparpakete. Während in den Koalitionsperioden davor und danach keine Kritik an der Sozialpolitik geübt wurde, fiel diese – im Vergleich zu anderen Unterorganisationen – bei der Rücknahme der sozialen Errungenschaften am deutlichsten aus. So wurde der SPÖ seitens der FSG/ÖGB unverblümt fehlende soziale Kompetenz vorgeworfen. Keine der anderen Unterorganisationen thematisierte die Schwierigkeiten in der Koalitionszusammenarbeit so intensiv wie die GewerkschafterInnen; bereits in der ersten Großen Koalition wurden die regierungsinternen Querelen kritisiert und auch in der letzten Großen Koalition machte man die im Dauerstreit liegende Koalition für den Stillstand in der Politik verantwortlich.

Die SJÖ wurde ihrem parteiinternen Ruf eine ideologische Nachwuchsschmiede zu sein durch alle Koalitionsperioden hindurch gerecht. Am Grad der ideologischen Auseinandersetzung lässt sich die steigende Intensivierung über die drei Koalitionsphasen hinweg erkennen. Besonders in der dritten Großen Koalition ist der Repolitisierungsschub, den die SJÖ während der rechtskonservativen Regierung

unter Bundeskanzler Schüssel erfahren hatte, zum Tragen gekommen. Schon während den – später missglückten – Regierungsverhandlungen forderte die Sozialistische Jugend vehement die Bildung einer Minderheitsregierung. Es wurde zurecht befürchtet, dass die SPÖ in einer Neuauflage der Großen Koalition weder ArbeiterInnenpolitik betreiben kann noch die Sozialkürzungen der Schüsselregierung zurücknehmen könne.

Erst sehr spät entwickelten sich im VSStÖ kritische Sichtweisen gegenüber der Politik der eigenen Partei. Trotz allem brachte diese Phase am Ende der ersten Großen Koalition deutliche ideologische Kritik zutage. Diese schwächte sich in den folgenden Phasen wieder etwas ab, ohne jedoch gänzlich zu verstummen. Galten die StudentInnen in der ersten Großen Koalition noch als sehr linientreu, verstärkte sich deren Kritik an der Sozialpolitik der eigenen Partei in der zweiten Großen Koalition enorm, waren es doch gerade die StudentInnen, die zu den Hauptbetroffenen der Sparmaßnahmen Mitte der 1990er Jahre zählten.

Der BSA gilt als die klassische Plattform für den regen geistigen Austausch innerhalb der SPÖ und hierbei insbesondere für die Diskussion ideologischer Themen. Dies bestätigte sich vor allem für die beiden ersten Koalitionsperioden, während für die letzte Periode eine deutliche Abschwächung an kritischer Auseinandersetzung festzustellen ist. Die vorrangig theoretische Ausrichtung des BSA lässt sich auch an den nur sporadischen – für diese Arbeit als Hauptkategorie nicht im ausreichenden Maße aufgetretenen – Stellungnahmen zu den sozialen Einschnitten der Sparpakete aus der zweiten Großen Koalition feststellen. Besonders die Phase der ersten Großen Koalition ist als eine Zeit der intensiven Beschäftigung mit den Grundlagen der Parteiorganisation und auch ihrer Führungsstrukturen zu werten. Diese Intensität an ideologischer und organisationstheoretischer Diskussion wurde innerhalb des BSA während der folgenden Koalitionsperioden nicht wieder erreicht.

Tabelle 2 verdeutlicht die Hauptkritikpunkte der einzelnen SPÖ-Unterorganisationen nach dem jeweiligen Beobachtungszeitraum und den für die vorliegende Arbeit definierten Leitkategorien (LK) der Kritik – Ideologiekritik (I), Kritik an der Sozialpolitik (S), Kritik an der Parteiorganisation und -struktur (P) sowie Kritik an der Koalitionszusammenarbeit (K):

| Unterorg.                | LK | Koalitionsperiode                                                           |                                                                                |                                                            | gesamt                             |
|--------------------------|----|-----------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------|------------------------------------|
|                          |    | 1962-1966                                                                   | 1995-1999                                                                      | 2006-2008                                                  |                                    |
| PVÖ                      | I: | -                                                                           | -                                                                              | -                                                          | I: 0                               |
|                          | S: | Pensionserhöhungen (8)                                                      | Pensionserhöhungen (13)<br>Sparmaßnahmen (12)                                  | Pensionserhöhungen (18)<br>Pflegeproblematik (6)           | S: 57                              |
|                          | P: | Mitsprache (2)<br>Junge wenig engagiert (1)                                 | Mitsprache (5)                                                                 | Mitsprache (4)                                             | P: 12                              |
|                          | K: | -                                                                           | -                                                                              | -                                                          | K: 0                               |
| Bundesfrauen-<br>komitee | I: | -                                                                           | Image unmodern (5)                                                             | *                                                          | I: 5                               |
|                          | S: | Frühpension (3)<br>Pensionserhöhungen (2)                                   | Sparmaßnahmen (4)                                                              | *                                                          | S: 9                               |
|                          | P: | Innerparteiliche Demokratie (2)                                             | Frauenquote (11)                                                               | *                                                          | P: 13                              |
|                          | K: | -                                                                           | -                                                                              | *                                                          | K: 0                               |
| FSG/ÖGB                  | I: | Programmatik (6)                                                            | Programmatik (6)                                                               | Soziale Handschrift (4)                                    | I: 16                              |
|                          | S: | -                                                                           | Soziale Kompetenz (10)<br>Sparmaßnahmen (4)                                    | -                                                          | S: 14                              |
|                          | P: | -                                                                           | -                                                                              | -                                                          | P: 0                               |
|                          | K: | Koalitionsstreit (9)<br>Führungsanspruch (4)                                | -                                                                              | Koalitionsverhandlungen (13)<br>Koalitionsstreit (5)       | K: 31                              |
| SJÖ                      | I: | Schulung und Ideologie (5)                                                  | Militärbündnisse (4)<br>Keine ArbeiterInnenpartei (3)                          | Keine ArbeiterInnenpartei (14)<br>Soziale Handschrift (12) | I: 38                              |
|                          | S: | -                                                                           | Sparmaßnahmen (4)                                                              | -                                                          | S: 4                               |
|                          | P: | Mitsprache (6)<br>Diskussionsmüdigkeit (5)                                  | -                                                                              | -                                                          | P: 11                              |
|                          | K: | -                                                                           | -                                                                              | Koalitionsverhandlungen (10)                               | K: 10                              |
| VSStÖ                    | I: | Keine ArbeiterInnenpartei (4)<br>Entideologisierung (4)<br>Pragmatismus (3) | Image unmodern (3)                                                             | Bildungspolitik (3)                                        | I: 17                              |
|                          | S: | -                                                                           | Sparmaßnahmen (8)<br>Studiengebühren (3)                                       | Studiengebühren (3)<br>Sozialdienstmodell (3)              | S: 17                              |
|                          | P: | -                                                                           | -                                                                              | -                                                          | P: 0                               |
|                          | K: | -                                                                           | -                                                                              | -                                                          | K: 0                               |
| BSA                      | I: | Entideologisierung (33)                                                     | Catch-All Partei (15)<br>Keine ArbeiterInnenpartei (10)<br>Image unmodern (10) | FPÖ-Option (1)                                             | I: 69                              |
|                          | S: | -                                                                           | -                                                                              | -                                                          | S: 0                               |
|                          | P: | Führungsprobleme (21)<br>Strukturprobleme (18)                              | -                                                                              | Strukturprobleme (2)                                       | P: 41                              |
|                          | K: | -                                                                           | -                                                                              | Durchsetzungsvermögen (4)                                  | K: 4                               |
| gesamt:                  |    | I: 55<br>S: 13<br>P: 55<br>K: 13                                            | I: 56<br>S: 58<br>P: 16<br>K: 0                                                | I: 34<br>S: 30<br>P: 6<br>K: 32                            | I: 145<br>S: 101<br>P: 77<br>K: 45 |
| Alle Nennungen:          |    | 136                                                                         | 130                                                                            | 102                                                        | 368                                |

Tabelle 2: Hauptkritikpunkte der Unterorganisationen nach Koalitionsperiode und Leitkategorien; eigene Erstellung (die Zahl in Klammern repräsentiert die Häufigkeit der Nennung in Beiträgen; der Stern markiert den Zeitraum, in dem keine Mitgliederzeitschrift für eine Analyse vorhanden ist).



### 4.3 Vergleich der innerparteilichen Kritik

Die in Abschnitt 4.1 erfolgte Erfassung der Hauptkritikpunkte der einzelnen Unterorganisationen wurde in Abschnitt 4.2 in direkten Zusammenhang mit den Leitkategorien der innerparteilichen Kritik gestellt und diesen zugeordnet.

Tabelle 3 gibt nunmehr einen Gesamtüberblick der Hauptkritikpunkte nach den Leitkategorien und ermöglicht einen Vergleich der von den einzelnen Organisationen insgesamt geäußerten Hauptkritikpunkte und der von ihnen generell geübten Art der Kritik:

| Unter-<br>organisation                 | Leitkategorien der Kritik                                                                                                   |                                                                        |                                                     |                                                                               |
|----------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------|
|                                        | Ideologie                                                                                                                   | Sozialpolitik                                                          | Parteiorganisation und<br>-struktur                 | Koalitions-<br>zusammenarbeit                                                 |
| <b>PVÖ</b>                             | -                                                                                                                           | Pensionserhöhungen (39)<br>Sparmaßnahmen (12)<br>Pflegeproblematik (6) | Mitsprache (11)<br>Junge wenig engagiert (1)        | -                                                                             |
| <b>Bundes-<br/>frauen-<br/>komitee</b> | Image unmodern (5)                                                                                                          | Sparmaßnahmen (4)<br>Frühpensionen (3)<br>Pensionserhöhungen (2)       | Frauenquote (11)<br>Innerparteiliche Demokratie (2) | -                                                                             |
| <b>FSG/ÖGB</b>                         | Programmatik (12)<br>Soziale Handschrift (4)                                                                                | Soziale Kompetenz (10)<br>Sparmaßnahmen (4)                            | -                                                   | Koalitionsstreit (14)<br>Koalitionsverhandlungen (13)<br>Führungsanspruch (4) |
| <b>SJÖ</b>                             | Keine ArbeiterInnenpartei (17)<br>Soziale Handschrift (12)<br>Schulung und Ideologie (5)<br>Militärbündnisse (4)            | Sparmaßnahmen (4)                                                      | Mitsprache (6)<br>Diskussionsmüdigkeit (5)          | Koalitionsverhandlungen (10)                                                  |
| <b>VSStÖ</b>                           | Entideologisierung (4)<br>Keine ArbeiterInnenpartei (4)<br>Bildungspolitik (3)<br>Image unmodern (3)<br>Pragmatismus (3)    | Sparmaßnahmen (8)<br>Studiengebühren (6)<br>Sozialdienstmodell (3)     | -                                                   | -                                                                             |
| <b>BSA</b>                             | Entideologisierung (33)<br>Catch-All Partei (15)<br>Image unmodern (10)<br>Keine ArbeiterInnenpartei (10)<br>FPÖ-Option (1) | -                                                                      | Führungsprobleme (21)<br>Strukturprobleme (20)      | Durchsetzungsvermögen (4)                                                     |

Tabelle 3: Hauptkritikpunkte der Unterorganisationen nach Leitkategorien; eigene Erstellung (die Zahl in Klammern repräsentiert die Häufigkeit der Nennung in Beiträgen).

Ideologische Kritik konnte bei der Mehrzahl der sechs Unterorganisationen ausgemacht werden. Lediglich beim PVÖ ist keine signifikante Beschäftigung mit dieser Kategorie der innerparteilichen Kritik feststellbar gewesen. Die Gremien von BSA, VSStÖ und SJÖ gelten seit jeher als Sammelpunkte der Begegnung intellektueller und theoretischer Diskussion über die vielfältigsten Parteibelange. Die

festgestellte Intensität der in diesen Unterorganisationen geübten ideologischen Kritik während der drei Koalitionsperioden bestätigt diese Annahme. Besonders in diesen Gremien wurde vor einer fortschreitenden Entideologisierung gewarnt und der Missstand angeprangert, dass die SPÖ keine ArbeiterInnenpartei mehr sei.

Die für eine sozialdemokratische Partei zu erwartende Auseinandersetzung mit ihren sozialen Zielsetzungen beziehungsweise der Kritik am Nichterreichen dieser Ziele findet und fand seit 1945 stetig statt. So beteiligen sich auch nahezu alle Unterorganisationen an dieser Diskussion. Lediglich seitens des BSA lag der Schwerpunkt auf anderen Zielsetzungen. Als Hauptpunkt der innerparteilichen Kritik an den sozialpolitischen Maßnahmen während den Großen Koalitionen führte die Diskussion um die Sparmaßnahmen zu einer breiten Welle der Ablehnung durch den PVÖ, das Bundesfrauenkomitee, die FSG/ÖGB, die SJÖ und den VSSStÖ. Dem Bereich der Alterssicherung wurde vor allem vom Bundesfrauenkomitee und dem PVÖ eine Vorrangstellung eingeräumt und Versäumnisse auf diesem Gebiet scharf kritisiert.

Auch wenn der Kritik an Parteiorganisation und -struktur innerhalb der Mitgliederzeitschriften nicht ähnlich umfangreicher Raum wie der Ideologiekritik oder der Kritik an der Sozialpolitik eingeräumt wurde, beschäftigte sich die Mehrzahl der Unterorganisationen mit dieser. Neben allgemeinen Strukturproblemen und erkannten Führungsproblemen waren es vor allem die fehlende Mitsprache und mangelnde Integration, die kritische Äußerungen seitens des PVÖ, des Bundesfrauenkomitees und der SJÖ hervorriefen.

Die im Vergleich zu den anderen Leitkategorien weniger hohe Intensität der auftretenden Kritik an der Koalitionszusammenarbeit wurde auch nicht von allen Unterorganisationen gleichermaßen geteilt. Das mangelnde Durchsetzungsvermögen der SPÖ gegenüber der Koalitionspartnerin ÖVP wurde vom BSA, der SJÖ und der FSG/ÖGB kritisiert, wobei die beiden letztgenannten Unterorganisationen dieses vor allem am Ergebnis schlecht geführter Koalitionsverhandlungen festmachten. Darüber hinaus wurden weitere Missstände in der Koalitionszusammenarbeit hauptsächlich von den GewerkschafterInnen thematisiert.

Im Vergleich der innerparteilichen Kritik lassen die von den einzelnen SPÖ-Unterorganisationen gemeinsam kritisierten Themen, wie beispielsweise die fehlende Mitsprache, die gewünschten Pensionserhöhungen, die aufgezwungenen Sparmaßnahmen oder auch das unmoderne Image der SPÖ, deutlich die Berührungspunkte zwischen den verschiedenen Interessenvertretungen erkennen. Neben diesen Gemeinsamkeiten bestehen dennoch signifikante Unterschiede zwischen den Hauptkritikpunkten der Parteiorganisationen. Dies trifft besonders dann zu, wenn die Durchsetzung der jeweiligen Partikularinteressen oder die Erfüllung des Vertretungsauftrages der jeweiligen Unterorganisation gefordert ist.

## 5 Schlussbetrachtungen

Kritik ist eine Konstante im politischen Alltag von Parteien. Diese Kritik wird naturgegebenermaßen vor allem von politischen GegnerInnen und von den WählerInnen geübt; sie nimmt einen nicht unerheblichen Teil in der Berichterstattung in den Medien ein und findet darüber hinaus bisweilen Eingang in die Literatur und Kunst. Neben der Kritik, die von außen an eine politische Gruppierung herangetragen wird, ist auch die innerparteiliche Kritik ein Faktor, der das Handeln der Parteien mitbestimmen kann. Diese innere Auseinandersetzung findet über die unterschiedlichen Hierarchieebenen hinweg statt und wird vernünftigerweise nicht immer öffentlich ausgetragen. All dies trifft auch auf die Sozialdemokratische Partei Österreichs zu. Sie steht außerdem noch im Ruf, besonders nach außen hin geschlossen aufzutreten, sodass gerade das Vorhandensein von innerparteilicher Kritik in der SPÖ einen betrachtenswerten Aspekt ihrer Parteigeschichte darstellt.

Die Analyse der Mitgliederzeitschriften einer Auswahl von repräsentativen Unterorganisationen in der SPÖ sollte über diese Frage Aufschluss geben. Die Betrachtung über den Zeitlauf der Endperioden der drei Großen Koalitionen sollte zudem die Möglichkeit bieten, einen möglichen Wandel in der Ausgestaltung der Kritik erkennen zu lassen.

Zur Beantwortung der Forschungsfrage dieser Arbeit erwies es sich zudem als nutzbringend Unterfragen zu definieren, um bei der Analyse der Zeitschriften die wichtigsten Aspekte der innerparteilichen Kritik zu erfassen. Diese Unterfragen beschäftigten sich einerseits mit der Feststellung der Hauptkritikpunkte, die von den einzelnen Unterorganisationen in den betrachteten Zeiträumen geäußert wurden. Andererseits wurde der Frage nachgegangen, welcher Art diese Bewertungen des parteilichen Handelns und der Unmutsäußerungen waren und wie diese den Leitkategorien der Kritik zugeordnet werden können. Schlussendlich wurde noch erörtert, ob Unterschiede zwischen den einzelnen Unterorganisationen in ihren Hauptkritikpunkten und der Art ihrer geäußerten Kritik bestanden.

Die Hauptpunkte der Kritik umfassten die Auseinandersetzung mit der festgestellten Entideologisierung der Partei, dem Vorwurf der mangelnden sozialen Kompetenz, den fehlenden Möglichkeiten zur Mitsprache oder den Streitigkeiten innerhalb der Koalition. Die Unterorganisationen richteten ihre Kritik überdies auch sehr konkret an einzelnen Ereignissen beziehungsweise Fehlentwicklungen in der politischen Arbeit ihrer Partei aus. So wurde etwa die Beliebigkeit einer zur „Catch-All-Partei“ verkommenen SPÖ thematisiert, die Sparpakete seitens der Betroffenen aufs Schärfste kritisiert, die sich anhand des Falls Olah offenbarende Führungsprobleme diskutiert oder die missglückten Koalitionsverhandlungen als „Umfaller“ der Führungsgremien gewertet.

Die Art der von den Unterorganisationen geübten Kritik lässt sich nach den Schwerpunkten der ideologischen, der sozialpolitischen, der parteiorganisatorischen sowie -strukturellen Kritik und der Kritik an der Koalitionszusammenarbeit einordnen. In diesen Leitkategorien der Kritik wurden etwa ideologische Bedenken geäußert, dass die SPÖ den Anspruch verloren hätte, weiterhin eine ArbeiterInnenpartei zu sein. Die sozialpolitischen Aspekte zentrierten sich oftmals um die Sorge der sozialen Absicherung, die beispielsweise durch ausreichend bemessene Pensionserhöhungen eingefordert wurde. Ein weiterer Schwerpunkt der innerparteilichen Kritik erfasste die Ebene der Parteiorganisation und -struktur, in deren Rahmen auch mangelnde innerparteiliche Demokratie festgestellt wurde. In den Belangen zur Koalitionszusammenarbeit wurden die Reibungspunkte zwischen den beiden Parteien thematisiert und das fehlende Durchsetzungsvermögen der SPÖ wiederholt kritisiert.

Trotz einiger Gemeinsamkeiten treten dennoch Unterschiede der thematischen Schwerpunkte in der Art der Kritik der Unterorganisationen nach den Leitkategorien auf. So fand die ideologische Kritik beinahe in allen Unterorganisationen statt; lediglich der PVÖ verzichtete auf die theoretische Erörterung dieser Belange. Dem entgegengesetzt beteiligten sich an der schwerpunktmäßigen kritischen Auseinandersetzung mit dem sozialpolitischen Kurs der Partei alle SPÖ-Organisationen bis auf den BSA. Hinsichtlich der Parteistrukturen und den Fragen der Parteiorganisation fand ebenfalls nicht in allen Organisationen eine intensive inhaltliche Diskussion statt. Hier waren es vor allem die Mitglieder des PVÖ und des

BSA, die sich des Themas annahmen. Dem thematischen Schwerpunkt in Bezug auf die Koalitionszusammenarbeit wurde von Seiten der FSG/ÖGB im Vergleich zu den anderen Unterorganisationen der größte Raum gewidmet. Die Unterschiede der Kritik zwischen den einzelnen Unterorganisationen lassen sich auf die Prioritäten in der Vertretung der Partikularinteressen der einzelnen Unterorganisationen zurückführen. Für die unterschiedliche Verteilung der Hauptkritikpunkte sei auf die Tabellen dieser Arbeit verwiesen, die einen guten Überblick über die Schwerpunkte der einzelnen SPÖ-Organisationen bieten.

Die kritische Auseinandersetzung mit den ideologischen Leitfragen in der SPÖ war aufgrund ihrer zumeist theoretischen Ausrichtung seltener an die in Kapitel 2 beschriebenen historischen Ereignisse geknüpft als dies beispielsweise bei der sozialpolitischen Kritik mit ihrer starken Bezugnahme auf die Maßnahmen der Regierungskoalitionen der Fall war. Ähnliches gilt für die Kritik an der Koalitionszusammenarbeit, die zumeist direkt im Gefolge von Konflikten zwischen den beiden Großparteien geäußert wurde, während die Diskussion um die Gestaltung der Parteiorganisation und -struktur durchaus ohne konkrete geschichtliche Anlassfälle stattfand.

Aus der Beantwortung der Unterfragen zu den Hauptkritikpunkten, den Leitkategorien und den Unterschieden in Bezug auf die thematischen Schwerpunkte lässt sich folgern, dass während der drei Perioden der Großen Koalitionen und über alle Unterorganisationen hinweg stets innerparteiliche Kritik geübt wurde. Ihre Häufigkeit und Intensität variierte dabei nach den einzelnen Unterorganisationen, der Anbindung an die historischen Rahmenbedingungen und letztendlich nach der Ausrichtung am politischen Geschehen.

Trotz der in den letzten Jahrzehnten vielfach festgestellten Entideologisierung der SPÖ zeigten die Unterorganisationen großes Interesse daran, sich mit den ideologischen Grundfragen der Partei kritisch auseinanderzusetzen. Dies spiegelt sich in ihren Mitgliederzeitschriften wider. In allen drei Koalitionsperioden zählte die Ideologiekritik zur bestimmenden Konstante der innerparteilichen Diskussion. Daneben ist für jede der drei Koalitionsperioden mindestens eine weitere

Hauptkategorie – in enger Anbindung an die damaligen politischen Ereignisse – bedeutend gewesen.

In der ersten Großen Koalition waren es vor allem die Ereignisse rund um den Fall Olah, die zur innerparteilichen Diskussion über die offen zu Tage tretenden Führungsprobleme der SPÖ führten. Die Affäre um den machtbewussten ehemaligen Innenminister deckte die Schwächen in der Organisationsstruktur der Partei auf. Den anderen beiden Hauptkategorien der Kritik (Sozialpolitik sowie Koalitionszusammenarbeit) wurde in der Zeit der ersten Großen Koalition weniger Raum zuteil. Zum einen traten in der Phase des wirtschaftlichen und sozialen Aufschwungs nur wenige sozialpolitische Probleme auf, zum anderen ergab sich durch die relativ klare Rollenverteilung in der Großen Koalition auch kaum Anlass, die Koalitionszusammenarbeit oftmals kritisch zu hinterfragen.

Die Phase der zweiten Großen Koalition war geprägt durch den Rückbau des Sozialstaates, der von der Regierung mithilfe sogenannter Sparpakete durchgeführt wurde. Gegen diese Konsolidierungsmaßnahmen bezogen die Mitglieder vieler SPÖ-Organisationen Stellung und übten schärfste Kritik. Dieses Thema beherrschte während dieser Koalitionsphase die parteiöffentliche Diskussion und lenkte von anderen Themenkreisen ab. In der Folge fand daher auch keine maßgebliche Kritik an der Koalitionszusammenarbeit statt und fünf Jahrzehnte nach der Wiedergründung der SPÖ schienen die Parteiorganisation und -strukturen ausreichend gut zu funktionieren.

Die Schwierigkeiten bei der Koalitionsbildung und der permanente Koalitionsstreit wurden zum Zeichen einer problematischen Koalitionszusammenarbeit und neben den ideologischen Fragen zum größten Kritikpunkt der dritten Großen Koalition. Anders als in den beiden vorigen Koalitionsperioden war eine dritte Hauptkategorie der Kritik zur mitbestimmenden Komponente der innerparteilichen Diskussionen geworden; die kritischen Anmerkungen zur Sozialpolitik der Regierungskoalition bestimmten ebenfalls das innenpolitische Geschehen. Demgegenüber wurden Fragen der Parteiorganisation und -strukturen nur am Rande behandelt.

In ihrer Entwicklung über die drei Koalitionsphasen hinweg erfuhr die innerparteiliche Kritik eine Verschärfung und gesteigerte Intensität hinsichtlich der Rolle der SPÖ in der Koalition. So galt die Kritik in der ersten Großen Koalition zumeist der konservativen Koalitionspartnerin ÖVP, während man dem Bemühen der eigenen Partei mit Wohlwollen begegnete, auch wenn sich die SPÖ in verschiedenen Sachfragen nicht durchsetzen konnte. Anders gestaltete sich das Bild in der zweiten Großen Koalition; in ihr wurde die Regierungskoalition als Einheit aufgefasst und die Kritik der Unterorganisationen galt beiden Großparteien. Die eigene Partei wurde somit stärker als bisher in die Pflicht genommen und auch angesichts der sich verschärfenden sozialen Umstände heftiger kritisiert. Die in ihrer Deutlichkeit schärfste Kritik erhielt die dritte Auflage der Großen Koalition. Dieser Kurzzeitkoalition wurde von Beginn an wenig Vertrauen entgegengebracht und die SPÖ innerparteilich als Hauptverantwortliche am Koalitionsstillstand ausgewiesen.

Eine weitere Forschungsaufgabe, die sich aus der Beschäftigung mit der Thematik dieser Arbeit ergeben könnte, wäre die Überprüfung des Einflusses der in den Mitgliederzeitschriften geäußerten Kritik auf die Politik der Führungsgremien; etwa, ob diese die Kritik annahmen, sie in ihrem zukünftigen Handeln berücksichtigten oder sie schlichtweg ignorierten. Ebenso könnte der Vergleich zwischen den beiden Großparteien beziehungsweise ein Vergleich zwischen mehreren Parteien interessante Aspekte des Umgangs der österreichischen Parteien mit innerparteilicher Kritik und innerer Demokratie aufzeigen. Eine Untersuchung über verschiedene Ausdrucksformen innerparteilicher Kritik würde ein weiteres Forschungsfeld öffnen; in Hinblick auf die für die Kritik verwendeten Medien ließen sich klassische Darstellungsformen den neuen Kommunikationsmitteln des Social-Media-Bereichs gegenüberstellen. Interessant wäre etwa auch, Interviews mit Parteimitgliedern zu führen, um subjektive Sichtweisen auf die Parteipolitik in Erfahrung zu bringen. Durch die Beantwortung dieser und ähnlicher Anschlussfragen wäre es möglich, weitere Rückschlüsse zum Vorkommen und dem Wandel innerparteilicher Kritik anzustellen.



Parteien sind in ihrem politischen Alltag auch stets der Kritik durch ihre Mitglieder ausgesetzt; sie darf aber nicht nur als Missfallensäußerung seitens einer bestimmten Interessengruppe gewertet werden. Sie sollte als Beurteilung des Handelns der Partei anhand der politischen Maßstäbe und Werthaltungen ihrer Mitglieder verstanden werden. Diese Beurteilung kann bisweilen negativ oder positiv ausfallen, sie spiegelt aber in jedem Fall die Auseinandersetzung ihrer Mitglieder mit dem Kurs der Partei sowie ihren Herausforderungen und Möglichkeiten wider und eröffnet neue Perspektiven. Die Parteiverantwortlichen wären gut beraten, die Kritik als wichtigen Bestandteil in der Gestaltung der Parteipolitik anzunehmen; in ihr kann der Schlüssel zur Veränderung und Entwicklung liegen.

# Literaturverzeichnis

- Bailer, Brigitte / Neugebauer, Wolfgang (1993): Die FPÖ. Vom Liberalismus zum Rechtsextremismus. In: Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.) (1993): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, Wien, S. 327-428
- Becker, Heinz (2008): Der Pflegeskandal. In: Khol, Andreas / Ofner, Günther / Karner, Stefan / Halper, Dietmar (Hrsg.) (2008): Österreichisches Jahrbuch für Politik 2007, Wien, S. 357-388
- Böhm, Wolfgang / Lahodynsky, Otmar (2001): Der Österreich-Komplex. Ein Land im Selbstzweifel, Wien
- Brandstaller, Trautl (2006): Das BAWAG-ÖGB-Debakel. Hintergründe einer österreichischen Polittragödie. In: Europäische Rundschau, Jg. 34, Heft 2, S. 3-16
- Brandstaller, Trautl (2008): Der Ungeliebte. In: Europäische Rundschau, Jg. 36, Heft 2, S. 103-106
- Bures, Doris (2008): „Die neue Wahl“ – Ein SPÖ Wahlkampf aus dem Stand. In: Hofer, Thomas / Toth, Barbara (Hrsg.) (2008): Wahl 2008. Strategien. Sieger. Sensationen, Wien, S. 32-45
- Dickinger, Christian (2001): Die Skandale der Republik. Haider, Proksch & Co., Wien
- Doning, Nikola / Pichl, Elmar (2008): ÖVP: Von „Es reicht!“ bis „Faynachtsmann“. In: Hofer, Thomas / Toth, Barbara (Hrsg.) (2008): Wahl 2008. Strategien. Sieger. Sensationen, Wien, S. 46-54
- Engel, Reinhard (2007): ÖGB – ein Jahr danach. In: Europäische Rundschau, Jg. 35, Heft 2, S. 97-104
- Falb, Martin (2007): Afrika ist ein unfassbar wichtiges Thema! Bemerkungen zur Regierungsbildung des Jahres 2007 und wie es dazu kam. In: Khol, Andreas / Ofner, Günther / Burkert-Dottolo, Günther / Karner, Stefan (Hrsg.) (2007): Österreichisches Jahrbuch für Politik 2006, Wien, S. 61-106
- Filzmaier, Peter (2009): Ein Regierungsdesaster: Analyse der Nationalratswahl 2008. In: Khol, Andreas / Ofner, Günther / Karner, Stefan / Halper, Dietmar (Hrsg.) (2009): Österreichisches Jahrbuch für Politik 2008, Wien, S. 23-38
- Fischer, Heinz (1992): Die Sozialdemokratische Partei Österreichs. In: Mantl, Wolfgang (Hrsg.) (1992): Politik in Österreich. Die Zweite Republik: Bestand und Wandel, Wien, S. 327-348
- Fischer, Heinz (1996): Österreichs politisches System 1986-1996. In: Keck, Edi / Krammer, Karl / Lederer, Heinz / Mailath-Pokorny, Andreas / Rathkolb, Oliver (Hrsg.) (1996): Die ersten 10 Jahre. Franz Vranitzky, Wien, S. 10-25
- Fischer, Heinz (2003): Wendezeiten. Ein österreichischer Zwischenbefund, Wien
- Ganglbauer, Stephan (1995): Wahl – Gewinne Profil – Verluste. Integrations- und Mobilisierungsfähigkeit der SPÖ in der 2. Republik, Wien

- Gehler, Michael / Sickinger, Hubert (1995): Politische Skandale in der Zweiten Republik. In: Sieder, Reinhard / Steinert, Heinz / Tálos, Emmerich (Hrsg.) (1995): Österreich 1945-1995. Gesellschaft – Politik – Kultur, Wien, S. 671-683
- Gehler, Michael (2006): Die Zweite Republik – zwischen Konsens und Konflikt. Historischer Überblick (1945-2005). In: Dachs, Herbert / Gerlich, Peter / Gottweis, Herbert / Kramer, Helmut / Lauber, Volkmar / Müller, Wolfgang C. / Tálos, Emmerich (Hrsg.) (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien, S. 35-51
- Gutkas, Karl (1985): Die Zweite Republik. Österreich 1945-1985, Wien
- Hajek, Peter (2007): „Das gibt's nur einmal, das kommt nie wieder.“ In: Hofer, Thomas / Toth, Barbara (Hrsg.) (2007): Wahl 2006. Kanzler, Kampagnen, Kapriolen – Analysen zur Nationalratswahl, Wien, S. 151-164
- Hofer, Thomas (2008): Die Kampagnen machten den Unterschied. In: Hofer, Thomas / Toth, Barbara (Hrsg.) (2008): Wahl 2008. Strategien. Sieger. Sensationen, Wien, S. 10-31
- Hofer, Thomas / Toth, Barbara (2008): Die Chronologie des Nationalratswahlkampfes 2008. In: Hofer, Thomas / Toth, Barbara (Hrsg.) (2008): Wahl 2008. Strategien. Sieger. Sensationen, Wien, S. 175-181
- Hofinger, Christoph / Nitsch, Sigrid / Salfinger, Brigitte (2007): Alles BAWAG oder was? Kampagnen, Wählerströme und Motive bei der Nationalratswahl 2006. In: Hofer, Thomas / Toth, Barbara (Hrsg.) (2007): Wahl 2006. Kanzler, Kampagnen, Kapriolen. Analysen zur Nationalratswahl, Wien, S. 135-150
- Lendvai, Paul (2007): Mein Österreich. 50 Jahre hinter den Kulissen der Macht, Wien
- Linhart, Eric / Shikano, Susumu (2007): Die große Koalition in Österreich: Schwierigkeiten bei der Bildung, Stabilität und Alternativenlosigkeit. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 36, Heft 2, S. 185-200
- Luther, Kurt Richard (2008): The Austrian Parliamentary Election: From Bipolarism to Forced Marriage. In: West European Politics, Jg. 31, Heft 5, S. 1004-1015
- Manoschek, Walter / Geldmacher, Thomas (2006): Vergangenheitspolitik. In: Dachs, Herbert / Gerlich, Peter / Gottweis, Herbert / Kramer, Helmut / Lauber, Volkmar / Müller, Wolfgang C. / Tálos, Emmerich (Hrsg.) (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien, S. 577-593
- Mommsen-Reindl, Margarete (1976): Die Österreichische Proporzdemokratie und der Fall Habsburg, Wien
- Müller, Wolfgang C. (1988): SPÖ und große Koalition. Zur innerparteilichen Begründung und Diskussion der Regierungsbeteiligung (1945-1966). In: Pelinka, Peter / Steger, Gerhard (Hrsg.) (1988): Auf dem Weg zur Staatspartei. Zu Geschichte und Politik der SPÖ seit 1945, Wien, S. 23-46
- Müller, Wolfgang C. (1992): Die Österreichische Volkspartei. In: Dachs, Herbert / Gerlich, Peter / Gottweis, Herbert / Horner, Franz / Kramer, Helmut / Lauber, Volkmar / Müller, Wolfgang C. / Tálos, Emmerich (Hrsg.) (1992): Handbuch des politischen Systems Österreichs, Wien, S. 227-246

- Müller, Wolfgang C. (2008): The suprising election in Austria, October 2006. In: Electoral Studies, Jg. 27, Heft 1, S. 175-179
- Müller, Wolfgang C. (2009): The snap election in Austria, September 2008. In: Electoral Studies, Jg. 28, Heft 3, S. 514-517
- Neck, Rudolf (1975): Innenpolitik. In: Weinzierl, Erika / Skalnik, Kurt (Hrsg.) (1975): Das neue Österreich. Geschichte der Zweiten Republik, Graz, S. 59-86
- Neugebauer, Wolfgang / Schwarz, Peter (2005): Der Wille zum aufrechten Gang. Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Integration ehemaliger Nationalsozialisten, Wien
- Olt, Reinhard (2007): Glanzloser Auftakt zur Wiederkehr. Ein Vergleich großer Koalitionen in Österreich und in Deutschland. In: Europäische Rundschau, Jg. 35, Heft 1, S. 17-24
- Österreichischer Bundespressedienst (Hrsg.) (1988): Österreichisches Jahrbuch 1987, Wien
- Österreichischer Bundespressedienst (Hrsg.) (1989): Österreichisches Jahrbuch 1988, Wien
- Österreichischer Bundespressedienst (Hrsg.) (1991): Österreichisches Jahrbuch 1990, Wien
- Österreichischer Bundespressedienst (Hrsg.) (1992): Österreichisches Jahrbuch 1991, Wien
- Österreichischer Bundespressedienst (Hrsg.) (1993): Österreichisches Jahrbuch 1992, Wien
- Österreichischer Bundespressedienst (Hrsg.) (1994): Österreichisches Jahrbuch 1993, Wien
- Österreichischer Bundespressedienst (Hrsg.) (1995): Österreichisches Jahrbuch 1994, Wien
- Österreichischer Bundespressedienst (Hrsg.) (1996): Österreichisches Jahrbuch 1995, Wien
- Österreichischer Bundespressedienst (Hrsg.) (1997): Österreichisches Jahrbuch 1996, Wien
- Österreichischer Bundespressedienst (Hrsg.) (1999): Österreichisches Jahrbuch 1998, Wien
- Österreichischer Bundespressedienst (Hrsg.) (2000): Österreichisches Jahrbuch 1999, Wien
- Pelinka, Peter (1995): Das Ende der Seligkeit. Wohin steuert Österreich?, Wien
- Pelinka, Peter (2000): Österreichs Kanzler. Von Leopold Figl bis Wolfgang Schüssel, Wien
- Pelinka, Anton (2008): Zur Krise der SPÖ. In: Europäische Rundschau, Jg. 36, Heft 3, S. 39-43
- Pensionistenverband Österreichs (Hrsg.) (2009): 1949-2009 – 60 Jahre Pensionistenverband Österreichs. Die Geschichte des PVÖ, zusammengestellt von Verbandssekretär Andreas Wohlmuth, Wien
- Pöttler, Stefan (2008): Die unmögliche Koalition. In: Hofer, Thomas / Toth, Barbara (Hrsg.) (2008): Wahl 2008. Strategien. Sieger. Sensationen. Wien, S. 146-159
- Rauchensteiner, Manfred (1987): Die Zwei. Die Große Koalition in Österreich 1945-1966, Wien

- Reiter, Roswita (2010): Das Sterben der Parteipresse in Österreich. Mit einem Exkurs in die allgemeine Zeitungsgeschichte, Regau
- Sozialdemokratische Partei Österreichs (Hrsg.) (1991): Zukunft Sozialdemokratie – Zukunft Europa. Anträge und Resolutionen. Tagesordnung und Organe. 32. Ordentlicher Bundesparteitag 1991 Linz, Wien
- Sozialistische Jugend Österreichs (Hrsg.) (2009): 115 Jahre Sozialistische Jugend, Wien
- Sperl, Gerfried (2006): Machtwechsel. Der Sieg der SPÖ und die Mühen seiner Umsetzung in die Wirklichkeit. In: Europäische Rundschau, Jg. 34, Heft 4, S. 17-20
- Thurnher, Armin (2006): Medien, Politik, Wahl. Gedanken zur österreichischen Misere anhand der Nationalratswahlen 2006. In: Europäische Rundschau, Jg. 34, Heft 4, S. 21-26
- Toth, Barbara (2007): Karibik, Konsum, Kanonen. In: Hofer, Thomas / Toth, Barbara (Hrsg.) (2007): Wahl 2006. Kanzler, Kampagnen, Kapriolen – Analysen zur Nationalratswahl, Wien, S. 103-118
- Ucakar, Karl (1992): Die Sozialdemokratische Partei Österreichs. In: Dachs, Herbert / Gerlich, Peter / Gottweis, Herbert / Horner, Franz / Kramer, Helmut / Lauber, Volkmar / Müller, Wolfgang C. / Tálos, Emmerich (Hrsg.) (1992): Handbuch des politischen Systems Österreichs, Wien, S. 210-226.
- Ucakar, Karl (2006): Sozialdemokratische Partei Österreichs. In: Dachs, Herbert / Gerlich, Peter / Gottweis, Herbert / Kramer, Helmut / Lauber, Volkmar / Müller, Wolfgang C. / Tálos, Emmerich (Hrsg.): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien, S. 322-340
- Ullrich, Peter A. (2009): Ein verspielter Sieg und eine siegreiche Zeitungspartei – zur Analyse der Nationalratswahl 2008. In: Khol, Andreas / Ofner, Günther / Karner, Stefan / Halper, Dietmar (Hrsg.) (2009): Österreichisches Jahrbuch für Politik 2008, Wien, S. 3-22
- Völker, Michael (2009): Regieren auf Pump. In: Khol, Andreas / Ofner, Günther / Karner, Stefan / Halper, Dietmar (Hrsg.) (2009): Österreichisches Jahrbuch für Politik 2008, Wien, S. 387-398
- Vranitzky, Franz (2004): Politische Erinnerungen, Wien
- Weinzierl, Regine (1992): Frauen in der Zweiten Republik 1945-1966. In: Maderthaner, Wolfgang (Hrsg.) (1992): Auf dem Weg zur Macht. Integration in den Staat, Sozialpartnerschaft und Regierungspartei, Wien, S. 117-132
- Weissensteiner, Friedrich (2005): An den Hebeln der Macht. Die Parteiführer der Zweiten Republik, Wien
- Welan, Manfred (1999): Demokratie auf Österreichisch. Oder die erstarrte Republik, Wien

## Internetquellen

Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (o.J.): Österreichs Teilnahme an der NATO-Partnerschaft für den Frieden (PfP) und im Euroatlantischen Partnerschaftsrat (EAPC); online unter <<http://www.bmeia.gv.at/aussenministerium/aussenpolitik/europa/nato-partnerschaft-fuer-den-frieden.html>> (14. August 2012)

Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport (o.J.): Österreichs Bundesheer. Partnerschaft für den Frieden; online unter <<http://www.bmlv.gv.at/cms/artikel.php?ID=1600>> (14. August 2012)

Bund sozialdemokratischer AkademikerInnen, Intellektueller & KünstlerInnen (o.J.a): Geschichte; online unter <<http://www.bsa.at/ueber-den-bsa/geschichte/>> (13. August 2012)

Bund sozialdemokratischer AkademikerInnen, Intellektueller & KünstlerInnen: (o.J.b) Grundsätze; online unter <<http://www.bsa.at/ueber-den-bsa/grundsätze/>> (13. August 2012)

DiePresse.com (2006): FPÖ seit 2002: „Ordentlich durchgebeutelt“. 01.09.2006; online unter <[http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/88111/FPoe-seit-2002\\_Ordentlich-durchgebeutelt](http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/88111/FPoe-seit-2002_Ordentlich-durchgebeutelt)> (09. November 2012)

DiePresse.com (2008): Faymann wird geschäftsführender SPÖ-Parteichef. 16.06.2008; online unter <<http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/391225>> (09. November 2012)

Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (o.J.): Geschichte der FSG. Die Gründung der FSG, online unter <[http://www.fsg.at/servlet/ContentServer?pagename=Y02/Page/Index&n=Y02\\_1.9](http://www.fsg.at/servlet/ContentServer?pagename=Y02/Page/Index&n=Y02_1.9)> (16. Juli 2012)

Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (2009): Statuten der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen im ÖGB. Beschlossen bei der FSG-Bundesfraktionskonferenz am 30. Juni 2009; online unter <[http://www.fsg.at/servlet/BlobServer?blobcol=urldokument&blobheadername1=content-type&blobheadername2=content-disposition&blobheadervalue1=application%2Fpdf&blobheadervalue2=inline%3B+filename%3D%22Statuten\\_der\\_FSG\\_im\\_%25D6GB.pdf%22&blobkey=id&root=Y02&blobnocache=false&blobtable=Dokument&blobwhere=1246616839886](http://www.fsg.at/servlet/BlobServer?blobcol=urldokument&blobheadername1=content-type&blobheadername2=content-disposition&blobheadervalue1=application%2Fpdf&blobheadervalue2=inline%3B+filename%3D%22Statuten_der_FSG_im_%25D6GB.pdf%22&blobkey=id&root=Y02&blobnocache=false&blobtable=Dokument&blobwhere=1246616839886)> (15. Juli 2012)

Frau, Die (o.J.): Die Zeitschrift „Die Frau“ 1945 – 1987. Geschichte; online unter <[http://www.die-frau.info/diefrau\\_geschichte](http://www.die-frau.info/diefrau_geschichte)> (08. Juli 2012)

Gesellschaft zur Herausgabe der sozialdemokratischen Zeitschrift „Zukunft“ (o.J.): Über uns; online unter <[http://diezukunft.at/?page\\_id=3](http://diezukunft.at/?page_id=3)> (14. August 2012)

Österreichischer Seniorenrat (2012): Geschichtlicher Rückblick; <<http://www.seniorenrat.at/organisation/geschichte>> (18. Juni 2012)

Pensionistenverband Österreichs (2010): Der Pensionistenverband in Zahlen; online unter <[http://www.pvoe.at/mediaarchiv//shared/Zahlen\\_Daten\\_Fakten/PVOE\\_in\\_Zahlen\\_2010.pdf](http://www.pvoe.at/mediaarchiv//shared/Zahlen_Daten_Fakten/PVOE_in_Zahlen_2010.pdf)> (20. Juni 2012)

- Renner Institut (o.J.): Frauen in der Sozialdemokratie; online unter <[http://www.renner-institut.at/frauenmachengeschichte/sd\\_frgesch/sd\\_frgesch.htm](http://www.renner-institut.at/frauenmachengeschichte/sd_frgesch/sd_frgesch.htm)> (08. Juli 2012)
- Riedl, Joachim (2008): Insignien ohne Macht. Alfred Gusenbauer bleibt Bundeskanzler. Er hat aber nicht mehr viel zu sagen. In: Die Zeit, Nr. 26, 19.06.2008; online unter <<http://www.zeit.de/2008/26/Entscheidungstag>> (03. August 2012)
- Sozialdemokratische Partei Österreichs, Bundesorganisation (Hrgs.) (o.J.): rotbewegt.at. Geschichte der SPÖ Frauen; online unter <<http://www.rotbewegt.at/#/epoche/einst-jetzt/artikel/geschichte-der-spo-frauen>> (08. Juli 2012)
- Sozialdemokratische Partei Österreichs, Landesorganisation Wien (Hrsg.) (2005a): dasrotewien.at – Weblexikon der Wiener Sozialdemokratie. Czernetz, Karl; online unter <<http://www.dasrotewien.at/czernetz-karl.html>> (20. August 2012)
- Sozialdemokratische Partei Österreichs, Landesorganisation Wien (Hrsg.) (2005b): dasrotewien.at – Weblexikon der Wiener Sozialdemokratie. Der Kampf; online unter <<http://www.dasrotewien.at/der-kampf.html>> (13. August 2012)
- Sozialdemokratische Partei Österreichs, Landesorganisation Wien (Hrsg.) (2005c): dasrotewien.at – Weblexikon der Wiener Sozialdemokratie. Pollak, Oscar; online unter <<http://www.dasrotewien.at/pollak-oscar.html>> (19. August 2012)
- Sozialdemokratische Partei Österreichs, Landesorganisation Wien (Hrsg.) (2005d): dasrotewien.at – Weblexikon der Wiener Sozialdemokratie. Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ). 1., Löwelstraße 18; online unter <<http://www.dasrotewien.at/sozialdemokratische-partei-oesterreichs-spo.html>> (19. Juli 2012)
- Stackl, Erhard (2006): Günther Nenning an den Folgen eines Sturzes gestorben – Ein Nachruf. In: Der Standard. 17.05.2006; online unter <[http://derstandard.at/2448651?sap=2&\\_seite=3](http://derstandard.at/2448651?sap=2&_seite=3)> (19. August 2012)
- Stenographisches Protokoll über die 40. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. X. Gesetzgebungsperiode, Donnerstag, 12. Dezember 1963; online unter <[http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/X/NRSITZ/NRSITZ\\_00040/imfname\\_154245.pdf](http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/X/NRSITZ/NRSITZ_00040/imfname_154245.pdf)> (08. Juli 2012)
- Verband Sozialistischer Student\_innen Österreichs (2012a): Geschichte des VSStÖ. Die Anfänge der Sozialistischen Student\_innenbewegung; online unter <<http://home.vsstoe.at/ueber-uns/geschichte-des-vsstoe>> (06. August 2012)
- Verband Sozialistischer Student\_innen Österreichs (2012b): Geschichte des VSStÖ. VSStÖ bis heute; online unter <<http://home.vsstoe.at/ueber-uns/geschichte-des-vsstoe/3>> (06. August 2012)
- Western European Union (o.J.): History of WEU; online unter <<http://www.weu.int/History.htm#1>> (14. August 2012)

## **Primärquellen**

Für die vorliegende Arbeit wurden die verfügbaren Ausgaben der Mitgliederzeitschriften von sechs gesellschaftlich relevanten Unterorganisationen der SPÖ für die Zeiträume der jeweiligen Endphasen der Koalitionsregierungen (1962-1966, 1995-1999, 2006-2008) untersucht. Die nachstehende Liste enthält die in der Analyse zitierten Ausgaben, jeweils nach Organisation chronologisch sortiert.

### **1. Pensionistenverband Österreichs (PVÖ)**

Rentner und Pensionist (Nr. 4, 1962)

Rentner und Pensionist (Nr. 2, 1963)

Rentner und Pensionist (Nr. 6, 1963)

Rentner und Pensionist (Nr. 9, 1963)

Rentner und Pensionist (Nr. 11, 1963)

Rentner und Pensionist (Nr. 7/8, 1964)

Rentner und Pensionist (Nr. 7/8, 1965)

Rentner und Pensionist (Nr. 4, 1966)

Unsere Generation (Nr. 9, 1995)

Unsere Generation (Nr. 2, 1996)

Unsere Generation (Nr. 4, 1996)

Unsere Generation (Nr. 9, 1996)

Unsere Generation (Nr. 12, 1996)

Unsere Generation (Nr. 1, 1997)

Unsere Generation (Nr. 3, 1997)

Unsere Generation (Nr. 4, 1997)

Unsere Generation (Nr. 6, 1997)

Unsere Generation (Nr. 7/8, 1997)

Unsere Generation (Nr. 11, 1997)

Unsere Generation (Nr. 12, 1997)

Unsere Generation (Nr. 1, 1998)

Unsere Generation (Nr. 4, 1998)

Unsere Generation (Nr. 12, 1998)

Unsere Generation (Nr. 1, 1999)

Unsere Generation (Winter 2006/2007)

Unsere Generation (Nr. 2, 2007)

Unsere Generation (Nr. 3, 2007)

Unsere Generation (Nr. 4, 2007)

Unsere Generation (Nr. 5, 2007)

Unsere Generation (Nr. 6, 2007)

Unsere Generation (Sommer 2007)

Unsere Generation (Nr. 9, 2007)

Unsere Generation (Nr. 10, 2007)



Unsere Generation (Winter 2007/2008)  
Unsere Generation (Nr. 2, 2008)  
Unsere Generation (Nr. 4, 2008)  
Unsere Generation (Sommer 2008)

## **2. Bundesfrauenkomitee**

Die Frau (Nr. 47, 1963)  
Die Frau (Nr. 1, 1964)  
Die Frau (Nr. 45, 1964)  
Die Frau (Nr. 5, 1965)  
Die Frau (Nr. 6, 1965)  
Die Frau (Nr. 10, 1965)  
Frau und Politik (Nr. 1, 1996)  
Frau und Politik (Nr. 2, 1996)  
Frau und Politik (Nr. 4, 1996)  
Frau und Politik (Nr. 7/8, 1996)  
Frau und Politik (Nr. 11, 1996)  
Frau und Politik (Nr. 12, 1996)  
Frau und Politik (Nr. 7/8, 1997)  
fe.mail (Nr. 6, 1999)

## **3. Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen im Österreichischen Gewerkschaftsbund (FSG/ÖGB)**

Welt der Arbeit (Nr. 12, 1962)  
Welt der Arbeit (Nr. 1, 1963)  
Welt der Arbeit (Nr. 11, 1963)  
Welt der Arbeit (Nr. 9, 1964)  
Welt der Arbeit (Nr. 11, 1964)  
Welt der Arbeit (Nr. 9, 1965)  
Welt der Arbeit (Nr. 10, 1965)  
Welt der Arbeit (Nr. 4, 1966)  
Welt der Arbeit (Nr. 4, 1996)  
Welt der Arbeit (Nr. 10, 1996)  
Welt der Arbeit (Nr. 11, 1996)  
Welt der Arbeit (Nr. 12, 1996)  
Welt der Arbeit (Nr. 1, 1997)  
Welt der Arbeit (Nr. 7/8, 1998)  
Welt der Arbeit (Nr. 11, 1998)  
Welt der Arbeit (Nr. 11, 1999)  
FSG-direkt (Nr. 1, 2007)  
FSG-direkt (Nr. 2-3, 2007)  
FSG-direkt (Nr. 4-5, 2007)  
FSG-direkt (Nr. 6, 2007)  
FSG-direkt (Nr. 12, 2007)

FSG-direkt (Nr. 1, 2008)  
FSG-direkt (Nr. 3, 2008)  
FSG-direkt (Nr. 7-8, 2008)  
FSG-direkt (Nr. 10, 2008)

#### **4. Sozialistische Jugend Österreichs (SJÖ)**

Trotzdem (Nr. 12, 1962)  
Trotzdem (Nr. 1, 1963)  
Trotzdem (Nr. 6, 1963)  
Trotzdem (Nr. 1, 1965)  
Trotzdem (Nr. 12, 1965)  
Trotzdem (Nr. 2, 1966)  
Trotzdem (Nr. 4, 1966)  
Trotzdem (Nr. 3, 1996)  
Trotzdem (Nr. 4, 1996)  
Trotzdem (Nr. 3, 1999)  
Trotzdem (Dezember 2006)  
Trotzdem (April 2007)  
Trotzdem (Juli 2007)  
Trotzdem (November 2007)  
Trotzdem (Dezember 2007)  
Trotzdem (Februar 2008)  
Trotzdem (Juli 2008)  
Trotzdem (September 2008)  
Trotzdem (Dezember 2008)

#### **5. Verband Sozialistischer StudentInnen Österreichs (VSStÖ)**

alternative (Nr. 1, 1966)  
alternative (Nr. 2, 1966)  
alternative (Nr. 3, 1966)  
neue generation (Nr. 4, 1962)  
neue generation (Nr. 1/2, 1965)  
sign (Nr. 4, 1995)  
sign (Nr. 1, 1996)  
sign (Nr. 3, 1996)  
sign (Nr. 5, 1996)  
sign (Nr. 2, 1997)  
sign (Nr. 4, 1997)  
sign (Ausgabe 11, 1997)  
sign (Nr. 4, 1998)  
sign (Nr. 5, 1999)  
sign (Nr. 1, 2007)  
sign (Nr. 5, 2007)

## **6. Bund sozialdemokratischer AkademikerInnen, Intellektueller & KünstlerInnen (BSA)**

Zukunft (Nr. 12, 1962)

Zukunft (Nr. 1, 1963)

Zukunft (Nr. 4, 1963)

Zukunft (Nr. 10, 1963)

Zukunft (Nr. 11/12, 1963)

Zukunft (Nr. 5, 1964)

Zukunft (Nr. 7, 1964)

Zukunft (Nr. 8, 1964)

Zukunft (Nr. 10, 1964)

Zukunft (Nr. 19, 1964)

Zukunft (Nr. 21/22, 1964)

Zukunft (Nr. 23, 1964)

Zukunft (Nr. 1, 1965)

Zukunft (Nr. 13/14, 1965)

Zukunft (Nr. 19, 1965)

Zukunft (Nr. 6, 1966)

Zukunft (Nr. 12, 1995)

Zukunft (Nr. 1, 1996)

Zukunft (Nr. 3, 1996)

Zukunft (Nr. 7, 1996)

Zukunft (Nr. 11, 1996)

Zukunft (Nr. 12, 1996)

Zukunft (Nr. 3, 1997)

Zukunft (Nr. 10, 1997)

Zukunft (Nr. 7/8, 1998)

Zukunft (Nr. 9, 1998)

Zukunft (Nr. 9, 1999)

Zukunft (Nr. 10, 1999)

Zukunft (Nr. 2, 2000)

Zukunft (Nr. 3, 2007)

Zukunft (Nr. 5, 2007)

Zukunft (Nr. 6, 2008)

Zukunft (Nr. 10, 2008)

Zukunft (Nr. 12, 2008)

# Anhang

## Annex I: Abstract

Eine Vielzahl von Publikationen behandelt unterschiedliche Aspekte der Kritik an den politischen Parteien Österreichs, dennoch finden sich kaum Werke, die zu innerparteilicher Kritik Stellung nehmen. Die Frage nach der innerparteilichen Kritik ist Gegenstand der vorliegenden Arbeit, die unter die Leitfrage gestellt wurde, ob in der Zweiten Republik solche Kritik nachgewiesen werden kann. Ausgehend von der Annahme, dass dies der Fall ist, wird die innerhalb der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) geäußerte Kritik beleuchtet. Sie wird anhand der Analyse ausgesuchter SPÖ-Mitgliederzeitschriften sichtbar gemacht. Der Zeitraum der Untersuchung erstreckt sich zur besseren Vergleichbarkeit über die drei Endphasen der Großen Koalitionen von SPÖ und Österreichischer Volkspartei (ÖVP). Diese drei Perioden wurden ausgewählt, da sich in Phasen gemeinschaftlicher Regierung verstärkt innere Reibungspunkte ergeben können. Es war daher zu erwarten, dass die Kritik am Parteikurs parteiintern stärker ausfällt, als dies in Phasen einer Alleinregierung der Fall ist.

Von besonderem Interesse waren die Hauptkritikpunkte, die in den drei Legislaturperioden von sechs ausgewählten SPÖ-Unterorganisationen geäußert wurden, da sie Aufschluss über die Schwerpunktsetzung, Verteilung und Intensität der Kritik geben. Sie wurden daher auch nach der Art ihrer Kritik analysiert (Ideologiekritik, Kritik an der Sozialpolitik, Kritik an der Parteiorganisation und -struktur, Kritik an der Koalitionszusammenarbeit). Dies ermöglichte, sowohl die innerparteiliche Kritik im Zeitverlauf darzulegen als auch Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Kritik zwischen den Organisationen aufzuzeigen.

Die Untersuchung belegt, dass parteiinterne Kritik innerhalb der SPÖ in vielfältiger Weise stattfand. Im Vergleich der innerparteilichen Kritik lassen die von den einzelnen SPÖ-Unterorganisationen gemeinsam kritisierten Themen deutlich die Berührungspunkte zwischen den verschiedenen Interessenvertretungen erkennen. Neben diesen Gemeinsamkeiten bestehen dennoch Unterschiede zwischen den Hauptkritikpunkten der Parteiorganisationen. Dies trifft besonders dann zu, wenn die Durchsetzung der jeweiligen Partikularinteressen oder die Erfüllung des Vertretungsauftrages der jeweiligen Unterorganisation gefordert ist.

## **Annex II: Lebenslauf**

Jürgen-Klaus Jakeš  
geb. am 14. Juni 1969 in Klagenfurt, Österreich

### BILDUNGSWEG

|           |                                                                                       |
|-----------|---------------------------------------------------------------------------------------|
| 1976-1979 | Volksschule 24 in Klagenfurt                                                          |
| 1979-1983 | 1. Bundesgymnasium in Klagenfurt                                                      |
| 1983-1988 | Höhere Technische Bundeslehranstalt (Maschinenbau) in Klagenfurt; Matura im Juni 1988 |
| 1992-2009 | Studium der Politikwissenschaft an der Universität Wien                               |
| 1992-2013 | Studium der Geschichte an der Universität Wien                                        |